

Kleinräumige lebenslagenbezogene kommunale Sozialberichterstattung für die Stadt Guben

Zeitraum 01.03.2013 - 31.3.2014

Prof. Dr. sc. oec. Uta Meier-Gräwe

B. Sc. Nina Klünder

M. Sc. Mira Pathenschneider

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis.....	VIII
1 Einleitung	1
1.1 Konzeptioneller Ansatz	3
2 Bevölkerungsentwicklung	6
2.1 Bevölkerungsentwicklung in Guben von 2006 bis 2012	6
2.2 Vergleich Bevölkerungsentwicklung in Guben, Spree-Neiße, Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland.....	15
2.3 Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen Gubens	19
2.4 Zusammenfassung und Ausblick	22
3 Haushaltsstruktur	23
3.1 Haushaltsgröße und Haushaltszusammensetzung	24
3.2 Zusammenfassung und Ausblick	37
4 Wohnen.....	38
4.1 Wohnfläche	38
4.2 Wohnungsbestand und -leerstand	39
4.3 Wohnungsprobleme.....	43
4.4 Zusammenfassung und Ausblick	45
5 Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit und Einkommen.....	45
5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	46
5.2 Arbeitslosigkeit und Arbeitssuchende	51
5.3 Transfereinkommen aus Leistungen des SGB II und des SGB III	55
5.3.1 Arbeitslosengeld I (3. Sozialgesetzbuch).....	56
5.3.2 Arbeitslosengeld II (2. Sozialgesetzbuch)	58
5.4 Schulden	65
5.5 Zusammenfassung und Ausblick	66
6 Bildung	67
6.1 Bildungsabschlüsse der Bevölkerung	68

6.2 Frühe Bildung – Kindertageseinrichtungen (Kita und Hort)	70
6.3 Schulen	84
6.4 Ausbildungs- und Praktikumsstellen	91
6.5 Zusammenfassung und Ausblick	93
7 Gesundheit.....	94
7.1 Kinder- und Jugendgesundheit.....	94
7.2 Pflegebedürftigkeit älterer Menschen.....	106
7.3 Menschen mit Behinderung.....	111
7.4 Gesundheitliche/Medizinische Infrastruktur	112
7.5 Zusammenfassung und Ausblick	115
8 Gesellschaftliche Teilhabe	117
8.1 Politische Partizipation.....	117
8.2 Ehrenamtliches Engagement	120
8.3 Zusammenfassung und Ausblick	121
9 Soziale Infrastruktur und soziale Situation der Bewohner_innen	122
9.1 Beratungs- und Bildungseinrichtungen	122
9.2 Vereine.....	128
9.3 Hilfen zur Erziehung	129
9.4 Zusammenfassung und Ausblick	133
10 Die Gubener Stadtteile im Profil.....	134
11 Handlungsempfehlungen	143
Literaturverzeichnis	157

Abkürzungsverzeichnis

BG.....	Bedarfsgemeinschaft
eLb.....	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
GdB.....	Grad der Behinderung
WE.....	Wohneinheiten
WK.....	Wohnkomplex

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Lebenslagendimensionen.....	5
Abbildung 2 Bevölkerung nach Altersgruppen in den Jahren 2006, 2009 und 2012	8
Abbildung 3 Bevölkerung nach Altersgruppen in den Jahren 2006, 2009 und 2012 in %	9
Abbildung 4 Entwicklung der Anzahl der Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren	9
Abbildung 5 Jugend- und Altenquotient in den Jahren 2006, 2009 und 2012.....	10
Abbildung 6 Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2012	15
Abbildung 7 Jugend- und Altenquotient in verschiedenen Regionen im Jahr 2009	18
Abbildung 8 Saldo Bevölkerungsentwicklung in % in unterschiedlichen Regionen 2009	19
Abbildung 9 Haushaltsgröße Guben und Altstadt Ost (30.09.2013).....	25
Abbildung 10 Haushaltszusammensetzung Guben und Altstadt Ost (30.09.2013)	26
Abbildung 11 Haushaltsgröße Guben und Altstadt West (30.09.2013)	26
Abbildung 12 Haushaltszusammensetzung Guben und Altstadt West (30.09.2013).....	27
Abbildung 13 Haushaltsgröße Guben und WK I (30.09.2013).....	27
Abbildung 14 Haushaltszusammensetzung Guben und WK I (30.09.2013)	28
Abbildung 15 Haushaltsgröße Guben und Kaltenborn (30.09.2013)	28
Abbildung 16 Haushaltszusammensetzung Guben und Kaltenborn (30.09.2013).....	29
Abbildung 17 Haushaltsgröße Guben und WK II/Altsprucke (30.09.2013).....	30
Abbildung 18 Haushaltszusammensetzung Guben und WK II/Altsprucke (30.09.2013)	30
Abbildung 19 Haushaltsgröße Guben und WK IV (30.09.2013)	31
Abbildung 20 Haushaltszusammensetzung Guben und WK IV (30.09.2013)	31
Abbildung 21 Haushaltsgröße Guben und Reichenbach (30.09.2013)	32
Abbildung 22 Haushaltszusammensetzung Guben und Reichenbach (30.09.2013)	32
Abbildung 23 Haushaltsgröße Guben und Groß Breesen (30.09.2013).....	33
Abbildung 24 Haushaltszusammensetzung Guben und Groß Breesen (30.09.2013)	33
Abbildung 25 Haushaltsgröße Guben und Bresinchen (30.09.2013)	34
Abbildung 26 Haushaltszusammensetzung Guben und Bresinchen (30.09.2013)	34
Abbildung 27 Haushaltsgröße Guben und Deulowitz (30.09.2013).....	35
Abbildung 28 Haushaltszusammensetzung Guben und Deulowitz (30.09.2013).....	35
Abbildung 29 Haushaltsgröße Guben und Schlagsdorf (30.09.2013)	36

Abbildung 30 Haushaltszusammensetzung Guben und Schlagsdorf (30.09.2013)	36
Abbildung 31 Wohnfläche (m ²) pro Wohnung/ pro Kopf (30.09.2012).....	39
Abbildung 32 Wohnungsbestand und -leerstand in Guben 2006, 2009 und 2012	40
Abbildung 33 Anzahl der Mietschuldner (30.09.2012 und 30.09.2013).....	44
Abbildung 34 Höhe der Mietschulden in Euro (30.09.2012 und 30.09.2013).....	44
Abbildung 35 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht und in der Altersgruppe U-25.....	48
Abbildung 36 Bestand an arbeitslosen Nichtleistungsempfänger_innen in Guben Oktober 2013	54
Abbildung 37 Arbeitslose nach SGB III (Dezember 2012)	57
Abbildung 38 Arbeitslose nach SGB II (Dezember 2012).....	61
Abbildung 39 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) in Guben (Juni 2013)	64
Abbildung 40 Erwerbstätige ALG II-Bezieher nach Alter und Geschlecht.....	64
Abbildung 41 Erwerbstätige ALG II-Bezieher_innen nach Höhe des Bruttoeinkommens aus abhängiger Erwerbstätigkeit (Juni 2013).....	65
Abbildung 42 Kitastandorte Guben	72
Abbildung 43 Entwicklung der Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung	73
Abbildung 44 Auslastungsgrad Kita und Hort in Guben in den Jahren 2006, 2009 und 2012	75
Abbildung 45 Versorgungsgrad Gubener Kinder in Kindertageseinrichtungen nach Alter (01.03.2013).....	77
Abbildung 46 Anzahl der Kitakinder nach Sozialindikatoren und den einzelnen Stadtteilen (30.09.2013).....	82
Abbildung 47 Anzahl der Hortkinder nach Sozialindikatoren und den einzelnen Stadtteilen (30.09.2013).....	83
Abbildung 48 Prozentuale Veränderung der Schülerzahlen zwischen 06-12 und 09-12	88
Abbildung 49 Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen in unterschiedlichen Regionen Brandenburgs im Jahr 2012	95
Abbildung 50 Rangfolge der Befunde der Schuleingangsuntersuchung in Spree-Neiße 2012	98
Abbildung 51 Vorschulkinder in der Sprachförderung 2012.....	104
Abbildung 52 Vorschulkinder in der Sprachförderung 2013.....	105

Abbildung 53 Wahlbeteiligung in Guben bei unterschiedlichen Wahlen 2009	118
Abbildung 54 Spielplatzflächen in Guben	127
Abbildung 55 HzE-Fälle in Guben in den Jahren 2010, 2011 und 2012.....	131
Abbildung 56 Prozentualer Anteil der HzE-Fälle an allen 0- unter 18 Jährigen	132
Abbildung 57 Personen mit Hauptwohnsitz in Guben nach Stadtteilen 2012	136
Abbildung 58 Altersdurchschnitt, Jugend- und Altersquotient nach Stadtteilen 2012	136
Abbildung 59 Prozentanteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter nach Stadtteilen 2012	137
Abbildung 60 Prozentanteil der Vorschulkinder in Sprachförderung nach Stadtteilen 2012 und 2013	137
Abbildung 61 Wohnungsleerstand in Prozent nach Stadtteilen 2012.....	138
Abbildung 62 Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013 in % nach Stadtteilen.....	139
Abbildung 63 Wahlbeteiligung Bürgermeisterwahl 2009 in Prozent nach Stadtteilen.....	139
Abbildung 64 Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Stadtteilen	140
Abbildung 65 Durchschnittliche Wohnfläche in m ² pro Person nach Stadtteilen.....	140
Abbildung 66 Anzahl der Alleinstehenden Personen nach Stadtteilen.....	141
Abbildung 67 Anzahl der Haushalte mit Kindern nach Stadtteilen.....	141
Abbildung 68 Anzahl der alleinerziehenden Familien nach Stadtteilen	142

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Einwohnerzahl und Einwohner pro km ² von 2006 bis 2009	6
Tabelle 2 Personen nach Altersgruppen und Altersdurchschnitt in den Jahren 2006-2012	7
Tabelle 3 Jugend- und Altenquotient 2006-2012	10
Tabelle 4 Wohnungsbestand und -leerstand in den Jahren 2006, 2009 und 2012.....	11
Tabelle 5 Personen nach Geschlecht und Nationalität 2006-2012.....	13
Tabelle 6 Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 2006, 2009 und 2012.....	14
Tabelle 7 Bevölkerungsentwicklung und -zusammensetzung im interregionalen Vergleich im Jahr 2009	16
Tabelle 8 Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung in den unterschiedlichen Stadtteilen 2012	20
Tabelle 9 Einwohner_innen der einzelnen Stadtteile nach Geschlecht und Nationalität 2012	21
Tabelle 10 Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen 2012	21
Tabelle 11 Haushaltsgröße in Guben 2009-2013	24
Tabelle 12 Haushaltszusammensetzung in Guben 2009-2013	25
Tabelle 13 Wohnungsbestand und –leerstand in Guben 2006, 2009 und 2012	40
Tabelle 14 Wohnungsbestand und -leerstand in den einzelnen Stadtteilen 2006 bis 2012... ..	41
Tabelle 15 Rückbauvolumen in Guben zwischen 2014 und 2020	42
Tabelle 16 Wohnungsbestand und dessen Veränderung zwischen 2006-2009 in Brandenburg, Spree-Neiße und Guben.....	42
Tabelle 17 Anzahl der Wohnungen, vermietete Wohneinheiten (WE), Mietschuldner der zwei Wohnungsunternehmen (31.12.2012)	43
Tabelle 18 Fälle mit Wohnungsproblemen im Jahr 2011 und 2012.....	43
Tabelle 19 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Guben 2006, 2009 und 2012 im Vergleich.....	48
Tabelle 20 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Guben, Spree-Neiße, Brandenburg und der BRD.....	50
Tabelle 21 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den einzelnen Stadtteilen Gubens (Dezember 2012).....	50

Tabelle 22 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Arbeitslosengeld II, Arbeitslosengeld I und Arbeitslosenquote zwischen 2006 und 2012.....	53
Tabelle 23 Vergleich Arbeitslosigkeit in Guben, Spree-Neiße, Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland	55
Tabelle 24 Arbeitslose nach SGB III in den einzelnen Stadtteilen Gubens (September 2012)	58
Tabelle 25 Bedarfsgemeinschaften im SGB II-Bezug	62
Tabelle 26 ALG II Empfänger_innen nach Stadtteilen (Dezember 2012).....	63
Tabelle 27 Schulabgänger_innen nach Sozialraum (Schuljahr 2011/2012).....	69
Tabelle 28 Schulabgänger_innen nach Sozialraum (Europaschule)	70
Tabelle 29 Übersicht der Förderungen im Bereich Kindertagesstätten 2008-2013 (August 2013).....	71
Tabelle 30 Kapazität und Auslastungsgrad der Kitas und Horte in Guben 2006, 2009 und 2012.....	74
Tabelle 31 Versorgungsquoten von Kindern in unterschiedlichen Altersstufen in Kindertageseinrichtungen (01.03.2013).....	76
Tabelle 32 Hochrechnungen der Kinderzahlen im Alter von 0 bis 12 Jahren.....	77
Tabelle 33 Kapazitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen	78
Tabelle 34 Voraussichtliche Entwicklung anhand vorhandener und benötigter Plätze für Kita und Hort	79
Tabelle 35 Schüler_innenzahlen 1991-2013	85
Tabelle 36 Schülerzahlen in Guben und deren Veränderungen von 2006-2012	87
Tabelle 37 Gesamtgrundschüler_innen in Guben (18.10.2013)	89
Tabelle 38 Verteilung Schüler_innen an Gubener Schulen und Erstattung der Schulbücher nach Schuljahren.....	90
Tabelle 39 Bewilligte Anträge der Bereiche ALG II, Wohngeld, Kindergeldzuschlag in Guben (inkl. Gemeinde Schenkendöbern) 2012 und 2013	91
Tabelle 40 Anzahl der Ausbildungsstellen nach Schuljahren	92
Tabelle 41 Anzahl der Praktikumsplätze nach Schuljahren	93
Tabelle 42 Kinder- und Jugendgesundheit im Jahr 2012 in unterschiedlichen Regionen	95
Tabelle 43 Rangfolge der Befunde bei den Schuleingangsuntersuchungen im Landkreis Spree-Neiße im Jahr 2012	97

Tabelle 44 Daten zur Zahngesundheit im Landkreis Spree-Neiße in den Schuljahren 08/09, 09/10 und 10/11.....	99
Tabelle 45 Daten zur Zahngesundheit im Landkreis Spree-Neiße und Guben in den Schuljahren 11/12 und 12/13	100
Tabelle 46 Reihenuntersuchungen der Kinder im Alter zwischen 30 und 42 Monaten	100
Tabelle 47 Schuleingangsuntersuchungen der Einschüler_innen untergliedert in ausgewählte Befunde	101
Tabelle 48 Schulabgangsuntersuchungen und Jugendarbeitsschutzuntersuchungen der Schulabgänger_innen untergliedert in ausgewählte Befunde	102
Tabelle 49 Altenpflegeeinrichtungen und Betreutes Wohnformen in Guben (Mai 2013)	107
Tabelle 50 Anzahl Patienten_innen in häuslicher Pflege in Guben im Jahr 2012 bzw. 2013	109
Tabelle 51 Einrichtungen für Senioren in Guben (Mai 2013).....	110
Tabelle 52 Statistik der behinderten und schwerbehinderten Menschen in Guben (31.12.2012)	112
Tabelle 53 Medizinische und gesundheitliche Infrastruktur Gubens (Dezember 2012)	114
Tabelle 54 Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl nach Sozialräumen (22.09.2013)	118
Tabelle 55 Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung bei unterschiedlichen Wahlen 2009 und 2004	119
Tabelle 56 Beratungseinrichtungen in Guben	124
Tabelle 57 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	125
Tabelle 58 Anzahl der Spielplätze nach Stadtteil und Anzahl der Kinder im Jahr 2012.....	126
Tabelle 59 Einrichtungen und Angebote für Senioren.....	128
Tabelle 60 Übersicht Ehrenamt in Gubener Vereinen (30.09.2013).....	129
Tabelle 61 ambulante und stationäre HzE-Fälle in Guben und in Spree-Neiße 2010, 2011 und 2012.....	131
Tabelle 62 Indikatoren im Gebietsvergleich	134
Tabelle 63 Stadtbezirks-Ranking in Guben nach Indikatoren.....	135

1 Einleitung

Ende des Jahres 2012 schrieb die Stadt Guben die Ergänzung und Fortschreibung ihres ersten kleinräumigen und lebenslagenbezogenen kommunalen Sozialberichts aus. Im Februar 2013 erhielt die Professur für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaften unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe den Zuschlag. Gemeinsam mit den Projektmitarbeiterinnen B.Sc. Nina Klünder und M.Sc. Mira Pathenschneider wurde im März 2013 mit der Anfertigung des Berichts begonnen. Die Fertigstellung erfolgte im März 2014.

Mit der Anfertigung dieses Berichtes werden verschiedene Ziele verfolgt. Es geht darum, ...

- die Lebensverhältnisse der Gubener Bevölkerung insgesamt und in den einzelnen Stadtteilen möglichst genau zu ermitteln und Unterschiede in den Lebenslagen aufzudecken, um Hilfe- und Unterstützungsbedarfe möglichst genau identifizieren zu können.
- die Daten möglichst so zu erfassen und fortzuschreiben, dass langfristige Entwicklungen eingeordnet und Erfolge bzw. ausbleibende Effekte von Interventionsmaßnahmen nachvollziehbar gemacht werden.
- Den vorliegenden Sozialbericht als Grundlage für kommende und weiterführende Berichte zu betrachten und ihn als Argumentationsgrundlage für politische Entscheidungen zu nutzen – er dient der lokalen und sozialen Infrastruktur- und Städteplanung. Ziel ist die positive Gestaltung des Lebensraums Guben unter der Prämisse der Nutzung von bereits vorhandenen Potenzialen und dem Abbau von vorhandenen oder potenziellen Defiziten.
- Aktuelle Gegebenheiten (Potenziale und Defizite) aufzuzeigen und Vorschläge für deren Nutzung bzw. Beseitigung zu entwickeln. Der Bericht dient dabei gleichzeitig der Problem- und Ressourcenerkennung sowie der Leistungsgestaltung. Er geht somit über eine reine Bestandsermittlung hinaus.

Im März 2013 wurden den Auftragnehmern die ersten Daten zugänglich gemacht. Hierbei handelte es sich vor allem um Konzepte, welche die Stadtentwicklung bzw. den Stadtumbau betreffen sowie um den Monitoring-Bericht 2012. In den darauf folgenden Monaten wurde das benötigte Datenmaterial nach und nach in Guben selbst zusammengetragen, tabellarisch aufbereitet und der Auftragnehmerin zur Verfügung gestellt.

- Anfang Mai 2013 (19. KW): Daten zur Wahlbeteiligung und zu den jeweils vorherrschenden Bautypen in den Stadtteilen (geplant 18. KW)
- Ende Mai 2013 (22. KW): Daten zur gesundheitlichen, medizinischen und sozialen Infrastruktur (geplant 19./20. KW)
- Mitte Juni 2013(24. KW): Monitoring-Bericht 01/2013 (geplant 19./20. KW)

- Mitte Juli 2013 (29. KW): Daten aus dem Landkreis Spree-Neiße zu den Themen Gesundheit, Jugendhilfe und Arbeitslosenquote
- Anfang November 2013 (45. KW): Daten zum politischen Engagement, Mietschuldner, Erstattung Eigenanteil Schulbücher, Schülerzahlen der Grundschulen
- Mitte November 2013 (46. KW): Kartenmaterial der Stadt Guben (unbrauchbar)
- Ende November 2013 (47. und 48. KW): Sozialdaten Kita und Hort, Kartenmaterial der Stadt Guben (unbrauchbar), Angebote der häuslichen Krankenpflege
- Anfang Dezember 2013 (49. und 50. KW): Übersicht Ehrenamt in Gubener Vereinen, Behindertenstatistik, Arbeitslosenstatistik; Kita-Planung vom LK SPN
- Ende Dezember 2013 (52. KW): Demografie-Bericht zu Grundschulen im Land Brandenburg
- Mitte Januar 2014 (3. KW): Kapazitätsauslastung Kita und Hort, Kinder in Sprachförderung
- Ende Januar 2014 (5. KW): Einrichtungen und Angebote für Senioren, Übersicht Spielplätze, Kleinräumige Arbeitslosenstatistik
- Mitte Februar 2014 (8. KW): Betreute Kitakinder nach Wohngebieten, Bevölkerungsentwicklung 2013 (nicht im Bericht verwendet, da sich dieser auf das Jahr 2012 bezieht), Haushaltsdaten, Arbeitslosenstatistik, weiteres Kartenmaterial der Stadt Guben
- Anfang März 2014 (9. KW): Wohnfläche pro Person, Mietschuldner, Bildungsdaten Gymnasium
- Mitte März 2014 (12. KW): Bildungsdaten Europaschule, weiteres Kartenmaterial der Stadt Guben, Schülerzahlen ab 1991, Arbeitslosenstatistik 2006-2012, Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2009/2013, Kleinräumige gesundheitsbezogene Daten

Begleitend zur Auswertung der vorgelegten Daten der Stadt Guben erfolgte die Zusammenstellung der benötigten Vergleichsdaten aus Bund, Land (Brandenburg) und Landkreis (Spree-Neiße). Eine umfangreiche, vor allem detaillierte Vergleichbarkeit der Daten ist jedoch nicht immer gegeben, da unterschiedliche Erfassungszeiträume, unterschiedliche Indikatoren oder auch unterschiedliche Auswertungskriterien zu Grunde liegen. Es wurde – so gut es ging – versucht, eine Vergleichbarkeit herzustellen und die Unterschiede möglichst transparent zu machen, um Handlungsempfehlungen abzuleiten, welche die Datenerfassung ebenso wie die Datenauswertung betreffen.

Nicht in allen Betrachtungsfeldern dieses Sozialberichts ist die Datengrundlage eindeutig und kleinräumig. Einige der Daten liegen nur auf Landkreisebene vor, andere beziehen sich nur auf das gesamte Stadtgebiet, nicht jedoch auf die einzelnen Stadtteile. Häufig werden unterschiedliche Erfassungsinstrumente in Bund, Land, Landkreis und Kommune verwendet - hier bedarf es einer gewissen wissenschaftlich fundierten, aber auch kreativen

Interpretation und Abwandlung der verfügbaren Daten. Im Rahmen der Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Berichterstattung in den kommenden Jahren wird auf diesen Sachverhalt explizit eingegangen.

Folgende Teilbereiche wurden im Abschlussbericht analysiert:

1. **Bevölkerungsentwicklung**
2. **Haushaltsstruktur**
3. **Wohnen**
4. **Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Einkommen**
5. **Bildung**
6. **Gesundheit**
7. **Gesellschaftliche Teilhabe**
8. **Soziale und Gesundheitliche Infrastruktur**

Die Grundlage für diesen Sozialbericht bildet der im Jahre 2010 erstellte erste kleinräumige, lebenslagenbezogene, kommunale Sozialbericht. Die bereits vorhandenen Daten wurden zum einen fortlaufend, zum anderen ergänzend betrachtet. Die Betrachtungsjahre 2006 und 2009 wurden um das Jahr 2012 ergänzt, so dass erstens die Aktualität und zweitens die Vergleichbarkeit durch gleichbleibende Betrachtungszeiträume sichergestellt sind. Es handelt sich demnach sowohl um eine Bestands- als auch um eine Veränderungsanalyse.

Darüber hinaus fand eine Indikatorenerweiterung statt, die es aus unserer Sicht bedurfte, um die soziale Lage der Bevölkerung noch besser abbilden zu können. Beispielsweise fehlen in dem 2010 erstellten Bericht Daten zur Gesundheit der Bevölkerung oder auch eine Betrachtung der Ausstattung mit sozialen, bildendenden und versorgenden Institutionen im gesamten Stadtgebiet. Im Dezember 2013 wurde ein Nachtrag über die Ergänzung und Fortschreibung zwischen der Stadt Guben und der Auftraggeberin vereinbart, um zusätzliche Aspekte zur Bildungssozialarbeit an den Gubener Grundschulen, zur Spielplatzkonzeption, der Nachhaltigkeit von Grundschulstandorten und weiterführenden Schulen, aber auch zur Notwendigkeit des Erhalts von Horten, der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets, der Befreiung vom Elternanteil für Schulbücher, zu den Beratungsangeboten bzw. Treffpunkten für Senioren sowie zur ambulanten Betreuung und häuslichen Krankenpflege für die Sozialberichterstattung zu beleuchten.

1.1 Konzeptioneller Ansatz

Bei dem vorliegenden Sozialbericht handelt es sich um einen **mehrdimensionalen, lebenslagen- und sozialraumbezogenen** Berichtsansatz, der eine kleinräumige Analyse angestrebt hat, wo immer es möglich war.

Mehrdimensional wird der Bericht dadurch, dass nicht lediglich ein Indikator zur Bewertung der Lebenslagen der ortsansässigen Bevölkerung herangezogen wird. Vielmehr werden unterschiedliche Lebenslagendimensionen und gesellschaftliche Handlungsfelder betrachtet und mit verschiedenen Indikatoren erfasst und abgebildet. Erst durch das Hinzuziehen umfangreicher Daten können realistische und aussagekräftige Ergebnisse abgeleitet werden, die der Komplexität der Lebenslagen der Gubener Bevölkerung gerecht werden.

Der „**Sozialraum** ist Lebensraum, Quartier, Heimat, der soziale Mikrokosmos, in dem sich globale, gesellschaftliche Entwicklungsprozesse und Versäumnisse widerspiegeln und brechen“ (YSOP 1998: 1). Demnach lassen sich soziale Strukturen und Beziehungen in räumlichen Strukturen wiedererkennen. Mit einer sozialräumlichen Analyse soll ein Zusammenhang zwischen den Handlungsweisen und Interessen der Bewohnerschaft und den besonderen sozialräumlichen Bedingungen hergestellt werden.

Die **kleinräumige Betrachtung** ist vor allem für die Begründung von Interventionsmaßnahmen relevant. Es werden kleine Teilräume voneinander abgegrenzt und in Bezug auf definierte Lebenslagendimensionen miteinander verglichen, um passgenaue Handlungs- und Interventionsbedarfe abzuleiten. Der Nutzen eines möglichst kleinräumigen Vorgehens besteht beispielsweise darin, dass deutlich wird, welche Stadtgebiete einen besonderen Förder- und Unterstützungsbedarf aufweisen. Kleinräumige Analysen dienen der Planung sozialer Dienste. Sie können zum Erkenntnisgewinn über die Verteilung sozialer Belastungen für die Bedarfsplanung führen, tragen zur Evaluation gezielter kleinräumiger Sozialinterventionen bei und können durch passende Interventionsmaßnahmen zur Aufwertung von Wohngebieten beitragen. Allerdings werden nicht alle Daten kleinräumig erfasst und die kommunalen Bezugseinheiten sind untereinander auch nicht immer deckungsgleich (z. B. Wahlbezirke, Einschulungsbereiche, Polizeireviere, Einzugsbereiche von Schuldnerberatungsstellen usw.). Die Sozial- bzw. Bezugsräume sollten so definiert werden, dass sie in Bezug auf die Einwohnerzahlen untereinander vergleichbar sind und ein möglichst problemlagenbezogenes bzw. ressourcenorientiertes Handeln im Raum möglich ist.

Der **Lebenslagenansatz** ist ein Konzept, welches auf den österreichischen Nationalökonom und Philosophen Otto Neurath zurückgeht und später von Gerhard Weisser in Richtung von Handlungsmöglichkeiten neu interpretiert wurde. Neurath versteht die Lebenslage „als Inbegriff aller Umstände, die unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen bedingen“. Weisser erweitert den Begriff um die Bedürfnisbefriedigung und versteht die Lebenslage „als Spielraum, den die äußeren Umstände einem Menschen zur Befriedigung seiner Bedürfnisse, die wiederum den Sinn seiner Lebens bestimmten, bieten“ (Weiser 1956: 989). Bezeichnend für den Lebenslagenansatz ist, dass er sowohl materielle Dimensionen (Einkommen und Vermögen) als auch immaterielle Dimensionen (zum Beispiel die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben integriert. Die tatsächliche Versorgungssituation wird demnach nicht aus-

schließlich durch die verfügbaren Ressourcen, sondern vor allem durch die Art und Weise seiner Verwendung bestimmt. Armut, verstanden als Unterversorgung in zentralen Bereichen der Lebenslage, meint demnach nicht ausschließlich das Fehlen monetärer Güter, sondern einen Komplex multipler sozialer Deprivation, d. h. also auch der (meist unfreiwillige) Verzicht auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Sollen die Lebenslagen einer Bevölkerung analysiert und bewertet werden, sind zunächst unterschiedliche Lebenslagendimensionen zugrunde zu legen. Anschließend müssen Indikatoren entwickelt werden, die geeignet sind, Auskunft über die unterschiedlichen Lebenslagendimensionen zu geben. Deshalb müssen für die gewählten Indikatoren auch geeignete und operationalisierte Daten verfügbar gemacht werden. Um die Lebenslagen in ihrer Multidimensionalität zu betrachten, reicht es allerdings nicht aus alle Dimensionen additiv aufzulisten. Vielmehr müssen sie in ihren Querverbindungen und wechselseitigen Bezügen dargestellt werden. Die in diesem Bericht betrachteten zentralen Lebenslagen können der folgenden Grafik entnommen werden:



Abbildung 1 Lebenslagendimensionen

2 Bevölkerungsentwicklung

2.1 Bevölkerungsentwicklung in Guben von 2006 bis 2012

Guben ist eine in der brandenburgischen Niederlausitz gelegene Mittelstadt. Sie liegt direkt an der polnischen Grenze bzw. ist eine durch das Potsdamer Abkommen und die Neiße geteilte Stadt, die auf polnischer Seite den Namen Gubin trägt. Die Gesamtfläche Gubens (25.577.118 m²) teilt sich in 11 Stadt- bzw. Ortsteile auf. Im Jahr 2012 lebten im Stadtgebiet Guben 18.166 – dies entspricht einer Einwohnerzahl von 710 pro km².

Im Zeitraum der letzten sechs Jahre ist die Einwohnerzahl Gubens von 20.568 im Jahr 2006 auf 18.166 im Jahr 2012 zurückgegangen, dies entspricht einem Bevölkerungsverlust von 13,22 %. Im Zeitraum zwischen 2009 und 2012 betrug der Bevölkerungsrückgang 6,19 % (siehe Tabelle 1). Die höchste Einwohnerzahl wurde im Jahr 1939 erreicht (45.934). Danach ist sie bis in die 1960er abgefallen (25.500), um dann wieder bis Anfang der 1980er anzusteigen (37.000). Seit dem fällt sie stetig und hat 2012 ihren Tiefpunkt erreicht.

Tabelle 1 Einwohnerzahl und Einwohner pro km² von 2006 bis 2009

	2012	2009	2006	Prozentuale Veränderung zwischen 2009 und 2012	Prozentuale Veränderung zwischen 2006 und 2012
Personen im Hauptwohnsitz	18.166	19.291	20.568	-6,19	-13,22
Einwohner/km ²	710	754	803	-6,20	-13,10

Verbunden mit dem Bevölkerungsrückgang insgesamt ist auch die Einwohnerzahl pro km² zurückgegangen. Betrug sie im Jahr 2006 noch 803 Einwohner/km², so waren es 2012 nur noch 710 Einwohner/km² - was einem Rückgang von 13,1 % entspricht (siehe Tabelle 1).

Bevölkerung nach Altersgruppen

Bei der Betrachtung der Bevölkerung einer Stadt bzw. einer Region ist es essentiell, nach dem Lebensalter bzw. der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen genau zu differenzieren. Sowohl der Altersdurchschnitt als auch die Verteilung der Gesamtbevölkerung auf die einzelnen Altersgruppen spielen kommunalpolitisch eine wichtige Rolle und sind die Grundlage für die Ableitung gruppenspezifischer Bedarfe. Gerade die Erfassung der Anzahl der Personen, die sich am Anfang oder am Ende ihres Lebens befinden, ist von großer Bedeutung, da diese beiden Gruppen in mehrfacher Hinsicht den größten Unterstützungsbedarf aufweisen (Jugend- und Altenhilfeplanung). Dabei sollte sich die Ausdifferenzierung der Altersgruppen an denen übergeordneter Instanzen orientieren (z. B. Altersdifferenzierung zur Unterstützung von Personen im Rahmen der Hartz IV Gesetze), denn nur so ist eine möglichst genaue Bedarfsermittlung möglich und eine Vergleichbarkeit auf unterschiedlichen Ebenen gegeben.

In den aus Guben zur Verfügung gestellten Daten wurden folgende Altersgruppen differenziert:

- 0 bis 10 Jahre
- 11 bis 18 Jahre
- 19 bis 65 Jahre
- 66 bis 105 Jahre

Tabelle 2 Personen nach Altersgruppen und Altersdurchschnitt in den Jahren 2006-2012

	2012	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2012 in %	2009	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2009 in %	2006	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2006 in %	Prozentuale Veränderung zwischen 2009 und 2012	Prozentuale Veränderung zwischen 2006 und 2012
Personen im Hauptwohnsitz	18.166	100	19.291	100	20.568	100	-6,19	-13,22
Einwohner_innen nach Altersgruppen:								
0-10 Jahre	1.171	6,45	1.233	6,4	1.251	6,08	-5,29	-6,83
11-18 Jahre	891	4,90	926	4,8	1.461	7,10	-3,93	-36,03
19-65 Jahre	10.788	59,39	11.825	61,3	11.299	54,93	-9,61	-4,73
66-105 Jahre	5.316	29,26	5.307	27,51	4.734	23,02	+0,17	+10,95
Altersdurchschnitt	50,63		48,91		47,00		+1,72 Jahre	+3,63 Jahre

Wie bereits erwähnt, hat sich die Bevölkerung zwischen 2006 und 2012 um 2.402 Einwohner_innen reduziert (-13,22 %). Tabelle 2 und Abbildung 2 ist zu entnehmen, dass es sich dabei vor allem um Verluste in den Altersgruppen der 0 bis 10 und der 11 bis 18 Jährigen handelt. In der Gruppe der Erwerbsfähigen (19-65 Jahre) hat zunächst eine Zunahme von 11.299 (2006) auf 11.825 (2009) und dann eine Abnahme auf 10.788 Personen (2013) stattgefunden. Trotz des Rückgangs der Gesamtbevölkerung hat allerdings die Bevölkerung der 66-jährigen und älteren Frauen und Männer noch zugenommen und zwar sowohl in ihrer Personenanzahl als auch in ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Diese Entwicklung erklärt auch die Zunahme des Altersdurchschnitts. Im Zeitraum zwischen 2006 und 2012 stieg dieser von 47 Jahren auf 50,63 Jahre, was wiederum einer Zunahme um 3,63 Jahre innerhalb von 6 Jahren entspricht.

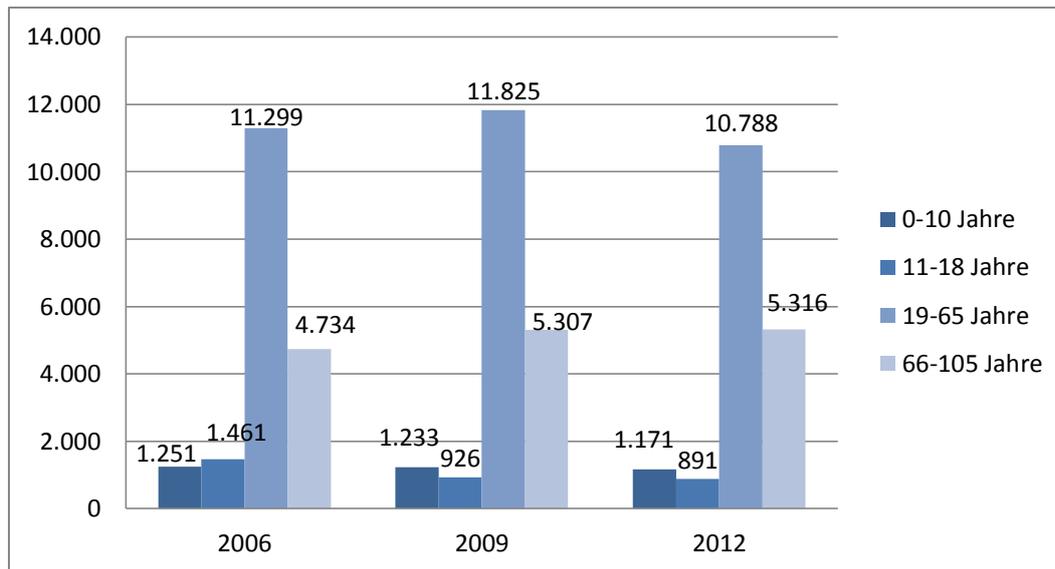


Abbildung 2 Bevölkerung nach Altersgruppen in den Jahren 2006, 2009 und 2012

Werden die prozentualen Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung betrachtet, so wird deutlich, dass sich die rückläufige Anzahl der 0 bis 10 Jährigen kaum auf deren Anteil an der Gesamtbevölkerung auswirkt. Im Gegenteil: dieser nimmt in geringem Maße sogar zu (2006: 6,08 %; 2012: 6,45 %). Anders verhält es sich in der Gruppe der 11-18 Jährigen. Hier hat zwischen 2006 und 2009 ein prozentualer Rückgang um mehr als zwei Prozentpunkte (von rund 7 % auf knapp unter 5 %) stattgefunden. Der prozentuale Anteil der Gubener_innen im Alter zwischen 19 und 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung betrug im Jahre 2006 lediglich 55 %, stieg 2009 auf 61 % an, um danach erneut auf 59 % im Jahre 2012 zu sinken.

Die einzige Personengruppe, die prozentual gesehen deutliche Zuwächse verzeichnen konnte, ist die der Frauen und Männer, die ihr 66. Lebensjahr erreicht haben oder älter sind. Machten sie 2006 noch 23 % der Bevölkerung Gubens aus, so waren es 2012 bereits 30 %, Tendenz steigend (siehe Abbildung 3).

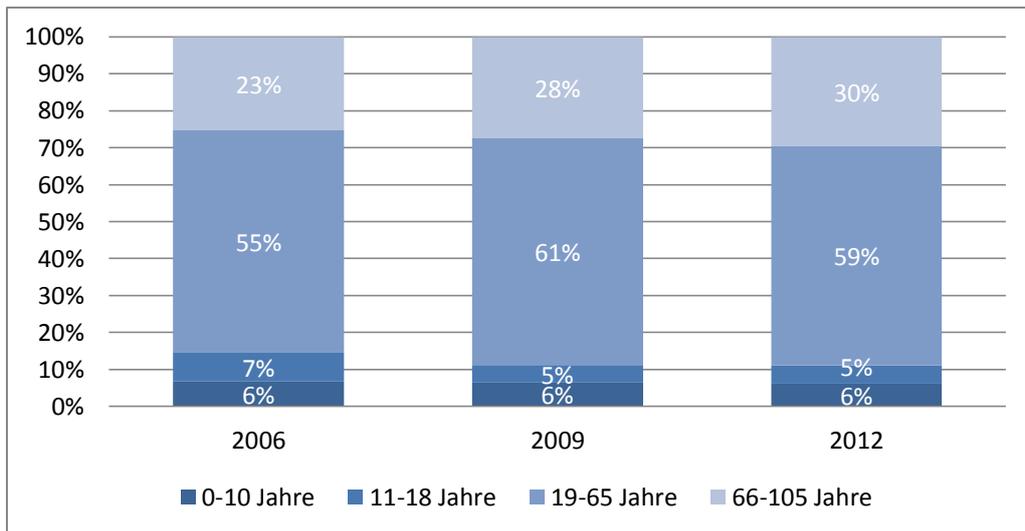


Abbildung 3 Bevölkerung nach Altersgruppen in den Jahren 2006, 2009 und 2012 in %

Die Altersgruppe der 0 bis 12 Jährigen wird in Abbildung 4 nochmals detailliert dargestellt. Dabei ist eine sehr heterogene Entwicklung zu beobachten. In den Altersgruppen von 0 bis 3 Jahren und von 5 bis unter 6 Jahren ist eine leicht rückläufige Zahl an Kindern zu erkennen. In den Altersgruppen 3 bis 5 und 11 bis unter 13 Jahren ist demgegenüber eine leichte Zunahme im Vergleich zum Jahr 2009 zu verzeichnen.

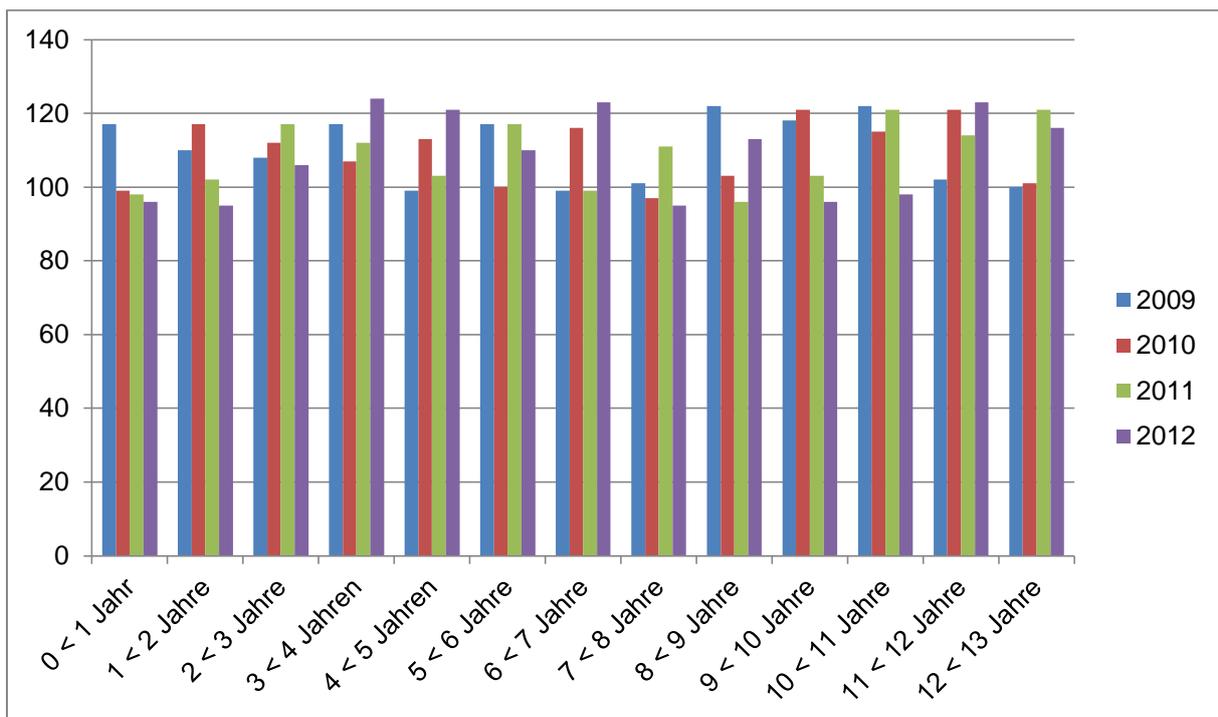


Abbildung 4 Entwicklung der Anzahl der Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren

Zwei weitere Indikatoren, die bei der Betrachtung der Altersstruktur einer Einwohnerschaft eine bedeutsame Rolle spielen, sind der Jugend- und der Altersquotient. Der Jugendquotient ermittelt die Relation der Bevölkerung zwischen 0 und 18 Jahren zur Bevölkerung zwischen 19 und 65 Jahren. Der Altersquotient stellt die Bevölkerungsgruppe der über 66 Jährigen in Bezug zur Altersgruppe der 19 bis 65 Jährigen dar.

Im Jahr 2012 betrug der Jugendquotient in Guben 19,11 %, der Altenquotient 49,28 %. Der Jugendquotient ist demnach in den letzten Jahren stetig gesunken. Demgegenüber hat der Altenquotient überproportional zugenommen: So ist der Jugendquotient zwischen 2006 und 2012 um 4,89 Prozentpunkte gesunken; der Altenquotient ist im gleichen Zeitraum um 7,38 Prozentpunkte gestiegen (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3 Jugend- und Altenquotient 2006-2012

	2012	2009	2006	Prozentuale Veränderung zwischen 2009 und 2012	Prozentuale Veränderung zwischen 2006 und 2012
Jugendquotient (in %)	19,11	22,90	24,00	-3,79	-4,89
Altenquotient (in %)	49,28	44,87	41,90	+4,41	+7,38

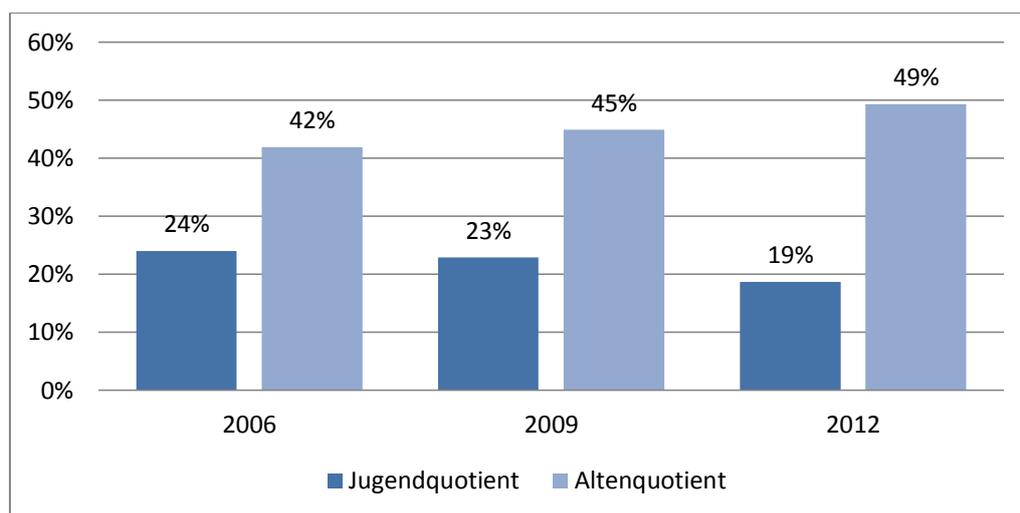


Abbildung 5 Jugend- und Altenquotient in den Jahren 2006, 2009 und 2012

Die Betrachtung der Gesamtbevölkerung Gubens einerseits und die Differenzierung der Einwohnerschaft nach Altersgruppen andererseits zeigt eine Problemlage auf, mit der Guben schon seit Jahrzehnten zu kämpfen hat: Es handelt sich um starke Bevölkerungsverluste - vor allem bei der jüngeren Bevölkerung. Der enorme Bevölkerungsrückgang ist vor allem auf den Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze in der Industrie im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung zurückzuführen, der nicht kompensiert werden konnte durch innovative neue Ar-

beitsplätze in modernen Industrie- und Dienstleistungsbranchen. Mit dem Wegzug von Menschen im erwerbsfähigen Alter geht tendenziell auch eine sinkende Kinderzahl einher.

Der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Veränderung der Altersstruktur der Gubener Bevölkerung haben einen enormen Einfluss auf die Bedarfsstruktur der Einwohnerinnen und Einwohner in unterschiedlichsten Lebensbereichen (z. B. Wohnen). Das hat vielfältige Auswirkungen auf politische Entscheidungen und auf die Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur – also auf die Lebenslage der Menschen in der peripher gelegenen, brandenburgischen Kleinstadt in Grenzlage zu Polen. Während es beispielsweise der Schließung von Kindertagesstätten und Schulen bedarf, weil aufgrund der weniger werdenden Kinder und Jugendlichen die vorhandenen Kapazitäten bei weitem nicht mehr ausgeschöpft werden, wird andererseits ein immer ausdifferenzierteres Unterstützungs- und Dienstleistungsnetzwerk für die älter werdende Bevölkerung Gubens notwendig. Die Stadt Guben ist einerseits gefordert, durch die Förderung attraktiver Lebens- und Wohnbedingungen als Standort für Familien interessant zu bleiben, andererseits aber auch ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben der älteren Menschen in Guben zu ermöglichen. Im Mittelpunkt aller politischen Planungen und Weiterentwicklungen der Stadt sollten daher generationen- und altersspezifische, aber auch generationenübergreifende Angebote stehen – gerade mit Blick auf die Anforderungen an die Stadtraumgestaltung und Infrastrukturplanung.

Auch der langfristige Erhalt der zurzeit verfügbaren Arbeitsplätze bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze stellt ein bedeutsames Instrument gegen die Abwanderung der Bevölkerung dar, vor allem der Gubener_innen im erwerbsfähigen Alter und ihren Familien. Das Vorhandensein eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes und damit die Erwirtschaftung eines eigenen, existenzsichernden Erwerbseinkommens ist ein entscheidendes Kriterium für die Wohnortwahl. Das Fehlen einer solchen Beschäftigung führt hingegen häufig zum Wohnortwechsel.

Die Bevölkerungsabnahme hat in den letzten Jahren zudem einen beträchtlichen Wohnungsleerstand und damit einen Wohnungsrückbau zur Folge (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4 Wohnungsbestand und -leerstand in den Jahren 2006, 2009 und 2012

	2006	2009	2012
Bestand	11.529	11.120	10.885
Leerstand	1.765	1.680	1.711
Leerstand in %	15,3	15,1	15,7

Zwischen den Jahren 2006 und 2009 wurden in Guben 409 Wohnungen zurückgebaut. In den Jahren davor fiel die Reduzierung des Wohnungsbestandes noch sehr viel deutlicher aus: zwischen 2002 und 2007 wurden ca. 2000 Wohneinheiten zurückgebaut. Dies hatte eine Verringerung des Wohnungsleerstands von rund 22 % auf ca. 15 % zur Folge. Trotz

weiterer Rückbaumaßnahmen zwischen 2009 und 2012 hat sich der Wohnungsleerstand allerdings weiter erhöht (2009: 15,1 %; 2012: 15,7 %). Es ist zu vermuten, dass auch in den kommenden Jahren ein weiterer Rückbau notwendig ist bzw. dass Wege gefunden werden müssen, um den leerstehenden Wohnraum kreativ und wirksam zu nutzen (z. B. Räumlichkeiten, die der Herstellung von Austausch und Kontakt dienen, die gegenseitige Unterstützung von Jung und Alt ermöglichen oder Platz für neue Wohnkonzepte schaffen, z. B. Wohngemeinschaften für ältere Menschen oder Mehrgenerationenwohnen).

Das Gesamtvolumen und das Alter einer Bevölkerung hat auch immer Einfluss auf die gesundheitliche Infrastruktur, auf die Bereitstellung von ausreichend und möglichst wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten, auf die Gestaltung und Förderung von Vereinen und ehrenamtlichen Engagements, auf den öffentlichen Nahverkehr, die Bereitstellung von altersgerechten Einrichtungen und Netzwerken, auf die Ausgestaltung von Beziehungen mit angrenzenden Kommunen und dem Landkreis zur gemeinsamen Nutzung geeigneter Strukturen und vieles mehr. Die Betrachtung der Bevölkerungsdaten in Verknüpfung mit anderen wichtigen Faktoren, wie z. B. die kommunalen Haushaltsmittel, ist daher die Grundlage und der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Entscheidungen.

Bevölkerung nach Geschlecht und Nationalität

Zwei weitere Merkmale, die durchgängig betrachtet werden, sind das Geschlecht und die ethnische Herkunft.

Obwohl die Gleichberechtigung und -behandlung von Frauen und Männern gesetzlich festgeschrieben ist und gerade in den letzten Jahren auf politischer Ebene weiterentwickelt wird (vgl. Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2011), gibt es in vielen Feldern noch immer Formen von direkter oder indirekter Benachteiligung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit (z. B. geringere Löhne von Frauen bei gleicher Tätigkeit und gleicher Qualifikation, geringerer Anteil von Frauen in Führungspositionen etc.).

Die Nationalität, der Einwohner_innen angehören bzw. ihre ethnische Herkunft ist ebenfalls ein zentrales Element bei der Einschätzung ihrer Lebenschancen.

Statistisch gesehen ist es jedoch um ein Vielfaches schwieriger, die ethnische Herkunft der Einwohnerschaft darzustellen, als sie nach dem Geschlecht zu differenzieren – dies liegt daran, dass zwar der Anteil der ausländischen Bevölkerung (Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft) erfasst werden kann, nicht aber der Anteil der Bevölkerung, der einen Migrationshintergrund hat. Die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund ist jedoch deutlich größer als die der Ausländer_innen.

In Tabelle 5 wird deutlich, dass in Guben sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen Bevölkerungsrückgänge stattgefunden haben. Diese fielen bei den Männern jedoch höher aus als bei den Frauen der Fall war. Während die weibliche Bevölkerung im Zeitraum zwischen 2006 und 2012 um 12,75 % zurückgegangen ist, beträgt der Rückgang bei den Männern 13,75 %. Dies spiegelt sich auch im Anteil an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Geschlechts wider. 2006 war ein Anteil von 52,32 % der Gubener Bevölkerung weiblich und 47,68 % männlich, 2012 waren es hingegen 52,54 % weibliche Bewohnerinnen und 47,46 % männliche Einwohner. Generell lässt sich feststellen, dass in Guben mehr Frauen als Männer wohnen (2012 waren es 924 mehr weibliche als männliche Einwohner) (Tabelle 5).

Die Altersstruktur in Verbindung mit den Daten zum Geschlecht, unter Berücksichtigung wissenschaftlich gesicherten Sachverhaltes, dass Frauen im Durchschnitt älter werden als Männer, lässt die These zu, dass es besonders viele ältere Frauen in Guben leben. Auch dies wiederum hat immensen Einfluss auf die Ausgestaltung sozialpolitischer Entscheidungen. Es bedarf demnach einer genaueren Ausdifferenzierung der Altersgruppen insgesamt, vor allem auch der über 65 Jährigen und nach dem Geschlecht. Erst dann können ganz genaue Aussagen über heutige und künftige Bedarfe abgeleitet werden.

Tabelle 5 Personen nach Geschlecht und Nationalität 2006-2012

	2012	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2012 in %	2009	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2009 in %	2006	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2006 in %	Prozentuale Veränderung zwischen 2009 und 2012	Prozentuale Veränderung zwischen 2006 und 2012
Personen im Hauptwohnsitz	18.166	100	19.291	100	20.568	100	-6,19	-13,22
Einwohner_innen nach Geschlecht:								
Weiblich	9.545	52,54	10.084	52,27	10.762	52,32	-5,65	-12,75
Männlich	8.621	47,46	9.207	47,73	9.806	47,68	-6,80	-13,75
Ausländische Einwohner_innen	470	2,59	423	2,19	439	2,13	+10,00	+6,60
Davon weiblich	290	1,60	271	1,40	247	1,20	+6,55	+14,83
Davon männlich	180	0,99	152	0,79	192	0,93	+15,56	-6,70

In Guben lebten 2012 insgesamt 470 Ausländerinnen und Ausländer. Dies entspricht einer Abnahme von 4,89 % im Vergleich zum Jahr 2006, jedoch einer Zunahme um ca. 10 % zum Jahr 2009. Betrachtet man, wie viel Prozent der Gubener Bevölkerung ausländischer Herkunft ist, so wird deutlich, dass sich dieser Anteil in den letzten Jahren erhöht hat (2006:

2,13 %; 2009: 2,19 %; 2012: 2,59 %). Allerdings lässt sich auf Grundlage dieser Zahlen kein eindeutiger Trend zur Zunahme des Anteils an Ausländer_innen ableiten. Dafür ist die Zunahme zu gering (siehe Tabelle 5).

Betrachtet man die Unterschiede nach Geschlechtszugehörigkeit in der ausländischen Bevölkerung, so wird deutlich, dass der größere Anteil der ausländischen Bevölkerung weiblich ist. Dies ist jedoch erst seit 2006 der Fall. Davor war der größere Teil männlich. Während zwischen 2006 und 2012 der Anteil der Frauen an der ausländischen Bevölkerung um 14,83 % zugenommen hat, ist der der Männer um 6,70 % zurückgegangen (siehe Tabelle 5).

Ein wichtiger Aspekt, der aufgrund von Defiziten in der Datenerfassung jedoch nicht im Einzelnen dargestellt werden kann, ist der nach der ethnischen Herkunft. Es wird gegenwärtig nicht erfasst, woher die Ausländer_innen, die in Guben wohnen, stammen. Dies wäre jedoch eine wichtige Information, um begründet Handlungsempfehlungen zur Integration der ausländischen Bevölkerung abzuleiten, denn je nach Herkunftsland unterscheiden sich die kulturellen Hintergründe und die damit einhergehenden Integrationsmöglichkeiten und -instrumente. Es lassen sich bei der Ermittlung der Herkunft momentan nur Vermutungen anstellen. So dürfte sich die Nähe zu Polen und anderen osteuropäischen Staaten auf die Struktur der ausländischen Bevölkerung auswirken.

Bevölkerungsveränderung

Es gibt eine Vielzahl an Faktoren, welche die Bevölkerungsentwicklung sowohl positiv als auch negativ beeinflussen. Meist sind es der Arbeitsmarkt, die Wohnsituation sowie persönliche und familiäre, aber auch soziale und institutionelle Faktoren, die sich entscheidend auf die Wohnortwahl auswirken.

Die beiden Hauptindikatoren der Bevölkerungsveränderung sind die natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle) einerseits und die Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge) andererseits. Zu- und Fortzüge können innerhalb der Stadtgrenzen und darüber hinaus stattfinden (innerhalb Deutschlands oder ins bzw. aus dem Ausland).

Tabelle 6 Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 2006, 2009 und 2012

	2012	2009	2006
Personen im Hauptwohnsitz zu Beginn eines Jahres	18.551	19.688	21.089
Personen im Hauptwohnsitz zum Ende eines Jahres	18.166	19.291	20.568
Saldo Geburten/Sterbefälle	-189 (-1,02 %)	-149 (-0,76 %)	-125 (-0,59 %)
Saldo Wanderung	-196 (-1,06 %)	-248 (-1,26 %)	-396 (-1,88 %)
Saldo Bevölkerungsentwicklung	-385 (-2,08 %)	-397 (-2,02 %)	-521 (-2,47 %)

Werden die Bevölkerungsveränderung im Detail betrachtet, so wird deutlich, dass sich der Saldo Bevölkerungsentwicklung gesamt (Saldo Geburten/Sterbefälle + Saldo Wanderung) in den letzten Jahren positiv entwickelt hat, d. h. er hat abgenommen. Der Bevölkerungsrückgang in Guben verläuft in den letzten Jahren demnach nicht mehr so rasant wie in den Jahren davor. Jedoch hat sich die Gubener Bevölkerung von Beginn bis Ende 2012 noch immer um 2,08 % reduziert. Im Jahr 2006 waren es noch 2,47 % (siehe Tabelle 6).

Allerdings sollten die beiden Hauptindikatoren der Bevölkerungsbewegung auch getrennt voneinander in den Blick genommen werden. Es zeigt sich, dass sich das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen seit Jahren negativ entwickelt, d. h. es sterben deutlich mehr Menschen als geboren werden. Im Jahr 2006 betrug die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen 125. Im Jahre 2009 waren es 149 und 2012 lag sie bei 189. Dieses Phänomen erklärt auch den steigenden Altersdurchschnitts sowie die Abnahme des Jugend- und die Zunahme des Altersquotienten. Im Gegensatz zum Saldo Geburten/Sterbefälle gibt es im Verhältnis von Zu- und Fortzügen eine positive Entwicklung. Zwar ist der Wanderungssaldo noch immer deutlich negativ, er nimmt jedoch seit Jahren ab. 2006 lag er bei -396. Drei Jahre später (2009) bei -248 und 2012 bei -196. Er ist demnach zwischen 2006 und 2012 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die beiden Saldi nähern sich alles in allem also einander an (siehe Abbildung 6). Dennoch sind in den nächsten Jahren keine positiven Saldi zu erwarten (weder der Geburten/Sterbefälle- noch der Wanderungssaldo).

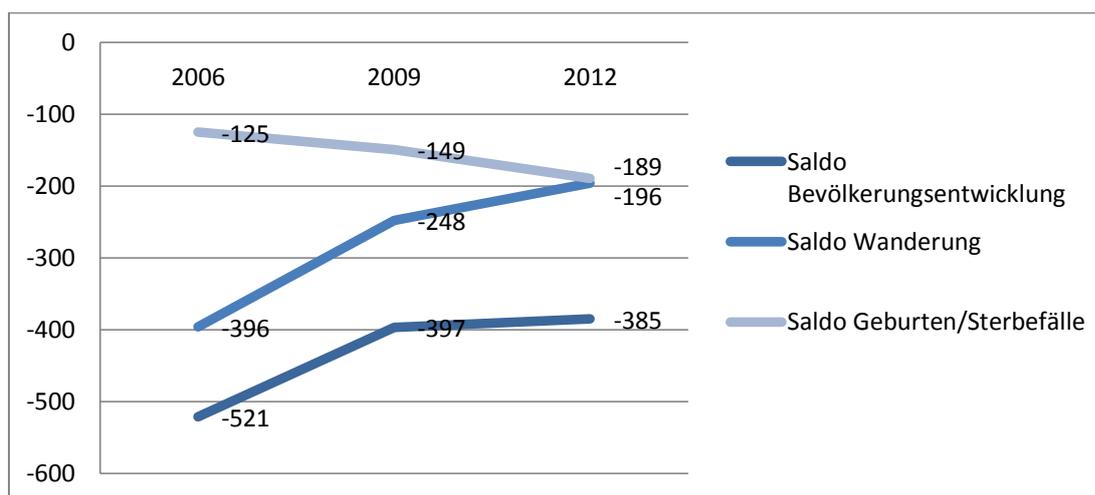


Abbildung 6 Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2012

2.2 Vergleich Bevölkerungsentwicklung in Guben, Spree-Neiße, Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland

Um eine Einordnung Gubens und eine Beurteilung der Lebenslagen im Gesamtkontext Deutschlands gewährleisten zu können, bedarf es des Vergleichs mit Daten aus dem Land-

kreis, aus Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Im Folgenden soll die Einbettung anhand der demografischen Daten vorgenommen werden. Da eine Vergleichbarkeit der Daten gegeben sein muss und diese nicht auf allen Ebenen für das Jahr 2012 vorhanden sind, wird das Vergleichsjahr 2009 gewählt.

Guben ist mit 19.291 Einwohner_innen nach Spremberg und Forst die drittgrößte Stadt im Landkreis Spree-Neiße. Der Landkreis Spree-Neiße wiederum liegt mit einer Einwohnerzahl von 128.470 in Brandenburg auf dem zehnten Rang. Brandenburg ist zwar flächenmäßig das fünftgrößte Bundesland Deutschlands, allerdings bleibt es bei der Gesamtbevölkerung hinter neun, vor allem westdeutschen Bundesländern zurück. Die knapp 82 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands teilen sich wie folgt auf: knapp 65,5 Millionen leben im früheren Bundesgebiet, ca. 13 Millionen in den neuen Ländern und um die 3,5 Millionen Menschen leben in der Bundeshauptstadt Berlin.

Tabelle 7 Bevölkerungsentwicklung und -zusammensetzung im interregionalen Vergleich im Jahr 2009

2009	Bundesrepublik Deutschland	Brandenburg	Spree-Neiße	Guben
Personen im Hauptwohnsitz	81.802.257	2.511.525	128.470	19.291
Davon männlich	40.103.606	1.244.101	64.279	9.207
Davon weiblich	41.698.651	1.267.424	64.191	10.084
% männlich	49,03	49,54	50,03	47,73
% weiblich	50,97	50,46	49,97	52,27
Bevölkerungsdichte (EW/km ²)	229	85	78	754
Altersdurchschnitt	43,4	45,3	46,8	48,91
Jugendquotient	31,0	24,6	22,3	22,9
Altenquotient	34,0	36,1	38,2	44,87
Anteil Ausländer in %	8,7	2,6	2,7	2,19
Saldo Bevölkerungsentwicklung	-200.000	-11.077	-2.165	-397
In %	-0,24	-0,44	-1,69	-2,02

In allen Vergleichsregionen außer dem Landkreis Spree-Neiße wohnen mehr Frauen als Männer. Besonders in Guben liegt der **Anteil der Frauen** an der Gesamtbevölkerung höher als der der Männer (52,27 % > 47,73 %). Ein großer Unterschied zu den übergeordneten Systemen lässt sich in Bezug auf das Verhältnis der weiblichen zur männlichen Bevölkerung allerdings nicht feststellen: Guben weist in dieser Hinsicht keine Auffälligkeiten auf. Gleichwohl sprechen die Daten für eine gendersensible Stadtentwicklung, welche die Bedarfe ihrer weiblichen Bevölkerung differenziert wahrnimmt und ihre Partizipation bei der Gestaltung der örtlichen Belange gewährleistet.

Anders verhält es sich, betrachtet man sich zum einen den **Altersdurchschnitt** der Bevölkerung und zum anderen das Verhältnis der jungen (0 bis 18 Jahre (Guben) bzw. 0 bis 20 Jah-

re (BRD, Brandenburg, Spree-Neiße)) bzw. alten Einwohner_innen (über 65 Jahre) im Verhältnis zu denen im Alter zwischen 19 (20) und 65 Jahren – also den **Jugend- und Altenquotient** (siehe Tabelle 7).

Der Altersdurchschnitt liegt in Guben (48,91) deutlich über dem im Landkreis Spree-Neiße (46,8) und noch sehr viel deutlich über dem in Brandenburg (45,3) und der Bundesrepublik (43,4). **Die Gubener_innen sind fast fünfeinhalb Jahre älter als der bundesdeutsche Durchschnitt und auch noch dreieinhalb Jahre älter als die brandenburgische Bevölkerung.** Dies ist eine bedeutsame Information zur Bewertung der Lebenslage und zur Bestimmung der Bedarfslagen vor Ort. Das Durchschnittsalter in Guben liegt bei 48,91 Jahren, d. h. knapp 50 % der Bevölkerung sind über 50 Jahre alt. Somit ist vermutlich der Anteil der Erwerbsfähigen im Alter von 19-65 Jahren geringer und der der Rentner_innen deutlich höher als es in anderen Regionen Deutschlands der Fall ist. Das heißt wiederum auch, dass der Bevölkerungsanteil, der Einkommenssteuern zahlt und damit wesentlich zum Erhalt der städtischen Einnahmen beiträgt, immer geringer wird. Gleichzeitig steigen die Ausgaben im Sozial- und Gesundheitswesen, wenn eine Bevölkerung immer älter wird. So sind die Kommunen die Kostenträger für die (hohen) Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und auch für die Kosten der Grundsicherung im Alter.

Zwei weitere Indikatoren, die zu Aussagen über die Altersstruktur einer Einwohnerschaft beitragen können, sind der Jugend- und der Altenquotient. Wie man an Abbildung 7 ablesen kann, liegt der Jugendquotient in Guben im Jahr 2009 zwar über dem im Landkreis Spree-Neiße, aber unter dem in Brandenburg und merklich unter dem in Gesamtdeutschland. Betrachtet man sich die kreisfreien Städte und Landkreise in Brandenburg, so wird deutlich, dass der Jugendquotient in Spree-Neiße einer der geringsten von ganz Brandenburg ist. Das Havelland oder auch der Landkreis Potsdam-Mittelmark beispielsweise weisen mit 28,4 bzw. 27,6 die höchsten Werte auf und liegen damit deutlich über dem Wert von Spree-Neiße von 22,3 und Guben mit 22,9 – die Tendenz ist jedoch in allen Regionen Brandenburgs sinkend. Anders verhält es sich mit dem Altenquotient. Dieser liegt in Guben deutlich über dem in allen drei anderen Betrachtungseinheiten. Besonders groß ist der Unterschied im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland (+10). **Aber auch im Landkreis Spree-Neiße ist Guben eine der Städte bzw. Regionen mit einem extrem hohen Altenquotient.** Der Landkreis Spree-Neiße wiederum weist den sechsthöchsten Altenquotient in ganz Brandenburg auf, was auch heißt, dass 11 kreisfreie Städte und Landkreise einen Wert von unter 38,2 aufweisen (siehe Abbildung 7).

Demnach ist der Altenquotient nicht nur im Vergleich mit Deutschland, sondern auch für die Region, in der Guben liegt, überdurchschnittlich hoch. Dies stellt Guben vor außerordentliche strukturelle und politische Herausforderungen bei der kommunalen Planung und Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort..

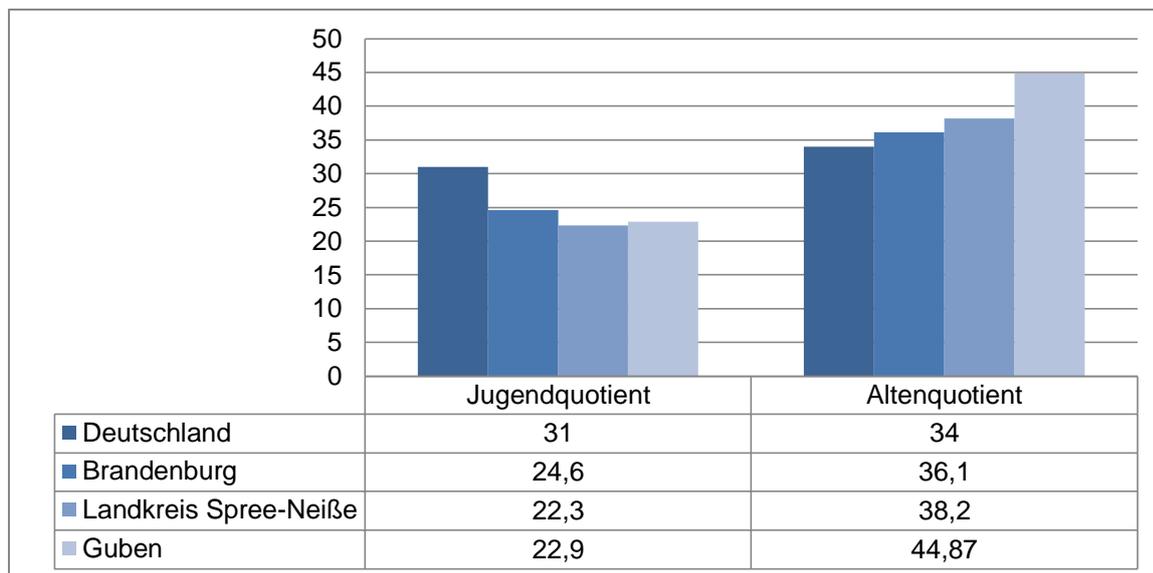


Abbildung 7 Jugend- und Altenquotient in verschiedenen Regionen im Jahr 2009

Der **Ausländeranteil** ist in Guben mit 2,19 % verglichen mit allen drei Vergleichsregionen unterdurchschnittlich. Den größten Unterschied weist Guben im Vergleich zu Gesamtdeutschland auf – hier beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung 8,7 %. Brandenburg weist mit einem Anteil von 2,6 % den drittkleinsten Ausländeranteil in Deutschland auf, nur Thüringen (2,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (2,3 %) haben einen noch geringeren Anteil an Ausländerinnen und Ausländern. Vor allem in den westdeutschen Bundesländern liegt der Anteil deutlich höher. Spree-Neiße befindet sich mit einem Anteil von 2,7 % im Mittelfeld Brandenburgs.

Leider können auch im interregionalen Vergleich keine Daten zu Personen mit Migrationshintergrund herangezogen werden, da diese weder auf kommunaler noch auf Landkreis- oder Landesebene vorhanden sind. Auch eine Differenzierung der ausländischen Bevölkerung nach Herkunftsländern ist nicht möglich.

Betrachtet man sich die **Bevölkerungsentwicklung** insgesamt, so wird deutlich, dass in allen Regionen Deutschlands ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen ist. Dieser fällt jedoch sehr unterschiedlich aus. Die Bevölkerung in Deutschland ist im Jahr 2009 um 0,24 % zurückgegangen, in Brandenburg betrug der Rückgang 0,44 %, im Landkreis Spree-Neiße lag er schon bei 1,69 % und in Guben ist er mit 2,02 % mit Abstand am höchsten. Die Verluste in Guben sind prozentual gesehen vier Mal so hoch wie in Brandenburg und sogar acht Mal so hoch wie in der Bundesrepublik (siehe Abbildung 8).

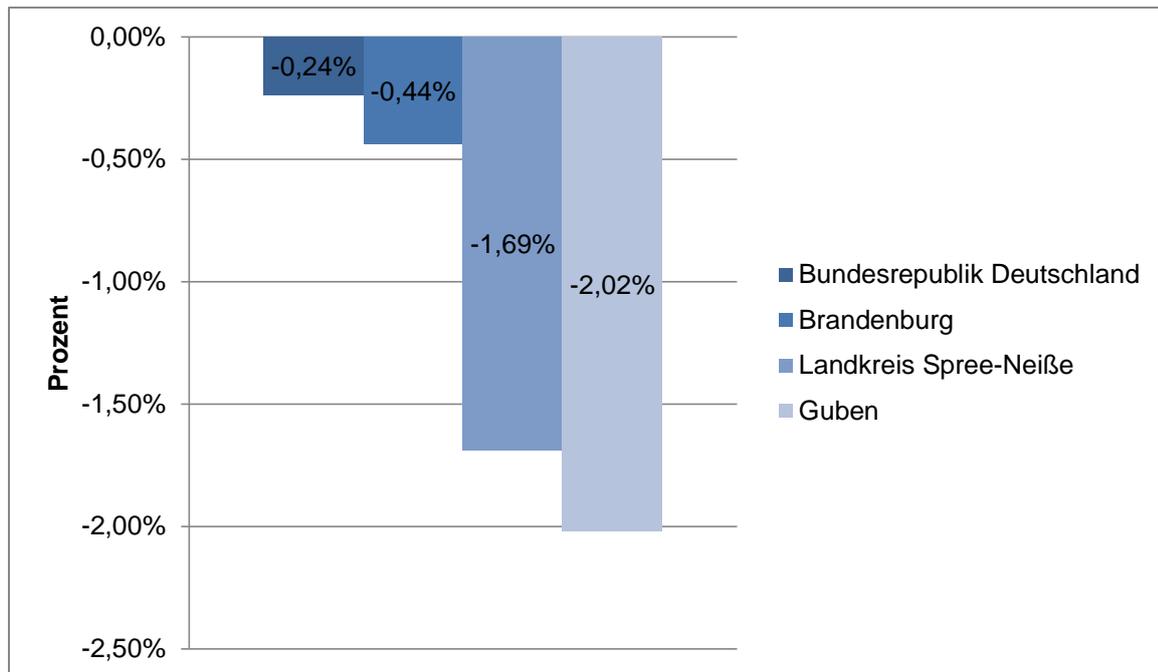


Abbildung 8 Saldo Bevölkerungsentwicklung in % in unterschiedlichen Regionen 2009

2.3 Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen Gubens

Die kleinräumige Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung wird in diesen Bericht auf die sieben größten Stadtteile begrenzt. Besonders bedeutend sind hierbei nicht die Gesamtzahlen, sondern die prozentualen Angaben, da sich die Stadtteile in ihrer Größe bzw. in der Zahl ihrer Einwohner_innen teils stark voneinander unterscheiden.

Die Altersstruktur der Bevölkerung und damit der Altersdurchschnitt sind in den verschiedenen Stadtteilen sehr unterschiedlich (siehe Tabelle 8). Während beispielsweise in der Altstadt Ost sehr viele Kinder und Jugendliche leben, ist im WK II der Anteil der Personen über 65 Jahren sehr hoch – der Altersdurchschnitt in den beiden Stadtteilen unterscheidet sich um knapp 7 Jahre.

Den höchsten Anteil an Kindern im Alter von 0-10 Jahren weist mit 9,25 % die Altstadt Ost auf, der geringsten Anteil Kinder dieser Altersgruppe lebt mit 4,83 % in Groß Breesen. Ähnlich verhält es sich in der Altersgruppe der 11-18 Jährigen – davon lebt ebenfalls der größte Teil in der Altstadt Ost, der geringste jedoch in der Altstadt West.

67,82 % der Bevölkerung in Groß Breesen gehören der Altersgruppe zwischen 19 und 65 Jahren an, während es im WK II gerade mal 53,61 % sind. Die älteste Bevölkerung wiederum weist mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung der über 65 Jährigen von 36,52 % der WK II auf, den geringsten Anteil findet man in der Altstadt Ost (21,75 %).

Der Jugendquotient reicht von 24,43 in der Altstadt Ost bis 13,56 in Groß Breesen. Eine noch größere Streuung weist der Altenquotient in den unterschiedlichen Stadt- und Ortsteilen auf. In Groß Breesen beträgt er 33,90, während er im WK II bei 68,12 liegt. Interessant dabei ist, dass Groß Breesen sowohl den kleinsten Jugend- als auch den kleinsten Altenquotient aufweist, d. h. dort wohnen relativ wenig junge und gleichzeitig wenig ältere Menschen. Hier gibt es den größten Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 19-65 Jahren, so dass der Altersdurchschnitt dieses Stadtteils wiederum im Mittelfeld liegt.

Besonders „jung“ sind vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt Ost (46,24 J.), des WK IV (48,37 J.) und Reichenbachs (49,78 J.) – hier liegt der Altersdurchschnitt unter 50 Jahren und somit auch unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt (50,63 Jahre). Mit einem Altersdurchschnitt von 53,27 Jahren im WK II, einem von 51,93 im WK I und einem von 50,73 in der Altstadt West, lebt hier die im Durchschnitt ältere Gesellschaft.

Tabelle 8 Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung in den unterschiedlichen Stadtteilen 2012

2012	Gesamtstadt	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Reichenbach	Groß Breesen
Personen im Hauptwohnsitz	18.166 (100 %)	1.471 (100 %)	4.800 (100 %)	1.624 (100 %)	4.891 (100 %)	2.737 (100 %)	697 (100 %)	870 (100 %)
Personen nach Altersgruppen:								
0-10 Jahre	1.171 (6,45 %)	136 (9,25 %)	311 (6,48 %)	94 (5,79 %)	273 (5,58 %)	200 (7,31 %)	45 (6,45 %)	42 (4,83 %)
11-18 Jahre	891 (4,90 %)	90 (6,12 %)	199 (4,15 %)	78 (4,80 %)	210 (4,29 %)	163 (5,96 %)	37 (5,31 %)	38 (4,37 %)
19-65 Jahre	10.788 (59,39 %)	925 (62,88 %)	2.880 (58,33 %)	909 (55,97 %)	2.622 (53,61 %)	1.765 (64,49 %)	415 (59,54 %)	590 (67,82 %)
66 und älter	5.316 (29,26 %)	320 (21,75 %)	1.410 (29,38 %)	543 (33,44 %)	1.786 (36,52 %)	609 (22,25 %)	200 (28,69 %)	200 (22,99 %)
Altersdurchschnitt	50,63	46,24	50,73	51,93	53,27	48,37	49,78	50,50
Jugendquotient	19,11	24,43	17,71	18,92	18,42	20,57	19,76	13,56
Altersquotient	49,28	34,59	48,96	59,74	68,12	34,50	48,19	33,90

Wird die Bevölkerungszusammensetzung in den einzelnen Regionen Gubens nach der geschlechtlichen Zusammensetzung betrachtet, so wird deutlich, dass lediglich in einem der sieben untersuchten Stadtteile der Anteil der Männer höher ist als der der Frauen. Das ist ausschließlich in der Altstadt Ost (49,76 %) der Fall (siehe Tabelle 9). In allen anderen Stadtteilen leben mehr Frauen als Männer. Besonders hoch ist die Differenz im WK I, hier sind 55,11 % der Bevölkerung weiblich und lediglich 44,89 % männlich.

In den Stadtteilen, in denen die geringsten Abweichungen zwischen den Geschlechtern bestehen, ist auch der Altersdurchschnitt nicht ganz so hoch, z. B. Altstadt Ost. Hier ist das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen und der Altersdurchschnitt ist der niedrigste im ganzen Stadtgebiet (46,24 Jahre). Es lässt sich vermuten, dass hier vor allem junge Familien mit kleineren Kindern wohnen. Dies sollte durch Daten zur Haushaltsstruktur nachgeprüft werden.

Tabelle 9 Einwohner_innen der einzelnen Stadtteile nach Geschlecht und Nationalität 2012

2012	Gesamtstadt	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Reichenbach	Groß Breesen
Personen im Hauptwohnsitz	18.166 (100 %)	1.471 (100 %)	4.800 (100 %)	1.624 (100 %)	4.891 (100 %)	2.737 (100 %)	697 (100 %)	870 (100 %)
Einwohner weiblich	9.545 (52,54 %)	732 (49,76 %)	2.521 (52,52 %)	895 (55,11 %)	2.606 (53,28 %)	1.454 (53,12 %)	351 (50,36 %)	443 (50,92 %)
Einwohner männlich	8.621 (47,46 %)	739 (50,24 %)	2.279 (47,48 %)	729 (44,89 %)	2.285 (46,72 %)	1.283 (46,88 %)	346 (49,64 %)	437 (49,08 %)
Ausländer_innen	470 (2,59 %)	78 (5,30 %)	100 (2,08 %)	68 (4,19 %)	73 (1,49 %)	130 (4,75 %)	5 (0,72 %)	6 (0,69 %)

Den höchsten Ausländeranteil weist ebenfalls die Altstadt Ost auf. 5,30 % der Bevölkerung dieses Stadtteils sind Ausländer_innen. Den nächstgrößten Anteil findet man im WK IV (4,75 %). Die geringsten Anteile an ausländischer Bevölkerung weisen hingegen die Stadtteile Groß Breesen (0,69 %) und Reichenbach (0,72 %) auf.

Tabelle 10 Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen 2012

2012	Gesamtstadt	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Reichenbach	Groß Breesen
Personen im Hauptwohnsitz zu Beginn des Jahres	18.551	1.534	4.858	1.630	5.019	2.811	699	900
Personen im Hauptwohnsitz zum Ende des Jahres	18.166	1.471	4.800	1.624	4.891	2.737	697	870
Saldo Bevölkerungsentwicklung	-385	-63	-58	-6	-128	-74	-2	-30
In %	-2,07	-4,10	-1,19	-0,36	-2,55	-2,63	-0,28	-3,33

Generell haben alle Stadtteile Gubens an Bevölkerung verloren. **In keinem der Stadtteile verlief die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2012 positiv.** Allerdings sind die Verluste sehr unterschiedlich ausgefallen:

Während die Altstadt Ost (- 4,10 %) und Groß Breesen (- 3,33 %) die größten Bevölkerungsverluste im Jahr 2012 zu verzeichnen hatten, verlief der Bevölkerungsrückgang in Reichenbach (- 0,28 %) und im WK I (- 0,36 %) vergleichsweise moderat.

Der Vergleich der unterschiedlichen Stadtteile zeigt, dass es in einer kleinräumigen Betrachtung zu immensen Unterschieden zwischen den Betrachtungseinheiten kommen kann. In einem Stadtteil leben mehr Männer als Frauen, ein zweiter Stadtteil weist einen besonders hohen Anteil an jungen Menschen auf, während sich in einem anderen vor allem Ältere konzentrieren. Diese differenzierten sozialraumbezogenen Erkenntnisse haben einen Einfluss auf die Stadtentwicklung als Ganzes, sie sind aber vor allem für die dezentrale Raumplanung und –entwicklung von großer Bedeutung. Während der Rückbau von Wohnraum in einem Stadtteil aufgrund größerer Bevölkerungsverluste evtl. höher ausfallen muss, werden in einem anderen Stadtteil mehr medizinische und soziale Einrichtungen benötigt, da dort eher

ältere oder auch besonders junge Menschen leben. Da Guben allerdings eine Stadt ist, die sowohl von ihrer Gesamtfläche als auch von ihrer Einwohnerzahl eine Kleinstadt darstellt, gehen die meisten Stadteile fließend ineinander über und sind fußläufig oder zumindest mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen. Dennoch macht eine kleinräumige Planung Sinn, um gerade für Kinder, sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen und für ältere Menschen niedrigschwellige und passgenaue Hilfen und Dienste in ihrem jeweiligen Wohnquartier bereitzustellen.

2.4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Auswertung der demografischen Daten Gubens verdeutlicht, dass es sich um eine seit Jahren stark schrumpfende Kommune handelt. Guben hat viele Bewohner und Bewohnerinnen verloren. Zurückgeblieben sind vor allem Ältere, junge Einwohner_innen gibt es immer weniger. Meist wandern junge Familien und jungen Menschen ab, die sich auf der Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz befinden. Als Folge dieses Abwanderungsmusters gibt es einen geringeren Anteil von Kindern und Jugendlichen und einen besonders hohen Anteil der Älteren, wodurch ein vergleichsweise hoher Altersdurchschnitt zu Stande kommt. Es wird trotz einer Abnahme des Bevölkerungsschwunds voraussichtlich auch weiterhin zu (starken) Bevölkerungsverlusten kommen. Prognosen zu Folge wird die Einwohnerzahl bis zum Jahr auf 2030 auf knapp 15.000 Einwohner_innen sinken. Eventuell gewinnt Guben aber auch – trotz sinkender Einwohnerzahlen – als größere Stadt und regionales Zentrum durch die schwindende Tragfähigkeit von Versorgungseinrichtungen an dezentralen Orten an Bedeutung. Dies lässt sich hoffen und sollte durch gezielte und kluge Investitionen in die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, aber auch durch die Förderung bürgerschaftlichen Engagements forciert werden.

3 Haushaltsstruktur

Die Betrachtung der Bevölkerung ist eine Betrachtung von Individuen, nicht jedoch eine, die sich auf die Einheiten bezieht, in denen die Individuen leben, nämlich die Haushalte. Als Haushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und gemeinsam wirtschaftet. „Zum Haushalt können außer Verwandten auch familienfremde Personen gehören. Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person ist ein Privathaushalt. Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte gelten nicht als Haushalt, können aber solche beherbergen (z. B. der Haushalt des Leiters oder Hausmeisters). Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (mit Haupt- und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen) werden mehrfach gezählt. In einem Haushalt können mehrere Familien/Lebensformen wohnen (z. B. Untermieter)“. Somit stellen Haushalte die „grundlegende Organisationsform des Menschen“ (Piorkowsky 1998: 183) dar und gelten als Dreh- und Angelpunkt des alltäglichen Lebens. Sie sind ein fundamentaler Bezugspunkt für das individuelle Wohlbefinden und zahlreiche gegenseitige Unterstützungsleistungen (Wiesbaden 1996: A4f).

Leben in einem Privathaushalt Kinder, so handelt es sich um eine Familie. „Zu Familien zählen Einelternfamilien ebenso wie Zweielternfamilien, Familien mit einem Kind ebenso wie mit mehreren Kindern“. Familien sind die wesentliche Sozialisationsinstanz und sichern die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Um sie zu fördern, bedarf es eines umfangreichen Infrastrukturangebots und eines am Familienalltag orientierten Wohnumfelds. Besonders wichtig ist die Förderung von Familienhaushalten in prekären finanziellen Verhältnissen oder anderen Unterversorgungslagen.

Informationen über die privaten Haushalte spielen daher eine wichtige Rolle für die kommunale Planung und die lokale Politik. Private Haushalte sind von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz, da es meist nicht die Individuen sind, die als Nachfrager von Waren und Dienstleistungen fungieren, sondern die privaten Haushalte als Verbände von Einzelpersonen mit unterschiedlichen Bedarfen. Zahlreiche kommunale und soziale Dienste werden für Haushalte erbracht, ebenso ist der Haushalt Berechnungsgrundlage für eine Vielzahl staatlicher Transferleistungen (z. B. ALG II und Wohngeld) (Härle 1993: 1).

In den unterschiedlichsten Politikfeldern (Sozial-, Gesundheits-, Infrastruktur- Wohnungspolitik usw.) bedarf es daher valider Daten über die Anzahl und die Struktur der Haushalte. Angebot und Nachfrage (v. a. von sozialen Dienstleistungen) können nur bedarfsgerecht aufeinander abgestimmt werden, wenn detaillierte Informationen über die ansässigen Haushalte vorhanden sind (Härle 1993: 2; Lux-Henseler 2001; Stadt Münster 2004: 6). Außerdem werden Informationen über Haushalte zur Beurteilung der gegenwärtigen Wohnraumversorgung und der zukünftigen Wohnungsnachfrage benötigt. Eine bedarfsgerechte Planung von Wohnbauflächen und Wohnraum erfordert ebenfalls eine detaillierte Analyse der Haushalts-

strukturen (Bender/Soike 2002: 1; Lux-Henseler 2001). Leider kann Guben als Stadt mit weniger als 200.000 Einwohner_innen nicht auf Daten des Mikrozensus zurückgreifen.

3.1 Haushaltgröße und Haushaltszusammensetzung

Das folgende Kapitel betrachtet die Anzahl der Personen pro Haushalt sowie die Haushaltszusammensetzung kleinräumig für die verschiedenen Stadtteile.

Die Haushaltgröße reicht in Guben von 1-Personen-Haushalten bis zu fünf und mehr Personen pro Haushalt. Im Zeitverlauf von 2009 bis 2013 betrachtet, ist festzustellen, dass die Zahl der Haushalte insgesamt rückläufig ist (siehe Tabelle 11). Waren es im Jahr 2009 noch 10.224 Haushalte mit einer durchschnittlichen Haushaltgröße von 1,85 Personen, so sind es 2013 noch 9.398 Haushalte, in denen im Durchschnitt 1,86 Personen leben. Am häufigsten wohnen die Gubener Bürger_innen in 1-Personen-Haushalten, gefolgt von 2- und 3-Personen-Haushalten. Die Anzahl von fünf und mehr Personen pro Haushalt ist im betrachteten Zeitraum relativ gleichbleibend gering (2013: 113 Haushalte mit fünf und mehr Personen pro Haushalt). Die hier betrachteten Haushaltgrößen geben allerdings keinen Aufschluss über die durchschnittliche Wohnfläche (m²), die der Gubener Bevölkerung zur Verfügung steht (siehe dazu Kapitel 4.1 Wohnfläche).

Tabelle 11 Haushaltgröße in Guben 2009-2013

Haushaltsgröße	Gesamtstadt		
	Haushalte 30.09.2009	Haushalte 30.09.2012	Haushalte 30.09.2013
1 Person	4.336	4.099	3.993
2 Personen	3.858	3.585	3.479
3 Personen	1.325	1.255	1.252
4 Personen	586	559	561
5 und mehr Personen	119	113	113
Summe	10.224	9.611	9.398
durchschnittliche Haushaltgröße	1,85	1,86	1,86

In Guben leben verschiedene Haushalts- und Familienkonstellationen, die sich in der Haushaltszusammensetzung widerspiegeln (siehe Tabelle 12). Im Zeitverlauf von 2009-2013 ergeben sich kaum Veränderungen; lediglich der Rückgang der verschiedenen Haushaltstypen insgesamt ist hervorzuheben. Alleinstehende sind in Guben besonders häufig zu finden (42 %). Danach folgen mit einem Drittel (33 %) Paarhaushalte sowie Paare mit einem Kind (11 %). Alleinerziehende machen insgesamt 5 % der Bevölkerung aus. Die hohe Anzahl der 2-Personen-Haushalte kann damit erklärt werden, dass diese sowohl Paarhaushalte als auch Alleinerziehende mit einem Kind umfassen.

Tabelle 12 Haushaltszusammensetzung in Guben 2009-2013

Haushaltszusammensetzung	Gesamtstadt			
	Haushalte 30.09.2009	Haushalte 30.09.2012	Haushalte 30.09.2013	In Prozent 30.09.2013
Alleinstehende	4.336	4.099	3.993	42%
Paare	3.454	3.199	3.092	33%
Erwachsenenhaushalte	162	145	138	1%
Paare mit 1 Kind	1.059	1.011	1.014	11%
Paare mit 2 u. m. Kindern	684	653	655	7%
Alleinerziehende mit 1 Kind	404	386	387	4%
Alleinerziehende mit 2 u. m. Kindern	125	119	119	1%
Summe	10.224	9.611	9.398	100%

Altstadt Ost

Im Stadtteil Altstadt Ost leben 69 % der Gubener_innen in 1- oder 2-Personenhaushalten. Das sind deutlich weniger als in der Gesamtstadt (79 %). Demgegenüber wohnen in der Altstadt Ost, im Vergleich zu Guben gesamt, besonders häufig Haushalte mit drei, vier und mehr Personen pro Haushalt (siehe Abbildung 9). Daraus ergibt sich auch die relativ hohe durchschnittliche Haushaltsgröße mit 2,08 Personen pro Haushalt (\varnothing Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

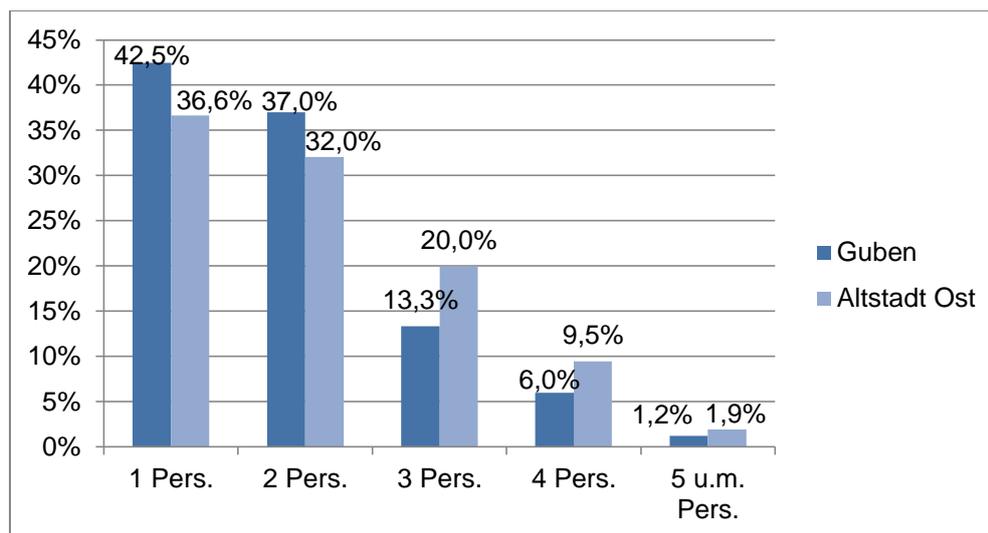


Abbildung 9 Haushaltsgröße Guben und Altstadt Ost (30.09.2013)

Die relativ hohe Personenzahl pro Haushalt dieses Stadtteils ergibt sich durch die Familienhaushalte (Paare mit 1 Kind (17 %), Paare mit 2 und mehr Kindern (11 %) sowie Alleinerziehende (9 %)) (siehe Abbildung 10). Dies sind mit insgesamt 37 % genauso viele wie Einpersonenhaushalte.

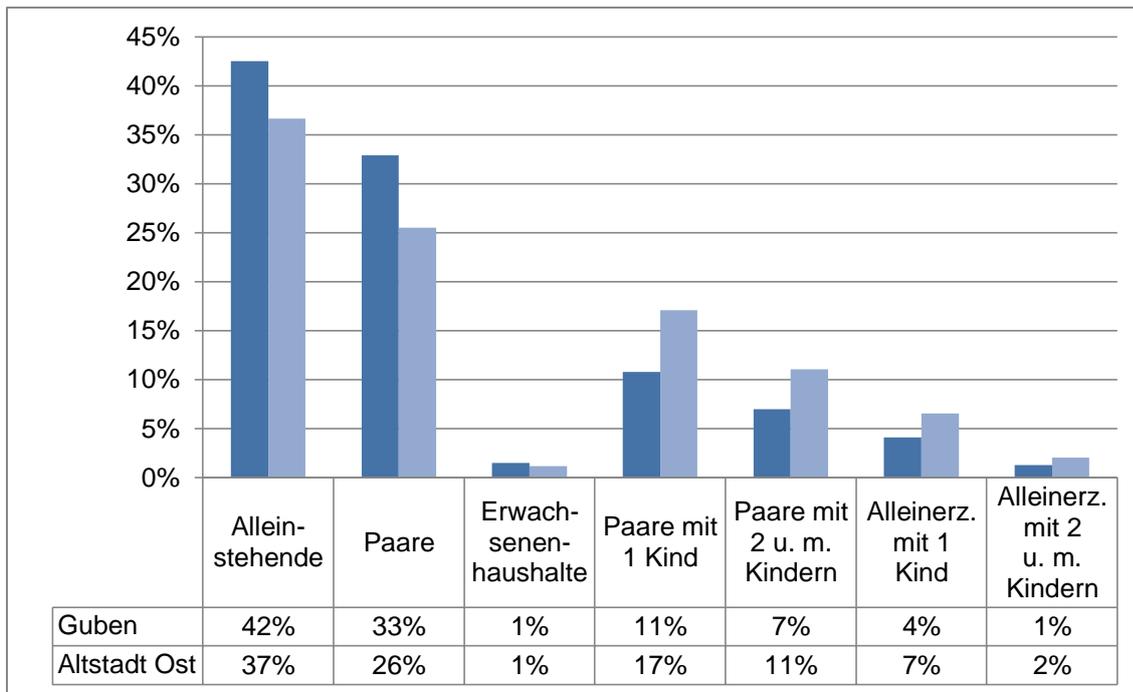


Abbildung 10 Haushaltszusammensetzung Guben und Altstadt Ost (30.09.2013)

Altstadt West

In der Altstadt West sind ebenfalls am häufigsten 1-Personen- (43 %) und 2-Personen-Haushalte (38 %) zu finden. Danach folgen 3-Personenhaushalte (12 %) sowie 4 Personen pro Haushalt (5 %). Die Haushaltskonstellationen sind der in der Gesamtstadt ähnlich (siehe Abbildung 11). Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 1,83 Personen pro Haushalt (Ø Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

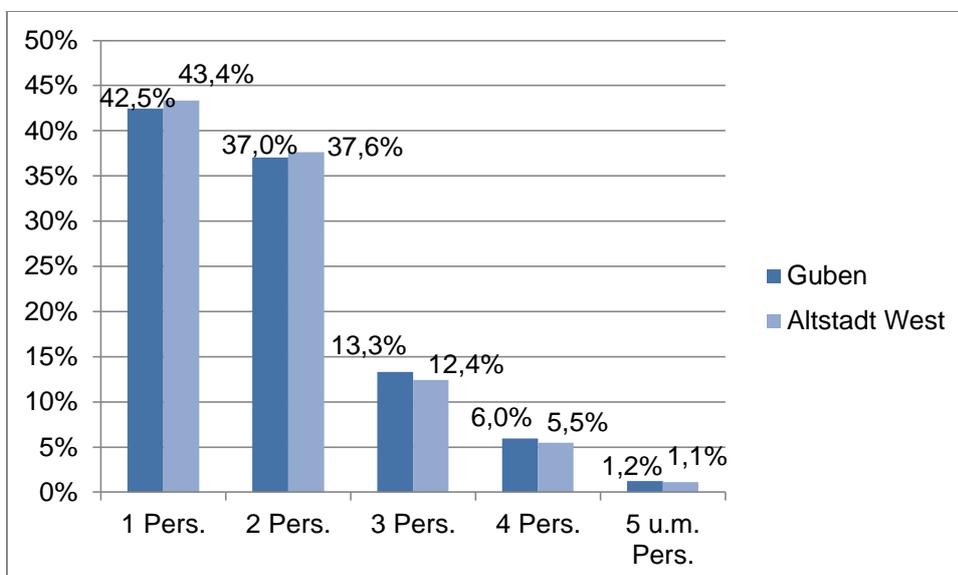


Abbildung 11 Haushaltsgröße Guben und Altstadt West (30.09.2013)

Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist in der Altstadt West etwas niedriger als in der Stadt Guben als Ganzen (siehe Abbildung 12).

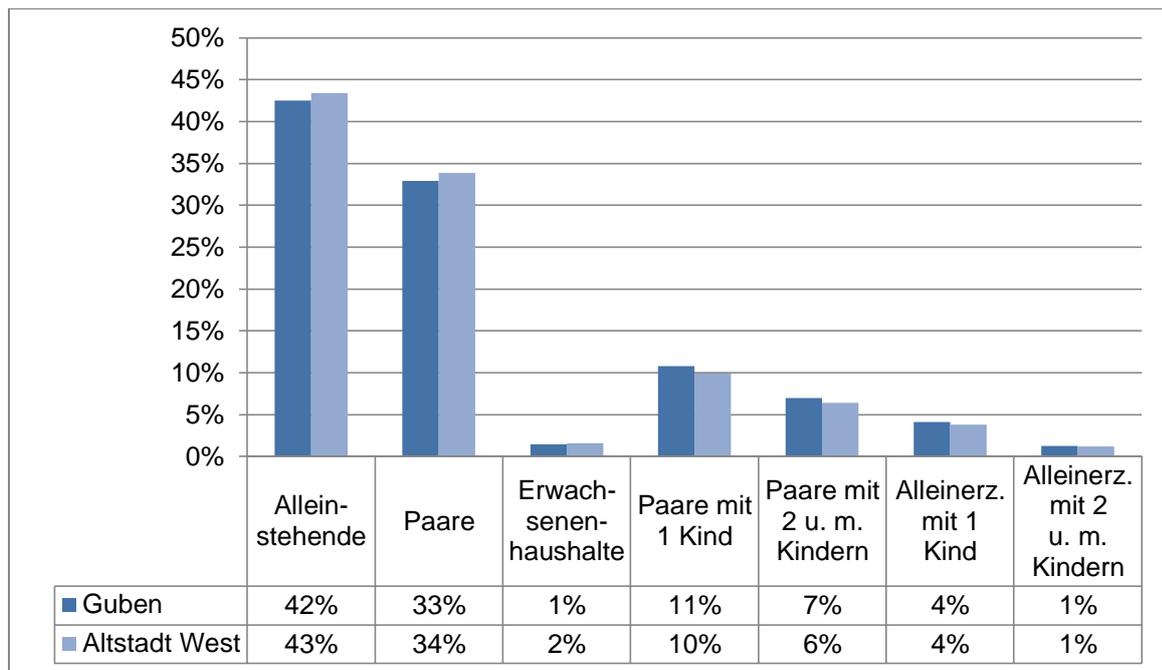


Abbildung 12 Haushaltszusammensetzung Guben und Altstadt West (30.09.2013)

WK I

Dieser Stadtteil spiegelt den Gubener Durchschnitt ziemlich genau wieder. Am häufigsten leben hier Ein-Personen-Haushalte, gefolgt von 2-Personen-Haushalte (siehe Abbildung 13). Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 1,85 Personen pro Haushalt (Ø Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

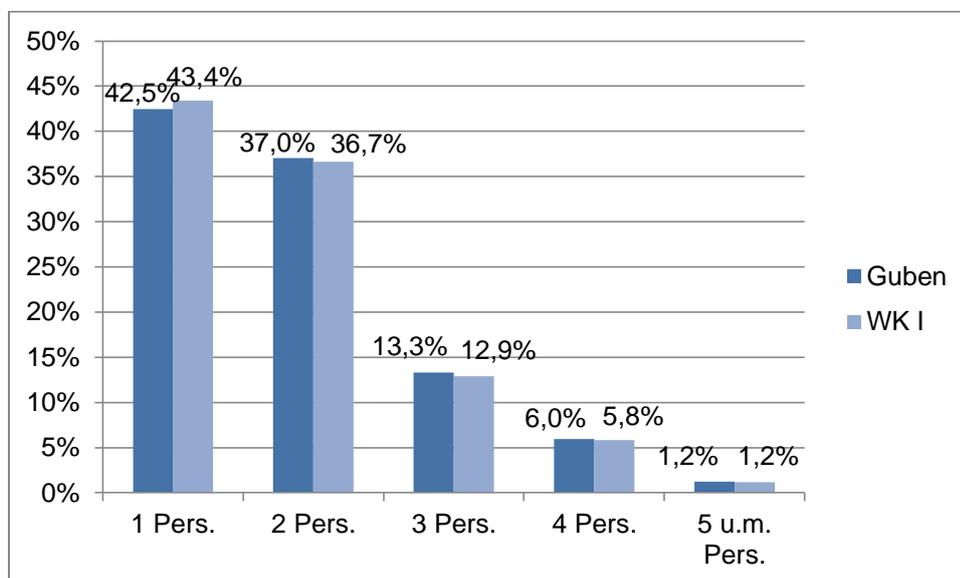


Abbildung 13 Haushaltsgröße Guben und WK I (30.09.2013)

Die Haushaltszusammensetzung ist nahezu identisch mit der Stadt Guben insgesamt (siehe Abbildung 14).

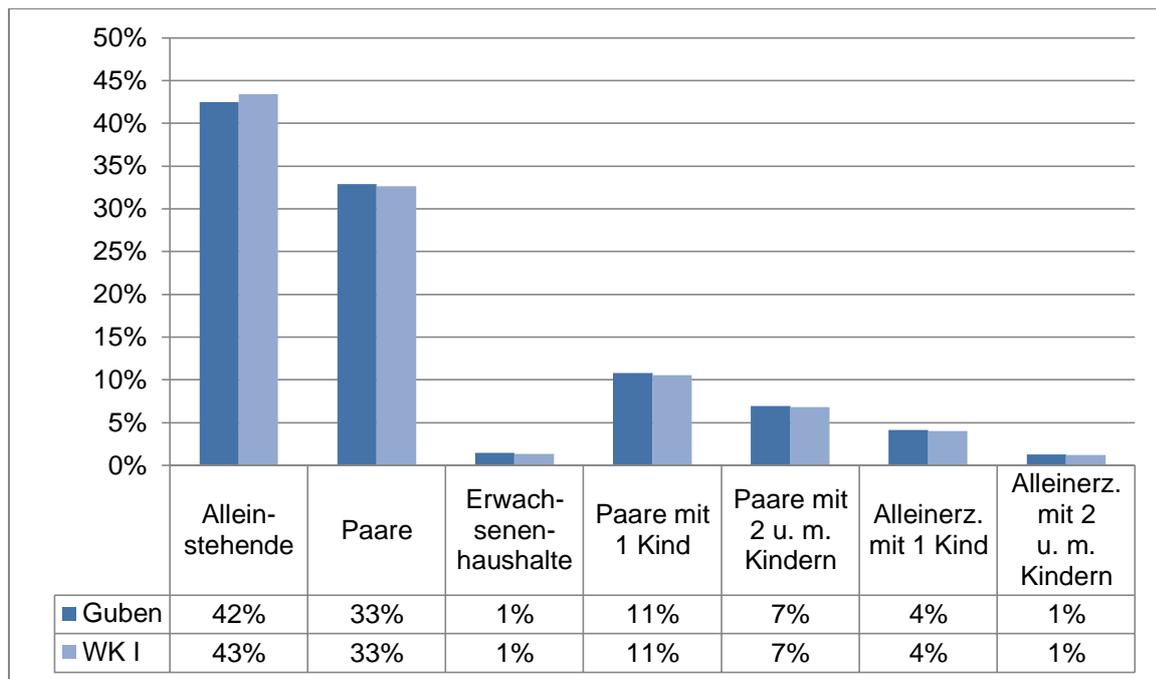


Abbildung 14 Haushaltszusammensetzung Guben und WK I (30.09.2013)

Kaltenborn

Im Vergleich zur Gesamtstadt leben in Kaltenborn viele 3-Personen-Haushalte (17 %) (siehe Abbildung 15). Überwiegend sind, wie in allen anderen Stadtteilen auch, die 1- und 2-Personen-Haushalte.

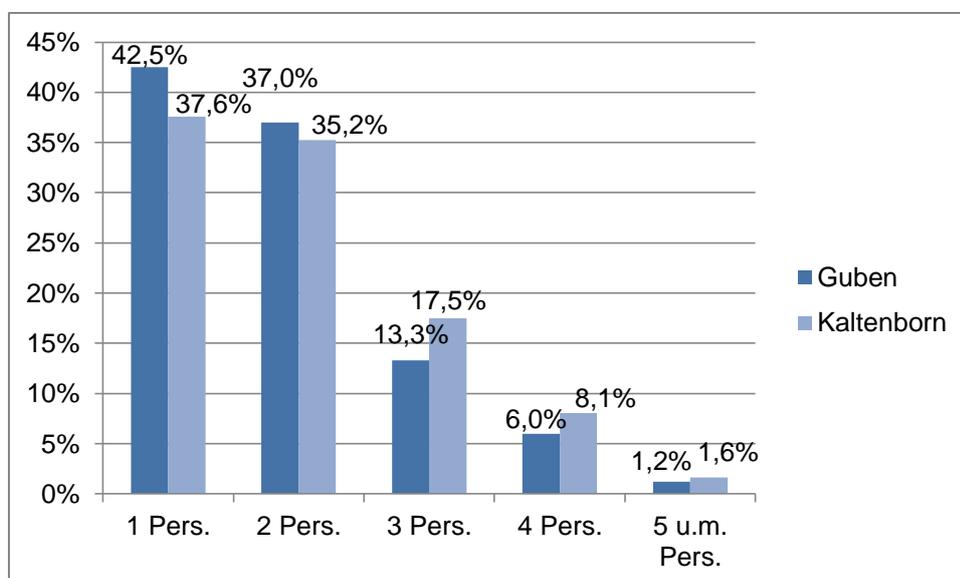


Abbildung 15 Haushaltsgröße Guben und Kaltenborn (30.09.2013)

In diesem Stadtteil sind besonders Haushalte mit Kindern vorzufinden (32 %) (siehe Abbildung 16). Daraus lässt sich auch die etwas höhere durchschnittliche Haushaltsgröße mit 2,01 Personen pro Haushalt im Vergleich zur Gesamtstadt (Ø Guben 1,86 Personen pro Haushalt) erklären.

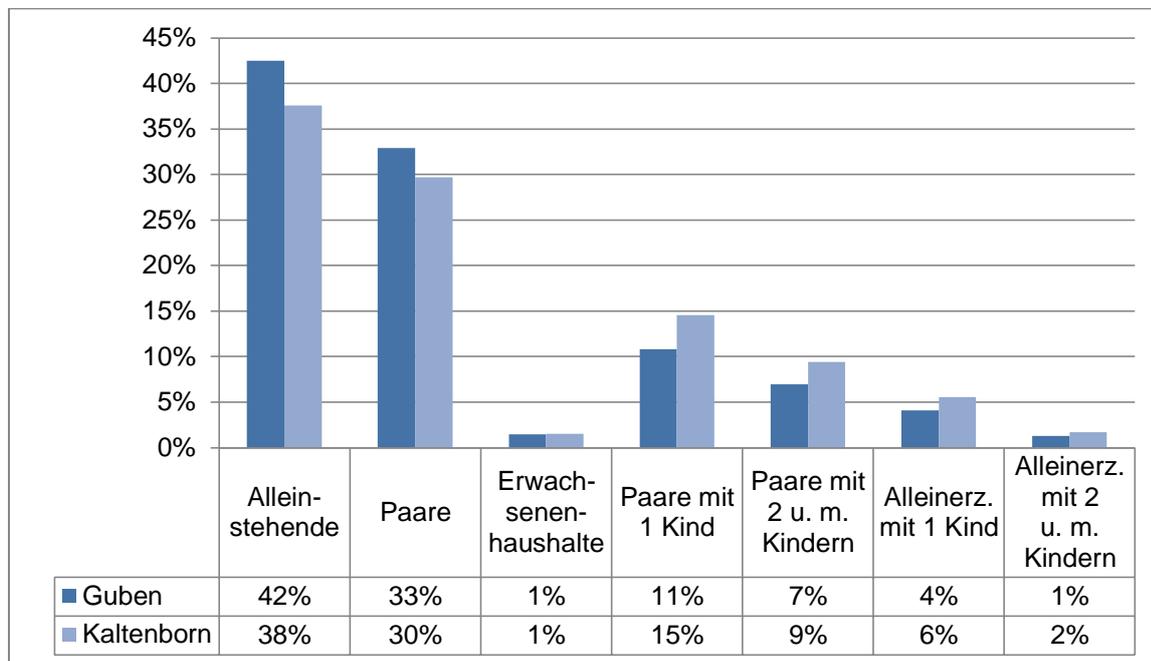


Abbildung 16 Haushaltszusammensetzung Guben und Kaltenborn (30.09.2013)

WK II/Altsprucke

WK II/Altsprucke gehört zu den Stadtteilen mit den meisten Haushalten. Von den 9.398 Haushalten in Guben, sind über ein Viertel (27,63 %) aller Haushalte (2.597 Haushalte) in WK II/Altsprucke. Auch hier leben besonders häufig Einzelpersonen (45 %) (siehe Abbildung 17). Danach ist die Haushaltsgröße nach Personen abnehmend. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt mit 1,79 Personen pro Haushalt etwas unter dem Gubener Durchschnitt (Ø Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

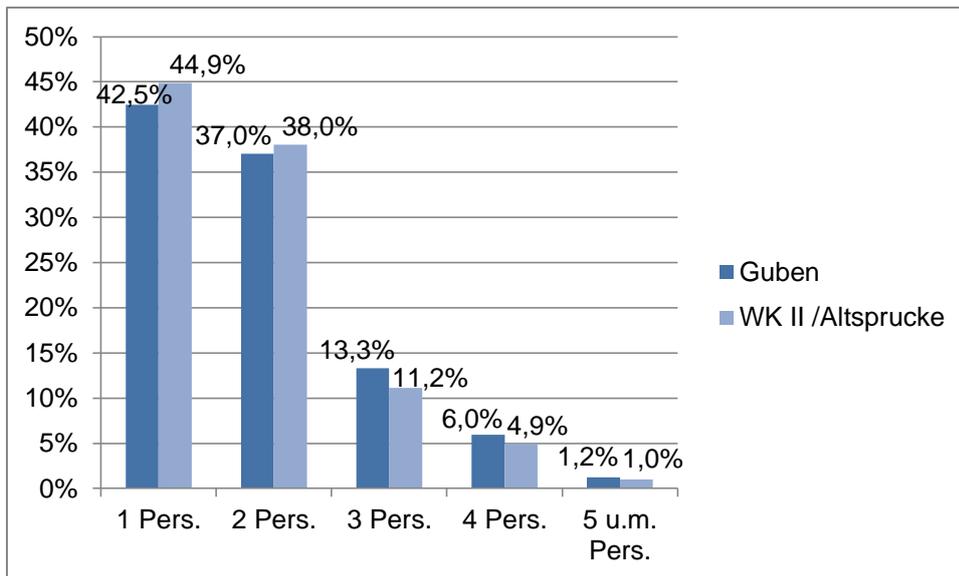


Abbildung 17 Haushaltsgröße Guben und WK II/Altsprucke (30.09.2013)

Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist in WK II/Altsprucke etwas niedriger als in der Gesamtstadt (siehe Abbildung 18).

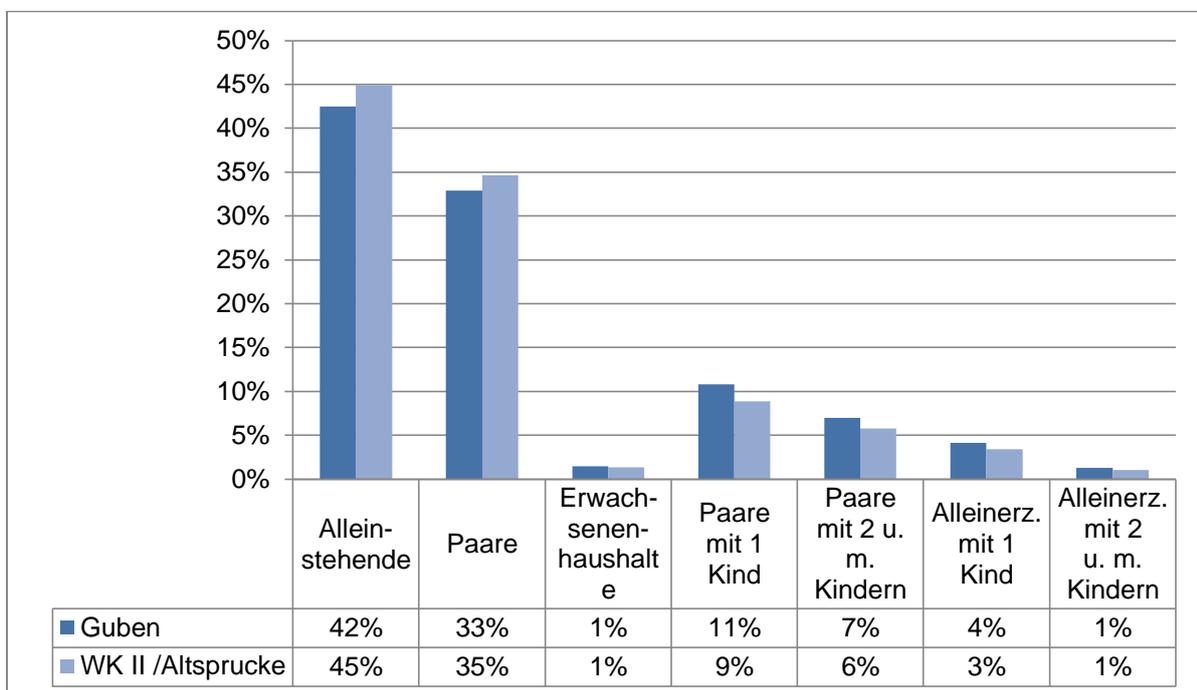


Abbildung 18 Haushaltszusammensetzung Guben und WK II/Altsprucke (30.09.2013)

WK IV

WK IV zählt ebenfalls zu einem der größeren Stadtteile in Guben, ca. 14 % aller Haushalte sind hier zu finden. Die Haushaltskonstellation ist ähnlich der Stadt Guben gesamt (siehe Abbildung 19). Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 1,96 Personen pro Haushalt und liegt somit etwas über dem Gubener Durchschnitt (\bar{x} Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

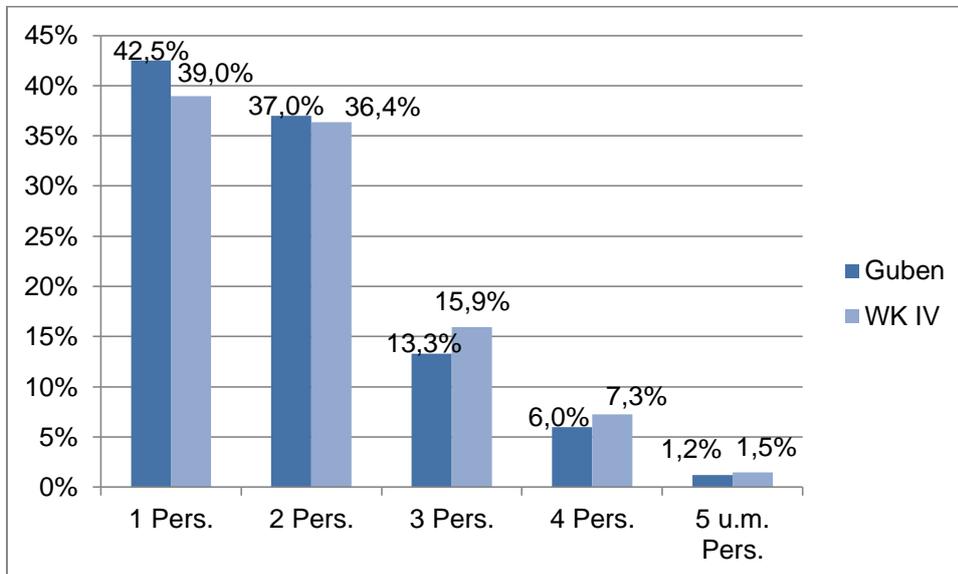


Abbildung 19 Haushaltsgröße Guben und WK IV (30.09.2013)

Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist etwas höher als in Guben gesamt (siehe Abbildung 20).

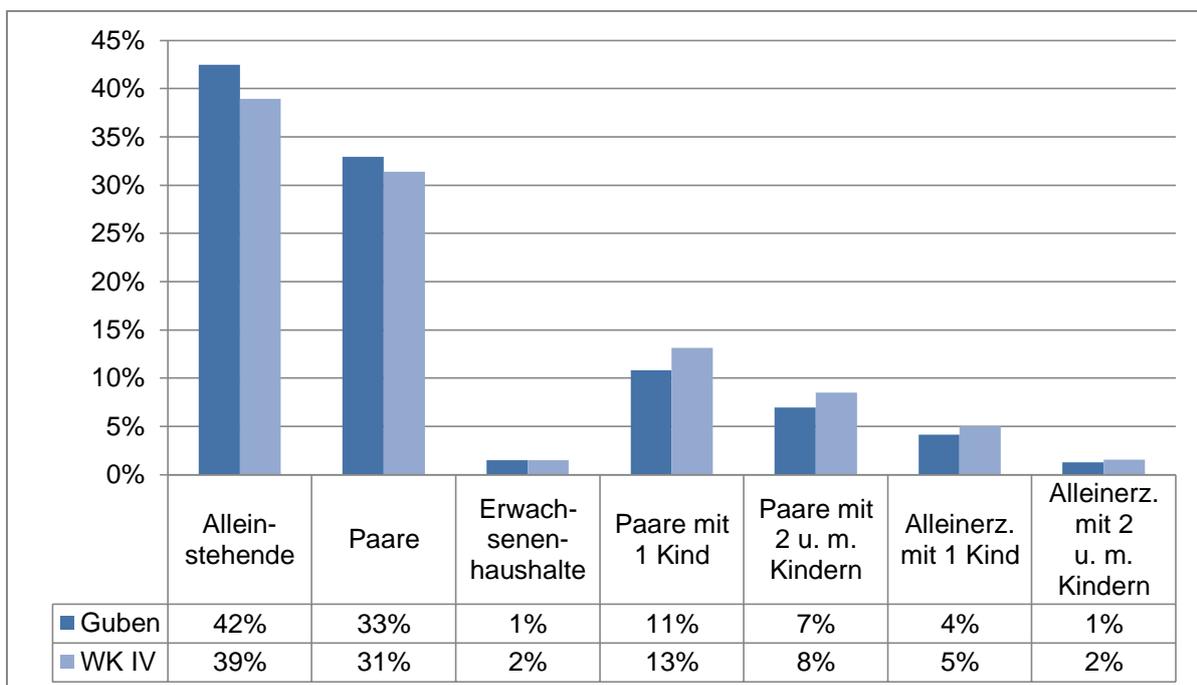


Abbildung 20 Haushaltszusammensetzung Guben und WK IV (30.09.2013)

Reichenbach

Der Stadtteil Reichenbach gehört zu den Kleineren der Stadt. Nur 3,7 % der Haushalte sind hier zu finden, davon 151 Ein-Personen-Haushalte. Jedoch herrscht diese Wohnform mit 42 % am häufigsten im Stadtteil vor. Danach ist die Personenzahl pro Haushalt abnehmend. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 1,84 Personen pro Haushalt und somit fast identisch mit dem Gubener Durchschnitt (\bar{x} Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

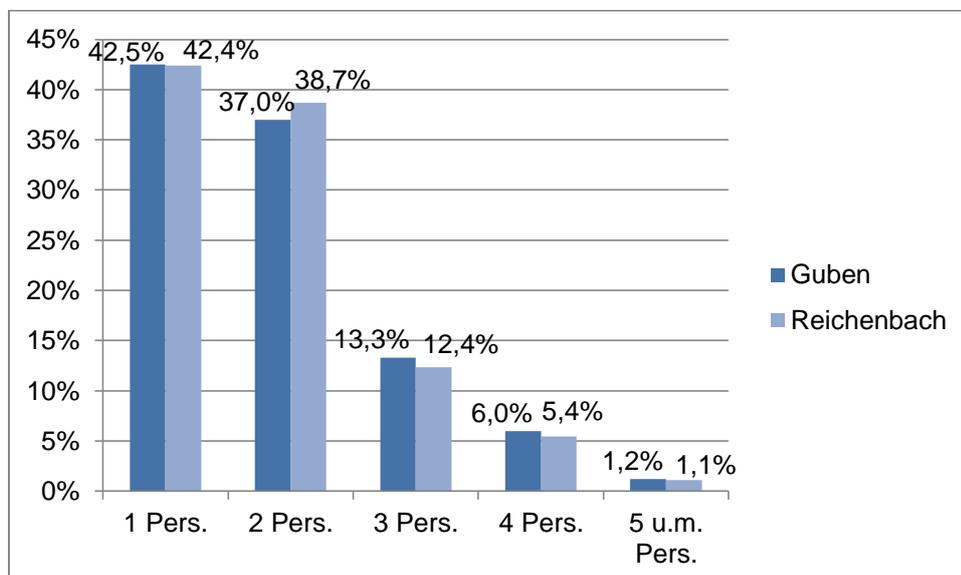


Abbildung 21 Haushaltsgröße Guben und Reichenbach (30.09.2013)

In Reichenbach ist der Anteil der Haushalte etwas niedriger als in der Stadt Guben insgesamt (siehe Abbildung 22).

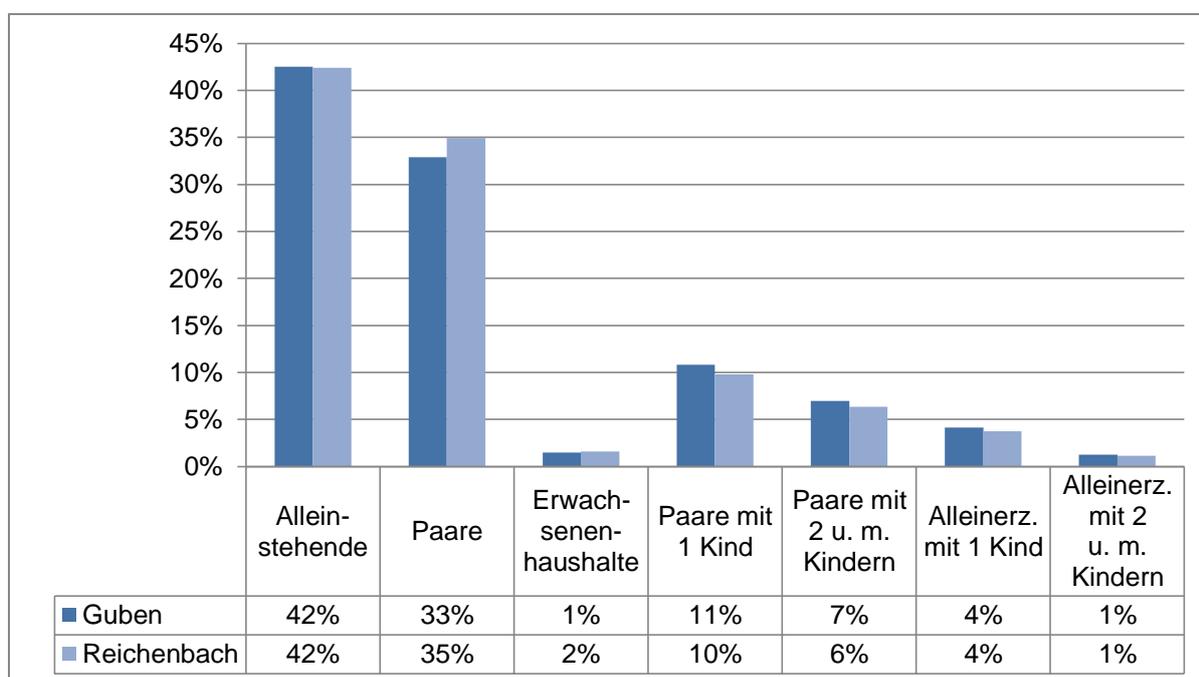


Abbildung 22 Haushaltszusammensetzung Guben und Reichenbach (30.09.2013)

Groß Breesen

Groß Breesen differenziert sich nur unwesentlich von der Gesamtstadt (siehe Abbildung 23). Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 1,79 Personen pro Haushalt und liegt leicht unter dem Gubener Durchschnitt (\bar{x} Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

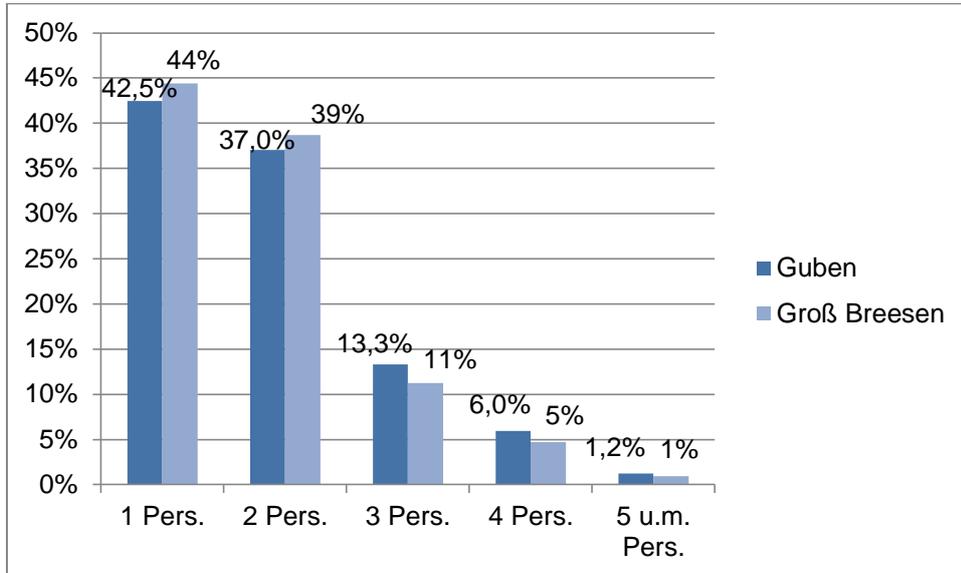


Abbildung 23 Haushaltsgröße Guben und Groß Breesen (30.09.2013)

Im Stadtteil Groß Breesen ist der Anteil der Haushalte mit Kindern etwas geringer als in der Gesamtstadt (siehe Abbildung 24).

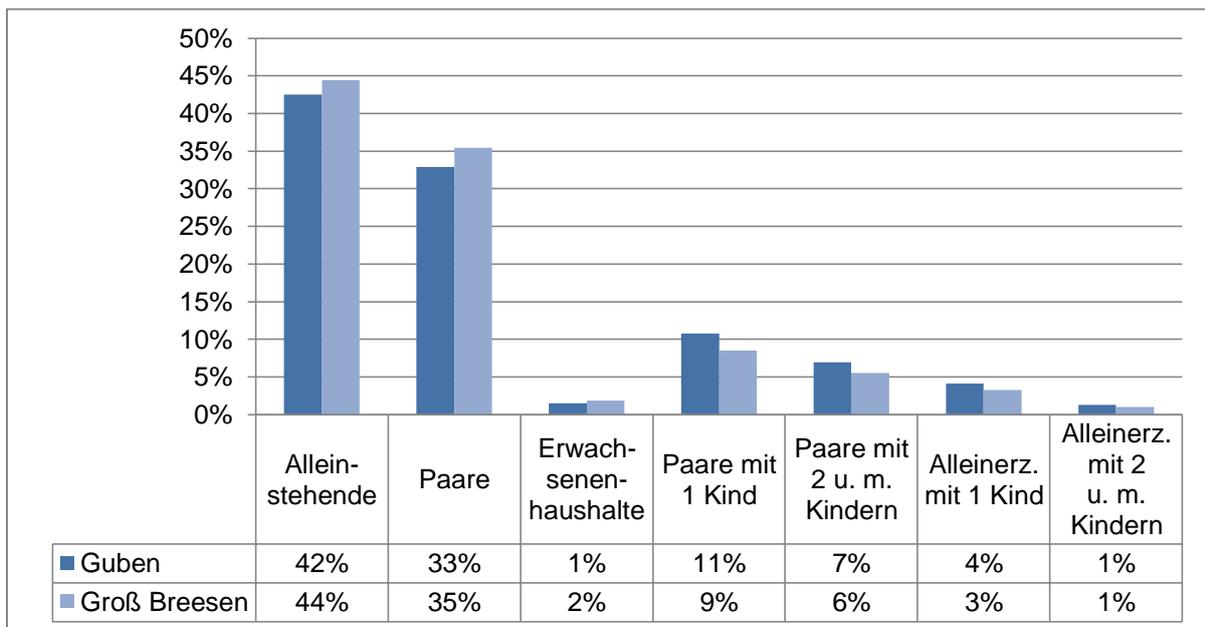


Abbildung 24 Haushaltszusammensetzung Guben und Groß Breesen (30.09.2013)

Bresinchen

In Bresinchen konnten insgesamt 74 Haushalte gezählt werden. Somit ist dieser Stadtteil, nach Personen im Haushalt betrachtet, der Kleinste der Stadt. Nichtsdestotrotz ist die Haushaltskonstellation ähnlich der Gubens. Es leben etwas mehr Menschen in 2-Personen-Haushalte (40 %), im Vergleich zur Gesamtstadt (37 %) (siehe Abbildung 25). Ebenso ist die durchschnittliche Haushaltsgröße mit 1,80 Personen pro Haushalt dem Gubener Durchschnitt (\bar{x} Guben 1,86 Personen pro Haushalt) ähnlich

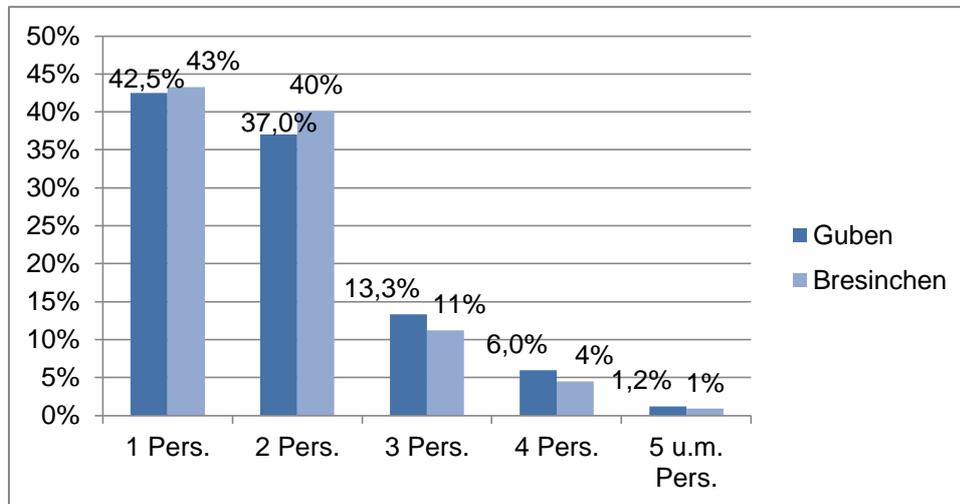


Abbildung 25 Haushaltsgröße Guben und Bresinchen (30.09.2013)

In Bresinchen leben im Vergleich zur Stadt Guben als Ganzes relativ wenige Kinder (siehe Abbildung 26).

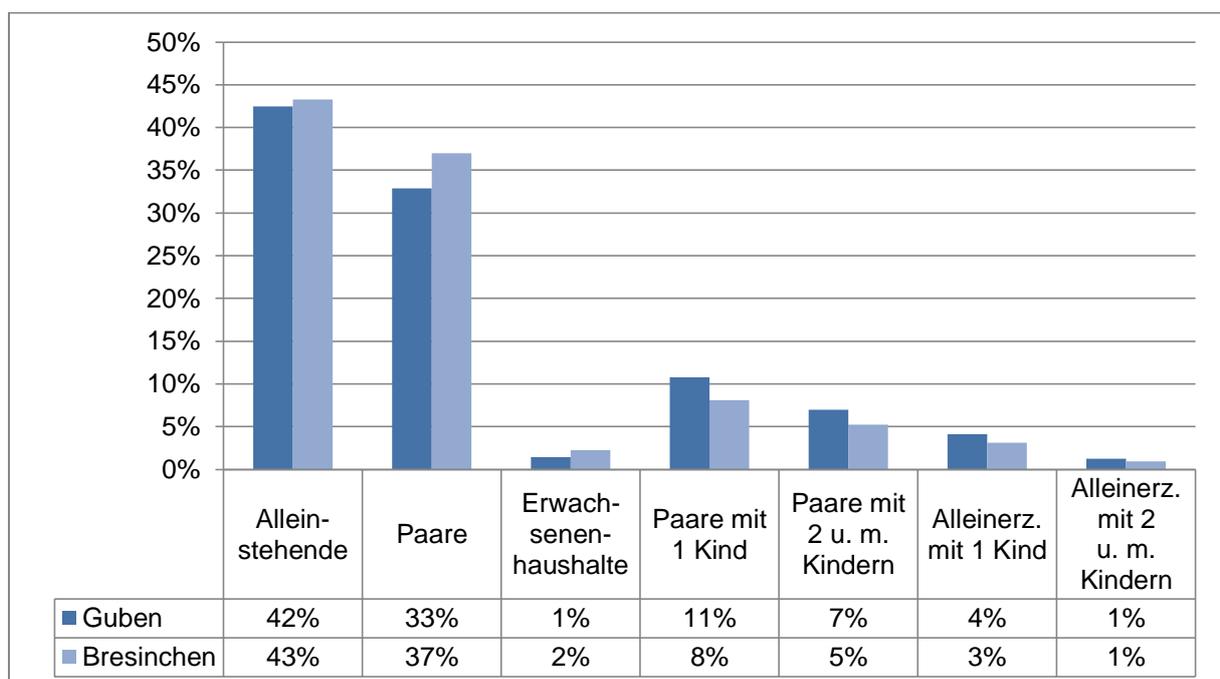


Abbildung 26 Haushaltszusammensetzung Guben und Bresinchen (30.09.2013)

Deulowitz

In Deulowitz lebt ca. die Hälfte der Bevölkerung (48 %) in Singlehaushalten (siehe Abbildung 27). Ein weiteres Drittel stellen die 2-Personen-Haushalte mit 33 % dar. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 1,79 Personen pro Haushalt (\emptyset Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

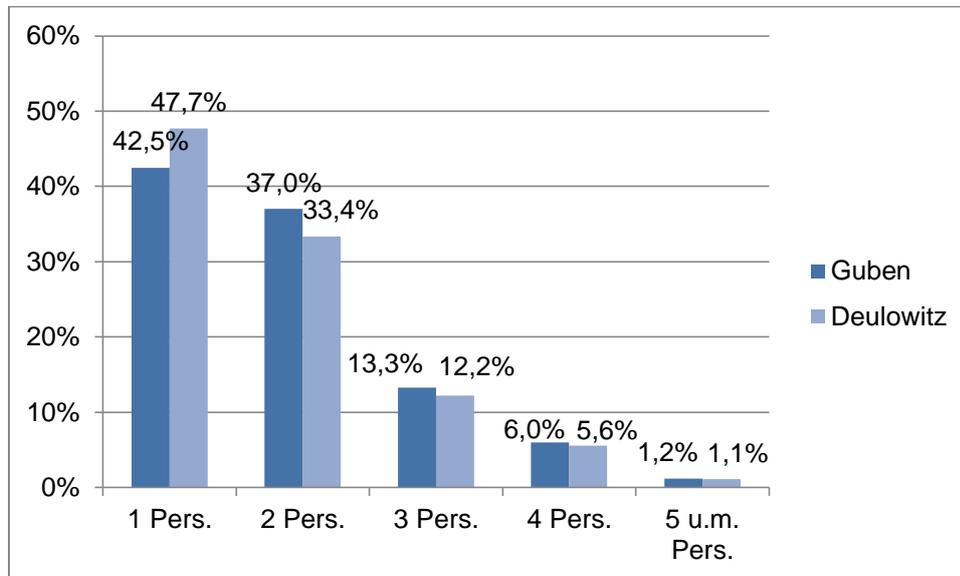


Abbildung 27 Haushaltsgröße Guben und Deulowitz (30.09.2013)

In Deulowitz ist der Anteil der Haushalte mit Kindern etwa gleich mit der Stadt Guben als Ganzen (siehe Abbildung 28).

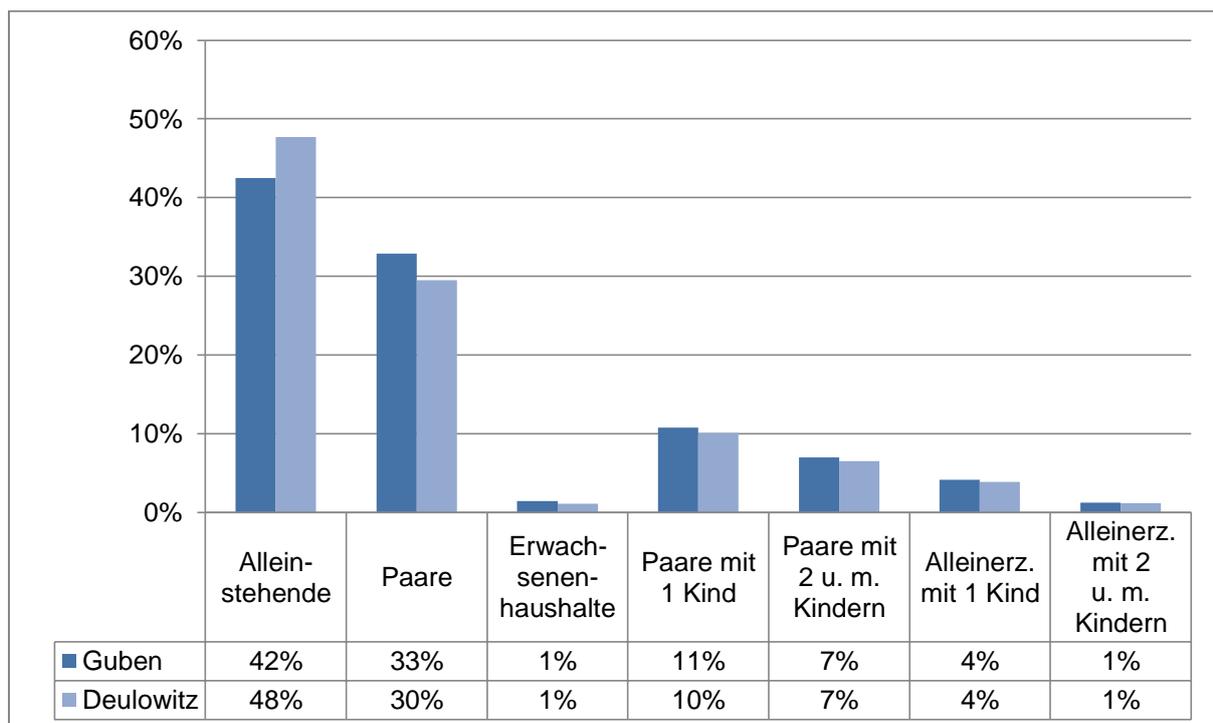


Abbildung 28 Haushaltszusammensetzung Guben und Deulowitz (30.09.2013)

Schlagsdorf

Schlagsdorf ist mit 107 Haushalten der zweitkleinste Stadtteil Gubens. Davon sind je ca. ein Drittel Singlehaushalte (34 %) und 2-Personenhaushalte (35 %) (siehe Abbildung 29). In 22 Haushalten leben 3 Personen (20 %) und in zehn Haushalten (10 %) leben 4 Personen. Die Zahlen weichen nur geringfügig von der Gesamtstadt ab. Die durchschnittliche Haushaltgröße beträgt 2,12 Personen pro Haushalt und liegt deutlich über dem Gubener Durchschnitt (\bar{x} Guben 1,86 Personen pro Haushalt).

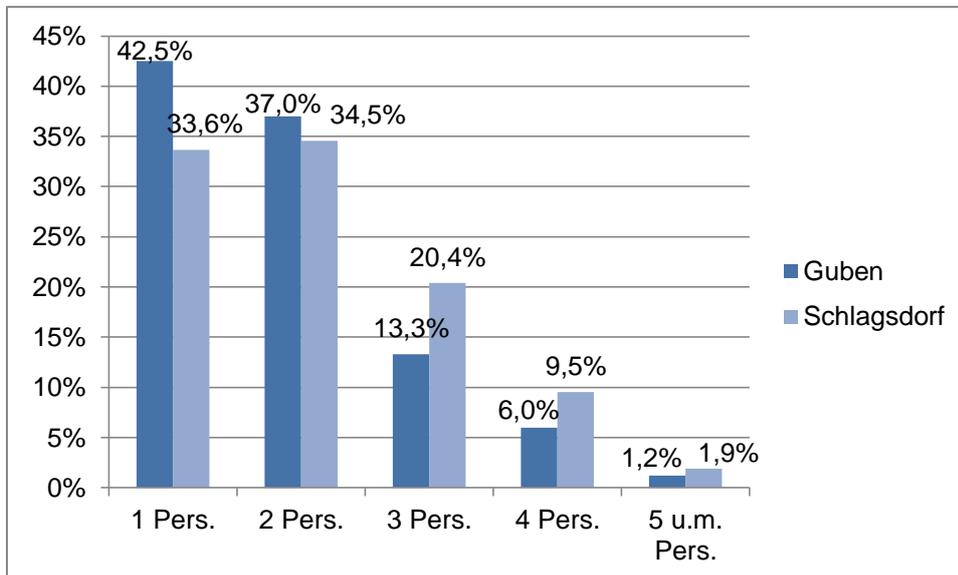


Abbildung 29 Haushaltsgröße Guben und Schlagsdorf (30.09.2013)

In Schlagsdorf ist der Anteil der Haushalte mit Kindern (37 %) höher als in der Gesamtstadt und sogar höher als die der Haushalte von Alleinstehenden. (siehe Abbildung 30).

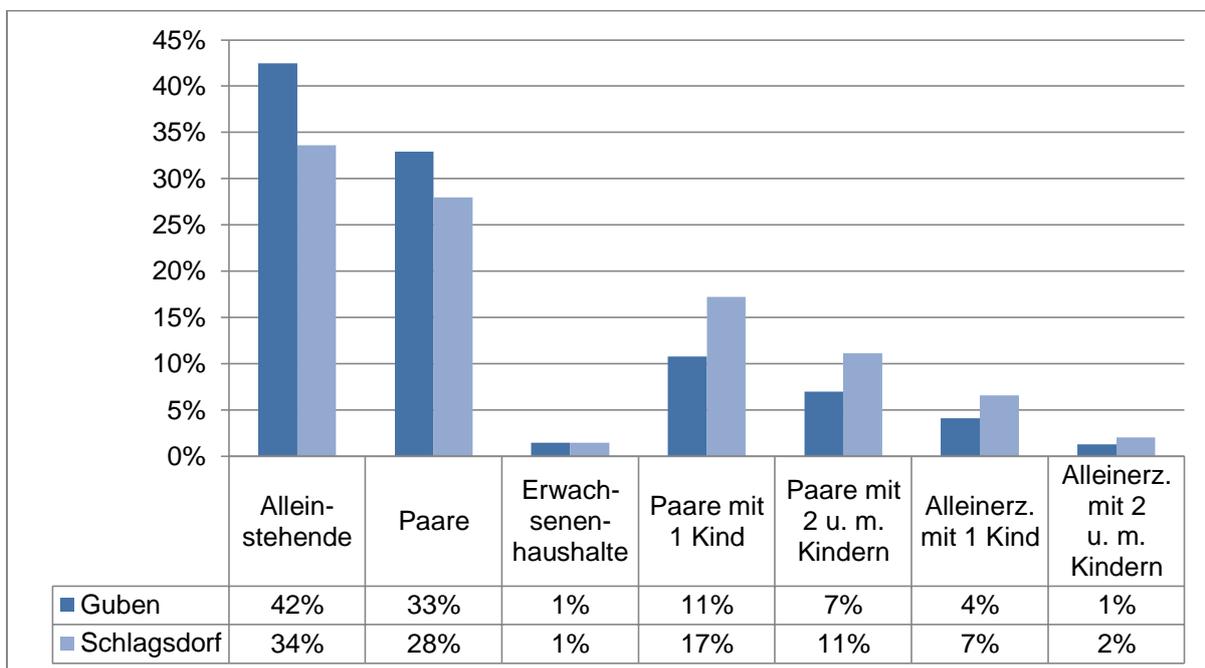


Abbildung 30 Haushaltszusammensetzung Guben und Schlagsdorf (30.09.2013)

3.2 Zusammenfassung und Ausblick

Wie bereits im Kapitel 2 beschrieben, ist die Anzahl der Gubener Bevölkerung rückläufig. Dieser Trend spiegelt sich folgerichtig im Rückgang der Anzahl der Privathaushalte wider. Ebenso sind in allen Stadtteilen die Singlehaushalte am häufigsten vertreten. Diese Ergebnisse entsprechen der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, in der in den letzten Jahren eine Zunahme der 1-Personen-Haushalte zu verzeichnen ist. Besonders für diese Haushaltskonstellation müssen Ereignisse innerhalb der Lebensverlaufsperspektive betrachtet werden, z. B. wenn diese Personen Hilfebedarf im Alter benötigen. Darüber hinaus sind in der Altstadt Ost, WK II, WK IV und Schlagsdorf relativ viele Alleinerziehende zu finden. Daraus lässt sich ableiten, dass es in diesen Stadtteilen einer gezielten Berücksichtigung dieser Familienkonstellation bei der Ausgestaltung von Infrastruktur und Netzwerken bedarf, um die alleinerziehenden Mütter und Väter in ihrer Alltags- und Erziehungsverantwortung nachhaltig zu unterstützen und zu entlasten.

4 Wohnen

Die Nachfrage nach Wohnraum stellt ein essentielles menschliches Bedürfnis dar. Der Wohnraum selbst ist Rückzugsbereich, Ausdruck der Individualität und Abgrenzung gegenüber Dritten. Hier können soziale Beziehungen und Intimität gelebt und gepflegt werden. Die eigene Wohnung ist somit wesentlicher Bestandteil der Lebenslage. Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem, bezahlbarem Wohnraum und die Anpassung des zur Verfügung gestellten Wohnraums an die vorhandenen Bedarfe ist substanzieller Bestandteil politischen Handelns. Der Markt für Wohnraum muss in gewissem Maße staatlich reguliert werden, da es sonst Bevölkerungsgruppen gäbe, die von der Versorgung mit geeigneten Wohnungen ausgeschlossen werden würden (z. B. Personen mit geringem Einkommen, Familien mit vielen Kindern usw.). So wird der freie Wohnungsmarkt in der Regel durch die soziale Wohnraumförderung ergänzt, um Haushalten mit geringen Chancen auf dem freien Markt den Zugang zu ausreichendem Wohnraum überhaupt zu ermöglichen.

„Meist wird unter „Wohnen“ lediglich das Einzelwohnen verstanden, als das Wohnen von allein Lebenden, Paaren, oder Familien, die ihre Versorgung „einzeln“ organisieren“ (Sennlaub 2010). Um ein vollständiges Bild der Wohnsituation der Bevölkerung zu bekommen, wäre allerdings auch die Abbildung derjenigen Wohn- und Versorgungsformen notwendig, in denen die Versorgung professionell oder gemeinsam erfolgt (z. B. die Gemeinschaftsversorgung in Wohnheimen usw.).

4.1 Wohnfläche

Es lässt sich grundsätzlich feststellen, dass die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf in den letzten Jahren in Deutschland beständig zunimmt. „Die Wohnfläche von Wohnungen ist die Summe der anrechenbaren Grundflächen der Räume, die ausschließlich zu einer Wohnung gehören. Nicht gezählt werden die Flächen der Zubehörräume, der Wirtschaftsräume sowie der Geschäftsräume“ (LASV 2012: 144). Wird die Wohnfläche in Bezug zu den in der Wohnung lebenden Menschen gesetzt, so ergibt sich die Wohnfläche pro Kopf. Ebenfalls kann theoretisch die Anzahl der Räume pro Kopf betrachtet werden. Hierbei zählen ebenfalls nur die Räume, die für Wohnzwecke bestimmt und mindestens 6 m² groß sind. Nicht gezählt werden Nebenräume, Abstellräume, Speisekammern, Flure sowie Bäder und Toiletten. Allerdings liegen hierfür keine detaillierten Daten vor.

Die durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung beträgt in Guben 58,34 m² (siehe Abbildung 31). Aufgrund der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,86 Personen für die Gesamtstadt ergibt sich somit eine durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf von 31,37 m². Diese Daten werden im Folgenden nochmals kleinräumig für die Stadtteile Altstadt Ost, WK I, WK II und WK IV betrachtet. Beginnend bei Altstadt Ost kann zunächst festgestellt werden, dass dieser

mit 1.471 Einwohner_innen im Stadtteil, die sich auf 717 Haushalten verteilen, relativ klein ist. Dafür weist die Altstadt Ost die größte Wohnfläche (m²) pro Wohnung und mit durchschnittlich 33,13 m² Wohnfläche pro Kopf auch die höchste Wohnfläche (m²) pro Kopf auf. Die Stadtteile WK I und WK IV liegen mit der durchschnittlichen Wohnfläche pro Wohnung etwas unter dem Gubener Durchschnitt.

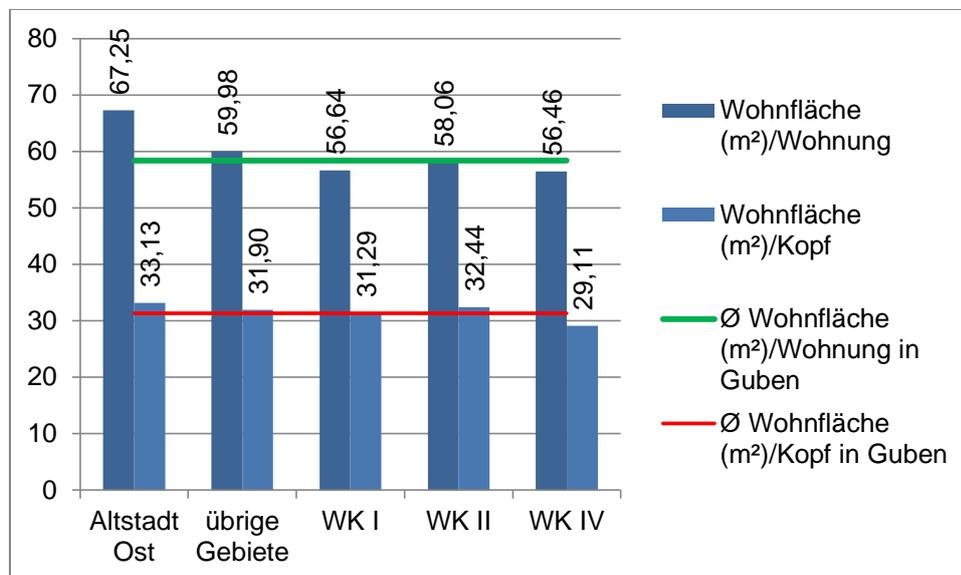


Abbildung 31 Wohnfläche (m²) pro Wohnung/ pro Kopf (30.09.2012)

In Deutschland liegt die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche im Jahr 2013 bei 45 m² (BIB 2013). Das kann vor allem mit der veränderten Haushaltsstruktur durch die Zunahme der Ein- und Zwei-Personenhaushalten erklärt werden.

4.2 Wohnungsbestand und -leerstand

Gesamtstadt

Der vorherrschende Bautyp in Guben unterscheidet sich zwischen den unterschiedlichen Stadtteilen. Während die älteren Wohnkomplexe (WK I und II), die in den 1960er Jahren erbaut wurden, vor allem durch eine offene, viergeschossige Zeilenbebauung des Gebäudetyps Lübbenau gekennzeichnet sind, ist für den Wohnkomplex IV, der in den 1970er und 1980er Jahren erbaut wurde, der langgestreckte, fünfgeschossige P2-Gebäudetyp charakteristisch, der sowohl offene als auch geschlossene Blockstrukturen mit hoch verdichteten Blockinnenbereichen aufweist. Seit den 1990er Jahren sind mehrere Neubaugebiete entstanden, die sich überwiegend in Stadtrandlage befinden und für Ein- und Zweifamilienhäuser geeignet sind. Im Jahr 1993 wurden die Ortsteile Bresinchen, Deulowitz und Schlagsdorf eingemeindet, die eher ländlich geprägt sind und über einen dörflichen Ortskern verfügen.

Sie werden allerdings mehr und mehr von Ein- und Zweifamilienhäusern überformt (Stadt Guben 2007: 41f).

Wie bereits in Kapitel 2.1 beschrieben, führte der Bevölkerungsrückgang in den letzten Jahr(zehnt)en zu einem enormen Wohnungsleerstand und damit -rückbau, also zu einer Verringerung des Wohnungsbestands (siehe Tabelle 13 und Abbildung 32).

Tabelle 13 Wohnungsbestand und -leerstand in Guben 2006, 2009 und 2012

	2012	2009	2006	Veränderung 2006-2012	Prozentuale Veränderung 2006-2012	Veränderung 2009-2012	Prozentuale Veränderung 2009-2012
Wohnungsbestand	10.885	11.120	11.520	-635	-5,38 %	-235	-2,16 %
Wohnungsleerstand	1.711	1.680	1.765	+31	-3,16 %	-54	+1.81 %
Wohnungsleerstand in %	15,7 %	15,1 %	15,3 %		+0,4 %		+0,6 %

Während der Wohnungsbestand in der Gesamtstadt Guben im Jahr 2006 noch bei knapp 11.500 Wohneinheiten (WE) lag, verringerte er sich bis 2009 auf knapp 11.100 WE und 2012 lag er bereits unterhalb der Grenze von 11.000 WE (ca. 10.800). Dies entspricht einem Wohnungsrückbau von 635 WE (5,38 %) zwischen 2006 und 2012 und einem Rückgang des Wohnungsbestands von 2009 zu 2012 von 235 WE (2,16 %). Noch deutlich drastischer verlief die Reduzierung des Wohnungsbestands in den vorangegangenen Jahren – von 2002 bis 2007 wurden ca. 2000 WE zurückgebaut (von 13.529 auf 11.480), 81 % im WK IV, 14 % im WK I und 4 % in der Altstadt Ost (Stadt Guben 2007: 49).

Der Gubener Wohnungsbestand wird zu ca. 70 % durch die Bestände zweier örtlicher Wohnungsunternehmen, der Gubener Wohnungsgesellschaft mbH und der Gubener Wohnungsbaugenossenschaft eG, gedeckt. Im Zuge des Stadtumbaus wurden vorrangig unsanierte Wohnungen zurückgebaut, sodass der derzeitige Bestand nahezu zu 100 % saniert bzw. teilsaniert ist (Stadt Guben 2007: 59).

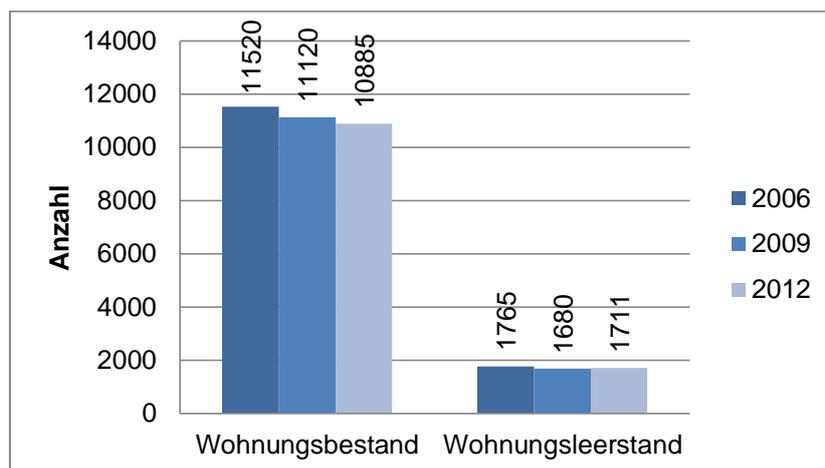


Abbildung 32 Wohnungsbestand und -leerstand in Guben 2006, 2009 und 2012

Festzustellen ist allerdings, dass sich trotz des Wohnungsrückbaus der Wohnungsleerstand nicht verringert hat, sondern noch weiter gestiegen ist. Zwar ist er deutlich niedriger als noch im Jahr 2002 (22,5 %), jedoch ist seit 2006 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. 2006 lag er bei 15,3 %, im Jahr 2012 lag er um etwa 0,4 % höher, also bei 15,7 % (siehe Tabelle 13). Ein weiterer Rückbau scheint daher nötig und sinnvoll. Weitere Rückbaumaßnahmen sind in den kommenden Jahren noch geplant (siehe Rückbaumaßnahmen 2014-2020).

In den einzelnen Stadtteilen

Die einzelnen Stadtteile unterscheiden sich hinsichtlich der Bestands- und Veränderungszahlen teils sehr deutlich voneinander. Generell hat sich der Wohnungsbestand in allen Stadtteilen in den letzten Jahren (teilweise deutlich) verringert. Den höchsten Wohnungsbestand wiesen in den letzten Jahren die Altstadt West sowie die beiden Wohnkomplexe WK II und WK IV auf. Den höchsten Wohnungsleerstand gab es in der Altstadt Ost (2012: 32 %) sowie im WK IV (2012: 26,6 %). Der Wohnungsrückbau fand vor allem im WK IV statt. Hier haben umfangreiche sowohl Komplett- als auch Geschoss- und Segment-Rückbaumaßnahmen sowie Stilllegungen stattgefunden. So wurden in den Jahren 2006 bis 2012 insgesamt 309 WE (das entspricht 12,72 %) zurückgebaut. In den anderen Stadtteilen lag der Rückbau gerade mal bei 2 % (Altstadt West) bis 5 % (Altstadt Ost). Der Rückbau war daher im WK IV mehr als doppelt so groß wie in den anderen Stadtteilen (siehe Tabelle 14).

Tabelle 14 Wohnungsbestand und -leerstand in den einzelnen Stadtteilen 2006 bis 2012

Bewertung/Analyse 2006	Gesamtstadt	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Sonstige
Bestand	11.520	863	2.977	1.150	2.528	2.429	1.573
Leerstand	1.765	281	386	139	330	606	23
Leerstand %	15,3 %	32,6 %	13,0 %	12,1 %	13,1 %	24,9 %	1,5 %
Bewertung/Analyse 2009							
Bestand	11.120	830	2.941	1.109	2.340	2.279	1.621
Leerstand	1.680	268	387	130	294	575	26
Leerstand %	15,1 %	32,3 %	13,2 %	11,7 %	12,6 %	25,2 %	1,6 %
Bewertung/Analyse 2012							
Bestand	10.885	819	2.908	1.108	2.413	2.120	1.517
Leerstand	1.711	267	375	148	343	564	14
Leerstand %	15,7 %	32,6 %	12,9 %	13,4 %	14,2 %	26,6 %	0,9 %
Rückgebaute WE 2006-2012	635	44	69	42	115	309	56
Prozentualer Rückbau 2006-2012	5,38 %	5,10 %	2,32 %	3,65 %	4,55 %	12,72 %	3,56 %
Rückgebaute WE 2009-2012	235	11	33	1	+ 73	159	104
Prozentualer Rückbau 2009-2012	2,16 %	1,33 %	1,12 %	0,09 %	+3,12 %	6,98 %	6,42 %

Neben dem WK IV stand der WK II aufgrund der starken Überalterung seiner Bevölkerung im Mittelpunkt städtischer Umbaumaßnahmen. Hier wurden Kitas und Schulen geschlossen; die

nicht mehr benötigten Gebäude zurückgebaut. Dafür wurden die Angebote für Senior_innen weiter ausgebaut. In allen Stadtteilen wurde der Bestand an altersgerechten Wohnungen sukzessive erweitert, allerdings noch nicht überall in zufriedenstellendem Maße (v. a. im WK IV) (empirica 2009: 2 und Stadt Guben 2007: 60).

Weiterer Rückbau von 2014 bis 2020

In den Jahren 2014 bis 2020 ist ein weiterer Rückbau um insgesamt 568 Wohnungen geplant. Orientiert man sich an dem Wohnungsbestand im Jahr 2012 von 10.885 WE, so bedeutet ein Rückbau von 568 WE eine prozentuale Verringerung des Bestands um weitere 5 % auf nur noch 10.317 WE. Der geplante Rückbau wird, wie bereits in der Vergangenheit, in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlichen ausfallen: Besonders stark ist der Rückbau im WK II vorgesehen (249 WE, 44 %). Danach folgen der WK IV mit 157 WE (28 %) und der WK I mit 123 WE (23 %). In der Altstadt West sollen 30 WE zurückgebaut werden, während der Bestand in der Altstadt Ost unverändert bleiben soll (siehe Tabelle 15).

Tabelle 15 Rückbauvolumen in Guben zwischen 2014 und 2020

	Rückbauvolumen in WE					
	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Gesamt
Anzahl	0	30	132	249	157	568
In %	0	5	23	44	28	100

Quelle: eigene Darstellung modifiziert nach Stadt Guben 2012: 130)

Im Vergleich mit Brandenburg und dem Landkreis Spree-Neiße

Werden die Veränderung im Wohnungsbestand zwischen 2006 und 2009 in Guben mit der in Brandenburg und im Landkreis Spree-Neiße verglichen, so wird deutlich, dass sowohl in Guben als auch in Spree-Neiße der Wohnungsbestand verringert wurde, während in Brandenburg insgesamt der Wohnungsbestand leicht angestiegen ist. In Guben wurde der Bestand jedoch um mehr als das Doppelte verringert als es in Spree-Neiße insgesamt der Fall war (3,68 % > 1,28 %) (siehe Tabelle 16). Sowohl in Guben als auch in Spree-Neiße ist der Rückbau ganz offenkundig auf die sinkenden Einwohnerzahlen zurückzuführen.

Tabelle 16 Wohnungsbestand und dessen Veränderung zwischen 2006-2009 in Brandenburg, Spree-Neiße und Guben

Wohnungsbestand	2006	2009	Veränderung 2006-2009	Veränderung 2006-2009 in %
Brandenburg	1.275.662	1.277.930	+2.268	+0,18 %
Spree-Neiße	68.301	67.440	-861	-1,28 %
Guben	11.529	11.120	-409	-3,68 %

4.3 Wohnungsprobleme

Wie bereits erwähnt, gibt es zwei große Wohnungsunternehmen in Guben. Diese verfügen am 31.12.2012 über insgesamt 7.217 Wohnungen. Davon sind 81,82 % vermietet und 300 Mietschuldnerfälle bekannt (5,08 %) (siehe Tabelle 17). Darüber hinaus hat die Stadt in den Jahren 2011 und 2012 die Fälle mit Wohnungsproblemen erfasst. Dabei sind die Wohnungsprobleme von 149 Fällen 2011 auf 164 Fälle im Jahr 2012 gestiegen (siehe Tabelle 18). Die Tendenz für 2013 ist weiter steigend. Besonders häufig treten Fälle von Mietschulden auf. Die Zahl der Wohnungslosen ist in dem Zeitraum ebenfalls von vier auf zwölf angestiegen.

Tabelle 17 Anzahl der Wohnungen, vermietete Wohneinheiten (WE), Mietschuldner der zwei Wohnungsunternehmen (31.12.2012)

	Anzahl	Prozent
Wohnungen	7.217	
Vermietete WE	5.905	81,82 %
Mietschuldner	300	5,08 %

Tabelle 18 Fälle mit Wohnungsproblemen im Jahr 2011 und 2012

	2011	2012
Fälle mit Wohnungsproblemen	149	164
davon:		
- Mietschuldner	122	125
- Mietwidriges Verhalten	9	10
- Wohnungslose	4	12
- Obdachlose	1	0
- Wohnungssuchende	13	7
- Sonst. Wohnungsprobleme (z. B. Energieschulden)	0	10

Von den 300 bekannten Mietschuldner_innen, verzeichnete die Gubener Wohnungsbaugenossenschaft am 30.09.2012 insgesamt 58 Fälle. Diese werden im Folgenden kleinräumig für die Stadtteile Altstadt Ost, WK I, WK II und WK IV dargestellt. In der Stadt Guben hat die Anzahl der Mietschuldner_innen im Zeitraum vom 30.09.2012 bis zum 20.09.2013 um 19 Fälle zugenommen (siehe Abbildung 33). In der Altstadt Ost wurden im genannten Zeitraum keine Mietschuldnerfälle bekannt. Demgegenüber ist die höchste Zahl an Mietschuldnerfällen (23 Fälle im Jahr 2012) im bevölkerungsreichsten Stadtteil WK II zu verzeichnen.

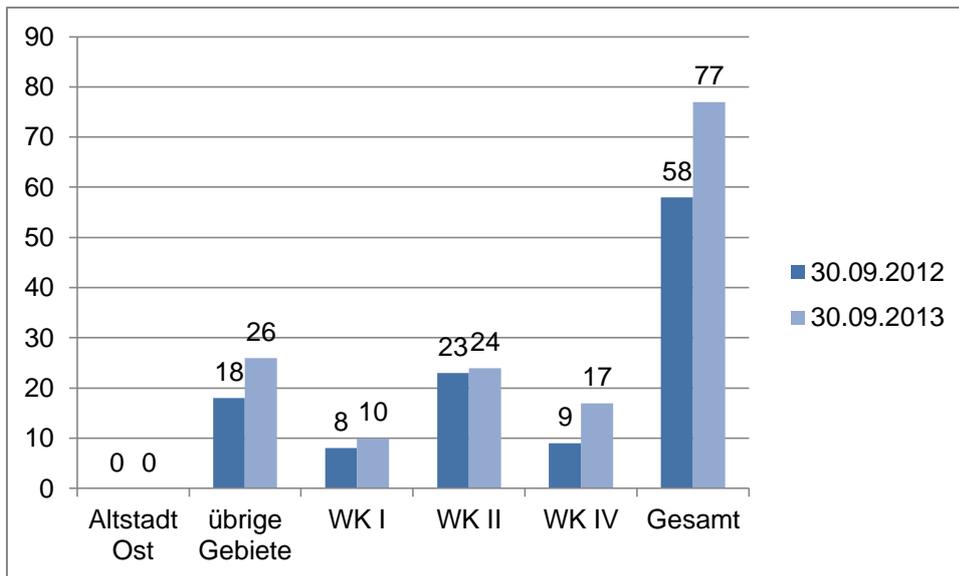


Abbildung 33 Anzahl der Mietschuldner (30.09.2012 und 30.09.2013)

Diese Daten können wiederum nach Höhe der Mietschulden in Euro aufgeschlüsselt werden. In der Gesamtstadt liegt am 30.09.2013 allein der Gubener Wohnungsbaugenossenschaft Mietschulden in Höhe von 37.000 Euro vor. Im Jahr zu vor waren es hingegen 24.900 Euro, so dass ein Anstieg in Höhe von 12.600 zu verzeichnen ist. Besonders in den Stadtteilen WK I, WK II und WK IV ist der Betrag in Euro innerhalb eines Jahres beträchtlich angestiegen (siehe Abbildung 34). Besonders im WK I hat sich der Betrag von 3200 Euro in 2012 auf 9600 Euro verdreifacht.

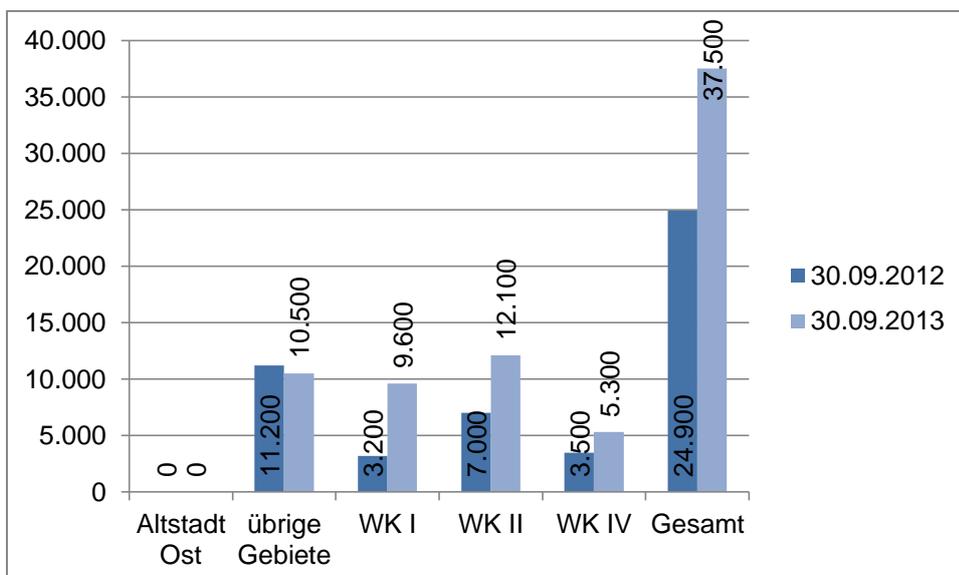


Abbildung 34 Höhe der Mietschulden in Euro (30.09.2012 und 30.09.2013)

4.4 Zusammenfassung und Ausblick

Bedingt durch die massiven Bevölkerungsverluste in den letzten Jahren stehen in Guben viele Wohnungen leer, so dass von einem relativ entspannten Wohnungsmarkt auszugehen ist. Schon heute wird eine gezielte Wohnungspolitik benötigt und angewandt, was an den geplanten Rückbaumaßnahmen für die Jahre 2014-2020 abzulesen ist. Gleichwohl hat sich trotz des Wohnungsrückbaus der Wohnungsleerstand im betrachteten Zeitraum (2006-2012) nicht verringert, sondern ist noch weiter angestiegen.

In Guben wurden im Zeitraum von 2011-2012 vermehrt Wohnungsprobleme registriert, wobei besonders Mietschulden zu nennen sind. Hier ist es in Zukunft sinnvoll, ebenfalls Aussagen zur Mietbelastung der Gubener Bürgerinnen und Bürgern zu treffen.

Im Vergleich zu Gesamtdeutschland steht den Bürger_innen in Guben wesentlich weniger Wohnraum pro Kopf zur Verfügung. Leider können keine Aussagen zu den Zu- und Fortzügen, also den Mobilitätsraten getroffen werden. Daten zur Mobilität wären jedoch besonders für zielgenaue kommunale Initiativen der Nachbarschaftsbildung und somit für die Stabilisierung der Bewohner_innenschaft interessant. Darüber hinaus wäre auch eine detaillierte Betrachtung über das herkömmliche Wohnverständnis des Einzelwohnens hinaus attraktiv, so dass auch andere Arten des Wohnen (z. B. Altenheime, Betreutes Wohnen, Jugendliche Wohngruppen und neue Wohnformen) dargestellt und zum Ausgangspunkt für bürgernahe Diskussionen um künftige Bedarfe und die Entwicklung zukunftsorientierter Wohnkonzepte werden könnten.

5 Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit und Einkommen

Erwerbsarbeit ist die zentrale Einkommensquelle und damit ausschlaggebend für die finanzielle Situation eines Haushalts. Erwerbstätig zu sein bedeutet jedoch nicht nur am Arbeitsmarkt teilzuhaben und das Haushaltseinkommen zu erwirtschaften, sondern auch Teil des gesellschaftlichen Lebens zu sein. Somit ist der eigene Job eine der wichtigsten Voraussetzungen für subjektive Zufriedenheit und Lebensqualität. „Die Arbeit spielt im Leben der meisten Menschen nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts eine zentrale Rolle. Am Arbeitsplatz werden viele Stunden des Tages verbracht – oft mehr Zeit, als für Familie, Freunde und Freizeit zur Verfügung steht. (...)“ (Körner/Puch/Wingerter 2010: 4).

Die Erwerbsarbeit ist unumstritten die Hauptquelle zur Sicherung des Lebensunterhalts, die berufliche Position und das damit einhergehende gesellschaftliche Ansehen ist jedoch ebenfalls von großer Bedeutung für das Selbstverständnis jedes Einzelnen – die berufliche Stellung trägt wesentlich zur gesellschaftlichen Positionierung eines Menschen bei. Somit ist Erwerbsarbeit auch immer ein Stück Selbstentfaltung und -verwirklichung.

Die Frauenerwerbstätigkeit nimmt seit Jahren bundesweit stetig zu und auch das Renteneintrittsalter erhöht sich sukzessive, so dass die Gruppe derer, für die die Erwerbsarbeit ein wesentlicher Bestandteil des Alltags ist, immer größer wird. Allerdings ist es auch eine Realität in Deutschland, dass aufgrund des Anstiegs des Niedriglohnsektors immer mehr Menschen nicht von ihrem Erwerbseinkommen leben können und aufstocken müssen. Gleichzeitig ist deutschlandweit auch der Anteil der Bevölkerung, der von Arbeitslosigkeit betroffen ist, nach wie vor hoch, gerade auch in Ostdeutschland. Arbeitslosigkeit wirkt wiederum in doppelter Hinsicht einschränkend – sie ist meist mit finanziellen Restriktionen einerseits und gesellschaftlicher Ausgrenzung andererseits verbunden. So geht das Fehlen finanzieller Mittel infolge von Arbeitslosigkeit nicht nur mit einem Verzicht auf Konsumgüter einher, sondern ist oft gleichbedeutend mit einer eingeschränkten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – nicht nur für den arbeitslosen Menschen, sondern auch für die von ihm abhängigen Personen. Definiert man sich und das eigene Können über die Position auf dem Arbeitsmarkt, so führt ein Arbeitsplatzverlust darüber hinaus nicht selten zur Infragestellung des eigenen Selbstwertgefühls.

Die Betrachtung der Einkommensstruktur einer Bevölkerung gibt Aufschluss über den Wohlstand und ihre finanziellen Handlungsspielräume. Gleichzeitig sind Aussagen über prekäre finanzielle Situationen und damit über Armutslagen möglich. Je kleinräumiger Einkommensdaten vorhanden sind, desto besser lassen sich finanzielle Potenziale bzw. Defizite in den einzelnen Stadtgebieten abbilden und soziale Interventionsmöglichkeiten ableiten, welche die Benachteiligung aufgrund fehlender monetärer Mittel ausgleichen können.

Da Guben als Mittelzentrum zu klein ist, um im Mikrozensus explizit erfasst zu werden, existieren keine Daten zum monatlichen Nettoeinkommen der Haushalte, daher wird auf die gewährten Sozialleistungen im Rahmen des SGB II und SGB III zurückgegriffen. „Sie bilden die Kehrseite zu den Potenzialen“ einer Stadt, „die mit dem Nettoeinkommen abgebildet werden können: Der Erhalt von Sozialleistungen weist oft auf Risiken in verschiedenen Lebenslagendimensionen hin“ (Stadt Kiel 2012: 74).

5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen „Arbeitnehmer, einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u. a.), die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind, zur Bundesagentur für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Zu diesem Personenkreis gehören: Arbeiter, Angestellte und Auszubildende“ (Stadt Kiel 2012: 61).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist die wichtigste Form der Erwerbstätigkeit, denn sie spiegelt die tatsächliche Beschäftigung wider und klammert geringfügige Beschäftigungen, Menschen in Beschäftigungsfördermaßnahmen usw., anders wie bei der Betrachtung der Erwerbstätigkeit insgesamt, aus. Allerdings ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu sein nicht immer gleichbedeutend mit einem Einkommen, das ausreicht, um nicht mehr auf zusätzliche staatliche Transferleistungen angewiesen zu sein. Auch Teilzeitbeschäftigungen oder Beschäftigungen im Niedriglohnsektor sind in der Regel sozialversicherungspflichtig und trotzdem reichen sie häufig nicht aus, um die finanziellen Bedarfe der Haushalte ausschließlich aus dem Erwerbseinkommen zu decken.

Sozialversicherungspflichtige in der Stadt Guben insgesamt

In Guben lebten im Jahr 2012 18.166 Menschen, von denen 5.753 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen – dies entspricht einem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Einwohner_innen von 31,66 % (siehe Tabelle 19). Da jedoch nicht alle Einwohner_innen von Guben im erwerbsfähigen Alter sind, wäre es irreführend, diese Zahl als Diskussionsgrundlage zu nutzen. Vielmehr gilt es, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ins Verhältnis zu den Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter zwischen 19 und 65 Jahren zu setzen. Hier ergibt sich ein Wert von 53,32 %, d. h. von den 10.788 Personen zwischen 19 und 65 Jahren geht etwas mehr als die Hälfte einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. In den Jahren 2006 und 2009 gab es zwar mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Guben als 2012, seinerzeit war aber auch die Einwohnerzahl höher. Prozentual betrachtet sind in Guben zum heutigen Zeitpunkt mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als noch in den vorangegangenen Jahren. Sowohl der prozentuale Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Einwohner_innen als auch der an allen Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter ist (deutlich) angestiegen. Waren im Dezember 2006 lediglich 46,50 % der Einwohner_innen im Alter zwischen 19 und 65 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt, so stieg die Zahl im Jahr 2009 auf 50,66 % und wie bereits erwähnt im Jahr 2012 auf 53,63 %. Der Anteil ist demnach innerhalb von sechs Jahren um ca. 7 % angestiegen (siehe Tabelle 19). Dies ist zweifellos eine sehr erfreuliche Tendenz. Gleichwohl wäre es sinnvoll, die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen noch genauer nach ihrer zeitlichen Struktur (Wochenstundenumfang) hin zu unterscheiden und zu analysieren. Dann wäre es möglich darüber Auskunft zu geben, ob sich die steigende Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eher im Bereich von geringer Teilzeit, vollzeitnaher Teilzeit oder im Bereich von Vollzeitbeschäftigung vollzogen hat.

Tabelle 19 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigung in Guben 2006, 2009 und 2012 im Vergleich

	12/2012	12/2009	12/2006	Prozentuale Veränderung 2009-2012	Prozentuale Veränderung 2006-2012
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.753	5.991	6.101		
Prozentualer Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter/Einwohner	31,66 %	31,06 %	29,66 %	+0,80 %	+2,2 %
Prozentualer Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter/Einwohner 19-65 Jahre	53,32 %	50,66 %	46,50 %	+2,97 %	+7,13 %
Männer	3004	3.123	3.188		
Anteil beschäftigter Männer	52,21 %	52,13 %	52,25 %	+1,04 %	+0,92 %
Frauen	2.749	2.868	2.913		
Anteil beschäftigter Frauen	47,78 %	47,87 %	47,75 %	-1,04 %	-0,92 %
U-25-Jährige	480	606	644		
Anteil U-25-Jährige/sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	8,34 %	10,12 %	10,56 %	-1,77 %	-2,21 %

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Guben nach Geschlecht und Alter

Von den 5.753 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Guben im Jahr 2012 waren 3.004 männlich, d. h. 52,21 % und 2.749 weiblich, d. h. 47,78 %. 2006 waren 52,25 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten männlich und 47,75 % weiblich. 2009 waren 52,13 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten männlich und 47,87 % weiblich. Der Anteil der Männer und Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist demnach in den letzten Jahren relativ konstant geblieben.

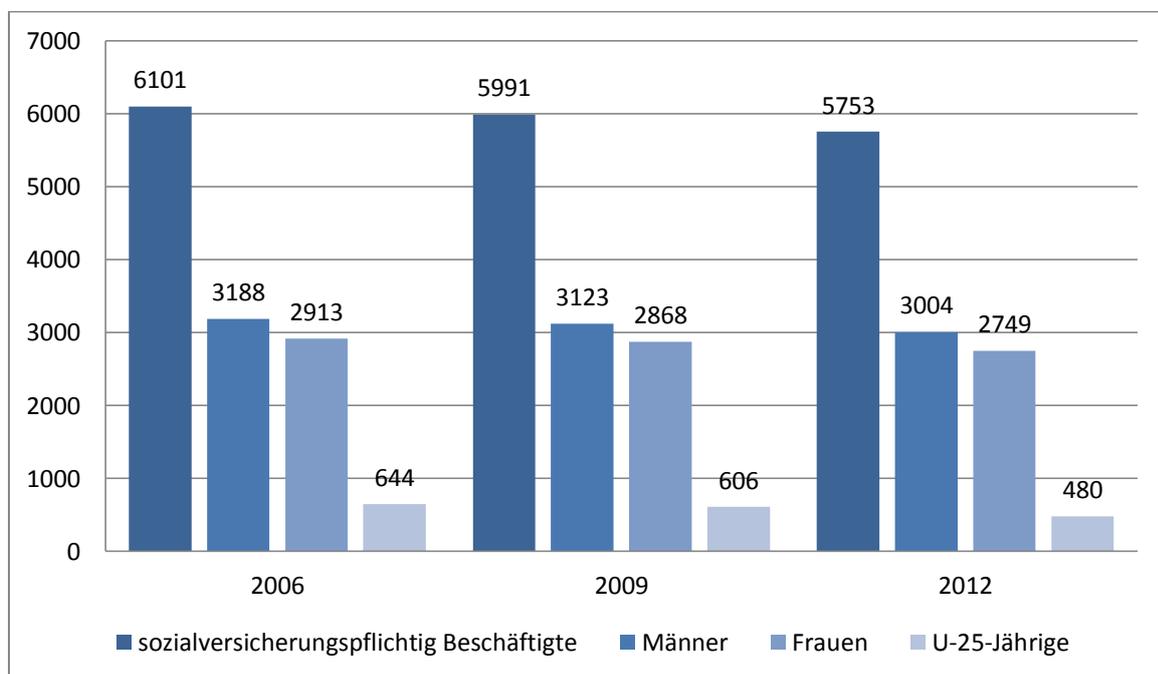


Abbildung 35 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht und in der Altersgruppe U-25

Zurückgegangen ist die Zahl und damit auch der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter 25 Jahren. Waren es in Guben 2006 noch 644 Personen unter 25 Jahren, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sind, so sank die Zahl auf 606 im Jahr 2009 und auf 480 im Jahr 2012. Demnach sind zum jetzigen Zeitpunkt 8,34 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter 25 Jahre alt. 2009 waren es knapp 2 %-Punkte mehr (10,12 %). 2006 lag der Anteil mit 10,56 % sogar noch leicht über dem Wert von 2009. Die Gründe dafür, dass der Anteil der unter 25-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgegangen ist, können vielfältig sein. Zum einen dürfte es damit zusammenhängen, dass die Zahl der unter 25-Jährigen generell zurückgegangen ist, zum anderen kann es bedeuten, dass heute mehr Jugendliche und junge Erwachsene in Guben ein Studium aufnehmen und somit im Alter von unter 25 meist noch keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen können. Es kann allerdings auch sein, dass junge Gubener_innen derzeit häufig ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleiben, sei es aufgrund einer fehlenden Qualifikation oder aufgrund fehlender Arbeitsplätze – die Abwanderung ist oft die Folge. Es gilt daher die Chancen der jungen Erwachsenen auf dem Gubener Arbeitsmarkt langfristig zu verbessern.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Guben im Vergleich mit Spree-Neiße, Brandenburg und der BRD

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland in den Jahren 1992 bis 2005 rückläufig als auch zwischen 2005 und 2012. Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland besteht allerdings darin, dass der Rückgang (1992-2005) im Osten Deutschlands erheblich größer ausgefallen ist als im Westen. Trotz eines stärkeren Anstiegs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zwischen 2005 und 2012 in Ost- als in Westdeutschland konnte der überproportionale Rückgang der vorangegangenen Jahre nicht kompensiert werden.

Im Jahr 2012 gingen in Deutschland 28,92 Millionen Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach – 23,46 Millionen (81,1 %) im Westen und 5,46 Millionen (18,9 %) im Osten Deutschlands. 15,53 Millionen, also 54 % davon waren männliche, 13,29 Millionen, also 46 % waren weiblich. Das bedeutet, dass nahezu identisch wie in Guben auch in der BRD mehr Männer in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätig sind als Frauen.

Ein Vergleich zwischen Guben, dem Landkreis Spree-Neiße; Brandenburg und Deutschland insgesamt kann nur für das Jahr 2009 angestellt werden, da für 2012 nicht für alle Regionen Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vorliegen.

In Deutschland lebten im Jahr 2009 ca. 81 Millionen Menschen, von denen knapp 27 Millionen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen, d. h. 33,47 % der deutschen Bevölkerung war sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In Brandenburg lag dieser Anteil zum gleichen Zeitpunkt bei 29,39 % und in Spree-Neiße mit 27,41 % noch etwas niedriger (siehe Tabelle 20). Guben hingegen kommt mit 31,06 % dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Einwohner_innen der BRD am nächsten. Er lag demnach über dem Schnitt des eigenen Landkreises und dem des Bundeslandes, in dem Guben verortet ist. Was die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeht, scheint Guben in der Region gut positioniert zu sein, was allerdings nicht gleichbedeutend mit einer geringen Arbeitslosigkeit bzw. mit einer geringeren Zahl an staatlichen Transferleistungenbeziehen ist, wie sich im Folgenden zeigen wird.

Tabelle 20 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Guben, Spree-Neiße, Brandenburg und der BRD

2009	Bundesrepublik Deutschland	Brandenburg	Spree-Neiße	Guben
Personen im Hauptwohnsitz	81.802.257	2.511.525	128.470	19.291
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.380.000	738.174	35.210	5.991
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte/Einwohner	33,47 %	29,39 %	27,41 %	31,06 %

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Gubener Stadtteilen

Im Jahr 2012 weist Altstadt West mit 28,4 % den höchsten Anteil an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, gemessen an den Einwohnern 19-65 Jahre auf (siehe Tabelle 21). Hingegen ist sie in Reichenbach am niedrigsten. Die Frauenerwerbstätigkeit ist in allen Stadtteilen ähnlich hoch und liegt zwischen 45,51 % (Altstadt Ost) und 48,71 % (Altstadt West). Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Männer liegt in den einzelnen Stadtteilen zwischen 51,84 und 54,49 %.

Tabelle 21 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den einzelnen Stadtteilen Gubens (Dezember 2012)

12/2012	Gesamtstadt	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Reichenbach	Groß Breesen
Soz.vers.pfl. Beschäftigung	5.753	490	1.634	454	1.356	785	258	351
Prozentualer Anteil soz.vers.pfl. Beschäftigte/Einwohner	31,66 %	8,52 %	28,40 %	7,89 %	23,57 %	13,65 %	4,48 %	6,10 %
Prozentualer Anteil soz.vers.pfl. Beschäftigte/Einwohner 19-65 Jahre	53,32 %	4,54 %	15,15 %	4,21 %	12,57 %	7,28 %	2,89 %	3,25 %
Männer	3004	267	838	242	703	420	134	186
Anteil beschäftigter Männer	52,21 %	54,49 %	52,29 %	53,3 %	51,84 %	53,5 %	51,94 %	52,99 %
Frauen	2.749	223	796	212	653	365	124	165
Anteil beschäftigter Frauen	47,78 %	45,51 %	48,71 %	46,7 %	48,16 %	46,5 %	48,06 %	47,01 %

U-25-Jährige	480	51	116	38	115	74	21	28
Anteil U-25-Jährige/soz. vers.pfl. Beschäftigte	8,34 %	10,41 %	7,10 %	8,37 %	8,48 %	9,43 %	8,14 %	7,98 %

5.2 Arbeitslosigkeit und Arbeitssuchende

„Arbeitslose sind nach § 16 Abs. 2 SGB III Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen, den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit gemeldet haben“ (LASV 2012: 61). Nicht als arbeitslos gelten Personen, die an Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt teilnehmen oder solche, die arbeitsunfähig sind oder sich im Mutterschutz befinden. Deutschlandweit befinden sich Millionen Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und gelten damit nicht als arbeitslos. Folglich gibt es deutlich mehr Arbeitslose bzw. Menschen, die im Leistungsbezug und arbeitssuchend sind, als es statistisch ausgewiesen wird.

Es wird zwischen Personen, die Leistungen aus der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung (ALG I; gesetzliche Grundlage SGB III) erhalten und denen, die auf Leistungen aus der steuerfinanzierten Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II; gesetzliche Grundlage SGB II) angewiesen sind, unterschieden. Arbeitslos zu sein ist allerdings keine Voraussetzung für den Erhalt von Leistungen nach dem SGB II, d. h. auch Personen, die per se nicht arbeitslos sind, können mitunter leistungsberechtigt sein (z. B. Aufstocker). Die sich daraus ergebende Konsequenz: die Zahl der Transferempfänger_innen ist höher als die Zahl der Arbeitslosen.

Arbeitssuchende sind Personen, die eine Beschäftigung als Arbeitsnehmer suchen, d. h. dieser Begriff umfasst sowohl die arbeitslosen Arbeitssuchenden als auch die nicht arbeitslosen Arbeitssuchenden. Dies sind Personen, die zwar bereits eine Beschäftigung ausüben, selbstständig sind oder in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme befinden, und sich dennoch auf der Suche nach einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung befinden. Es handelt sich dabei vor allem um die Arbeitsnehmer_innen, die wegen eines zu geringen Einkommens auf die Auszahlung zusätzlicher Leistungen angewiesen sind (sogenannte Aufstocker).

Die Arbeitslosenquote wiederum setzt die „registrierten Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung“ (Kiel 2012: 62), d. h. sie ist der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen, welche sich wiederum zusammensetzen aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den geringfügig Beschäftigten und den Beamten, und/oder den zivilen Erwerbspersonen (abhängig zivile Erwerbstätige, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige und Arbeitslose).

Außerdem gilt es den Begriff der Langzeitarbeitslosen zu definieren: „Langzeitarbeitslose sind Arbeitslose, die ein Jahr und länger arbeitslos sind“ (Stadt Kiel 2012: 62).

Im Dezember 2012 gehen in Guben 5.753 Einwohner_innen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Zwischen 2006 und 2012 hat die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stetig abgenommen, im Zeitverlauf jedoch ebenso die Zahl der Einwohner_innen (siehe Tabelle 22). Im Jahr 2012 beziehen insgesamt 318 Personen ALG II (2,95 %), davon sind 57,86 % männlich und 42,14 % weiblich. Darüber hinaus gibt es in Guben insgesamt 377 ALG I Empfänger_innen, davon 221 Frauen (58,62 %) und 156 Männer (41,38 %). Gemessen an der Bevölkerung zwischen 19-65 Jahre beziehen somit 3,49 % ALG I. Davon ist fast die Hälfte (46,68 %) über 55 Jahre alt. Positiv hervorzuheben ist, dass sich im Zeitraum 2006-2012 die Zahl der ALG II Empfänger_innen um 42,7 % und die Zahl der ALG I Empfänger_innen um 56,1 % reduziert hat.

Tabelle 22 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Arbeitslosengeld II, Arbeitslosengeld I und Arbeitslosenquote zwischen 2006 und 2012

	2012	2009	2006	Prozentuale Veränderung 2009-2012	Prozentuale Veränderung 2006-2012
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.753	5.991	6.101	-3,97 %	-5,7 %
Einwohner 19-65 Jahre	10.788	11.825	13.120	-8,77 %	-17,77
Arbeitslosengeld II Empfänger (SGB II)	318	413	555	-23,00 %	-42,7 %
Prozentualer Anteil ALG-II-Empfänger/Einwohner	1,75 %	2,14 %	2,70 %	-0,39 %	-0,95 %
Prozentualer Anteil ALG-II-Empfänger/Einwohner 19-65 Jahre	2,95 %	3,49 %	4,23 %	-0,54 %	-1,28 %
Prozentualer Anteil ALG-II-Empfänger/soz.vers.pfl. Beschäftigte	5,53 %	6,89 %	9,10 %	-1,36 %	-3,57 %
Männer	184	241	280	-23,65 %	-34,29 %
Anteil Männer/Empfänger	57,86 %	58,35 %	50,45 %	-0,49 %	+7,41%
Frauen	134	172	275	-22,09 %	-51,27 %
Anteil Frauen/Empfänger	42,14 %	41,65 %	49,55 %	+0,58 %	+7,41 %
Arbeitslosengeld I Empfänger (SGB III)	377	500	804	-24,6 %	-56,11 %
Prozentualer Anteil ALG-I-Empfänger/Einwohner	2,07 %	2,59 %	3,91 %	-0,52 %	-1,84 %
Prozentualer Anteil ALG-I-Empfänger/Einwohner 19-65 Jahre	3,49 %	4,23 %	6,13 %	-0,74 %	-2,64 %
Prozentualer Anteil ALG-I-Empfänger/soz.vers.pfl. Beschäftigte	6,55 %	8,35 %	13,18 %	-1,8 %	-6,63 %
Männer	156	230	305	-67,83 %	-48,85 %
Anteil Männer/Empfänger	41,38 %	46,00 %	37,94 %	-4,62 %	+3,44 %
Frauen	221	270	499	-18,15 %	-55,71 %
Anteil Frauen/Empfänger	58,62 %	54,00 %	62,06 %	+4,62 %	-3,44 %
U-25 Jährige	38	56	71	-32,14 %	-46,48 %
U25/Anteil Empfänger	10,08 %	11,20 %	8,83 %	-1,12 %	+1,25 %
Anteil Arbeitslose U25/soz.vers.pfl. Beschäftigte U25	7,82 %	9,24 %	11,02 %	-1,42 %	-3,2 %
Ü-55 Jährige	176	186	183	-5,38 %	-3,83 %
Ü55/Anteil Empfänger	46,68 %	37,20 %	22,76 %	+9,48 %	+23,92 %
Arbeitslosenquote (ALG I+ALG II / soz.vers.pfl. B.+ALG I+ALG II)	10,78 %	13,22 %	18,21 %	-3,75 %	-8,47 %

Im Oktober 2013 leben 163 Personen in Guben, die arbeitslos gemeldet sind, aber keinen Anspruch auf Leistungen haben (Nichtleistungsempfänger). Besonders Frauen sind hiervon betroffen. Die Zahlen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant geblieben (siehe Abbildung 36).

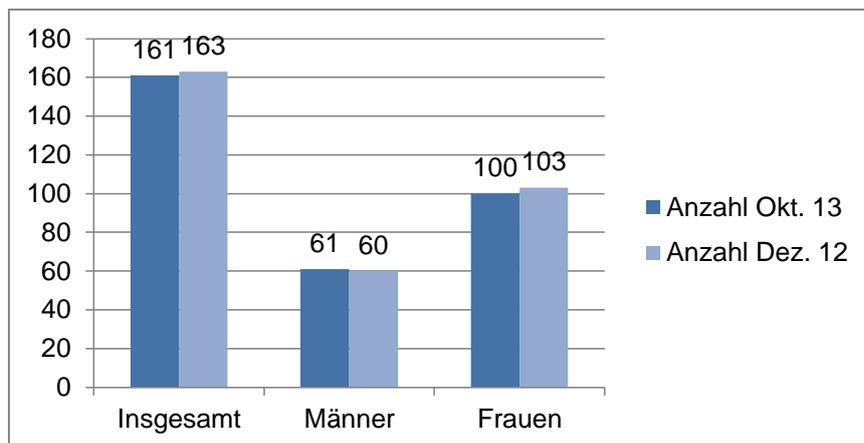


Abbildung 36 Bestand an arbeitslosen Nichtleistungsempfänger_innen in Guben Oktober 2013

Vergleich Arbeitslosigkeit in Guben, Spree-Neiße, Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland

Von 2005 bis 2012 verringerte sich die Arbeitslosigkeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. In Westdeutschland reduzierte sich die Arbeitslosenzahl in diesem Zeitraum um 1,25 Mio. (-38,4 %) auf 1.999.837 und in Ostdeutschland um 716.000 (-44,4 %) auf 897.148. Die Arbeitslosenquote von 5,9 % in Westdeutschland im Jahr 2012 ist die niedrigste Zeit der Wiedervereinigung. **In Ostdeutschland hatte die Arbeitslosenquote im Jahr 2012 mit 10,7 % den niedrigsten Wert seit 1991.** In Deutschland lag die Arbeitslosenquote 2012 insgesamt bei 6,8 % - die niedrigste Quote seit 21 Jahren. Zudem waren 2011 und 2012 zum ersten Mal seit Anfang der 1990er Jahre weniger als drei Millionen Menschen arbeitslos gemeldet.

Bis 2005 stiegen die Arbeitslosenzahlen immer weiter. In den Jahren 2006 bis 2008 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt und 2010 erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in etwa das Vorkriegsniveau. 2011 und 2012 lag sie sogar unter drei Millionen. Eine auffällige Steigerung der Arbeitslosenzahl fällt in das Jahr 2005. Die Arbeitslosenzahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 %. Als Hauptgrund dafür ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu nennen.

2012 gab es in Brandenburg 136.115 Arbeitslose, was einer Arbeitslosenquote von 11,3 % entspricht, deutschlandweit lag sie bei 7,6 %; in Westdeutschland bei 6,6 % und in Ostdeutschland bei 11,9 %. Die Arbeitslosenquote lag 2012 zwischen 4,2 % in Bayern und 14,5 % in Berlin. In Ostdeutschland ist sie immer noch fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Von den insgesamt 2,9 Millionen Arbeitslosen in Deutschland waren 31 % in Ostdeutschland und 69 % in Westdeutschland gemeldet. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen seit 2005 lag bundesweit bei 40,4 %, wobei der Rückgang in Ostdeutschland (-

44,4 %) über dem in Westdeutschland lag (-38,4 %). Von 2005 bis 2012 ist die Arbeitslosenquote in Brandenburg um 8,6 Prozentpunkte zurückgegangen.

Weiterhin können die Arbeitslosen in Guben nach verschiedenen Merkmalen unterschieden werden: In Guben sind deutlich mehr Frauen Alleinerziehend (126) als Männer (13). Besonders Personen über 55 Jahre sind in Guben arbeitslos gemeldet. Aber auch Langzeitarbeitslose kommen relativ häufig vor.

Tabelle 23 Vergleich Arbeitslosigkeit in Guben, Spree-Neiße, Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland

2009	Bundesrepublik Deutschland	Brandenburg	Spree-Neiße	Guben
Personen im Hauptwohnsitz	81.802.257	2.511.525	128.470	19.291
Davon männlich	40.103.606	1.244.101	64.279	9.207
Davon weiblich	41.698.651	1.267.424	64.191	10.084
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.380.000	738.174	35.210	5.991
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte/Einwohner	33,47 %	29,39 %	27,41 %	31,06 %
Arbeitslosenquote	7,8 %	12,3 %	13,0 %	13,22 %
Leistungsempfänger_innen nach SGB II	2.164.929	234.082	12.014	413
Leistungsempfänger_innen SGB II/Einwohner_innen	2,65 %	9,32 %	9,35 %	2,14 %

5.3 Transfereinkommen aus Leistungen des SGB II und des SGB III

Ein zentrales Element zur Beschreibung der Lebenslagen in einer Gesellschaft ist das Einkommen bzw. die ökonomische Situation. Die Daten zur ökonomischen Situation geben Aufschluss über den Wohlstand und die finanziellen Potenziale der Individuen und auch deren räumliche Konzentration, andererseits bilden sie prekäre finanzielle Lebenslagen und Armut ab und zeigen, wo diese gehäuft auftreten, so dass eine kleinräumige soziale Intervention möglich ist, um vorhandene finanzielle Benachteiligung auszugleichen.

Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen kann jedoch lediglich aus den Mikrozensusdaten abgeleitet werden. Guben als Stadt mit weniger als 200.000 Einwohner_innen findet allerdings im Rahmen des Mikrozensus keine Berücksichtigung, so dass auf andere Datenquellen zurückgegriffen werden muss. Nachfolgend werden daher Daten über die gewährten Sozialleistungen im Rahmen des SGB II, III und XII zur Beurteilung der ökonomischen Situation herangezogen. Sie bilden quasi die Kehrseite zu den Potenzialen einer Region – der Erhalt von staatlichen Transferleistungen deutet häufig auf Risiken in verschiedenen Lebenslagendimensionen, besonders auf eine Armutsgefährdung, hin.

5.3.1 Arbeitslosengeld I (3. Sozialgesetzbuch)

Das Arbeitslosengeld I ist eine über die Arbeitslosenversicherung finanzierte Leistung, die von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des SGB III getragen und in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit – dem ersten Jahr – gezahlt wird. Die Höhe berechnet sich nach dem vorherigen Erwerbseinkommen (Nettolohn). Somit weist der Bezug von ALG I nicht unmittelbar auf eine prekäre finanzielle Situation hin, wie es beim ALG II der Fall ist.

Nicht nur finanziell werden die Empfänger_innen von Leistungen nach dem SGB III unterstützt, sondern auch durch die aktive Förderung der Wiedereingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen oder andere Maßnahmen für Personen, die in den alten Beruf zurückkehren möchten. Auch die Übernahme von Kurzarbeitergeld für von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer_innen ist im Rahmen des SGB III möglich.

Die Zahl der ALG I Empfänger_innen ging in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2011 stark zurück: Von 1,73 Millionen auf 829.193 (- 52 %). 1 % war jünger als 20 Jahre alt, 11,6 % waren zwischen 20 bis unter 25 Jahre alt, über 50 bis 55 Jahre mehr als 10 % (10,8 %) und 28,2 % waren älter als 55 Jahre.

Nachfolgende zeigt die unterschiedlichen Stadtteile Gubens und die Arbeitslosen nach SGB III (ALG I-Empfänger_innen). Je dunkler der Stadtteil, desto mehr Arbeitslose nach SGB III leben in dem Stadtteil. Es wird deutlich, dass vor allem die Stadtteile WK II sowie die Altstadt West besonders stark hohe Zahlen an ALG I-Empfänger_innen aufweisen.

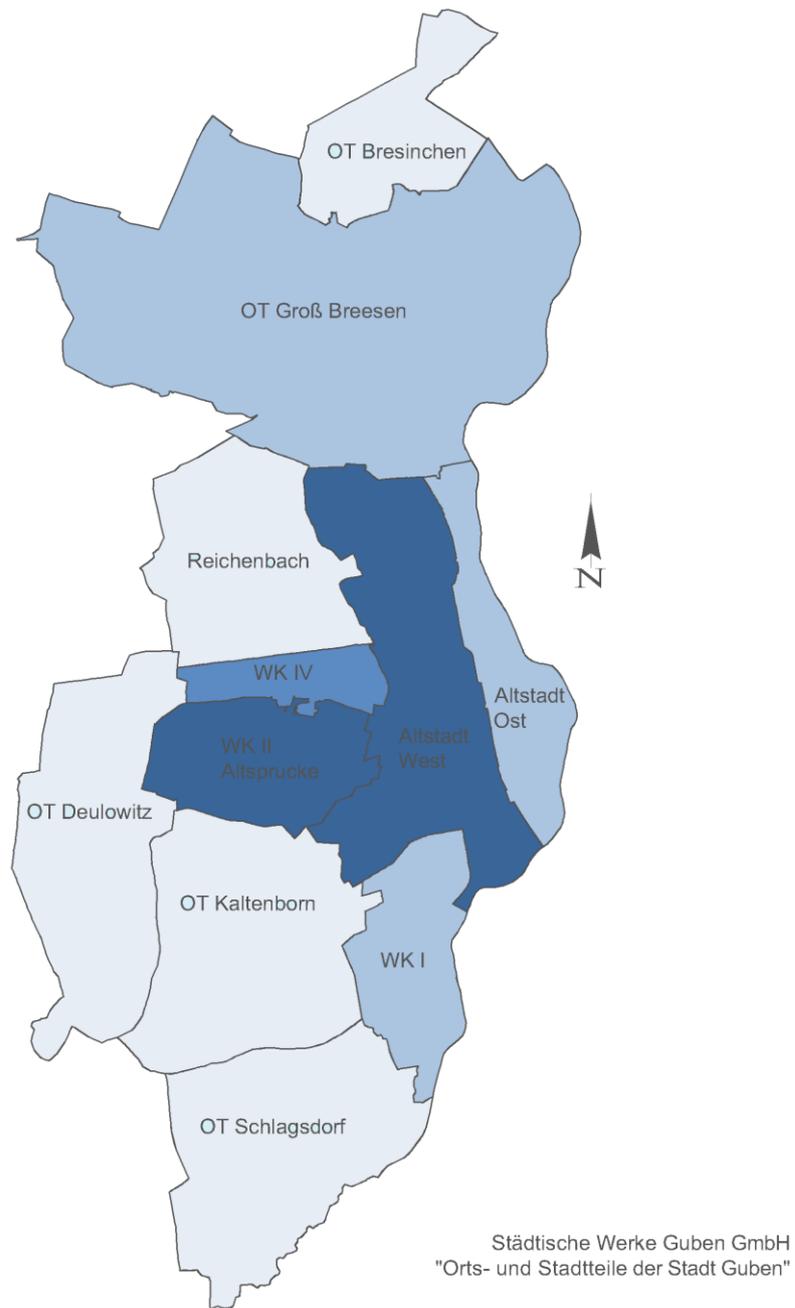
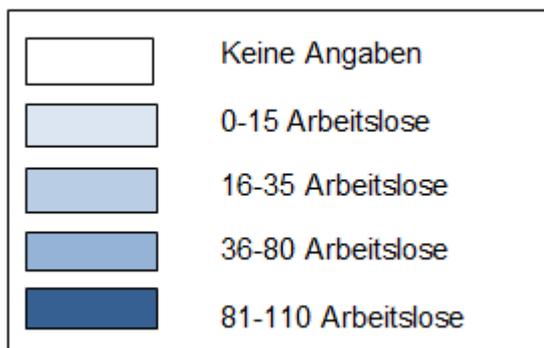


Abbildung 37 Arbeitslose nach SGB III (Dezember 2012)



Die einzelnen Stadtteile werden im Detail nochmals in Tabelle 24 betrachtet. Im Dezember 2012 leben insgesamt 377 Arbeitslose nach SGB III in Guben, davon 221 Frauen und 156 Männer. Die meisten ALG I-Empfänger_innen wohnen in WK II (92) und Altstadt West (94), gefolgt von WK IV (74). Von den 377 Arbeitslosen nach SGB III sind 95,76 % deutsche Staatsbürger (361 Personen). Besonders der Stadtteil WK II fällt auf, da dort die meisten Arbeitslosen über 55 Jahre (54) sowie die meisten Langzeitarbeitslosen (34) leben. Von den 377 Arbeitslosen suchen 89,92 % eine Vollzeitbeschäftigung, nur 37 Personen bewerben sich auf Teilzeitstellen.

Tabelle 24 Arbeitslose nach SGB III in den einzelnen Stadtteilen Gubens (September 2012)

	Gesamtstadt	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Reichenbach	Groß Breesen
Arbeitslose, insgesamt	377	29	94	33	92	74	11	19
Arbeitslose Männer	156	15	45	12	29	32	3	9
Arbeitslose Frauen	221	14	49	21	63	42	8	10
Arbeitslose Deutsche	361	25	91	33	90	68	11	18
Arbeitslose Ausländer	16	4	3	0	2	6	0	1
Arbeitslose < 25 Jahre	38	5	10	6	5	10	1	0
Arbeitslose ≥ 55 Jahre	176	10	41	10	54	33	5	11
Langzeit Arbeitslose	126	10	27	6	34	33	2	8
Arbeitslose Schwerbehinderte	28	2	5	1	9	6	2	2
Arbeitslose, die Vollzeitbeschäftigung suchen	339	27	84	32	79	68	10	15
Arbeitslose, die Teilzeitbeschäftigung suchen	34	1	9	1	12	5	1	4

5.3.2 Arbeitslosengeld II (2. Sozialgesetzbuch)

Die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ ersetzt seit Jahresbeginn 2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe und setzt sich zusammen aus dem ALG II und dem Sozialgeld. ALG II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Sozialgeld erhalten die mit ihnen

im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen, meist Kinder. Im Abgrenzung zum ALG I und auch zur ehemaligen Arbeitslosenhilfe handelt es sich beim ALG II um eine steuerfinanzierte Leistung, die sich ausschließlich am Bedarf der Leistungsbezieher_innen und nicht am letzten Nettolohn orientiert. Sie soll als „Hilfe zur Selbsthilfe“ dienen und den Leistungsberechtigten dabei unterstützen, den eigenen Lebensunterhalt schnellstmöglich wieder unabhängig von staatlichen Transferleistungen bestreiten zu können nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“. Leistungsempfängerinnen und -empfänger sind verpflichtet, aktiv an ihrer (Wieder-)Eingliederung in Erwerbsarbeit mitzuwirken. Der Träger der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ wiederum ist dazu verpflichtet, ihnen dabei umfassende Unterstützung anzubieten, sei es in Form finanzieller Eingliederungshilfen, durch berufliche Qualifizierung usw.. Erscheint eine direkte Integration in den Arbeitsmarkt zum aktuellen Zeitpunkt ausgeschlossen, so gilt es zumindest die vorliegenden Vermittlungshemmnisse abzubauen. Träger der Leistungen sind nach § 6 SGB II die Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie die kreisfreien Städte und Kreise (Kommunen). Die Bundesagentur für Arbeit, meist in Form von ARGE n, ist verantwortlich für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und einen Teil der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, mit Ausnahme der sogenannten Optionskommunen. Die Kommunen wiederum sind verantwortlich für die Leistungen für Unterkunft und Heizung und einmalige Leistungen sowie für flankierende Eingliederungsleistungen, z. B. Betreuung von Kindern oder Schuldnerberatung usw. In Optionskommunen hingegen werden sowohl die Eingliederungsleistungen als auch die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zentral über die Kommunen verwaltet, die Verantwortung und die Entscheidungsgewalt bleibt vor Ort.

Als leistungsberechtigt gilt nach dem SGB II jede Person im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und erwerbsfähig ist. Erwerbsfähig sind alle Personen, die nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außer Stande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Unterstützt werden muss, wer seinen Lebensunterhalt und den der mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht aus eigenen Mitteln und auch nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit sichern kann. Diese Definition beinhaltet somit auch Erwerbstätige, deren erwirtschaftetes Einkommen nicht zur Deckung des Lebensunterhalts ausreicht, Arbeitslose und Personen, die aufgrund berechtigter Einschränkungen derzeit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Sozialgeld erhalten alle Personen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter, also unter 15 Jahren alt sind, oder aufgrund ihrer gesundheitlichen Leistungsfähigkeit nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten – sie erhalten als nicht erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem SGB II.

Eine Bedarfsgemeinschaft wiederum besteht aus allen Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. In der Regel sind das:

- Der oder die erwerbsfähige Leistungsberechtigten;
- Die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil einer unverheirateten erwerbsfähigen Kinder, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils;
- Der nicht dauernd vom erwerbsfähigen Leistungsberechtigten getrennt lebende Ehegatte oder Lebenspartner;
- Die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres soweit die die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können.

Die Leistung der Grundsicherung für Arbeitssuchende umfasst die Regelleistung, Leistungen für Mehrbedarfe (z. B. für Alleinerziehende, bei spezieller Ernährung aufgrund von Krankheit usw.), Einmalleistungen (Klassenfahrten, Erstausrüstung für Wohnungen oder Bekleidung), Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie Leistungen für Unterkunft und Heizung. Allerdings werden die Leistungen erst gewährt, wenn vorher der Großteil des Vermögens veräußert wurde und bei Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, wird das Einkommen bzw. das Vermögen des Partners berücksichtigt.

Im Jahresdurchschnitt wurden in Deutschland 2013 so wenig ALG II-Empfänger_innen betreut wie nie zuvor seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Jahr 2005. Im Jahr 2005 bezogen 4,98 Millionen Personen ALG II, 2006 waren es 5,39 Mio. Personen. Hingegen ist die Zahl bis 2013 auf 4,42 Mio. ALG II-Empfänger_innen gesunken.

In Guben sind im Dezember 2012 318 Personen arbeitslos nach SGB II gemeldet, davon 134 Frauen und 184 Männer. Für die Arbeitslosigkeit nach SGB II wird im Folgenden Abbildung 38 herangezogen. Diese zeigt die unterschiedlichen Stadtteile Gubens: Je dunkler der Stadtteil, desto mehr arbeitslose SGB II Empfänger_innen leben in dem Stadtteil. Deutlich wird, dass in der Altstadt West und WK II besonders viele Arbeitslosengeld II- Empfänger_innen wohnen. Hingegen weisen die Stadt und Ortsteile Groß Breesen (10), Reichenbach (8), Kaltenborn (8), Bressinchen (5), Deulowitz (5) und Schlagsdorf (2) geringere Arbeitslosenzahlen auf.

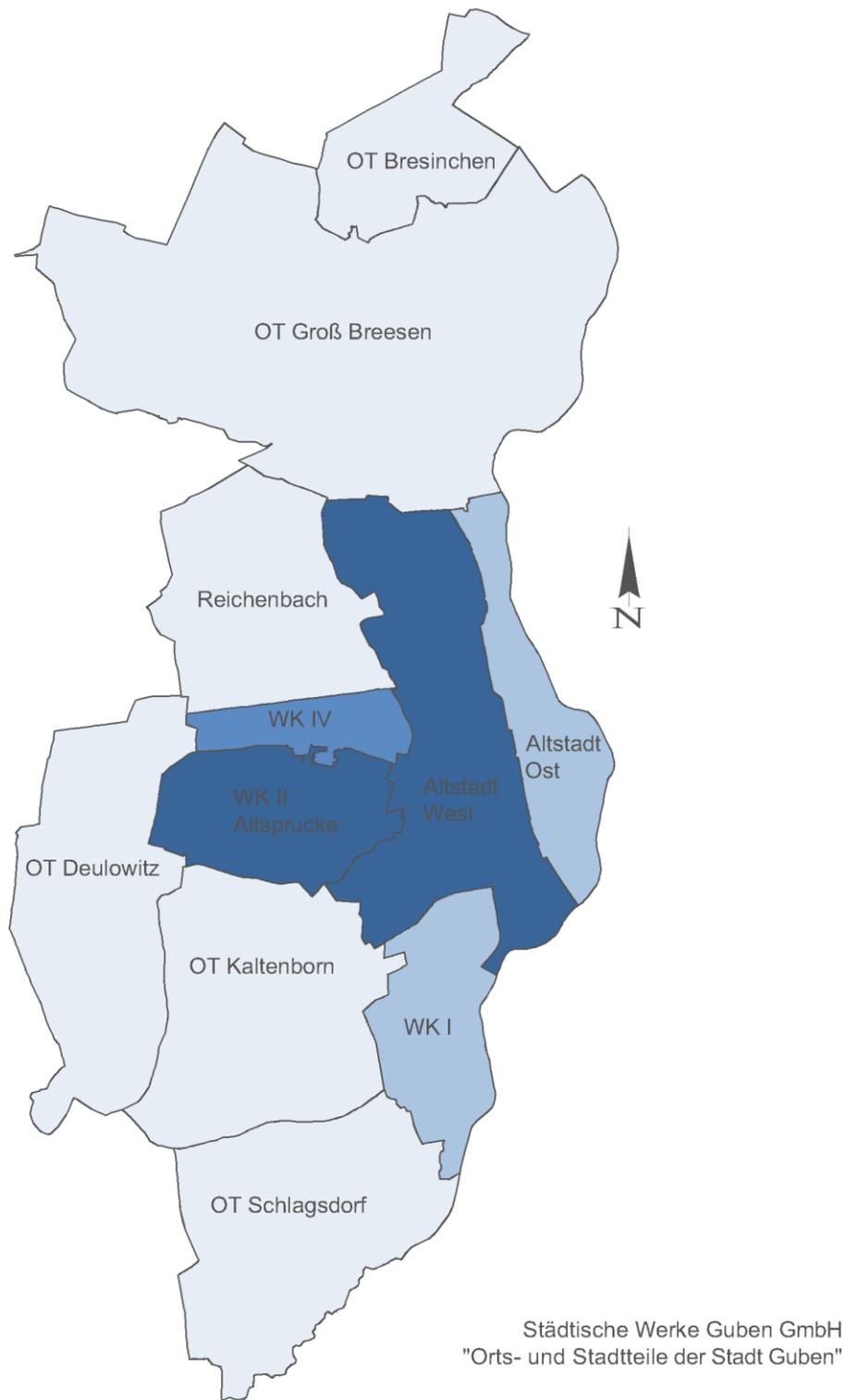
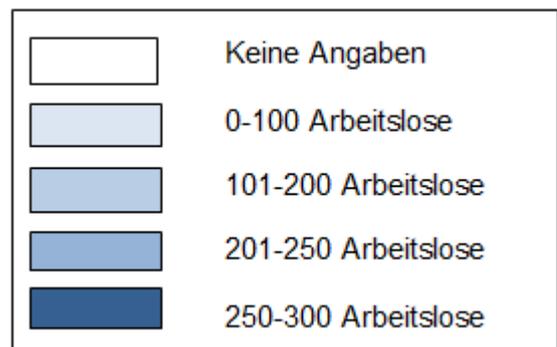


Abbildung 38 Arbeitslose nach SGB II (Dezember 2012)



In Guben gibt es im Jahr 2012 1.660 Bedarfsgemeinschaften (BG), das sind 17,27 % von allen Haushalten (siehe Tabelle 25). In einem Fünftel (20,54 %) der Gubener Bedarfsgemeinschaften leben Kinder unter 15 Jahren. Konkret bedeutet dies, dass fast ein Drittel (32,93 %) der Gubener Kinder im Alter von 0-15 Jahre im Leistungsbezug lebt. Im Landkreis Spree-Neiße sind es ca. ein Fünftel (22,3 %).

Tabelle 25 Bedarfsgemeinschaften im SGB II-Bezug

2012	Guben	Landkreis Spree-Neiße
Anzahl der Haushalte insgesamt	9.611	k.A.
Anzahl der Bedarfsgemeinschaften	1.660	7.799
Anteil Bedarfsgemeinschaften an allen Haushalten	17,27 %	k.A.
Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren	341	1.776
Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren an allen Bedarfsgemeinschaften	20,54 %	22,77 %
Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren an allen Haushalten	3,55 %	k.A.
Anzahl Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender mit Kindern unter 18 Jahren	k.A.	1.195
Anteil Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender mit Kindern unter 18 Jahren an allen Bedarfsgemeinschaften	k.A.	15,32 %
Anzahl Leistungsbezieher insgesamt	2.662	13.017
Anzahl erwerbsfähige Leistungsberechtigte	2.081	10.006
Anzahl nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter	581	3.011
Anzahl Kinder aus Haushalten im Leistungsbezug:		
0- unter 3 Jahre	90	508
3- unter 7 Jahre	168	835
7- unter 15 Jahre	255	1.373
15- unter 25 Jahre	250	1.185
Anteil Kinder aus Haushalten im Leistungsbezug von 0- unter 15 an allen Kindern der gleichen Altersgruppe	32,93 %	22,3 %

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist ebenfalls in WK IV (462), WK II (417) und Altstadt West (361) am höchsten (siehe Tabelle 26). Dort leben auch die meisten BG mit Kindern, wobei im Durchschnitt 1,6 Personen pro BG leben. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) sind in Guben 2.081 Personen, ebenfalls wieder in den schon genannten Stadtteilen besonders häufig vorzufinden.

Tabelle 26 ALG II Empfänger_innen nach Stadtteilen (Dezember 2012)

12/2012	Gesamtstadt	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Reichenbach	Groß Breesen
BG insgesamt	1.660	117	361	239	417	462	9	22
Ø Anzahl Personen je BG	1,6	1,56	1,53	1,68	1,52	1,73	1,67	1,23
BG mit Kindern	341	21	61	59	79	112	3	2
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) insgesamt	2.081	150	439	311	503	601	10	24
Arbeitslose eLb	1056	81	236	144	244	308	5	16
Alleinerziehende eLb	247	6	47	42	58	85	3	2
eLb Deutsche < 25 Jahre	208	9	39	37	59	59	-	-
eLb Deutsche, Männer > 25 Jahre	853	79	192	117	209	212	7	14
eLb Deutsche, Frauen > 25 Jahre	921	50	198	137	223	287	2	10
eLb Ausländer < 25 Jahre	10	-	-	3		7	-	-
eLb Ausländer > 25 Jahre	88	12	10	17	12	35	1	-
Nichterwerbsfähige Hilfebedürftige	581	33	113	91	132	197	5	3

Die Zahl der eLB ist von Dezember 2012 bis Juni 2013 leicht angestiegen (2.095 eLB), davon 988 Männer und 1.107 Frauen. Besonders Personen über 50 Jahren gehören zu den eLB (siehe Abbildung 39).

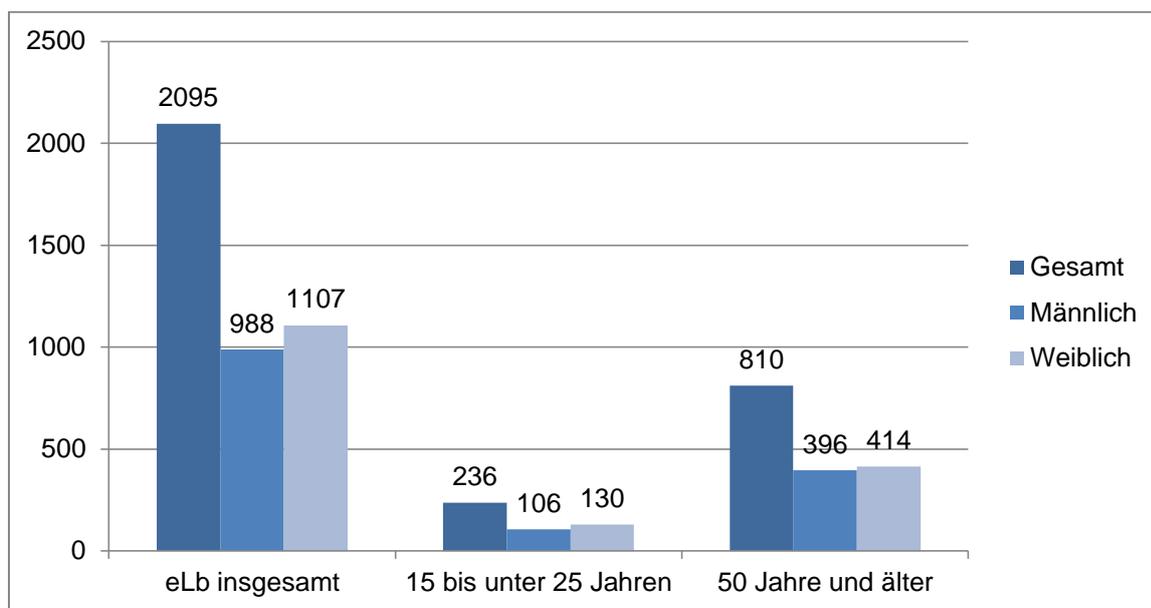


Abbildung 39 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) in Guben (Juni 2013)

Darüber hinaus gibt es erwerbstätige ALG II-Empfänger_innen, die trotz Erwerbstätigkeit, aufgrund ihres geringen Einkommens, Leistungen aus SGB II beziehen. Dazu zählen in Guben 691 Personen, davon 306 Männer und 358 Frauen. Wiederrum ist die Altersgruppe der über 50-Jährigen besonders davon betroffen (siehe Abbildung 40).

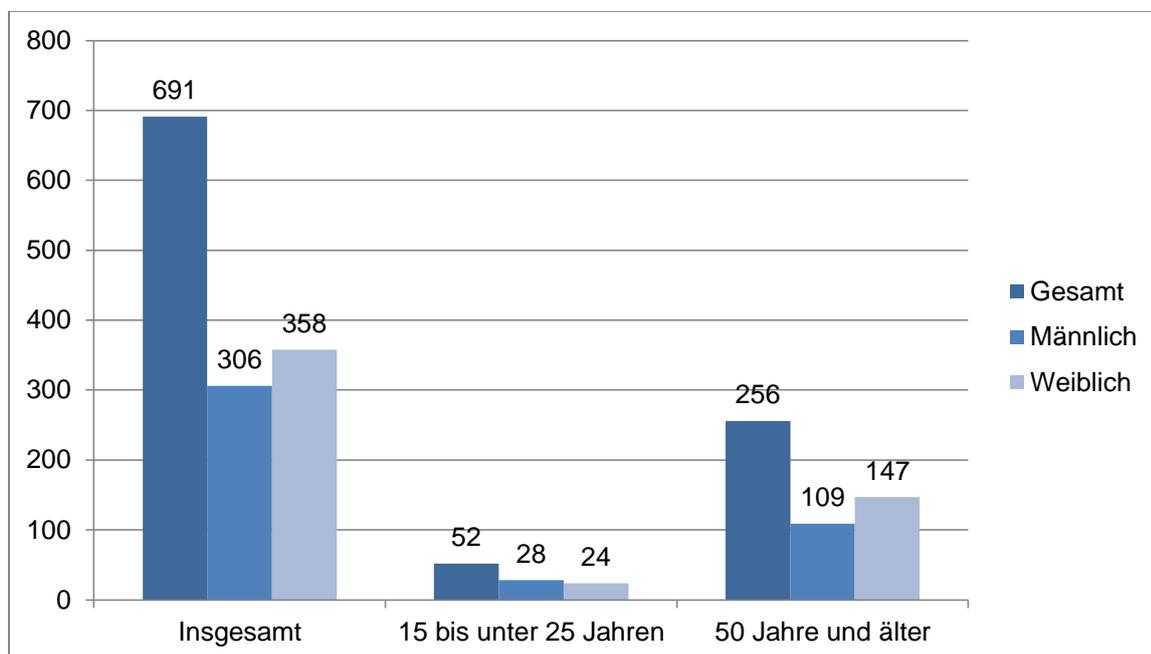


Abbildung 40 Erwerbstätige ALG II-Bezieher nach Alter und Geschlecht

Von den 691 Personen, die neben ihrer Erwerbstätigkeit noch Leistungen aus SGB II erhalten, sind 653 abhängig erwerbstätig (281 Männer und 372 Frauen). Die Form der Erwerbstätigkeit kann nach Höhe des Bruttoeinkommens unterschieden werden (siehe Abbildung 41). Dabei wird deutlich, dass es vor allem Personen, die monatlich bis 450 Euro (sog. Minijobs) verdienen, noch zusätzlich ALG II beziehen (381 Personen). Aber auch 133 Menschen in Guben, die zwischen 850-1200 Euro pro Monat verdienen, erhalten außerdem ALG II.

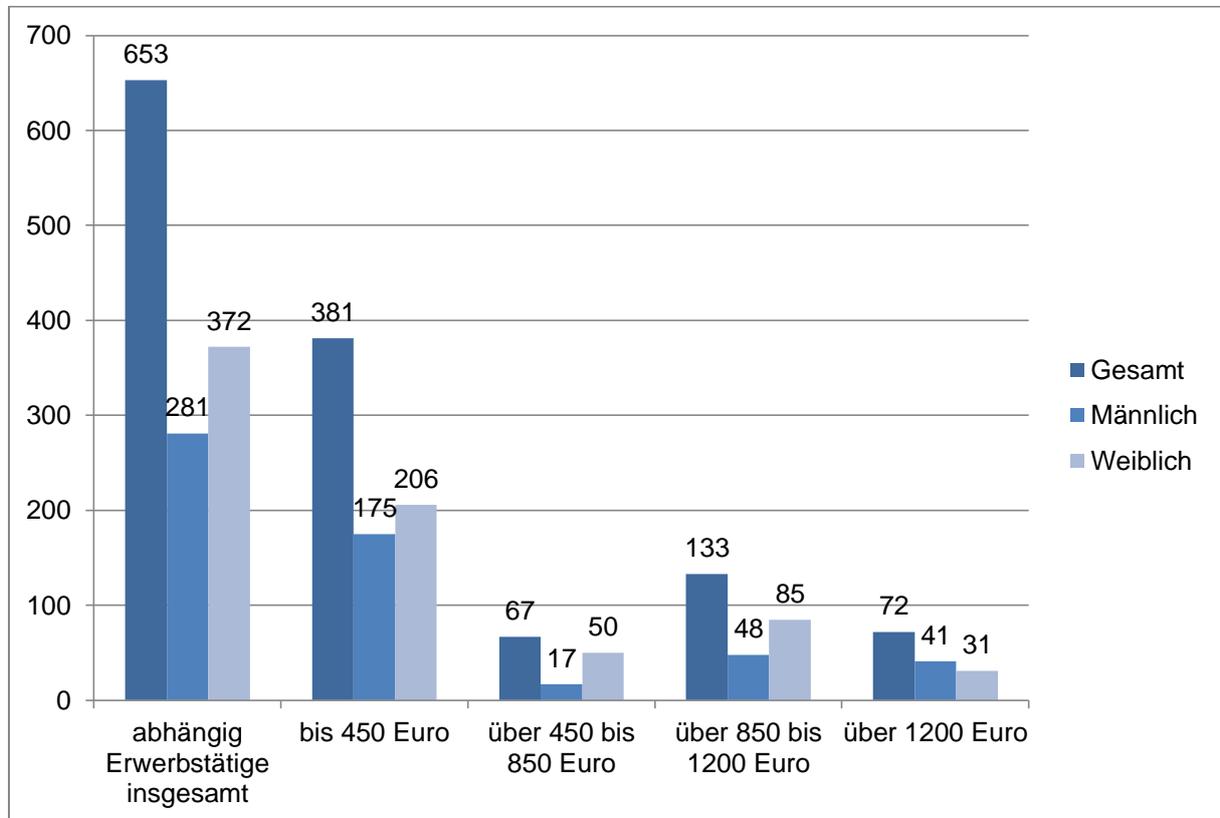


Abbildung 41 Erwerbstätige ALG II-Bezieher_innen nach Höhe des Bruttoeinkommens aus abhängiger Erwerbstätigkeit (Juni 2013)

5.4 Schulden

Unter Verschuldung wird jede Form des Eingehens von Zahlungsverpflichtungen verstanden (z. B. Raten- und Hypothekenkredite). Besonders in den frühen Phasen der Familiengründung werden Kredite beispielsweise zur Finanzierung von Wohneigentum aufgenommen. Verschuldung ist daher in erster Linie kein Phänomen, welches nur bei einzelnen anzutreffen ist, sondern ein „Massenphänomen“, welches nicht unmittelbar auf das Vorliegen einer prekären finanziellen Situation hindeutet. Können die sich aus einem Kredit ergebenden Ratenzahlungsbeträge jedoch nicht bzw. nicht mehr fristgerecht getilgt werden, so liegt eine Überschuldung des Haushaltes vor. Überschuldung wiederum ist in der heutigen Gesellschaft ein bedeutender Armutsfaktor – „Wenn Überschuldung nicht aus eigener Kraft überwunden werden kann, führt sie zu Verarmung. Der Verarmungsprozess wirkt sich nicht nur auf den Le-

bensstandard der Betroffenen aus, sondern auch auf ihren sozialen Status, ihre soziale Einbindung und ihre physische und psychische Befindlichkeit“ (Stadt Kiel 2012: 72). Vor allem Alleinerziehende, Einpersonenhaushalte und Familien sind einem erhöhten Risiko, in eine Überschuldung zu geraten, ausgesetzt. Darüber hinaus liegt meistens eine Arbeitslosigkeit vor. Die Auslöser von Überschuldung sind vielfältig. Sie reichen von mangelnder, v. a. finanzieller Bildung, über unwirtschaftliche Haushaltsführung bis hin zu einschneidenden Veränderungen in der Lebensplanung, wie z. B. Scheidung, Krankheit, Arbeitsplatzverlust. Häufig sind es mehrere Faktoren gleichzeitig, die zur Überschuldung und damit nicht selten zu Armut führen. Da es einer Vielzahl der Personen, die ver- bzw. überschuldet sind, nicht aus eigener Kraft gelingt, die Überschuldung zu überwinden, bedarf es gesellschaftlicher Unterstützungsmechanismen. Hier ist vor allem die Schuldner- und Insolvenzberatung anzuführen. Die Schuldnerberatungsstellen streben gemeinsam mit dem Klienten/der Klientin die Schuldenregulierung an und versuchen rechtliche Folgen zu vermeiden. Darüber hinaus werden im Beratungsprozess meist auch Hilfen zur Überwindung von sozialen und psychischen Folgen der existenzgefährdenden Überschuldung und die Vermeidung neuer Schulden durch Aufklärung und Wissensvermittlung initiiert.

Bis zur Fertigstellung des Berichts liegen keine Daten zur Ver- und Überschuldungssituation der Gubener Bevölkerung vor.

5.5 Zusammenfassung und Ausblick

Erfreulicherweise hat sich der Erwerbslosenanteil in Guben im Betrachtungszeitraum von 2006-2012 stetig reduziert. Zeitgleich war auch in Ostdeutschland die Arbeitslosenquote 2012 so niedrig wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Bei der differenzierten Betrachtung der ALG I- und ALG II-Empfänger_innen wurde deutlich, dass mehr Frauen als Männer ALG I beziehen. Darüber hinaus befinden sich in Guben besonders über 55-Jährige (ca. 46 %) sowie Langzeitarbeitslose im ALG I-Bezug. Hingegen bekommen mehr Männer als Frauen ALG II. In einem Fünftel der Gubener Bedarfsgemeinschaften leben Kinder unter 15 Jahren, aber auch Alleinerziehende sind oftmals Empfänger_innen von Transferleistungen aus SGB II. Die kleinräumige Sozialraumbetrachtung zeigt, dass auffallend viele ALG I- und ALG II-Bezieher_innen in den Stadtteilen WK II, Altstadt West, gefolgt von WK IV leben.

In Zukunft ist es von Bedeutung, die Daten noch weiter auf die Haushaltsebene und somit nach Personenzahl und –alter zu differenzieren, da oft mehrere Personen auf das Haushaltseinkommen angewiesen sind.

6 Bildung

„Bildung ist der „Schlüssel zur Teilhabe“ am gesellschaftlichen Leben“ (BMFSFJ 2008: 9). Die Grundlagen für den Bildungserfolg werden bereits in der frühen Kindheit gelegt. Die primäre Bildungsinstanz ist das Elternhaus, das heißt die Herkunftsfamilie. In einer Gesellschaft, in der die Frauenerwerbstätigkeit generell ansteigt und der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Geburt eines Kindes immer früher geschieht, gewinnen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen im Bildungs- und Lernprozess der Kinder immer mehr an Bedeutung. In diesem Bericht wird aufgrund dessen der Besuch von Kindertagesbetreuungseinrichtungen zur Abbildung von Bildungsgelegenheiten in den Blick genommen. Häufig wird durch die Nutzung solcher Institutionen bereits der erste Grundstein für eine „gelungene oder gescheiterte Bildungskarriere“ gelegt. „Ob und wie Kinder in den ersten Lebensjahren begleitet und unterstützt werden, bestimmt wie kaum etwas anderes den Zustand und die Perspektiven einer Gesellschaft“ (Meier-Gräwe 2006: 4). Da in Deutschland der Zugang zu Bildung noch immer in extremer Weise von der sozialen Herkunft abhängt und Bildung meist dort vernachlässigt wird, wo sich Benachteiligungsfaktoren multiplizieren, sollten gerade sozialbenachteiligte Kinder die Möglichkeit haben bzw. die Chance nutzen, in einer Kindertageseinrichtung oder im weiteren Verlauf in einem Hort betreut und unterstützt zu werden. Mit einer qualitativ und quantitativ hochwertigen fachlichen Betreuung können eventuelle häusliche Defizite behoben bzw. verbessert werden. Der Besuch einer Tagesbetreuungseinrichtung stellt somit „wichtige Kompensationsmöglichkeiten für fehlende Erlebnis-, Entfaltungs- und Erprobungsräume der Kinder innerhalb der eigenen Familie“ sowie eine Entlastungsmöglichkeit für den Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit dar (Hock/Holz/Wüstendörfer 2001). Außerdem werden durch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erstmals private Verhältnisse öffentlich. Bereits vorhandene oder sich entwickelnde Problemlagen können auf diese Weise erkannt und ihnen kann unter Inanspruchnahme fachlicher Hilfesysteme entgegengewirkt werden (ebd.).

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung vor 6 Jahren beschlossen, das Betreuungsnetz in Deutschland weiter auszubauen, mit dem Ziel, dass im Jahr 2013 bundesweit ein Drittel der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz sicher hat. Für die ostdeutschen Bundesländer, die schon seit Jahren und Jahrzehnten eine deutlich höhere Versorgungsquote (auch von U-3-Kindern) aufweisen, stellte dies keine allzu große Aufgabe dar. Die westdeutschen Bundesländer (v. a. auch die einzelnen Kommunen) mussten hingegen in den letzten Jahren Milliarden Euro in den Ausbau des Betreuungsnetzes von unter Dreijährigen investiert.

Bildungskarrieren setzen sich in der Schule fort und sind der Grundstein für die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt und somit bestimmend für die Erwerbschancen und die Lebensverhältnisse von Individuen und ihren Familien. Häufig stellt der Eintritt ins Grundschul-

alter eine Verschlechterung der Betreuungssituation der Kinder dar. Das Ganztagschulan-
gebot genügt deutschlandweit bei weitem noch nicht den qualitativen und quantitativen An-
forderungen an ein effektives, bildungs- und lernförderndes Umfeld. Vor allem die viel zu
geringen Betreuungszeiten genügen weder der benötigten Unterstützung im Lernprozess
noch den Anforderungen, die der Arbeitsmarkt an die zeitliche Flexibilität der Eltern stellt – **in
Ostdeutschland sind die Strukturen historisch bedingt jedoch auch im Hort- bzw.
Ganztagsschulbereich besser als im Westen Deutschlands.**

Der Schulabschluss als quasi „erster großer Schritt“ in der Bildungskarriere bestimmt die
Chancen und gibt Hinweise auf die möglichen Erschwernisse im späteren Berufsleben. Das
Zeugnis, und damit die Noten, sind die Bewerbungsgrundlage und für den Arbeitgeber meist
ausschlaggebend für die Vergabe einer Ausbildungsstelle bzw. entscheiden über die Auf-
nahme an einer Universität. Jungen gelten im Bildungsprozess bzw. der Schullaufbahn als
benachteiligt: Sie sind häufiger an den gering qualifizierenden Schulformen vertreten, sie
verlassen die Schule häufiger ohne Abschluss oder mit schlechteren Noten und sie müssen
öfter Klassen wiederholen (BMBF o.J.). Ursache dafür sind zum einen die eigenen Rollener-
wartungen der Schüler_innen und zum anderen die unterschiedliche Einschätzung der Leis-
tung von Schülern und Schülerinnen durch die Lehrkräfte. Angeraten ist daher eine gender-
sensible Fortbildung der Lehrer_innen sowie die geschlechtsspezifische Ausrichtung der
Bildungsmaßnahmen.

Da es im Übergang von der Schule in die Ausbildung häufig zu Diskrepanzen kommt, sollen
genau diese explizit in den Blick genommen werden. Wie viele Ausbildungsstellen stehen zur
Verfügung und wie viele Bewerber_innen kommen auf eine Stelle bzw. wie viele Ausbil-
dungsstellen bleiben unbesetzt.

6.1 Bildungsabschlüsse der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung, dargestellt in Form der erreichten Bildungsabschlüsse, ist
von großer gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, denn sie stellt das Humankapital und das
Leistungsvermögen einer Einwohnerschaft dar. Ein hoher Bildungsstand erhöht die Erwerbs-
chancen und somit die Chancen auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Ver-
besserung der individuellen Lebenslage, ein geringer Bildungsstand hingegen bewirkt oft das
Gegenteil.

Die Daten zu den Abschlüssen beziehen sich auf das Gymnasium und die Oberschule, wel-
ches die einzigen weiterführenden Schulen in der Stadt Guben sind. An der Oberschule kann
kein Abitur abgelegt werden. Im Schuljahr 2011/12 beendeten 60 Schüler_innen die
10. Klasse an der Europaschule (siehe Tabelle 27), welche im WK IV liegt. Die meisten
Schulabgänger_innen kommen ebenfalls aus WK IV (15), 11 weitere Schüler und Schülerin-

nen wohnen außerhalb der Stadt Guben. Das Beenden der 10. Klasse kann in verschiedene Schulabschlüsse unterteilt werden. Dazu gehört die einfache Berufsbildungsreife (bzw. Hauptschulabschluss), die erweiterte Berufsbildungsreife, die Fachoberschulreife (bzw. Realschulabschluss) sowie die Fachoberschulreife mit Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe (siehe Tabelle 28). Von den 60 Abschlusschüler_innen der Europaschule im Schuljahr 2011/12 haben sechs Schüler_innen mit der einfachen Berufsbildungsreife und 12 mit der erweiterten Berufsbildungsreife abgeschlossen. 15 Schüler_innen erlangten die Fachoberschulreife und 27 Abschlusschüler_innen erreichten die Fachoberschulreife mit Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Die Zahl der Schulabgänger_innen an der Europaschule nach der 10. Klasse im Schuljahr 2012/13 ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen (67 Schulabgänger_innen). Davon stammen wieder die Meisten aus WK IV (19), gefolgt von WK II (14). 10 Schüler_innen wohnen außerhalb Gubens, zwei davon in Polen. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Abschlüsse der Berufsbildungsreife (-4) und der erweiterten Berufsbildungsreife (-3) abgenommen. Hingegen ist die Anzahl der Schüler_innen, die mit der Fachoberschulreife (+5) und der Fachoberschulreife mit Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe (+9) angestiegen.

Darüber hinaus kann am Gymnasium theoretisch mit Beendigung der 10. Klasse abgegangen werden. Dies taten 2012/13 insgesamt 54 Schüler_innen, sodass im genannten Schuljahr insgesamt 121 junge Menschen die Schule mit der 10. Klasse beendeten. Im Schuljahr 2012/13 gab es in Guben 42 Abiturient_innen, 14 davon wohnen außerhalb von Guben.

Tabelle 27 Schulabgänger_innen nach Sozialraum (Schuljahr 2011/2012)

	Abschluss 10. Klasse				Abitur
	Schuljahr 2011/12 Europaschule	Schuljahr 2012/13 Europaschule	Schuljahr 2012/13 Gymnasium	Schuljahr 2012/13 Insgesamt	Schuljahr 2012/13 Gymnasium
Altstadt West	9	9	11	20	6
Altstadt Ost	6	1	7	8	2
WK I	6	8	3	11	1
WK II	9	14	7	21	7
WK IV	15	19	4	23	6
Reichenbach	0	1	3	4	1
Kaltenborn	3	2	2	4	2
Bresinchen	0	0	1	1	0
Schlagsdorf	1	1	1	2	0
Groß Breesen	0	2	1	3	2
Deulowitz	0	0	0	0	1
außerhalb	11	10	14	24	14
Insgesamt	60	67	54	121	42
davon polnisch	1	2	7	9	8
Abschluss nicht geschafft	0	0	0	0	1

Tabelle 28 Schulabgänger_innen nach Sozialraum (Europaschule)

	Berufsbildungsreife	Erweiterte Berufsbildungsreife	Fachoberschulreife	Fachoberschulreife mit Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe	Insgesamt
Schuljahr 2011/12					
Altstadt West	0	4	2	3	9
Altstadt Ost	2	0	2	2	6
WK I	2	1	0	3	6
WK II	0	0	3	6	9
WK IV	1	6	5	3	15
Reichenbach	0	0	0	0	0
Kaltenborn	0	0	1	2	3
Bresinchen	0	0	0	0	0
Schlagsdorf	0	0	1	0	1
Groß Breesen	0	0	0	0	0
Deulowitz	0	0	0	0	0
außerhalb	1	1	1	8	11
Summe	6	12	15	27	60
Schuljahr 2012/13					
Altstadt West	0	0	2	7	9
Altstadt Ost	0	0	0	1	1
WK I	0	3	3	2	8
WK II	2	1	2	9	14
WK IV	0	4	9	6	19
Reichenbach	0	0	0	1	1
Kaltenborn	0	0	0	2	2
Bresinchen	0	0	0	0	0
Schlagsdorf	0	0	1	0	1
Groß Breesen	0	1	1	0	2
Deulowitz	0	0	0	0	0
außerhalb	0	0	2	8	10
Summe	2	9	20	36	67

6.2 Frühe Bildung – Kindertageseinrichtungen (Kita und Hort)

Kindertageseinrichtungen sind „alltagsnahe niedrigschwellige Begegnungsorte“ (Stadt Kiel 2012: 85), die einen Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen und als Hilfesystem Eltern dabei unterstützen, wiederum ihrem Erziehungsauftrag nachzukommen. Dies soll in Form einer Erziehungspartnerschaft erfolgen, bei der Eltern und Kita gleichberechtigte Partner sind. Um diesem Auftrag und dem Rechtsanspruch auf eine bedarfsdeckende Betreuung gerecht zu werden, sind in den letzten Jahren viele innovative Ideen und Institutionsformen entstanden (Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser, Eltern-Kind-Gruppen, Elternkurse, Elterncafés etc.). Kindertageseinrichtungen werden demnach schon lange nicht mehr als reine Betreuungseinrichtungen angesehen, in denen morgens das Kind abgegeben und mittags wieder abgeholt wird. Vielmehr geht es um die Bildung und Förderung der ganzen Familie von Anfang an. Wie bereits beschrieben wird die Grundlage für die Entwicklung des späteren Le-

bens in der (frühen) Kindheit gelegt – in der Kindheit entwickelte Ressourcen sind nutzbar, Defizite hingegen nur noch schwer zu revidieren.

Die Bereitstellung von ausreichenden, qualitativ hochwertigen Kapazitäten einerseits und die intensive Inanspruchnahme dieser Angebote andererseits, ist damit essentieller Einflussfaktor auf die Bildungs- und Entwicklungschancen einer Gesellschaft.

Der Besuch von Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder wird nicht wie die bisherigen Daten wohnortbezogen dargestellt, sondern bezogen auf die Besuchsquoten. Es kann zwar größtenteils davon ausgegangen werden, dass Kinder mehrheitlich Angebote in der Nähe ihres Wohnortes wahrnehmen, auszuschließen ist allerdings nicht, dass einige Kinder Einrichtungen außerhalb der Stadtgrenzen besuchen bzw. dass Kinder, die nicht im Stadtgebiet wohnen, die Gubener Tagesbetreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen. Es bleibt daher bei der Betrachtung der Besuchsquoten eine gewisse Unschärfe, die jedoch nicht zu vermeiden ist.

Die Stadt Guben hat insgesamt 11 Kinderbetreuungseinrichtungen, die alle in freier Trägerschaft sind. Davon sind sieben Kitas und vier Horte. Die Standorte der Kitas sind in Abbildung 42 dargestellt. Darüber hinaus gibt es in Guben am 1.3.2013 drei Eltern-Kind Gruppen mit einer Kapazität von 19 Plätzen. Davon sind am Stichtag 12 Plätze belegt. Weiterhin stehen vier Tagespflegeeinrichtungen mit einer Kapazität von 17 Plätzen zur Verfügung, wovon ebenfalls 12 belegt sind. Von den sieben Kindertagesstätten erhalten vier Förderleistungen im Rahmen von Baumaßnahmen (siehe Tabelle 29). Insgesamt ergibt sich eine Fördersumme von 201.550 Euro, wobei die Kita „Naemi-Wilke-Stift“ die größte Förderung erhält.

Tabelle 29 Übersicht der Förderungen im Bereich Kindertagesstätten 2008-2013 (August 2013)

Sozialraum	Kindertagesstätten	U3 Bundesprogramm	ILE-Förderung	Haushalt LK SPN	Gesamtförderung
Guben	Kita Brummkreisel	22.473 €	12.605 €	-	201.550 €
	Kita Naemi-Wilke-Stift	123.472 €	-	33.000 €	
	Kita Waldhaus	-	-	10.000 €	
	Kita Montesorri	-	-		

Quelle: Statistik des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

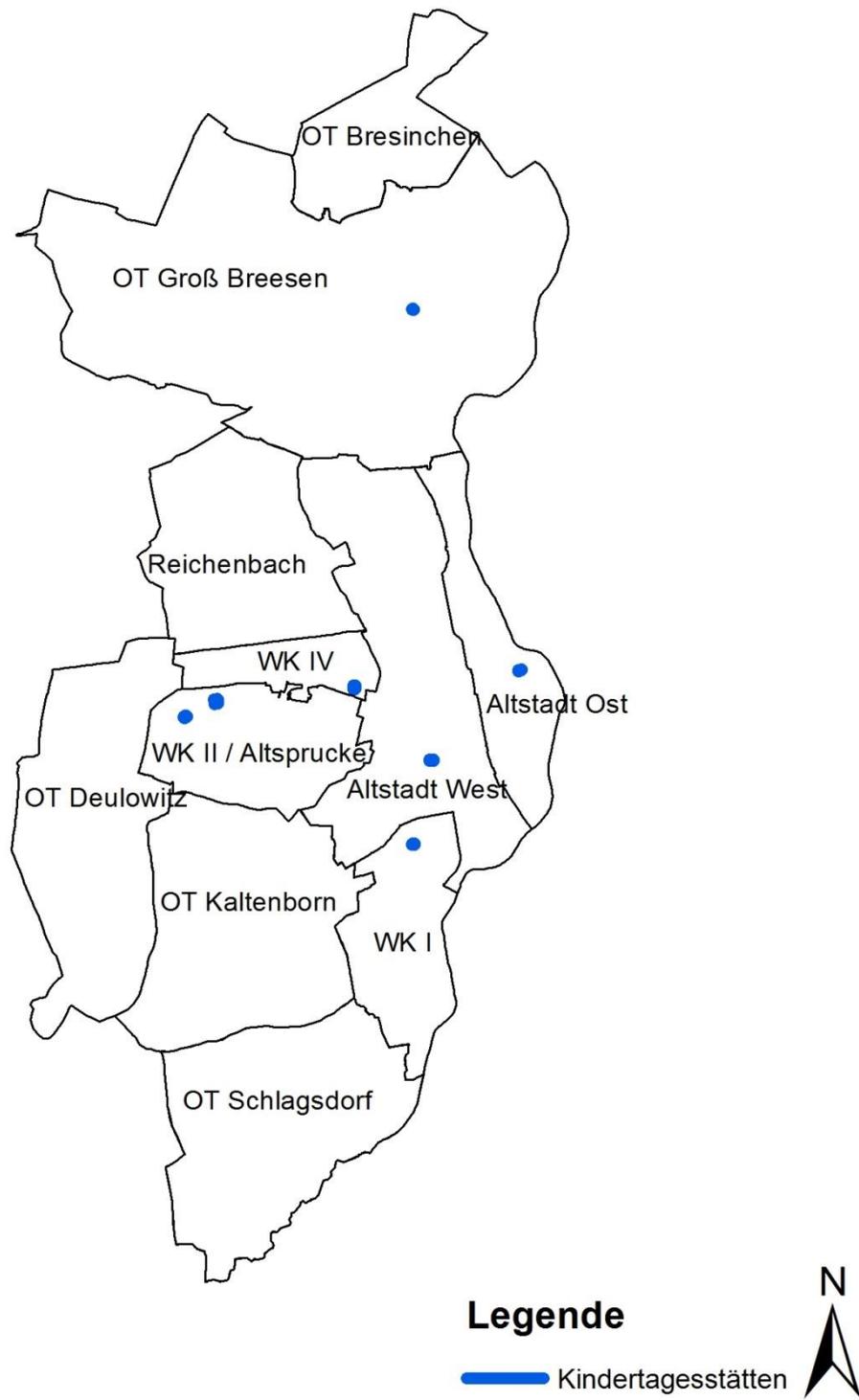


Abbildung 42 Kitastandorte Guben

Wird die durchschnittliche Anzahl von Kindern in Kindertagesbetreuungseinrichtungen betrachtet wird deutlich, dass im Jahr 2008 insgesamt 844 Kinder eine Tagesbetreuung in Guben genutzt haben. Im Jahr 2012 besuchen 910 Kinder eine Krippe, einen Kindergarten oder einen Hort. Somit ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen (siehe Abbildung 43).

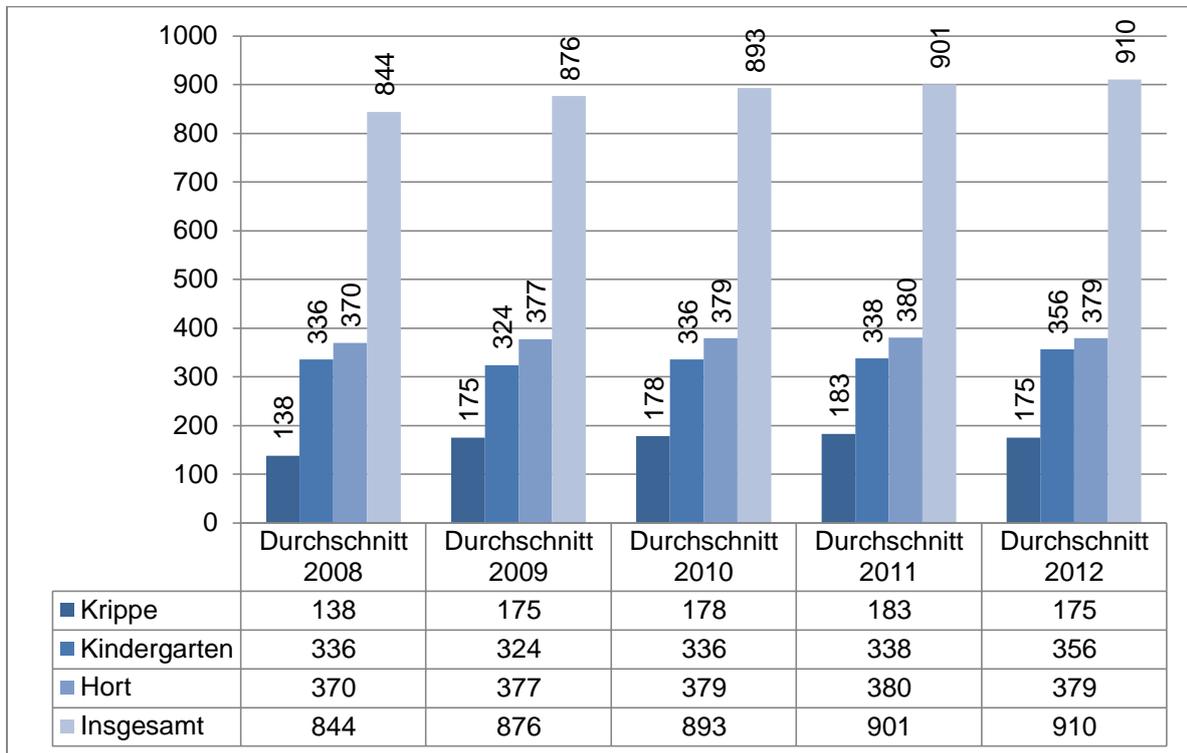


Abbildung 43 Entwicklung der Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung

In Guben gab es im Jahr 2012 603 Kita- und 390 Hortplätze. Drei Jahre zuvor waren es 705 Kita- und 310 Hortplätze. Weitere drei Jahre zuvor lag die Platzkapazität im Kitabereich bei 724 und im Hortbereich bei 230. Das heißt, dass die Kapazitäten an Kitaplätzen sukzessive abgebaut wurden (-121 Plätze innerhalb von 6 Jahren), während es im Hortbereich zwischen 2006 und 2012 zu einer Platzerhöhung um 160 Plätze kam (siehe Tabelle 30). Es gibt demnach gegenläufige Entwicklungen der Zahlen von in Kita- und Horteinrichtungen betreuten Kindern und Jugendlichen. Während die Anzahl an Kindern im Vorschulalter sinkt, steigt die Zahl der Kinder im Schulalter, was zum einen auf sinkende Geburtenzahlen und zum anderen auf die Fortzüge von Familien mit kleinen Kindern zurückzuführen ist. Dies heißt allerdings auch, dass zukünftig auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Schulalter zurückgehen wird, so dass die Kapazitätsentwicklung in beiden Bereichen langfristig rückläufig sind und die Kapazitäten einer Anpassung bedürfen.

Tabelle 30 Kapazität und Auslastungsgrad der Kitas und Horte in Guben 2006, 2009 und 2012

	Kapazität 1.9.2012	Stichtagsmeldung 2012 gemäß Kita- aBKNV §3		Kapazität 1.9.2009	Stichtagsmeldung 2009 gemäß Kita- aBKNV §3		Kapazität 1.9.2006	Stichtagsmeldung 2006 gemäß KitaB- KNV §3		Veränderung der Kapazität 2006-2012	Veränderung der Kapazität 2009-2012
		Kinder- zahl	Auslast- ungsgrad		Kinder- zahl	Auslast- ungsgrad		Kinder- zahl	Auslast- ungsgrad		
Kitas gesamt (inkl. Kita/Hort Poeten- steig)	603	574	95,19 %	705	613	86,95 %	724	563	77,76 %	-30	-11
Hort gesamt	390	362	92,82 %	310	279	90,00 %	230	256	111,30 %	+65	-15
Gesamt	993	925	93,15 %	1015	892	87,88 %	954	819	85,85 %	+35	-26

Wird der Auslastungsgrad betrachtet, so wird deutlich, dass dieser vor allem im Bereich der Kitabetreuung kontinuierlich angestiegen ist, was auf die Verringerung der Kapazitäten zurückzuführen ist. Lag dieser 2006 noch bei unter 80 % (77,76 %), so stieg er 2009 auf knapp 87 % an und erreichte seinen höchsten Wert 2012 (95,19 %). Es zeigt sich allerdings, dass sich trotz der Kapazitätsanpassung keine Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage ergeben hat, sodass noch immer knapp 5 % der Plätze in den Kitas nicht belegt sind. Etwas besser ist der Auslastungsgrad im Hortbereich, wobei dieser in den letzten Jahren starken Schwankungen unterworfen ist – während es 2006 zu einer Überbelegung (+26 Plätze) kam, lag der Auslastungsgrad 2009 bei 90 % und 2012 bei 92,82 %. Eine Übereinstimmung zwischen Kapazität und Auslastung wird jedoch auch im Hortbereich nicht erreicht (siehe Tabelle 30 und Abbildung 44. Allerdings sollte es immer ein gewisses Kontingent an freien Plätzen in einem Stadtgebiet geben, da es auch im Laufe eines Kita- oder Schuljahres zu Zuzügen kommen kann. Ein fehlendes Platzangebot kann dazu führen, dass sich Familien gegen einen Zuzug entscheiden. Generell lässt sich sagen, dass in Guben die Auslastung der Kapazitäten noch nicht erreicht sind, was allerdings nicht gleichbedeutend damit ist, dass alle Kinder, die in Guben wohnen auch die Chance haben bzw. die Chance nutzen, eine Kindertageseinrichtung zu besuchen. Um Aussagen über die tatsächliche Inanspruchnahme zu treffen, muss sich die Versorgungsquote angesehen werden, dies erfolgt im nächsten Schritt.



Abbildung 44 Auslastungsgrad Kita und Hort in Guben in den Jahren 2006, 2009 und 2012

Neben den vorhandenen Kapazitäten und dem Auslastungsgrad spielt auch die Versorgungsquote bei der Betrachtung von „Bildungschancen von Anfang an“ eine große Rolle. Generell lässt sich sagen, dass die Versorgungsquoten, v. a. der 0 bis unter 3-Jährigen, in Ostdeutschland deutlich über denen im Westen Deutschlands liegen. Deutschlandweit lag die Versorgungsquote der Kinder unter drei Jahren im Jahr 2010 zwischen 6,9 % und 62,3 %, der bundesdeutsche Durchschnitt betrug 23 %. Das Ziel für 2013 war eine Versorgungsquote der Kinder unter drei Jahren von 35 %. Im März 2012 lag sie mit 27,6 % jedoch noch unter dem angestrebten Wert. Ein weiterer Ausbau, v. a. in den westdeutschen Bundesländern ist daher nötig.

Der Versorgungsgrad in Guben lag im März 2013 bei Kindern zwischen 0 und 3 Jahren bei 51,4 %, d. h. mehr als die Hälfte der Kinder unter drei Jahren besuchten zum Stichtag eine Kindertageseinrichtung, also bereits deutlich mehr als es in Gesamtdeutschland angestrebt wird. In Brandenburg lag die Versorgungsquote der unter Dreijährigen im Jahr 2013 bei 53,6 %, also leicht über dem Gubener Wert. Aussagen darüber, ob der Versorgungsgrad der Nachfrage in Guben entspricht, lassen sich allerdings alleine aufgrund der Zahlen nicht treffen. Es kann sein, dass die Eltern deren Kinder (0-3 Jahre) noch nicht in einer Gubener Betreuungseinrichtung betreut werden, trotzdem Interesse an einem Betreuungsplatz hätten. Es kann allerdings andererseits auch der Fall sein, dass es sich um Eltern handelt, die ihre Kinder in den ersten drei Jahren lieber selbst betreuen möchten. Es bedarf daher einer Stel-

lungnahme der Gubener Eltern mit Kindern in diesem Alter, z. B. durch Befragung bzw. durch Auswertung der gestellten Anträge auf einen Kitaplatz für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren. Sollte der Bedarf über dem derzeitigen Versorgungsgrad liegen, so sollten weiterhin Betreuungsplätze geschaffen werden, allerdings unter Berücksichtigung der Geburtenzahlen und der Zu- und Fortzüge der letzten und der kommenden Jahre. Generell ist der Versorgungsgrad der unter Dreijährigen in Guben im interregionalen Vergleich hoch.

Tabelle 31 Versorgungsquoten von Kindern in unterschiedlichen Altersstufen in Kindertageseinrichtungen (01.03.2013)

	Anzahl der gemeldeten Kinder in Guben	Anzahl der Gubener Kinder in Kindertagesbetreuung (Kita/Tagespflege) in der Stadt Guben	Anzahl der Gubener Kinder in Kindertagesbetreuung außerhalb der Stadt Guben	Versorgungsgrad in %
Von 0 bis < 3 Jahre	292	150	1	51,4
Von 3 bis Schuleintritt	411	391	5	95,1
1.-6. Klasse	635	356	13	56,1

Die Betreuungsquote in der Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen lag zum Stichtag in Guben bei rund 95 % und ist damit etwas niedriger als der brandenburgische Durchschnitt zum gleichen Zeitpunkt (96,4 %) (siehe Tabelle 31 und Abbildung 45). Der Durchschnitt der BRD lag im Jahr 2007 bei 81 % und somit deutlich niedriger als in Guben.

Nach einem Anstieg der Betreuungsquote von unter Dreijährigen zu den Drei- bis Sechsjährigen kommt es von den Kindern im Vorschulalter zu denen im Grundschulalter wiederum zu einem Abfall. In Guben werden im März 2013 56 % der Kinder, die eine Grundschule besuchen, gleichzeitig (vor bzw. nach der Schule) in einer Kindertageseinrichtung betreut (siehe Tabelle 31 und Abbildung 45). Das sind rund 3 % weniger als im Durchschnitt Brandenburgs (59,2 %). Dies spiegelt einen Sachverhalt wieder, der sich in ganz Deutschland beobachten lässt: während die Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren in Kitas und Kindergärten gut bis sehr gut und zeitlich intensiv betreut werden, lässt die Betreuung der Kinder in der Grundschule deutlich nach. Oft ist gerade mal eine halbtags Betreuung sichergestellt. Viele Eltern bekommen keinen Betreuungsplatz für die Hort- bzw. Nachmittagsbetreuung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dadurch immens erschwert und nicht selten stellt der Übergang von der (Klein-)Kindbetreuung zur Betreuung durch die Grundschule gerade für Frauen eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit dar. Da der Auslastungsgrad der Gubener Horte derzeit allerdings nicht bei 100 % liegt, lässt sich vermuten, dass trotz einer Betreuungsquote von rund 56 %, also gerade mal knapp jedem zweiten Kind im Grundschulalter, keine Unterversorgung mit Hortplätzen vorliegt. Der Auslastungsgrad im Hortbereich ist dennoch mit über 92 % recht hoch. Nichtsdestotrotz bedarf es demnach ebenfalls einer genauen Be-

darfsermittlung (ähnlich wie im Kleinkindbereich). Die Zahl Personen, die einen Antrag auf einen Betreuungsplatz stellen, sollte etwas niedriger sein, als das Platzkontingent insgesamt – auf diese Weise, wäre sichergestellt, dass jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, auch einen bekommt und auch, dass zugezogene Kinder schnellstmöglich versorgt werden können.

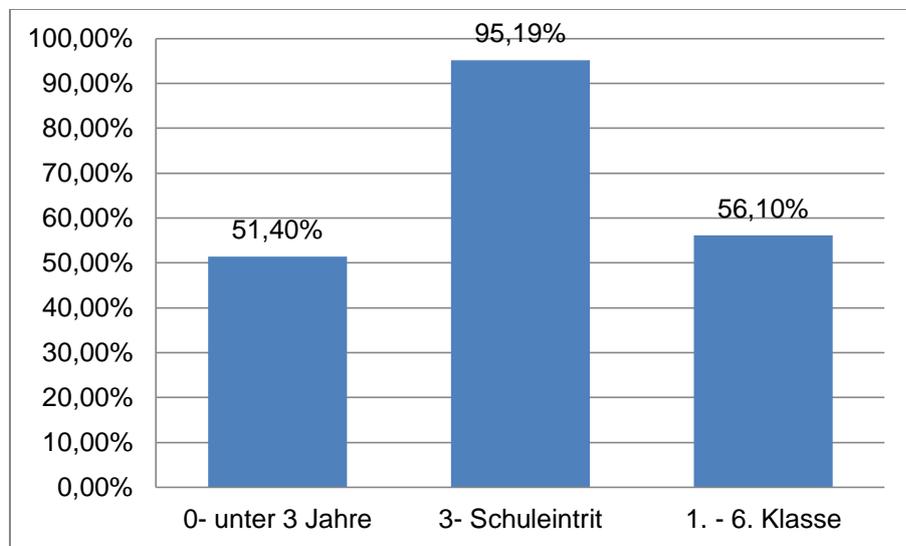


Abbildung 45 Versorgungsgrad Gubener Kinder in Kindertageseinrichtungen nach Alter (01.03.2013)

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die Kindertagesbetreuung in der Stadt Guben in den kommenden 5 Jahren entwickeln könnte (siehe Tabelle 32) und daraus die zukünftigen Kapazitäten abgeleitet (siehe Tabelle 33). Insgesamt wurden im Jahr 2012/13 insgesamt 1.371 Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren erwartet. Bis 2017/18 ergeben die Hochrechnungen einen Rückgang von 25 Kindern auf gesamt 1.346 Kinder in der Altersgruppe. Im Krippenbereich (0-3 Jahre) werden leicht steigende Kinderzahlen erwartet. Hingegen ergeben die Hochrechnungen für Kindergartenkinder kontinuierlich abnehmende Zahlen. Werden 2012/13 442 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren erwartet, sind es 2017/18 nur noch 366 (-76). Die Nachfrage nach Hortplätzen liegt im Jahr 2012/13 voraussichtlich bei 635 Kindern und stellt somit den größten Anteil dar. Hierfür ergeben die Hochrechnungen bis 2016/17 ebenfalls steigende Kinderzahlen (689) und im folgenden Jahr (2017/18) wieder eine Abnahme auf 680 Kinder.

Tabelle 32 Hochrechnungen der Kinderzahlen im Alter von 0 bis 12 Jahren

	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18
Krippe (0-3 Jahre)	294	293	298	300	300	300
Kindergarten (3-6 Jahre)	442	428	402	373	363	366
Hort (6-12 Jahre)	635	640	654	679	689	680
Insgesamt	1.371	1.361	1.354	1.352	1.352	1.346

Quelle: Statistische Erfassung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

Anhand der beschriebenen Hochrechnungen der Kinderzahlen im Alter von 0 bis 12 Jahren lassen sich Hochrechnungen für die Kapazitätsentwicklung in Kita und Hort ableiten, worauf nachfolgend detailliert eingegangen wird (siehe Tabelle 33). Im Kitabereich kommt es zunächst zu einem leichten Anstieg (+4 Plätze) von 2012-2013. Danach (2013-2016) werden kontinuierlich Plätze abgebaut (-12 Plätze). Ein ähnlicher Trend ist im Hortbereich festzustellen: Von 2012 bis 2013 kam es zu einem Anstieg von 14 Plätzen, die in den kommenden Jahren wiederum um 34 Plätze reduziert werden (siehe Tabelle 33). Darüber hinaus betrachtet Tabelle 33 die Personalzahlen in Kita und Hort. Im Hortbereich ergeben sich keine Abweichungen zwischen Ist-Personalzahl (16,324) und Soll-Personal (16,324). Im Kitabereich ergibt sich eine minimale Abweichung. Wird die Auslastung von Kita und Hort in Bezug auf die endgültigen Betreuungskapazität (BE) betrachtet, so wird deutlich, dass es im Kitabereich ab dem Jahr 2015 zu einem Platzüberhang von ca. 3 % kommen wird. Der Hortbereich wird bei der jetzigen Entwicklung zu 94,86 % ausgelastet sein. Daraus ergibt sich ebenfalls ein Platzüberhang von ca. 5 %.

Tabelle 33 Kapazitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen

		Kita gesamt	Hort gesamt	Insgesamt (Kita + Hort)
Kapazitätsentwicklung	2012	603	390	993
	2013	607	404	1.011
	2014	597	384	981
	2015	591	370	961
	2016	591	370	961
Aufnahme				
Angemeldete Kinder	Insg.	574	351	925
	Krippe	148	-	148
	Kinderg.	415	-	415
	Hort	11	351	362
Freie Kapazitäten	In Bezug auf endg. BE	17	19	36
Personal	Ist	57,081	16,324	73,405
	Soll	57,037	16,324	73,361
Auslastung in Prozent	In Bezug auf endg. BE	97,12 %	94,86 %	96,25 %

Quelle: Statistische Erfassung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

Nachfolgend wird die voraussichtliche Entwicklung von Kita- und Hortplätzen in der Stadt Guben aufgezeigt (siehe Tabelle 34). Dabei wird deutlich, dass die Anzahl der Kita- und Horteinrichtungen in den nächsten Jahren konstant bleibt. Die vorhandenen Kapazitäten der Kitas sind von 2012/13 bis 2017/18 rückläufig, genauso wie die benötigten Kapazitäten. Dies deckt sich mit den Hochrechnungen der Kinderzahlen (siehe Tabelle 32). Allerdings zeigt sich, dass im Jahr 2017/18 591 Kitaplätze zur Verfügung stehen, jedoch nur 465 Plätze benötigt werden. Hieraus ergibt sich ein Überhang von 96 Plätzen.

Für Gubens Horte werden in den kommenden Jahren mehr Plätze benötigt. Jedoch werden vorhandene Kapazitäten abgebaut, sodass es ab dem Jahr 2015/16 zu einem Defizit von 17 Plätzen kommen kann. Diese Tendenz ist auch in den darauffolgenden Jahren zu beobachten (2016-2018).

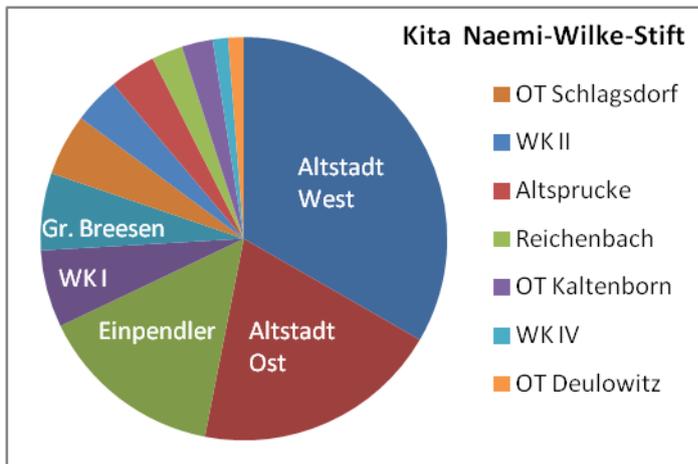
Tabelle 34 Voraussichtliche Entwicklung anhand vorhandener und benötigter Plätze für Kita und Hort

	März					
Kita	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18
Anzahl der Einrichtungen	7	7	7	7	7	7
Vorhandene Kapazitäten	603	607	597	591	591	591
Benötigte Kapazitäten (Krippe + Kindergarten)	563	549	527	501	492	495
Kapazitätsüberhänge	40	58	70	90	99	96
Hort						
Anzahl der Einrichtungen	4	4	4	4	4	4
Vorhandene Kapazitäten	390	404	384	370	370	370
Benötigte Kapazitäten	362	365	373	387	393	388
Kapazitätsüberhänge bzw. defizite	28	39	11	-17	-23	-18

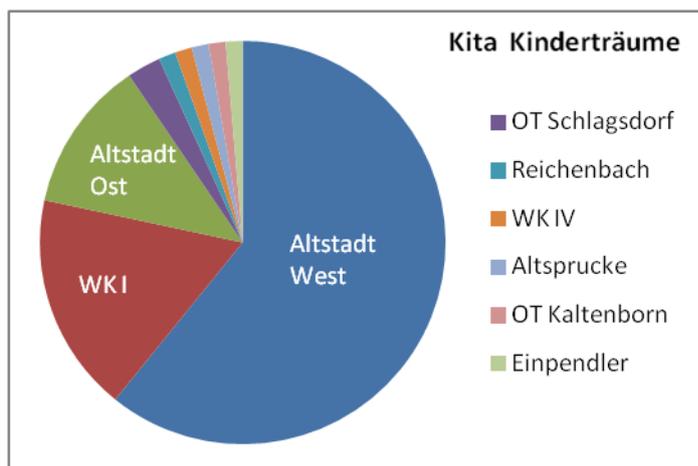
Quelle: Statistische Erfassung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

Folgende Kreisdiagramme zeigen die betreuten Kinder von null bis Schuleintritt nach Wohngebieten zum Stichtag 01.12.2013 und somit die Einzugsgebiete der Gubener Kitas.

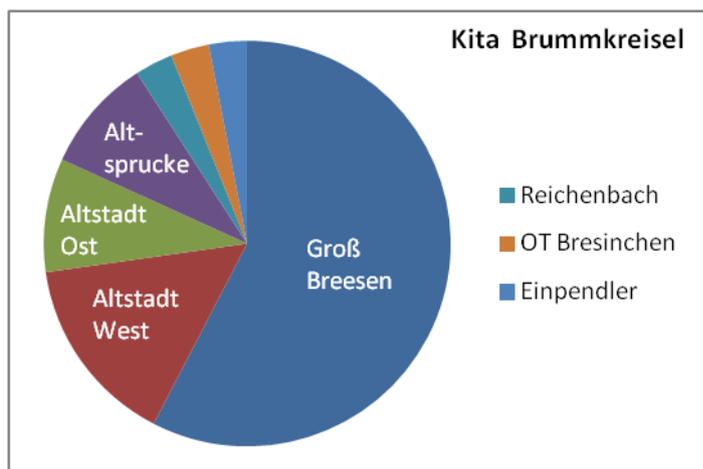
- Kita-Naemi-Wilke-Stift – Altstadt Ost
- Kita Kinderträume – Altstadt West
- Kita Brummkreisel – Groß Breesen
- Montessori-Kinderhaus – WK I
- Kita Waldhaus – WK II
- Kita Regenbogen – WK II
- Kita Musikspielhaus – WK IV



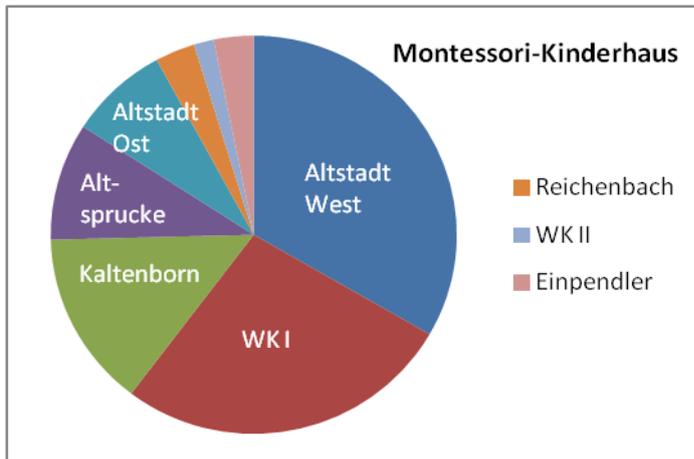
Die Kita Naemi-Wilke-Stift liegt in der Altstadt Ost. Jedoch kommen die meisten Kitakinder aus der Altstadt West hierher, gefolgt von Altstadt Ost und Einpendlern.



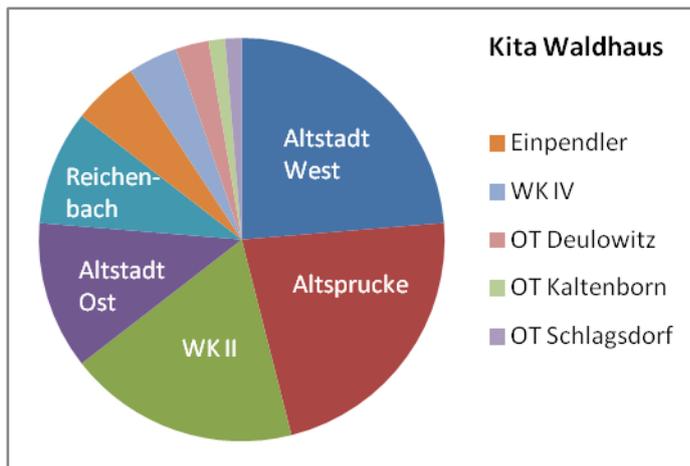
Die Kita Kinderträume liegt in der Altstadt West. Daher kommen auch über die Hälfte der Kitakinder, gefolgt von WK I und Altstadt Ost.



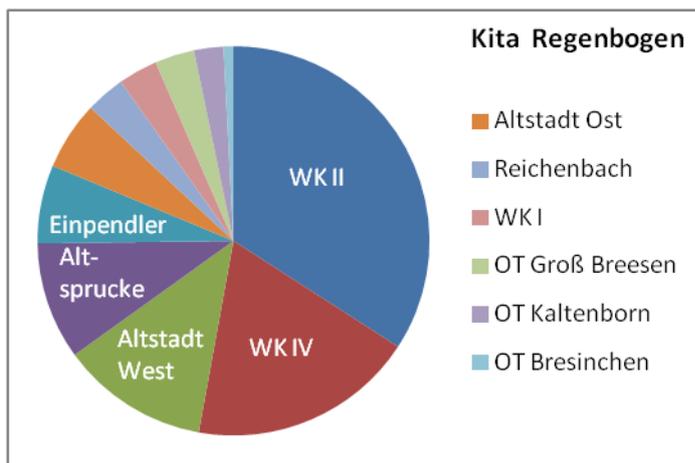
Der Standort der Kita Brummkreisel befindet sich in Groß Breesen, woher mehr als die Hälfte der Kitakinder kommen.



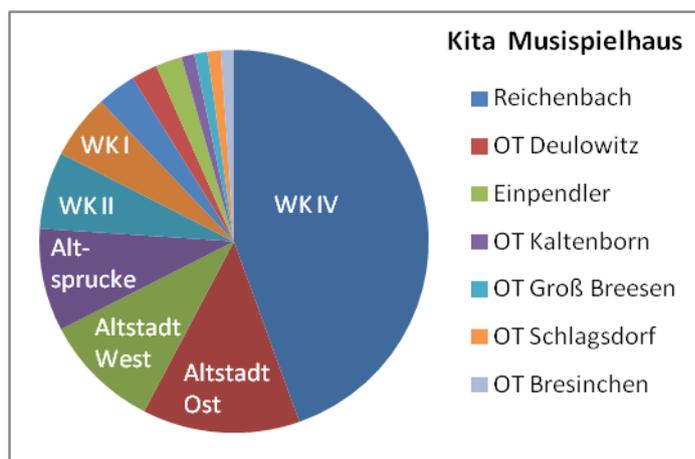
Das Montessori-Kinderhaus ist in WK I zu finden. Nichtsdestotrotz werden die meisten Kinder aus der Altstadt West betreut, gefolgt von WK I und Kaltenborn.



Die Kita Waldhaus liegt im WK II. Auf den ersten Blick scheinen die meisten Kinder aus der Altstadt West zu kommen. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass in dieser Statistik Altsprucke und WK II differenziert aufgeführt werden. Würden diese beiden Stadtteile zusammen betrachtet, werden die meisten Kinder aus Altsprucke und WK II betreut. Auffallend ist auch die relativ hohe Anzahl an Einpendlern.



Über ein Viertel der Kinder in der Kita Regenbogen, beheimatet im WK II, wohnen ebenfalls im WK II. Den zweithöchsten Anteil der betreuten Kinder stammen aus WK IV, gefolgt von Altstadt West und Altsprucke.



Die Kita Musikspielhaus (WK IV) hat auch den meisten Zulauf von Kindern aus dem WK IV, gefolgt von Altstadt West und Altstadt Ost.

Es gibt aus Sicht der Eltern vielfältige Gesichtspunkte, sich für eine Kita zu entscheiden. Einen wesentlichen Faktor für die Eltern stellt sicherlich die Distanz der Kita bis zum Wohnort dar. Aus diesem Grund werden wahrscheinlich die meisten Kinder zwischen null und Schuleintritt in einer Kita betreut, die im selben Stadtteil wie die Wohnung liegt.

Im Folgenden versucht Abbildung 46 und Abbildung 47 verschiedene Sozialindikatoren nach Kita und Hort sowie den einzelnen Stadtteilen aufzuschlüsseln. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass nur zwei der insgesamt sieben Kitas detaillierte kleinräumige Daten geliefert haben. Dazu zählt die Kita Kinderträume (Altstadt West) und Kita Waldhaus (WK II). Daraus ergibt sich, dass nur 142 Kitakinder von insgesamt 574 Kitakindern (24,73 %) erfasst wurden. Ähnlich sieht die Situation für die Horte aus: Von den vier Horten in Guben haben nur die Horte unter dem Träger „Haus der Familie“ (beide WK IV) geantwortet.

Für die Kitas ergibt sich folgendes Bild (siehe Abbildung 46): In dem Stadtteil Altstadt West leben die meisten Kitakinder in Hartz IV-Bezug (17 Kinder). Ebenso ist der Anteil von 14 Alleinerziehenden relativ hoch. Aber auch in WK I und WK II scheinen relativ viele Kinder Leistungen aus SGB II zu bekommen. Fünf der 48 Kinder bzw. deren Familien aus der Altstadt West erhalten Hilfen zur Erziehung (HzE).

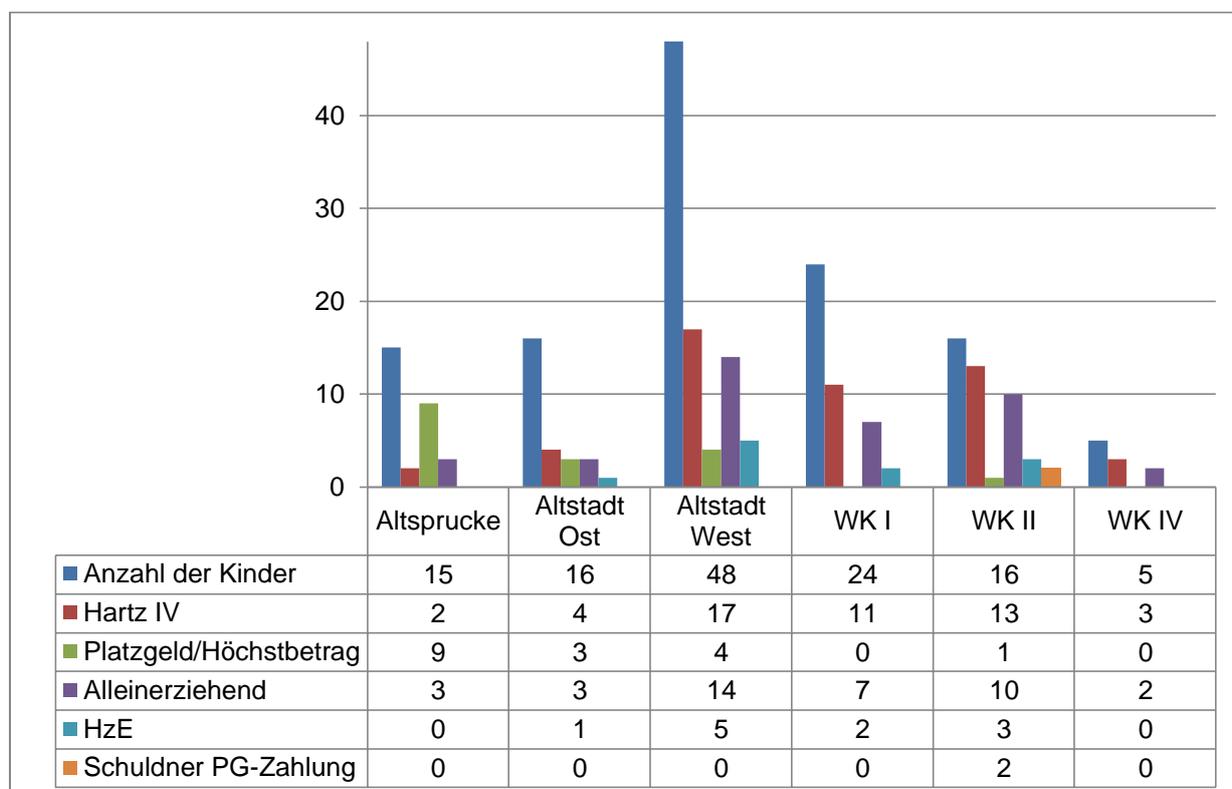


Abbildung 46 Anzahl der Kitakinder nach Sozialindikatoren und den einzelnen Stadtteilen (30.09.2013)

Da nur die Horte aus WK IV geantwortet haben, erscheint es logisch, dass die meisten Hortkinder kommen aus WK IV (60 Kinder) kommen, gefolgt von Altsprucke (42 Kinder). Von den

Hortkindern aus der Altsprucke bezahlen 21 ein Platzgeld bzw. den Höchstbetrag. Weitere 11 Kinder leben in alleinerziehenden Haushalten. Wiederrum sind viele Kinder aus dem WK II auf Hartz IV angewiesen (19 Kinder) und 21 Kinder leben bei alleinerziehenden Müttern und Vätern.

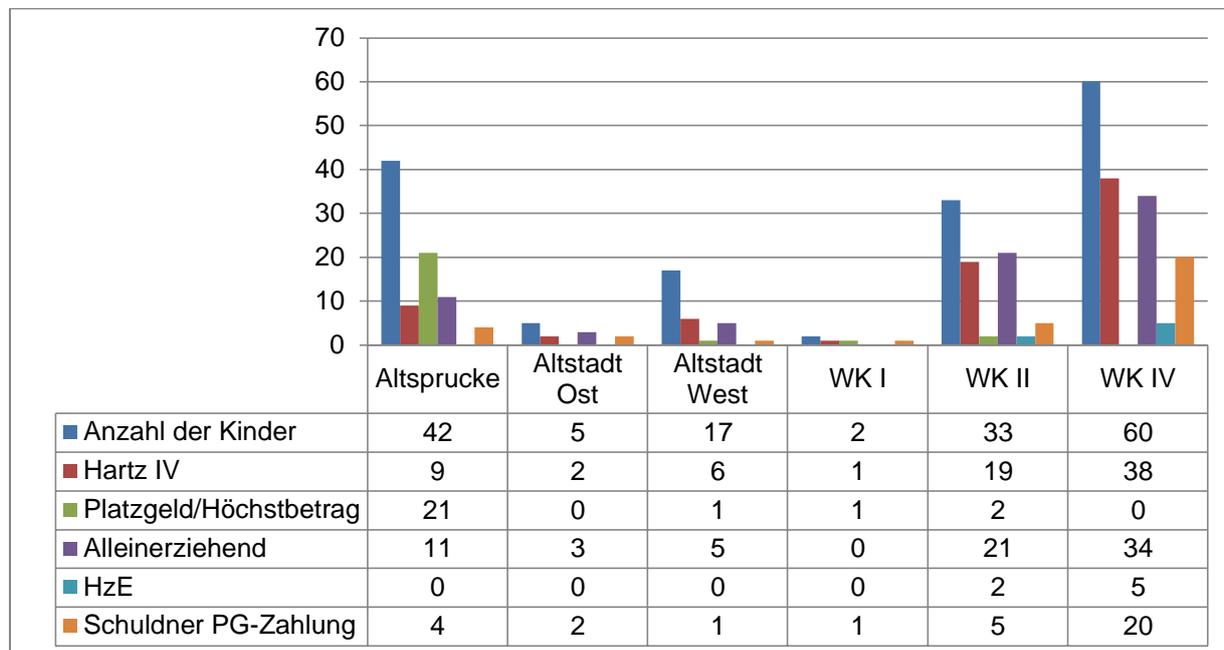


Abbildung 47 Anzahl der Hortkinder nach Sozialindikatoren und den einzelnen Stadtteilen (30.09.2013)

Generell lässt sich sagen, dass die Grundvoraussetzung für „Bildung und Förderung in Kindertageseinrichtungen von klein an“ in Guben durchaus positiv zu bewerten sind. Besonders die hohe Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist hervorzuheben.

Auch wenn der Auslastungsgrad in Gubener Kindertageseinrichtungen 10 % unter den vorhandenen Kapazitäten liegt, sollten keine voreiligen Schlüsse z. B. über die Platzreduzierung oder gar die Schließung von Einrichtungen gezogen werden. Es bedarf einer genauen Analyse der Bedarfe vor Ort, denn Eltern entscheiden nicht ausschließlich, ob sie ihre Kinder betreuen lassen oder nicht, sondern vor allem auch unter welchen pädagogischen Gesichtspunkten – ausschlaggebend ist demnach nicht allein die Bereitstellung quantitativer ausreichender Plätze, sondern auch die Qualität der Einrichtung und vor allem des pädagogischen Personals. Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass die Institutionen den räumlichen Bedingungen vor Ort entsprechen, d. h. sie sollten so über das Stadtgebiet verteilt sein, dass alle die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu qualitativ hochwertigen Einrichtungen antreffen. Gerade im Bereich der Kleinkindbetreuung sind kurze Wege sicherzustellen.

Aufgrund der dargestellten Entwicklungen und prognostizierten Bedarfszahlen lässt sich für die Stadt Guben feststellen, dass die vorhandenen Betreuungsplätze größtenteils dem zukünftigen Bedarf entsprechen. Die Entwicklung in den nächsten Jahren verhält sich im Krip-

penbereich relativ konstant und im Hortbereich sogar steigend, im Kindergartenbereich wird hingegen ein Rückgang (aber erst ab 2015) zu verzeichnen sein (Landkreis Spree-Neiße 2013: 132). Im Krippenbereich steigt der Versorgungsgrad an, was auch am Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung (seit dem 1. August 2013) liegt.

6.3 Schulen

Ebenso wie bei den Daten zum Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder von 0 bis 6 Jahren werden auch Schuldaten nicht wohnortbezogen, sondern standortbezogen ausgewiesen. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass hauptsächlich Schulen in Wohnortsnähe besucht und seltener die Stadtgrenzen überschritten werden, dennoch ist dies in einigen Fällen möglich bzw. anzunehmen. Außerdem ist es wahrscheinlich, dass auch einige Schüler_innen aus dem Umkreis von Guben Schulen im Stadtgebiet besuchen. Auch hier bleibt daher eine gewisse Unschärfe, die allerdings in Kauf genommen werden muss.

Guben ist von enormen Bevölkerungsverlusten in den frühen Altersgruppen betroffen. Dies hat, wie eben auch schon für den Kita- und Hortbereich beschrieben, auch bei den Schulen zu Schließungen bzw. zu Zusammenlegungen geführt. Im Jahr 2003 wurden die Kometgrundschule und die Gesamtschule 2 geschlossen. Zwei bzw. drei Jahre später wurden die Realschule (2005) und die Oberschule (2006) in die Europaschule integriert. Alle drei Schließungen bzw. Integrationen waren den sinkenden Schülerzahlen geschuldet (siehe Tabelle 35, Tabelle 36 und Abbildung 48).

Tabelle 35 Schüler_innenzahlen 1991-2013

Schulen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Friedensschule (G1)	309	329	350	338	365	363	338	299	291	332	293
Kometgrundschule (G2)	259	254	248	243	239	241	223	206	180	245	174
W.-Pieck-Schule (G3)	315	322	330	325	319	315	310	280	211		
Grundschule 4	402	349	309	277	215	159	135	109			
C.-Schröter-GS (G5)	442	409	420	425	429	437	396	349	409	342	378
Grundschule 6	450	456	461	462	435	419	364	291	215	145	
Diesterweg-Schule (G7)	435	431	411	426	406	408	384	333	288	241	192
Grundschulen gesamt	2.612	2.550	2.529	2.496	2.408	2.342	2.150	1.867	1.594	1.305	1.037
Europaschule	429	588	692	753	755	784	813	855	858	903	848
Gesamtschule 2	181	189	177	167	161	164	191	175	161	167	144
Realschule/ Oberschule ab 2005 / ab 2006 integriert in ES	359	390	414	420	442	430	398	397	403	416	417
Gymnasium	735	749	772	904	937	930	942	923	908	868	873
Gesamt weiterf. Schulen	1.704	1.916	2.055	2.244	2.295	2.308	2.344	2.350	2.330	2.354	2.282
Gesamt weiterf. Schulen ohne Gymn.	969	1.167	1.283	1.340	1.358	1.378	1.402	1.427	1.422	1.486	1.409
Schüler gesamt	4.316	4.466	4.584	4.740	4.703	4.650	4.494	4.217	3.924	3.659	3.319
Schüler ohne Gymn.	3.581	3.717	3.812	3.836	3.766	3.720	3.552	3.294	3.016	2.791	2.446
mehr bzw. weniger Schüler als Vorjahr		136	95	24	-70	-46	-168	-258	-278	-225	-345

Schulen	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Friedensschule (G1)	229	291	299	305	299	299	315	317	313	310	318	344
Kometgrundschule (G2)	125											
W.-Pieck-Schule (G3)												
Grundschule 4												
C.-Schröter-GS (G5)	304	252	246	249	264	290	283	274	264	277	276	252
Grundschule 6												
Diesterweg-Schule (G7)	168	152	153	148	153	131	114	104	108	83	50	44
Grundschulen gesamt	826	695	698	702	716	720	712	695	685	670	644	640
Europaschule	827	912	821	750	686	578	480	357	285	262	279	280
Gesamtschule 2	112											
Realschule/ Oberschule ab 2005 / ab 2006 integriert in ES	414	338	187	123	51							
Gymnasium	869	810	673	653	574	492	429	394	394	379	342	359
Gesamt weiterf. Schulen	2.222	2.060	1.681	1.526	1.311	1.070	909	751	679	641	621	639
Gesamt weiterf. Schulen ohne Gymn.	1.353	1.250	1.008	873	737	578	480	357	285	262	279	280
Schüler gesamt	3.048	2.755	2.379	2.228	2.027	1.790	1.621	1.446	1.364	1.311	1.265	1.279
Schüler ohne Gymn.	2.179	1.945	1.706	1.575	1.453	1.298	1.192	1.052	970	932	923	920
mehr bzw. weniger Schüler als Vorjahr	-267	-234	-239	-131	-122	-155	-106	-140	-82	-38	-9	

Die Veränderung der Schülerzahlen wird im Nachfolgenden nochmals im Detail für die Jahre 2006-2012 betrachtet.

Tabelle 36 Schülerzahlen in Guben und deren Veränderungen von 2006-2012

	2006		2009		2012		Veränderung der Schülerzahlen 2006-2012	Prozentuale Veränderung der Schülerzahlen 2006-2012	Veränderung der Schülerzahlen 2009-2012	Prozentuale Veränderung der Schülerzahlen 2009-2012
	SchülerInnen	Vergleich zum Vorjahr in %	SchülerInnen	Vergleich zum Vorjahr in %	SchülerInnen	Vergleich zum Vorjahr in %				
Grundschulen gesamt	716	101,99 %	695	97,61 %	644	96,12 %	-72	-10,06 %	-51	-7,34 %
Gesamt weiterführende Schulen	1.311	85,13 %	751	82,62 %	621	97,03 %	-690	-52,63 %	-130	-17,31 %
Gesamt weiterführende Schulen ohne Gymnasium	737	83,09 %	357	74,38 %	279	106,90 %	-458	-62,14 %	-78	-21,85 %
SchülerInnen gesamt	2.027	90,41 %	1.446	89,20 %	1.265	96,56 %	-762	-37,59 %	-181	-12,52 %

Während die Rückgänge im Grundschulbereich noch verhältnismäßig moderat verlaufen, ist der Rückgang der Schülerzahlen in den weiterführenden Schulen erheblich. Im Jahr 2012 gab es in den Grundschulen 72 Schüler_innen weniger als 2006, was einem Rückgang von knapp 10 % entspricht. Im gleichen Zeitraum lag der Verlust in den weiterführenden Schulen bei 690 Schülern, also bei 52,63 %. Das heißt, dass sich innerhalb von sechs Jahren die Schülerzahl an weiterführenden Schulen von 1.311 auf 621 Schülerinnen und Schüler reduziert und damit mehr als halbiert hat. Trotz Schließung der Gesamtschule 2 und der Integration der Real- und der Oberschule in die Europaschule, sind sowohl an der Europaschule als auch am Gymnasium starke Verluste zu verzeichnen.

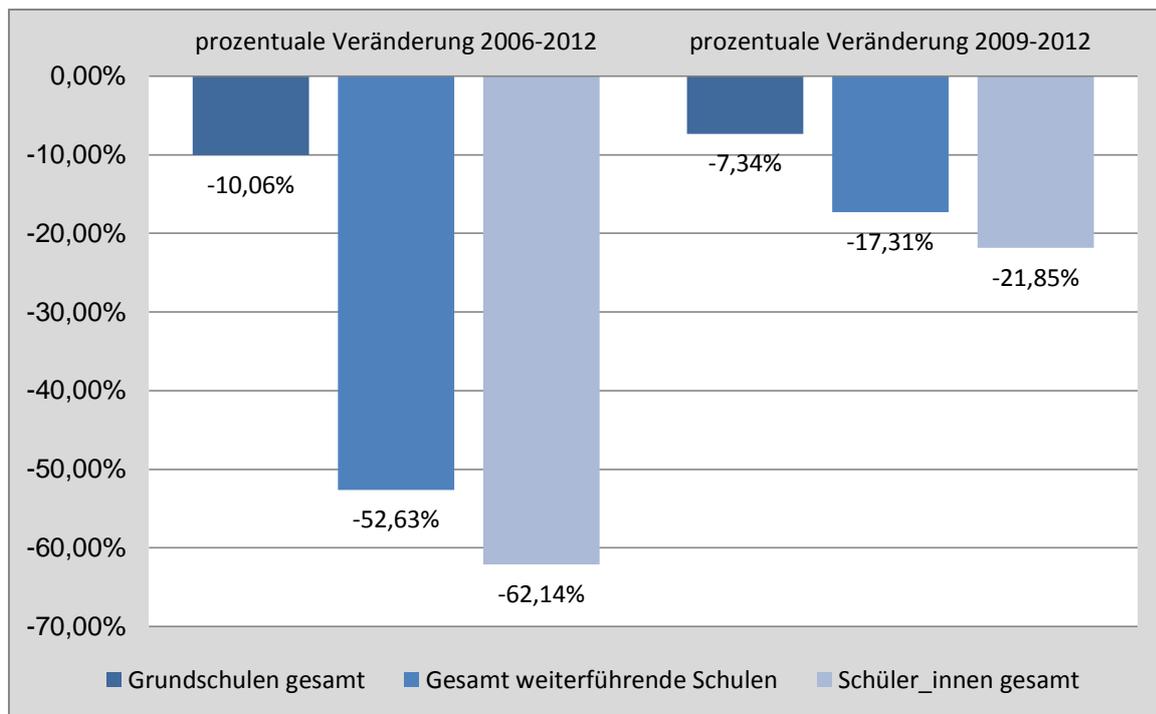


Abbildung 48 Prozentuale Veränderung der Schülerzahlen zwischen 06-12 und 09-12

Allerdings lässt sich feststellen, dass die Zahl der Schüler_innen zwischen 2006 und 2012 in den ersten drei Jahren deutlicher sank (-560 Schüler_innen) als in den letzten drei Jahren (-130 Schüler_innen). Dies zeigt auch die prozentuale Angabe der Schülerzahlen an weiterführenden Schulen im Vergleich zum Vorjahr – während die Schülerzahl zwischen 2005 und 06 um 14,87 % zurückgegangen ist, betrug die Differenz zwischen 2011 und 12 noch 2,97 %. Auch bei der gemeinsamen Betrachtung von Grund- und weiterführenden Schulen zeigt sich, dass diese Differenz kleiner wird. 2006 betrug sie fast 10 %, 2012 waren es nur noch 3,44 %. Zukünftig werden die Verluste daher vermutlich nicht mehr so groß sein, was allerdings nicht gleichbedeutend damit ist, dass es nicht einer weiteren Schließung bedarf, allerdings immer unter der Prämisse, dass das Bildungsangebot sichergestellt bleibt. Eine Schließung beispielsweise, die zum Verlust der gleichen Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen führen würde, ist langfristig indiskutabel und teuer. Investitionen in (frühkindliche) Bildung sind Investitionen in Humankapital und somit Motor einer Gesellschaft.

Tabelle 37 zeigt die Zahl der Grundschüler_innen der Stadt Guben. Am 18.10.2013 wurden 633 Schülerinnen und Schüler gezählt, zwölf davon stammen aus Gemeinden außerhalb Gubens. Die Friedensschule hat mit 331 Grundschüler_innen die Meisten, gefolgt von der Corona-Schröter-Grundschule mit 245 Schüler_innen. Ebenso ist die Friedensschule im Jahr 2013 die einzige Grundschule mit sechs Gastschüler_innen aus Polen. Im Jahr 2012 gab es 644 Schüler_innen an Gubens Grundschulen (siehe Tabelle 36). Somit hat sich die Schüler_innenzahl in einem Jahr um weitere 11 reduziert.

Tabelle 37 Gesamtgrundschüler_innen in Guben (18.10.2013)

Name der Schule	Schüler_innen der Stadt Guben	Schüler_innen von außerhalb	Gastschüler_innen aus Polen
Corona-Schröter-Grundschule	245	4	0
Diesterweg-Schule	44	0	0
Friedensschule	331	8	6
Grundschule Grano	6	0	0
Grundschule Groß Gastrose	7	0	0
Gesamt	633	12	6

Tabelle 38 verdeutlicht ebenfalls nochmal den Rückgang der Schüler_innen an den verschiedenen Schulen und zeigt die Zahl der Kinder, die den Eigenanteil der Schulbücher erstattet bekamen. Im Zeitraum 2005/06 bis 2013/14 besuchen durchschnittlich 1341 Schüler_innen eine Schule in Guben. Davon bekamen im Durchschnitt 11 % der Kinder den Eigenanteil der Schulbücher erstattet. Allgemein ist eine rückläufige Tendenz von Schülerzahlen zu verzeichnen, mit Ausnahme der Friedensschule und Corona-Schröter-Grundschule, die relativ konstante Schülerzahlen aufweisen. Trotz rückläufigen Schülerzahlen an der Diesterwegschule steigt die Zahl der Kinder, die den Eigenanteil der Schulbücher erstattet bekommen an. An der Europaschule bekamen in den letzten drei Schuljahren jeweils ein Viertel der Schülerinnen und Schülern die Schulbücher zurückerstattet.

Tabelle 38 Verteilung Schüler_innen an Gubener Schulen und Erstattung der Schulbücher nach Schuljahren

Schuljahr	Friedensschule - Grundschule			Diesterweg-Schule Grundschule		
	Schüler	Bescheide	Prozent	Schüler	Bescheide	Prozent
2005/06	305	33	10,8	148	8	5,4
2006/07	299	27	9,0	153	18	11,8
2007/08	299	28	9,4	131	18	13,7
2008/09	315	32	10,2	114	13	11,4
2009/10	317	42	13,2	104	14	13,5
2010/11	313	25	8,0	108	23	21,3
2011/12	310	34	11,0	83	20	24,1
2012/13	318	37	11,6	50	13	26,0
2013/14	344	34	9,9	45	8	17,8
Durchschnitt	313	32	10	104	15	16

Schuljahr	Corona-Schröter-Grundschule			Europaschule		
	Schüler	Bescheide	Prozent	Schüler	Bescheide	Prozent
2005/06	249	44	17,7	750	70	9,3
2006/07	264	41	15,5	737	67	9,1
2007/08	290	42	14,5	578	67	11,6
2008/09	283	35	12,4	480	75	15,6
2009/10	274	31	11,3	357	52	14,6
2010/11	264	36	13,6	288	49	17,0
2011/12	277	40	14,4	261	56	21,5
2012/13	276	27	9,8	279	57	20,4
2013/14	261	37	14,2	287	56	19,5
Durchschnitt	271	37	14	446	61	15

Schuljahr	Pestalozzi-Gymnasium			Gesamt		
	Schüler	Bescheide	Prozent	Schüler	Bescheide	Prozent
2005/06	-	-	-	1452	155	10,7
2006/07	-	-	-	1453	153	10,5
2007/08	-	-	-	1298	155	11,9
2008/09	-	-	-	1192	155	13,0
2009/10	394	26	6,6	1446	139	9,6
2010/11	384	26	6,8	1357	133	9,8
2011/12	379	19	5,0	1310	150	11,5
2012/13	341	15	4,4	1264	134	10,6
2013/14	362	14	3,9	1299	135	10,4
Durchschnitt	372	20	5	1341	145	11

Folgende Tabelle zeigt die bewilligten Anträge in den Bereichen ALG II, Wohngeld und Kindergeldzuschlag für das Jahr 2012 bzw. 2013. Berücksichtigt werden muss, dass die Daten für das Jahr 2013 bis Oktober erhoben wurden, sodass sich die Zahlen noch verändert haben könnten.

Tabelle 39 Bewilligte Anträge der Bereiche ALG II, Wohngeld, Kindergeldzuschlag in Guben (inkl. Gemeinde Schenkendöbern) 2012 und 2013

	Bereich ALG II		Bereich Wohngeld		Bereich Kindergeldzuschlag	
	2012	2013*	2012	2013*	2012	2013*
Eintägige Ausflüge	201	107	33	30	24	11
Klassenfahrt	147	110	26	22	11	9
Lernförderung	8	12	0	1	0	0
Mittagessen	829	560	122	127	73	41
Soz. Kult. Teilhabe	212	158	26	22	23	20

*Januar bis Oktober 2013

Lesehilfe:

Im Jahr 2012 wurden 201 Anträge im Bereich ALG II für eintägige Ausflüge bewilligt.

Schlussfolgerungen lassen sich erst nach Vorlage der vollständigen Daten für das Jahr 2013 ziehen.

6.4 Ausbildungs- und Praktikumsstellen

Auf dem Ausbildungsmarkt treffen Ausbildungssuchende und das Ausbildungsplatzangebot aufeinander. Der Ausbildungsmarkt ist wesentlicher Bestandteil des Arbeitsmarktes und somit stellt ein gelungener Übergang von der Schule in Ausbildung einen wesentlichen Faktor für einen gelungenen Start ins Erwerbsleben dar. Die Voraussetzung für einen reibungslosen Übergang ist die Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage, d. h. die vorhandenen Stellenangebote in einer Region müssen mit den Neigungen und Kompetenzen der Bewerber_innen in Einklang gebracht werden. Ist dies nicht der Fall, so bleiben trotz einer ausreichenden Anzahl an Bewerberinnen und Bewerber Ausbildungsstellen unbesetzt und Ausbildungsplatzsuchende erfolglos (MASF 2012: 52). Darüber hinaus bieten Praktikumsplätze eine Möglichkeit einen ersten Einblick in die Arbeitswelt zu erhalten und die spätere Berufswahl zu erleichtern.

Insgesamt existieren in den Schuljahren 2012/13 und 2013/14 ca. 1.500 Unternehmen in Guben (siehe Tabelle 40 und Tabelle 41). Davon könnten in beiden Jahren ca. 327 Firmen für Ausbildungs- bzw. Praktikumsstellen in Frage kommen. Die Differenz ergibt sich daraus, dass folgende Unternehmensarten unberücksichtigt* geblieben sind:

- Einzelunternehmen, die keine bzw. nur Teilzeit-Beschäftigte angestellt haben
- polnische Einzelunternehmen, die durch einen Büroservice betreut werden und ihre Tätigkeit nicht in Guben ausüben
- Unternehmen, die im Stadtgebiet Automaten aufgestellt haben

- Unternehmen, die in Insolvenz sind
- Einzelunternehmen, die ein Reisegewerbe betreiben
- Einzelunternehmen, die mehrere gewerbliche Tätigkeiten angezeigt haben
- Unternehmen, die eine Spielhalle betreiben
- Unternehmen, die eine unselbständige Zweigstelle angezeigt haben (z. B. Discounter, Deutsche Bank)
- Unternehmen, die die gewerbliche Tätigkeit im Nebenerwerb ausüben

Von den 327 Unternehmen, die als Ausbildungsbetriebe in Frage kommen bieten 2012/13 31 Unternehmen und im darauffolgenden Jahr 30 Firmen Ausbildungsplätze an. Die Anzahl der Ausbildungsstellen ist somit im betrachteten Zeitraum leicht rückläufig (2012/13: 103 Plätze; 2013/14: 96 Plätze). Nichts desto trotz sind in dieser Zeitspanne 22 bzw. 40 Ausbildungsplätze offen geblieben. Unbeantwortet bleibt dabei die Frage, wie es zu dieser Differenz kommt. Es ist anzunehmen, dass sich die Diskrepanz aus dem Rückgang der Schüler_innenanzahl ergibt und die Unternehmen bereits jetzt den bevorstehenden Fachkräftemangel spüren. Ebenso ist unklar wie viele Schüler_innen keinen Ausbildungsplatz, trotz offener Ausbildungsstellen, bekommen haben. Hier müssten die Daten im Zusammenhang mit den Schulabgänger_innen der Europaschule im selben Zeitraum betrachtet werden, um detaillierte Aussagen über den Verbleib der Schüler_innen zu treffen.

Tabelle 40 Anzahl der Ausbildungsstellen nach Schuljahren

Schuljahr	2012/2013	2013/2014
Unternehmen in Guben insgesamt	ca. 1.500	ca. 1.500
Unternehmen, die für Ausbildung in Frage kommen *	327	327
Unternehmen mit Ausbildungsplätzen	31	30
Ausbildungsplätze gesamt	103	96
davon belegte Plätze	81	56
freie Plätze	22	40

Im Vergleich zu den Ausbildungsstellen, bieten in Guben mehr Unternehmen Praktikumsplätze an: 2012/13 existieren 84 Firmen mit 143 Praktikumsplätzen, im darauf folgenden Jahr ist die Anzahl sogar noch auf 156 Praktikantenstellen gestiegen (siehe Tabelle 41). Zur Quantität der belegten Praktikumsplätze kann keine Aussage getroffen werden, da diese teilweise nur über einen sehr kurzen Zeitraum von zwei Wochen erfolgen und somit die Datenerfassung erschwert ist.

Tabelle 41 Anzahl der Praktikumsplätze nach Schuljahren

Schuljahr	2012/2013	2013/2014
Unternehmen in Guben insgesamt	ca. 1.500	ca. 1.500
Unternehmen, die für Praktikum in Frage kommen *	327	327
Unternehmen mit Praktikumsplätzen	84	83
Praktikumsplätze gesamt	143	156

6.5 Zusammenfassung und Ausblick

Auch in diesem Sektor ist der Rückgang der Bevölkerung und somit der Schüler_innenzahlen deutlich spürbar, sodass im Zeitraum 1991-2013 sechs Schulen geschlossen wurden. Aufgrund der wenigen Daten zu den Bildungsabschlüssen der Bevölkerung über den Zeitverlauf hinweg können keine Aussagen zur Bildungsarmut und zur Reproduktion von Bildungsungleichheit in den unterschiedlichen Stadt- und Ortsteilen getroffen werden. In Zukunft benötigt die Stadt Guben eine jährlich möglichst ausführliche Bildungsstatistik. Dabei ist es von Bedeutung, bei der Schuljahresanfangsstatistik Merkmale wie Geschlecht und Nationalität schultypbezogen zu erfassen, um so Aussagen über die soziale Herkunft der Schüler_innen zu erhalten. Darüber hinaus sollten angesichts von Lehrlingsmangel Daten zu Ausbildungsstellen erhoben werden, um Auskunft über den Verbleib der Schüler_innen geben zu können.

Wichtig bleibt es, die Kapazitätsanpassung in Kita, Schule und Hort nicht zu drastisch vorzunehmen, um als familienfreundlicher Standort wahrgenommen zu werden. Nur so werden Anwerbeversuche für Fach- und Führungskräfte am Ende erfolgreich sein können und zugleich als Lebensmittelpunkt für hinzugezogene Familien attraktiv.

7 Gesundheit

„Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichem geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheiten und Gebrechen. Sich des bestmöglichen Gesundheitszustands zu erfreuen, ist eines der Grundrechte jedes Menschen“ (WHO 1948). Gesundheit wird demnach nicht von allen Menschen gleich empfunden sondern ist ein subjektives, ganzheitliches und vor allem individuelles Wohlbefinden.

Die gesundheitliche Situation kann von ganz unterschiedlichen Faktoren beeinflusst werden, die sich vor allem auch gegenseitig bedingen bzw. verstärken, so z. B. das Einkommen, der Bildungsgrad oder der Erwerbsstatus. Eine höhere Schulbildung geht meist mit einem besseren Erwerbsstatus und einem höheren Einkommen einher. Die genannten Eigenschaften beeinflussen den Gesundheitszustand einer Person indirekt – sie wirken auf die Lebenslage, den Lebensstil und somit auf das Gesundheitsverhalten und die -prävention. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen den Zusammenhang zwischen Bildung und körperlicher wie psychischer Gesundheit – beispielsweise erleiden Erwachsene ohne Abitur häufiger einen Herzinfarkt als solche mit Abitur und Kinder aus bildungsfernen Familien mit geringem Einkommen weisen eine höhere Rate an Übergewichtigen auf (z. B. Mielck 2000). Es gibt zwei Lebensphasen, in denen Gesundheitsdaten umfassend erfasst werden, zu Beginn des Lebens und im Alter.

7.1 Kinder- und Jugendgesundheit

Der Großteil der Kinder nehmen die U-Untersuchungen in Anspruch und nahezu alle Kinder durchlaufen aufgrund der Schulpflicht die Schuleingangsuntersuchung. Hier werden umfangreiche Daten zu Gewicht, Zahngesundheit, Sprachstörungen, Verhaltensauffälligkeiten usw. erfasst, die als Grundlage für die Initialisierung von Unterstützungs- und Hilfesystemen zur Verbesserung von gesundheitlichen Problemlagen dienen können.

Betrachtet man sich die **Inanspruchnahme der U-Untersuchungen in unterschiedlichen Regionen Brandenburgs**, in Spree-Neiße und im Stadtgebiet Guben im Jahr 2012, so wird deutlich, dass die Inanspruchnahme in Guben meist überdurchschnittlich ausfällt. 97 % aller Kinder in Guben haben alle U-Untersuchungen (U1-U8) wahrgenommen – das sind gut 10 %-Punkte mehr als im Landkreis Spree-Neiße (88,9 %), im Berliner Umland (87,4 %), im weiteren Metropolenraum (86,3 %) und im Landesdurchschnitt (86,8 %). Bei der Inanspruchnahme der U3-U6 liegt die Zahl sogar noch um 0,75 % höher, also bei 97,75 % - hier ist jedoch der Unterschied zu den anderen Regionen nicht mehr so gravierend (94,3 %-96,9 %) (siehe Tabelle 42 und Abbildung 49). Spree-Neiße ist in ganz Brandenburg der Landkreis mit der höchsten Inanspruchnahme. 2011 wies Spree-Neiße mit einer Quote von 91,2 % (Inanspruchnahme U1-U8) den höchsten, Frankfurt (Oder) mit 74,2 % den niedrigsten Wert auf.

Tabelle 42 Kinder- und Jugendgesundheits im Jahr 2012 in unterschiedlichen Regionen

2012 Stadt/Gebiet	Untersuchte Kinder insg.	Untersuchte Kinder mit Vorsorgeheft	Kinder mit...				
	Anzahl	Anzahl	U1-U8 voll- ständig in %	U3-U6 voll- ständig in %	U6 in %	U7 in %	U8 in %
Guben	116	111	97	97,75	97	95	94
Spree-Neiße	909	872	88,9	96,9	97,9	95,2	93,9
Berliner Umland	8.950	8.311	87,4	94,8	97,1	94,8	94,1
Weiterer Metro- polenraum	12.523	11.785	86,3	94,3	96,9	94,0	93,8
Land Branden- burg	21.473	20.096	86,8	94,5	97,0	94,3	94,0

Die Inanspruchnahme steigt mit dem Sozialstatus (Daten nur für Spree-Neiße)

Mit steigendem Alter der Kinder nimmt die Inanspruchnahme der U-Untersuchungen jedoch in allen Betrachtungsräumen ab und die Werte von Guben gleichen sich den anderen Regionen an. Wird die U6 in Guben noch von 97 % der Kinder in Anspruch genommen, so sind es bei der U7 noch 95 % und die U8 wird bei 94 % der Kinder bzw. Jugendlichen durchgeführt. Dies entspricht mit +/- einem Prozent den Werten in Spree-Neiße und in den weiteren Brandenburger Regionen sowie dem Landesdurchschnitt. Es sollte daher darauf geachtet werden, dass Eltern darüber informiert sind, wie wichtig jede einzelne dieser Untersuchungen ist (auch wenn die Kinder schon älter sind).

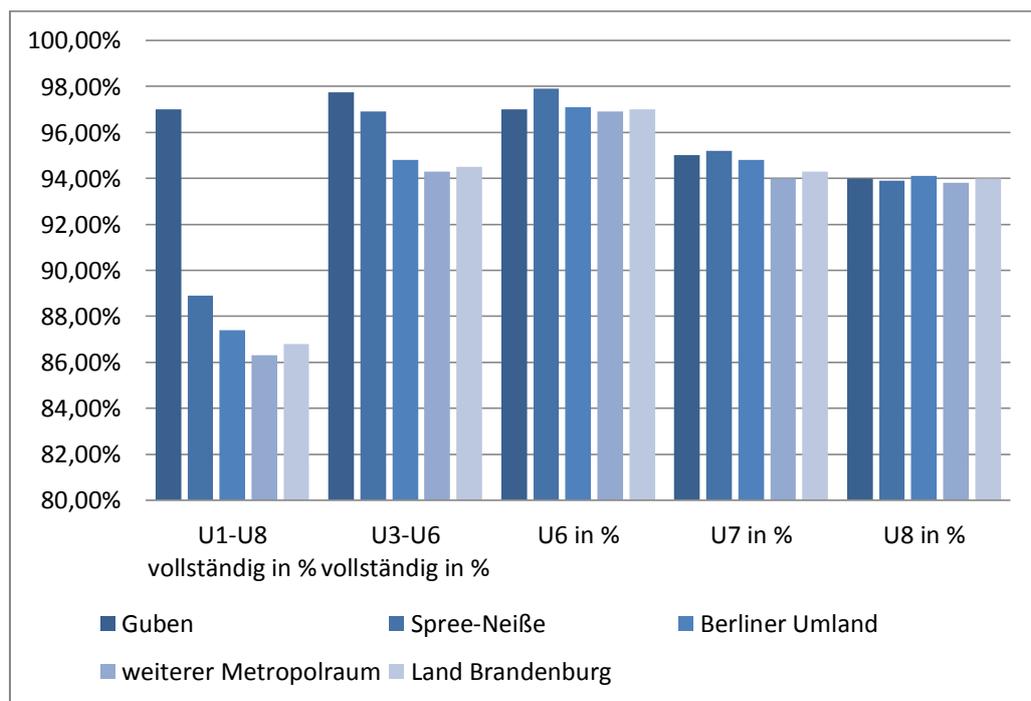


Abbildung 49 Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen in unterschiedlichen Regionen Brandenburgs im Jahr 2012

Werden die Werte der beiden **Schuleingangsuntersuchungen in Guben der Jahre 2010/11 mit denen von 2011/12** verglichen, so wird deutlich, dass die Inanspruchnahme prozentual zurückgegangen ist. Waren es von den Schüler_innen des Jahrgangs 2010/11 noch 100 %, die die U1-U3 wahrgenommen haben, so lag der Anteil im Schuljahr 2011/12 bei 98 % - also zwei Prozent weniger. Ähnlich verhält es sich auch bei den U4-U9 Untersuchungen – die Inanspruchnahme bei den Schüler_innen des Einschulungsjahrgangs 2011/12 liegt immer 1 % bis 2 % niedriger als bei den Kindern des Jahrgangs 2010/11. Trotz einer weiterhin hohen Inanspruchnahme sollte eine weitere Abnahme der Inanspruchnahme in den kommenden Jahren vermieden werden. Aufklärung der Eltern über die Relevanz der Untersuchungen ist notwendig. Hier sind vor allem auch Kinderärzte, Kindertageseinrichtungen usw. gefragt.

Für den Landkreis Spree-Neiße (leider nicht für das Stadtgebiet Guben) liegen Daten für den **Zusammenhang der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen und dem Sozialstatus** vor. Da Guben eine Stadt in Spree-Neiße ist und damit in diese Betrachtung miteinfließt, wird eine Ähnlichkeit der Daten vermutet und Ergebnisse werden zur Bewertung der sozialen Lage Gubens herangezogen. Im Landkreis Spree-Neiße existiert ein Zusammenhang zwischen der Inanspruchnahme und dem Sozialstatus – Je höher der soziale Status, desto höher ist die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen. Im Jahr 2012 lag die Rate der Kinder, welche die U1-U8 vollständig wahrgenommen haben, wie oben bereits erwähnt, bei 88,9 %. Bei den Kindern, deren Familien einen hohen Sozialstatus aufwiesen waren es allerdings 94 %, während es bei den Kindern mit niedrigem sozialem Status gerade mal 72,6 % waren. Die Differenz liegt demnach bei mehr als 20 %-Punkten. Bei der vollständigen Inanspruchnahme der U1-U6 ist die Differenz nicht ganz so gravierend (98,3 % > 92 %), dennoch ist sie nicht von der Hand zu weisen. Diese Ergebnisse spiegeln den in der Einleitung dieses Kapitels bereits angeführten Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus/Bildungsstand/Einkommen und der gesundheitlichen Situation bzw. dem Gesundheitsverhalten und der -prävention wider und machen deutlich, dass besonders Familien in prekären Lebensverhältnissen auf die Relevanz solcher Früherkennungsinstrumente hingewiesen werden müssen. Nur bei rechtzeitigem Erkennen von sich abzeichnenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen kann schnellstmöglich reagiert und Langzeitschäden vermieden werden.

Schaut man sich die **Befunde der Schuleingangsuntersuchungen** im Landkreis Spree-Neiße an, so lässt sich feststellen, dass Jungs häufiger gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen als Mädchen. Ausschließlich bei der atopischen Dermatitis (auch Neurodermitis genannt (Hautkrankheit)) und der allergischen Rhinitis (allergischer Schnupfen/Heuschnupfen) liegen die Werte der Mädchen über denen der Jungs – bei allen anderen der 10 häufigsten Befunde sind Jungs häufiger betroffen als Mädchen. Besonders gravierend sind die Unterschiede bei den Entwicklungsstörungen (16 % > 8,8 %), bei den Bewegungsstö-

rungen (11,1 % > 4,5 %) sowie bei den Sprach- und Sprechstörungen (27,5 % > 18,7 %) (siehe Tabelle 43). Mädchen leiden demnach häufiger an genetisch bedingten Erkrankungen, Jungs häufiger an Krankheitsbildern bzw. Entwicklungsstörungen/-verzögerungen, die nicht unmittelbar auf körperliche Beeinträchtigungen sondern vielmehr auf das Aufwachsen der Kinder zurückzuführen sind. Darauf sollte bei Interventions- bzw. Präventionsmaßnahmen geachtet werden.

Tabelle 43 Rangfolge der Befunde bei den Schuleingangsuntersuchungen im Landkreis Spree-Neiße im Jahr 2012

Rang Befund	Alle Kinder		Jungen		Mädchen	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %	Anzahl	In %
	N = 909		N = 487		N = 422	
1. Sprach-, Sprechstörungen	213	23,4	134	27,5	79	18,7
2. Umschriebene Entwicklungsstörungen	115	12,7	78	16,0	37	8,8
3. Atopische Dermatitis	107	11,8	55	11,3	52	12,3
4. Sehfehler	95	10,5	51	10,5	44	10,4
5. Bewegungsstörungen	73	8,0	54	11,1	19	4,5
6. emotionale soziale Störungen	64	7,0	43	8,8	21	5,0
7. Adipositas	53	5,8	29	6,0	24	5,7
8. Asthma bronchiale	40	4,4	22	4,5	18	4,3
9. Allergische Rhinitis	36	4,0	19	3,9	17	4,0
10. Störung der Fußstatik	35	3,9	26	5,3	9	2,1

23,4 % aller untersuchten Kinder im Jahr 2012 wiesen Sprach- und Sprechstörungen auf, dies ist somit der am häufigsten festgestellte Befund. Am zweithäufigsten litten die Kinder an Entwicklungsstörungen (12,7 %) und an dritter Stelle kamen die Hauterkrankungen (11,8 %). Eher selten kamen hingegen Befunde wie ADS/ADHS (2,4 %), Nahrungsmittelallergien (1,2 %) und Intelligenzdefizite (1,0 %) zum Tragen.

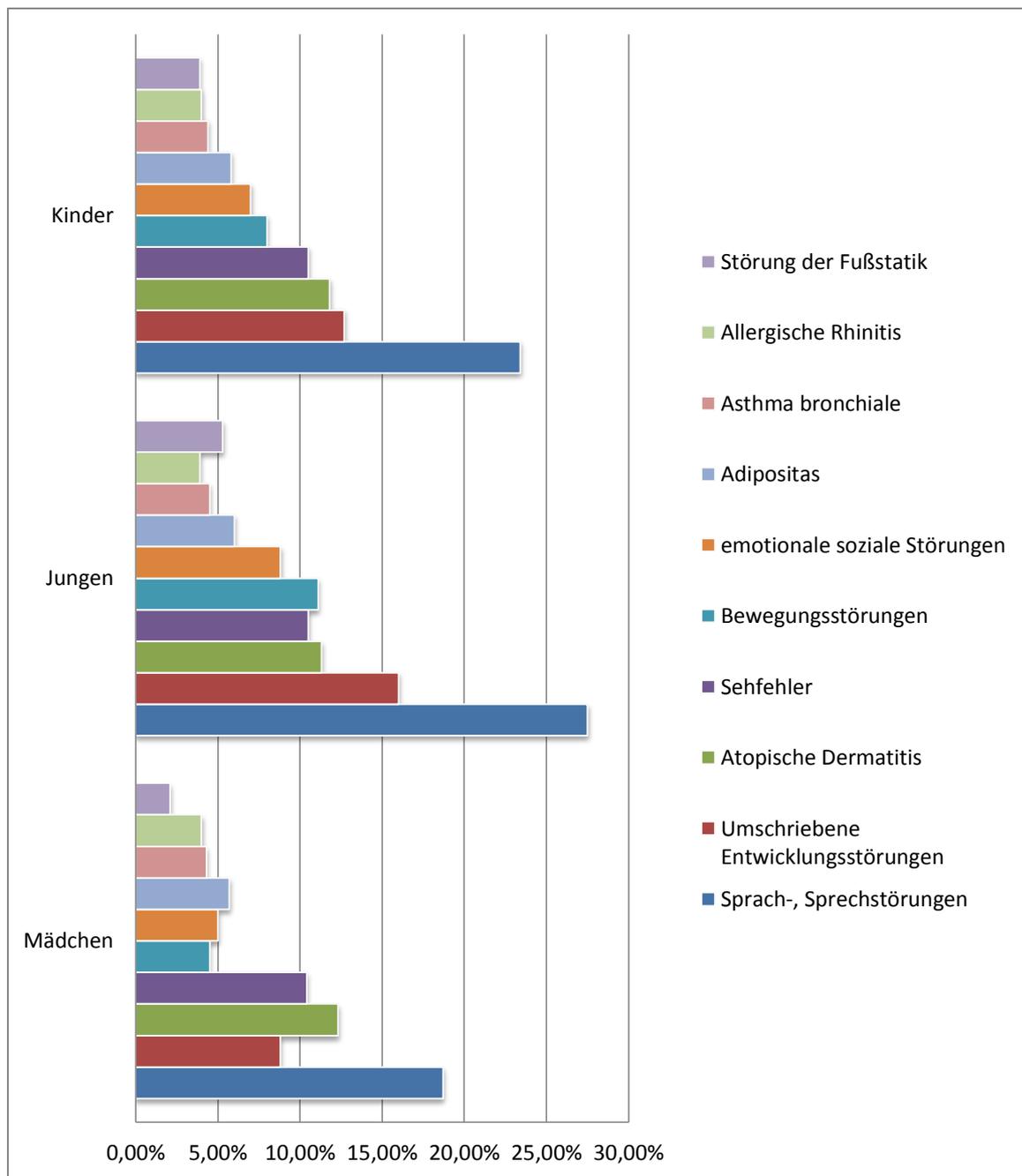


Abbildung 50 Rangfolge der Befunde der Schuleingangsuntersuchung in Spree-Neiße 2012

Die Art der vorliegenden Erkrankungen bzw. Entwicklungsstörungen ist insofern relevant, als dass sie die Art der Hilfsmechanismen beeinflusst – zum Ausgleich von Sprachstörungen bedarf es anderer Instrumente als beispielsweise zur Verbesserung/Linderung von chronischen Hauterkrankungen oder von Übergewicht. Ohne die Beachtung der tatsächlich vorliegenden Befunde, könnten sich Präventionsmaßnahmen als sinnwidrig erweisen. Um unnötige Investitionen in Präventions- und Aufklärungskampagnen und -programme zu vermeiden, bedarf es einer genauen Abklärung der Bedarfe bzw. Gesundheitsfelder, in denen Defizite

und Hilfebedarfe bestehen. Nur dann können passgenaue Gesundheitsbildung und -förderung greifen.

Die Befunde aus zahnärztlichen Reihenuntersuchungen in den Schuljahren 08/09, 09/10, 10/11 im Landkreis Spree-Neiße zeigen, dass sich die Zahngesundheit in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Während im Schuljahr 08/09 noch 55 % der Kinder „Natur gesunde“ Zähne hatten, waren es ein Jahr später schon 60 % und im Schuljahr 10/11 sogar ca. 62 % - dies entspricht einem Anstieg der Kinder mit „Natur gesunden“ Zähnen innerhalb von drei Jahren um mehr als 6 Prozentpunkte. Die Zahl der Kinder mit „behandlungsbedürftigen“ Zähnen nahm im gleichen Zeitraum ab: So waren die Zähne von 20,5 % der untersuchten Kinder im Schuljahr 08/09 behandlungsbedürftig, im Schuljahr 10/11 waren es über drei Prozentpunkte weniger, nämlich ca. 17,3 % (siehe Tabelle 44). Diese erfreuliche Entwicklung zeigt, dass Initiativen zur Ansprache von Eltern und Präventionsmaßnahmen in den Betreuungseinrichtungen selbst offenkundig zu diesem Ergebnis geführt haben und das öffentliche Bewusstsein darüber gestärkt wurde, wie wichtig gesunde Zähne sind und dass sich die Pflege der Zähne in der frühen Kindheit positiv auf die spätere Zahngesundheit und die Vermeidung von hohen Kosten durch Zahnersatz usw. auswirken.

Tabelle 44 Daten zur Zahngesundheit im Landkreis Spree-Neiße in den Schuljahren 08/09, 09/10 und 10/11

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Reihenuntersuchungen	Schuljahr 08/09		Schuljahr 09/10		Schuljahr 10/11	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %	Anzahl	In %
Zahl der untersuchten Kinder und Jugendlichen	11.101	100	11.736	100	11.956	100
Untersuchungsergebnisse/Befunde:						
Natur gesund	6.167	55,55	7.066	60,21	7.388	61,76
Saniert	2.658	23,94	2.551	21,74	2.494	20,86
Behandlungsbedürftig	2.276	20,50	2.119	18,05	2.074	17,34

Die positive Entwicklung der naturgesunden Zähne von Kindern ist allerdings nur auf der Landkreisebene zu beobachten. Demgegenüber war die Zahl der naturgesunden Zähne von Kindern und Jugendlichen im Zeitraum zwischen den Schuljahren 11/12 und 12/13 in der Stadt Guben rückläufig, nämlich um immerhin 3,3 Prozentpunkte (siehe Tabelle 45).

Zugleich ist in Guben im selben Zeitraum auch die Zahl der behandlungsbedürftigen Zähne um fast 7 Prozentpunkte angestiegen. Damit liegt Guben bei den behandlungsbedürftigen Zähnen um immerhin 4,1 Prozentpunkte höher als der Spree-Neiße Kreis.

Tabelle 45 Daten zur Zahngesundheit im Landkreis Spree-Neiße und Guben in den Schuljahren 11/12 und 12/13

	Schuljahr 2011/12				Schuljahr 2012/13			
	Stadt Guben	In %	Landkreis Spree-Neiße	In %	Stadt Guben	In %	Landkreis Spree-Neiße	In %
Zahl der zu untersuchenden Kinder und Jugendlichen insgesamt	1.730	100	12.178	100	1.731	100	12.318	100
Zahl der untersuchten Kinder und Jugendlichen insgesamt	1.631	94,3	11.812	97	1.244	71,9	9.968	80,9
Untersuchungsergebnisse/Befunde								
Natur gesund	1.098	67,3	7.552	63,9	796	64	6.459	64,8
Saniert	284	17,4	2.375	20,1	172	13,8	1.710	17,2
Behandlungsbedürftig	249	15,3	1.885	16	276	22,2	1.799	18,1

Tabelle 46 Reihenuntersuchungen der Kinder im Alter zwischen 30 und 42 Monaten

	Schuljahr 2011/12		Schuljahr 2012/13	
	Stadt Guben	Landkreis Spree-Neiße	Stadt Guben	Landkreis Spree-Neiße
Zahl der zu untersuchenden Kinder insgesamt	*1	839	*1	*1
Zahl der untersuchten Kinder insgesamt	104	501	48	*2

*1 keine Angabe möglich, keine Daten vom Statistischen Bundesamt

*2 keine Angabe möglich, da noch kein Bericht vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vorhanden ist

Im Schuljahr 2011/12 gab es im Landkreis Spree 839 zu untersuchende Kinder im Alter zwischen 30 und 42 Monaten, wovon 501 Kinder untersucht wurden (siehe Tabelle 46). Für das Schuljahr 2012/13 liegen bisher noch keine Daten vor. In der Stadt Guben wurden im selben Zeitraum 104 Kinder dieser Altersgruppe untersucht. Ein Jahr später reduzierte sich die Zahl auf 48 Kinder.

Die Schuleingangsuntersuchungen der Einschüler_innen zeigen, dass in der Stadt Guben im Schuljahr 2011/12 116 insgesamt schulpflichtige Kinder untersucht wurden. Im darauf folgenden Jahr waren es 125 untersuchte Kinder (siehe Tabelle 47). Davon sind keine vorzeitig eingeschult worden, sondern die meisten Kinder wurden rechtzeitig eingeschult (2011/12: 93,1 %; 2012/13: 94,4 %). Im Vergleich zum Spree-Neiße Kreis finden somit in Guben mehr rechtzeitige Einschulungen statt. Die Kinder sind 2011/12 zur Hälfte männlich und zur Hälfte weiblich. Das Alter der Einschüler_innen liegt zwischen 5 und 6 Jahren (2011/12: 45,7 %; 2012/13: 52,8 %). Auffallend ist, dass im Schuljahr 2011/12 insgesamt 6 % der schulpflichtig untersuchten Gubener Kinder adipös sind, 5,2 % zu klein für ihr Alter und 30,2 % weisen

eine Sprachstörung auf. Im darauf folgenden Jahr konnte die Zahlen teilweise deutlich reduziert werden. So halbierte sich die Anzahl der adipösen Kinder auf 3,2 %. Ebenso waren weniger Kinder als im Vorjahr zu klein für ihr Alter. Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der schulpflichtigen Kinder mit Sprachstörungen um 20,6 % reduziert wurde. Das sind deutlich weniger als im Spree-Neiße Kreis.

Tabelle 47 Schuleingangsuntersuchungen der Einschüler_innen untergliedert in ausgewählte Befunde

	Schuljahr 2011/12				Schuljahr 2012/13			
	Stadt Guben	In %	Landkreis Spree-Neiße	In %	Stadt Guben	In %	Landkreis Spree-Neiße	In %
Untersuchte Kinder	116	100	909	100	125	100	963	100
Davon								
vorzeitige Einschüler	-	0,0	4	0,4	-	0,0	1	0,1
wiederholt untersuchte Kinder	8	6,9	98	10,8	7	5,6	92	9,6
rechtzeitige Einschüler	108	93,1	807	88,8	118	94,4	870	90,3
Jungen	58	50,0	487	53,6	69	55,2	500	51,9
Mädchen	58	50,0	422	46,4	56	44,8	463	48,1
Alter								
5 Jährige	62	53,4	494	54,4	57	45,6	508	52,8
6 Jährige	53	45,7	404	44,4	66	52,8	433	44,9
7 Jährige	1	0,9	11	1,2	2	1,6	21	2,2
8 Jährige	-	0,0	-	0,0	-	0,0	1	0,1
Adipositas	7	6,0	53	5,8	4	3,2	66	6,9
Für ihr Alter zu kleine Kinder	6	5,2	33	3,6	5	4,0	41	4,3
Sprachstörungen	35	30,2	213	23,4	12	9,6	173	18,0

Die Schulabgangs- und Jugendarbeitsschutzuntersuchungen der Schulabgänger_innen erfassten Schüler_innen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren (siehe Tabelle 48). Im Schuljahr 2011/12 wurden in Guben 60 Schüler_innen untersucht, im folgenden Jahr 64 Schüler_innen. Der Landkreis Spree-Neiße untersuchte im selben Zeitraum 363 bzw. 413 Schulabgänger_innen. In Guben waren im Jahr 2011/12 insgesamt 16,7 % der Jugendlichen adipös (Landkreis Spree-Neiße 9,1 %). 2012/13 konnte die Zahl der adipösen Jugendlichen auf 10,9 % reduziert werden. Hingegen stieg sie im Spree-Neiße Kreis auf 13,8 % an.

Tabelle 48 Schulabgangsuntersuchungen und Jugendarbeitsschutzuntersuchungen der Schulabgänger_innen untergliedert in ausgewählte Befunde

	Schuljahr 2011/12				Schuljahr 2012/13			
	Stadt Guben	In %	Landkreis Spree-Neiße	In %	Stadt Guben	In %	Landkreis Spree-Neiße	In %
Anzahl untersuchter Schüler_innen	60	*	363	*	64	*	413	*
Davon								
Jungen	33	55,0	187	51,5	37	57,8	230	55,7
Mädchen	27	45,0	176	48,5	27	42,2	183	44,3
Alter								
15 Jahre	20	33,3	127	35,0	16	25,0	145	35,1
16 Jahre	26	43,3	151	41,6	36	56,3	173	41,9
17 Jahre	14	23,4	85	23,4	12	18,7	93	22,5
18 Jahre	-	0,0	-	0,0	-	0,0	2	0,5
Adipositas	10	16,7	33	9,1	7	10,9	57	13,8
Für ihr Alter zu kleine Jugendliche	1	1,7	11	3,0	5	7,8	18	4,4

* keine Angabe möglich, keine Daten vom Statistischen Bundesamt

Wichtig wäre es zukünftig, möglichst auch für das Stadtgebiet Guben Daten zu erfassen, die Auskunft geben über den Zusammenhang zwischen der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen und dem Sozialstatus sowie zwischen dem Sozialstatus und der Zahngesundheit. Möglicherweise bestehen auch Unterschiede in der Erfassung zwischen den drei detaillierten Datensätzen. Eine einfache Übertragung der Ergebnisse von Spree-Neiße auf Guben ist daher wahrscheinlich nicht frei von Fehlern. Für effektive und gesundheitsfördernde Interventionsmaßnahmen im Stadtgebiet Guben bedarf es auch hier einer kleinräumigen Erfassung und Auswertung.

Wie in Abbildung 50 deutlich wird, kommen Diagnosen über Sprach- und Sprechstörungen besonders häufig in den Schuleingangsuntersuchungen ans Licht. Aus diesem Grund wird dieser Bereich im Folgenden nach Stadtteilen betrachtet (siehe Abbildung 51 und Abbildung 52).

Im Jahr 2012 gibt es in Guben insgesamt 125 Vorschulkinder, 30 davon in Sprachförderung (24 %) (siehe Abbildung 51). Über 30 % der Vorschulkinder im Stadtteil Altstadt Ost und WK IV besuchen 2012 eine Sprachförderung, gemessen an der Gesamtzahl der Vorschulkinder im Stadtteil. Auffallend ist, dass Vorschulkinder aus der relativ kleinen Kita aus dem Ortsteil Groß Breesen keine Sprachförderungskurse besuchen. WK II beheimatet zwei Kitas mit insgesamt 211 angemeldeten Kita-Kinder, davon 42 Kinder im Vorschulalter. Eine Kita im WK II gibt an, dass 16 % der Vorschulkinder Sprachförderungsangebote in Anspruch nehmen (hellblau). Fast ein Viertel (23,5 %) der Vorschulkinder der zweiten Kita im WK II neh-

men an Sprachförderungsmaßnahmen teil (mittelblau). In den grau melierten Stadtteilen gibt es keine Kitas.

Von den 546 Gubener Kita-Kinder im Jahr 2013 sind 132 Vorschulkinder. Davon sind 23,5 % in Sprachförderungskursen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl annähernd konstant geblieben (2012: 24 % der Vorschulkinder in Sprachförderung). In den Stadtteilen WK I und WK IV zeigt sich im Vergleich zu 2012 eine Veränderung: Die Anzahl der Vorschulkinder, die Sprachförderung benötigen, sind hier auf über 40 % gestiegen. Hingegen ist die Zahl der Vorschulkinder, die eine Sprachförderung erhalten, in der Altstadt Ost und in der Altstadt West rückläufig. Unverändert ist, dass Vorschulkinder im Ortsteil Groß Breesen keine Sprachförderungsangebote besuchen.

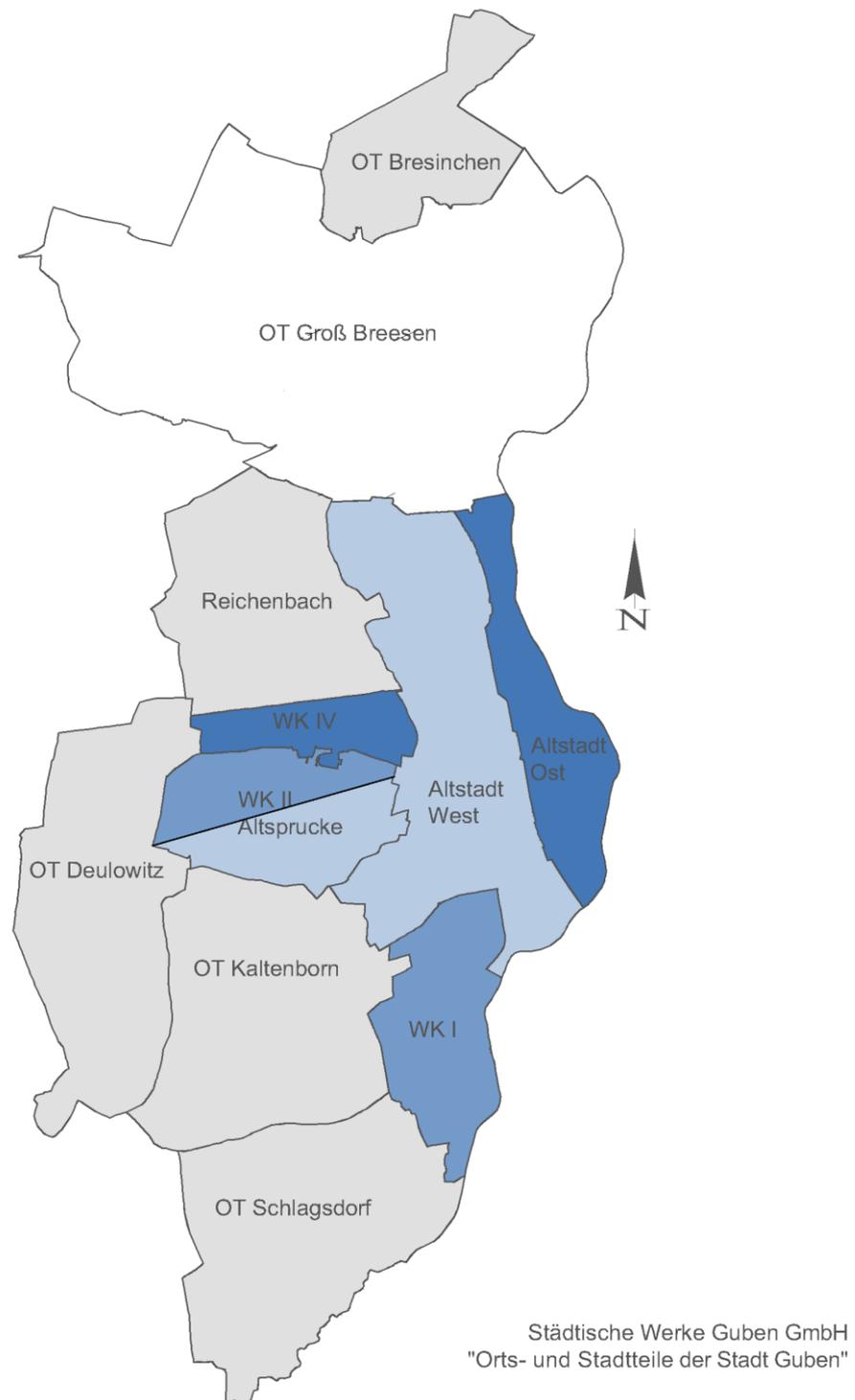
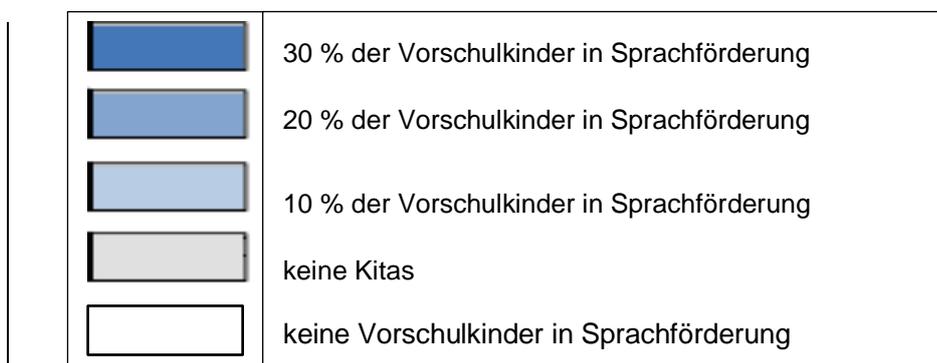


Abbildung 51 Vorschulkinder in der Sprachförderung 2012



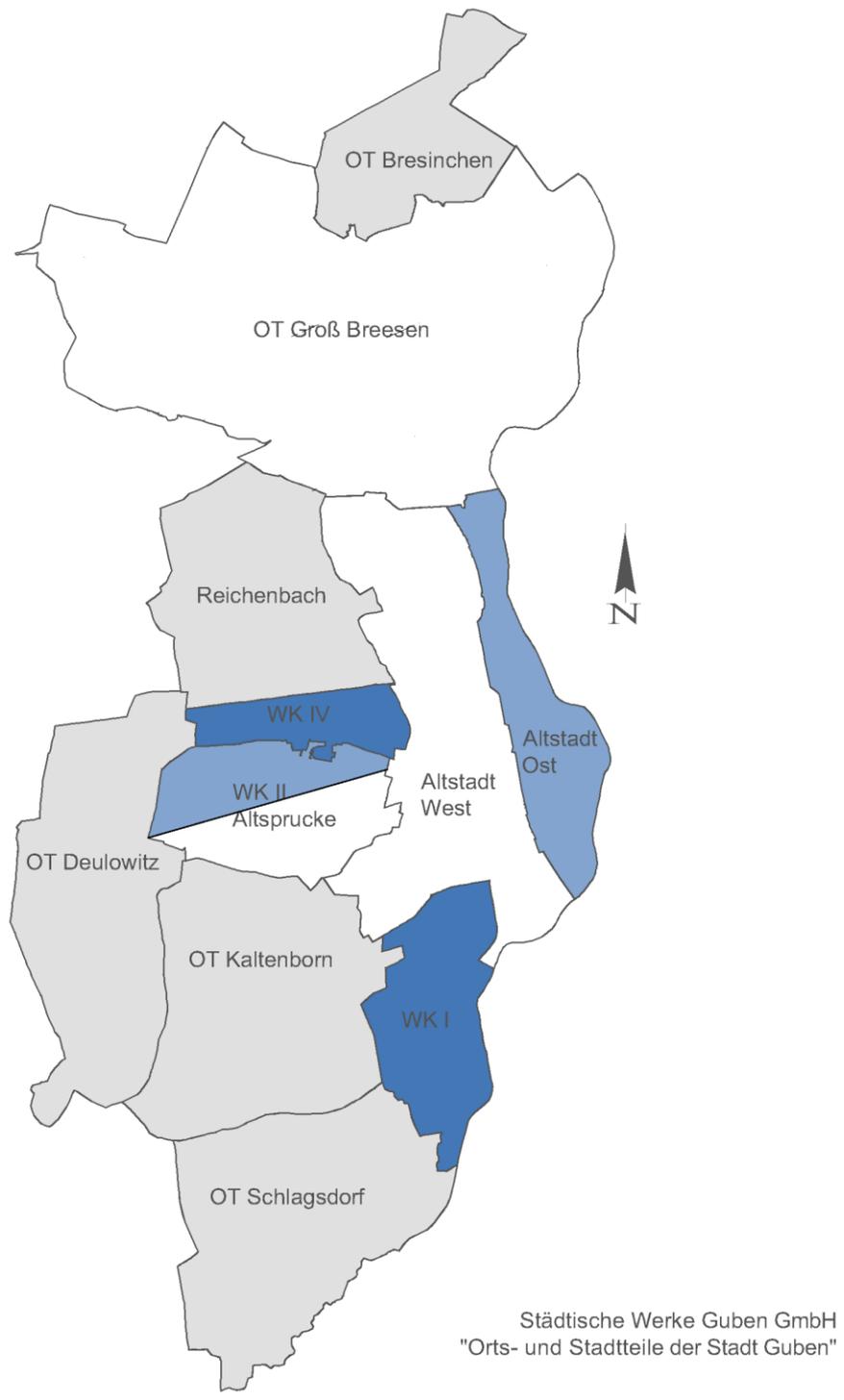
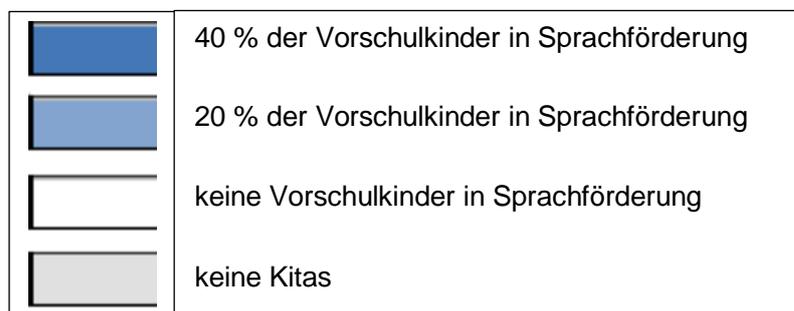


Abbildung 52 Vorschulkinder in der Sprachförderung 2013



7.2 Pflegebedürftigkeit älterer Menschen

Auch im Alter steigt der Hilfebedarf deutlich an. Die demografischen Veränderungen führen zu einem stetigen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen: Es wird erwartet, dass diese sich von 2,2 Mio. im Jahr 2007 auf 2,9 Mio. im Jahr 2020 und etwa auf 3,4 Mio. im Jahr 2030 erhöhen wird. Im Jahr 2050 wird die Verdopplung auf 4,5 Mio. Pflegebedürftige erwartet (Statistisches Bundesamt 2010, zit. In Forum Sozialstation 2010). Da momentan die meisten Pflegebedürftigen (zweidrittel) in Privathaushalten versorgt werden und davon wiederum zweidrittel ausschließlich durch Angehörige, steigt mit der Zahl der Pflegebedürftigen auch die Zahl der Personen, die pflegebedürftige Angehörige zuhause betreuen und deren Doppelbelastung (Pflege Älterer und Berufstätigkeit) bzw. Dreifachbelastung (Pflege Älterer, Pflege von Kindern und Berufstätigkeit) (Meier-Gräwe/Sennlaub 2010). Kann die Versorgung von Pflegebedürftigen nicht mehr durch Angehörige sichergestellt werden, so werden entweder ambulante Dienste in Anspruch genommen oder die hilfebedürftigen Personen ziehen in eine Pflegeeinrichtung, in der sie rund um die Uhr betreut werden. Da zukünftig nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen zunehmen sondern auch die Zahl der Jüngeren abnehmen wird und sich die Haushalts- und Familienstrukturen verändern werden, kann mit einer deutlichen Personalbedarfssteigerung im Pflegebereich gerechnet werden.

Insgesamt gibt es in Guben sieben Altenpflegeeinrichtungen (inklusive Einrichtungen des Betreuten Wohnens). Alle unterscheiden sich in dem Spektrum der angebotenen Leistungen. Vier von ihnen bieten eine **vollstationäre Pflege** an, d. h. sie versorgen und betreuen insgesamt 277 Personen rund um die Uhr und sind Wohnort dieses Personenkreises. Zwei der sieben Einrichtungen bieten darüber hinaus auch Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege an, d. h. acht Personen können kurze Zeit, beispielsweise während einer Urlaubsreise der Angehörigen, vollstationär versorgt, gepflegt und betreut werden – sie sind demnach nicht dauerhaft sondern nur vorübergehend in den Altenpflegeeinrichtungen. Eines der Gubener Altenpflegeheime bietet neben der stationären auch die ambulante Pflege an (Altenpflegeheim „Rosa Thälmann“), ansonsten werden die ambulanten Angebote von Dienstleistern erbracht, die ausschließlich ambulant Pflegen und Betreuen. Fünf der sieben Altenpflegeeinrichtungen erbringen weitergehende Angebote, wie z. B. die Fachpflege für Demenzerkrankte sowie andere Formen der Betreuung und Begegnung für Senioren (Betreuungsdienste, Einzel- und Gruppenbetreuung, Seniorenbegegnungs-stätten usw.) (siehe Tabelle 49).

Alle sieben Institutionen verfügen über Wohneinheiten des **Betreuten Wohnens**, d. h. dort leben (ältere) Menschen dauerhaft, die je nach Lebenssituation unterschiedliche Formen der Hilfe benötigen. Allerdings ist das Hauptziel dabei, die größtmögliche Autonomie für jede/n einzelne/n sicherzustellen. Die im Betreuten Wohnen lebenden Personen können demnach Hilfen in Anspruch nehmen, wenn der Bedarf besteht, sie müssen aber nicht. Der Wohnraum ist generell barrierefrei und es werden Grundleistungen der Betreuung, Pflege und Versor-

gung gewährleistet. In Guben gibt es 73 Wohneinheiten des betreuten Wohnens mit insgesamt 116 Plätzen (siehe Tabelle 49)

Tabelle 49 Altenpflegeeinrichtungen und Betreutes Wohnformen in Guben (Mai 2013)

Name der Einrichtung	Vollstationäre Altenpflege	Auslastungsgrad in %	Kurzzeitpflege	Tagespflegeangebot	Angebot ambulante Pflege	Sonstige Angebote	Betreutes Wohnen	Auslastungsgrad in %
Altenpflegeheim „Rosa Thälmann“	76 Plätze	100	Stationäre Kurzzeitpflege 4 Plätze	Tagespflegeeinrichtung 12 Plätze	Ambulanter Pflegedienst	Seniorenbegegnungsstätte Einzel- und Gruppenbetreuung Zusätzliches Betreuungsangebot nach § 87b SGB XI	19 WE (25 Plätze)	100
„Pro seniore Residenz“	48 Plätze	100					8 WE (12 Plätze)	100
Kursana Domizil „Haus Zacharias“	113 Plätze	100	Kurzzeit-/Urlaubspflege 4 Plätze			Fachpflege für dementiell Erkrankte Verhinderungspflege	10 WE (10 Plätze)	100
Evangelisches Seniorenzentrum „Herberge zur Heimat“	40 Plätze	100				Fachpflege für dementiell Erkrankte	13 WE (15 Plätze)	100
Ärztehaus Guben, Villa F.W. Schmidt						Betreuungsdienst	5 WE (9 Plätze)	
Ärztehaus Guben, Villa 15/16						Betreuungsdienst	16 WE (31 Plätze)	
Wohngruppen für Demenzerkrankte							2 WE (14 Plätze)	
Gesamt	277						73 WE (116 Plätze)	

Da die vier Altenpflegeheime, welche die vollstationäre Pflege anbieten, zu 100 % ausgelastet sind, kann davon ausgegangen werden, dass dauerhaft 277 ältere Personen betreut sind. Wird die Bewohnerzahl der stationären Vollzeitpflege ins Verhältnis zu der Altersgruppe der Gubener ab 75 Jahren (2.587 Personen) gesetzt, so zeigt sich, dass 10,71 % der Gubener Bürger über 75 Jahren in einem Pflegeheim vollstationär betreut werden. Nimmt man nun die Personen, die in betreuten Wohneinrichtungen wohnen, in den Blick und setzt diese ebenfalls ins Verhältnis zu der Bevölkerung ab 75 Jahren, so zeigt sich, dass weitere 4,48 % der Menschen dieser Altersgruppe in Einrichtungen des Betreuten Wohnens leben - Grundannahme: Auslastungsgrad von ebenfalls 100 %. Insgesamt bedeutet das, dass ein Anteil von

knapp 15 % der Gubener Bevölkerung ab 75 Jahren stationär betreut und/oder gepflegt wird und von daher nicht (mehr) in einem eigenen Privathaushalt lebt. Diese Befunde verweisen aber auch darauf, dass ca. 85 % der 75-Jährigen und älteren Menschen in Guben noch immer in ihrem eigenen Haushalt leben und sich selbst versorgen, ambulant versorgt werden oder auf die Betreuung und Pflege durch Angehörige angewiesen sind. Der durchweg hohe Auslastungsgrad lässt darauf schließen, dass die Nachfrage nach stationärer Betreuung hoch ist bzw. sogar höher liegt als das derzeitige stationäre Angebot. Bei dem sich vollziehenden demografischen Wandel, der sich in Guben, wie bereits in Kapitel 2 beschrieben, besonders bemerkbar macht, wird der Bedarf an stationären Einrichtungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten überdurchschnittlich steigen, v. a. da viele der Kinder und Enkelkinder die Stadt verlassen haben und somit für die Übernahme der Pflege nicht mehr in Frage kommen. Es ist daher von großer Bedeutung, zum einen die Zahl der Personen, die auf einen Platz in einer stationären Einrichtung warten, zu erfassen und zum anderen die steigende Anzahl der immer älter werdenden Personen, d. h. die Verschiebung des Altersdurchschnitts und damit den Anstieg der pflegebedürftigen Personen, bei der Planung des Platzkontingents zu berücksichtigen. Eine momentan offenbar vorhandene Deckungsgleichheit zwischen Platzkontingent und -auslastung ist jedenfalls nicht gleichbedeutend mit einem ausreichenden Platzangebot für die kommenden Jahre.

Weisen ältere Menschen einen Pflege- bzw. Betreuungsbedarf auf und sind noch im Stande, sich größtmöglich selbst zu versorgen oder werden durch Familienangehörige versorgt, so können **ambulante Dienste** in Anspruch genommen werden. Die Leistungen der ambulanten Pflege werden von sogenannten Sozialstationen und/oder ambulanten Pflegediensten erbracht. Die Aufgaben sind vielfältig, sie reichen von häuslichen Pflegeleistungen über die hauswirtschaftliche Versorgung bis hin zur Betreuung von dementiell Erkrankten.

Nachfolgende Tabelle 50 veranschaulicht die Zahl der häuslichen Pflegebedürftigen der Stadt Guben im Jahr 2012 und 2013. Insgesamt bieten sechs Einrichtungen häusliche Krankenpflege an. Die vorhanden detaillierten Daten zu den einzelnen Ortsteilen zeigen, dass besonders häufig häusliche Pflege im Stadtteil WK II, gefolgt von Altstadt West geleistet wird. Die Anzahl der Patient_innen in häuslicher Pflege hat vom Jahr 2012 auf 2013 zugenommen. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass nicht nur Guben, sondern auch angrenzende Gemeinden versorgt werden.

Tabelle 50 Anzahl Patienten_innen in häuslicher Pflege in Guben im Jahr 2012 bzw. 2013

	2012	2013
Gubener Sozialwerke gGmbH	29	30
Häusliche Krankenpflege Katharina Fritzscha	k.A.	k.A.
Ambulanter Pflegedienst Schwester Martina	k.A.	k.A.
AWO Ortsverein Guben Sozialstation	45	58
Volkssolidarität Spree-Neiße e. V. Sozialstation	201	213
Naemi-Wilke-Stift Diakonie-Sozialstation	k.A.	115
Summe	275	416

In Guben gibt es vier Sozialstationen und drei ambulante Pflegedienste, wobei eine Institution beides anbietet (Gubener Sozialwerke gGmbH). Die vier Sozialstationen verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet. Eine befindet sich in der Altstadt Ost, eine im WK II, eine im WK IV und eine ist in Altspruce verortet. Die zwei weiteren Pflegedienste (ohne die Gubener Sozialwerke gGmbH) haben ihre Zentrale in der Altstadt West. Allerdings ist zu sagen, dass der Standort bei den ambulanten Dienstleistern keine große Rolle spielt, da sie ihre Leistungen ortsungebunden anbieten, d. h. sie kommen zu den Menschen nach Hause – sie sind mobil (siehe Tabelle 51).

Neben den stationären und den ambulanten Diensten gibt es in Guben eine **Tagesstätte für Senior_innen**, die vor allem Beschäftigungs- und Freizeitangebote für Senior_innen bereithält. Hier können sich ältere Menschen tagsüber aufhalten, sich gemeinsam beschäftigen, austauschen, die Mahlzeiten einnehmen und dann wieder nach Hause gehen.

Die AWO-Tagesstätte für Senior_innen liegt im WK IV (siehe Tabelle 51).

Für Senior_innen, die zu Hause leben und sich selbst versorgen, gibt es **Begegnungsstätten** zum Austausch miteinander, zur gemeinsamen Freizeitgestaltung usw. In Guben sind fünf Begegnungsstätten ansässig. Dort finden unterschiedliche Veranstaltungen statt (Spielesachmittage, Tanzveranstaltungen, Informationsveranstaltungen, Vorträge etc.), die älteren Menschen können zu bestimmten Themen beraten werden oder auch sich auch einfach mit anderen austauschen und ihre Zeit mit anderen Menschen verbringen. Auch der Austausch zwischen den Generationen steht bei einigen Institutionen im Fokus (siehe Tabelle 51).

Tabelle 51 Einrichtungen für Senioren in Guben (Mai 2013)

Einrichtungen und Angebote für Senioren (Stand 01.05.2013)				
Sozialstationen	Grundversorgungs-Angebote	Zusätzliche Angebote	Standort	Anzahl Einrichtungen
Diakonie-Sozialstation Naemi-Wilke-Stift	Häusliche Pflege nach Pflegeversicherungsgesetz SGB XI; Häusliche Krankenpflege nach SGB V; Betreuung von Menschen mit Demenz	Spezielle ambulante Palliativpflege	Altstadt Ost	4
Volkssolidarität Spree-Neiße e.V.			WK II	
AWO-Sozialstation	Häusliche Krankenpflege; Leistung nach Pflegeversicherung; Hauswirtschaftliche Versorgung; Soziale Beratung; Betreuung von Menschen mit Demenz		WK IV	
Gubener Sozialwerke gGmbH	Häusliche Krankenpflege; Hauswirtschaftliche Versorgung; Soziale Beratung und Betreuung	Kombination Ambulanter Pflegedienst/Tagesbetreuung; Zusätzliche Betreuungsleistungen gemäß § 45 b SGB XI	Altsprucke	
Tagesstätten für Senioren				
AWO-Tagesstätte für Senioren	Beschäftigungsangebote; gemeinsame Mahlzeiten; Gespräche; Gedächtnisstraining		WK IV	1
Ambulante Pflegedienste				
Gubener Sozialwerke gGmbH	Häusliche Krankenpflege; Hauswirtschaftliche Versorgung; Soziale Beratung und Betreuung	Pflegedienst/Tagesbetreuung; zusätzliche Betreuungsleistungen gemäß § 45 b SGB XI	Altsprucke	3
Ambulanter Pflegedienst Schwester Martina	Pflegeleistung nach SGB XI und privat; Betreuungsleistungen nach § 45 b SGB XI; medizinische Versorgung nach SGB V und privat; Beratungsbesuche; Verhinderungspflege	Hauswirtschaft; Unterstützung bei der Sterbebegleitung	Altstadt West	
Häusliche Krankenpflege Katharina Fritzscha	Grundpflege nach SGB XI; Behandlungspflege nach SGB V; Hausbesuche und Beratung nach § 37,3 SGB XI; Zusammenarbeit mit Sozialämtern, allen Klassen und sonstigen Versicherungsträgern	Zusätzliche Betreuungsleistungen nach § 45 a/b, individuelle Betreuung im betreuten Wohnen in Kooperation mit der IMSocial-GmbH; Intensivpflege/stundenweise Betreuung zuhause auf Anfrage; Privatleistungen nach individuellen Wünschen; hauswirtschaftliche Leistungen nach Wunsch	Altstadt West	
Begegnungsstätten				
Volkssolidarität Spree-Neiße e.V.	Betreuung und Beratung; Chorproben/-konzerte; Tanzveranstaltungen; Kabarettauftritte; Vorträge; Kreativnachmittage; Spielnachmittage; geführte Wanderungen per Rad/zu Fuß; Großveranstaltungen; Modenschauen; Sonntagscafé mit Kultur; saisonale Feiern			5

Treff am Schillerplatz	Spieletreff; Kaffeeklatsch; Vorträge zu speziellen Themen; Wein- und Grillfeste; Tagesfahrten; generationsübergreifende und grenzüberschreitende Veranstaltungen			
Kulturzentrum Obersprucke	Infoveranstaltungen; Lesungen; Nutzung durch Vereine			
„Kleeblatt“ Treffpunkt für Jung und Alt	Vorträge zu interessanten Themen; Kaffeemittage; Spielnachmittage; Betreuungsgruppe; Bücherkiste	Beratung und Hilfestellung zu gesetzlichen Ansprüchen; Unterstützung bei Antragsstellung zu Pflegeversicherung, Sozialhilfe, Schwerbehindertenrecht und Wohngeld; Beratung und Unterstützung pflegender Angehöriger		
AWO-Ortsverein Guben	Betreuung; Seniorensport; Tanzveranstaltungen; Reisen und Tagesfahrten; verschiedene Gruppenangebote; Lesepaten; generationsübergreifende Projekte; Organisation von Veranstaltungen			

Es zeigt sich, dass es in Guben ein reichhaltiges Angebot an Pflege-, Betreuungs-, Versorgungs- und Begegnungsleistungen gibt. Daran wird deutlich, dass die Stadt Guben bereits in verschiedener Weise auf die demografischen Entwicklungen reagiert. Die Gubener Bevölkerung wird immer älter, d. h. der Bedarf an sozialen, haushaltsnahen und pflegerischen Diensten steigt. Ein weiterer Ausbau an stationären Betreuungseinrichtungen wird in den kommenden Jahren ebenso notwendig sein wie die Erweiterung des Angebots an alltagsunterstützenden Dienstleistungen. Gerade in diesem Bereich werden in den kommenden Jahren bundesweit die größten Zuwächse an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung prognostiziert.

7.3 Menschen mit Behinderung

In der Stadt Guben leben im Jahr 2012 insgesamt 18.166 Personen, davon weisen 4.188 Einwohner_innen (23,05 %) eine Behinderung oder Schwerbehinderung auf (Grad der Behinderung (GdB) ab 20) (siehe Tabelle 52). Von den 18.166 Einwohner_innen sind am Stichtag (31.12.2012) 3.124 Bürger_innen als schwerbehindert gemeldet (GdB ab 50). Zwischen den Geschlechtern existieren keine relevanten Unterschiede (50,32 % Frauen; 49,68 % Männer). Die Anzahl der schwerbehinderten Menschen steigt mit zunehmendem Alter an: So sind 63,8 % der schwerbehinderten Menschen 65 Jahre und älter, 9,6 % sind zwischen 60 und 65 Jahren. 2,4 % der Schwerbehinderten sind unter 25 Jahren. Die Ursachen für die Beeinträchtigungen sind sehr vielfältig. Die größte Gruppe schwerbehinderten Menschen fällt in die Kategorie „allgemeine Krankheiten“ (86,71 %). Die Arten der Beeinträchtigungen zeigen sich an erster Stelle bei den Gliedmaßen, gefolgt von geistigen, nervlichen und seelischen Krankheiten. Ebenso weisen die Betroffenen Beeinträchtigungen mit den Sinnesorganen wie Augen, Ohren und Sprache auf.

Tabelle 52 Statistik der behinderten und schwerbehinderten Menschen in Guben (31.12.2012)

	Gesamt	männlich	weiblich
Anzahl behinderter und schwerbehinderter Menschen (GdB ab 20)	4.188	2.060	2.128
Anzahl als schwerbehindert anerkannter Menschen (GdB ab 50)	3.124	1.552	1.572
davon			
0-6 Jahre	4	4	0
6 – 15 Jahre	23	13	10
15 – 25 Jahre	47	32	15
25 – 35 Jahre	107	67	40
35 – 45 Jahre	101	49	52
45 – 55 Jahre	321	159	162
55 – 60 Jahre	228	126	102
60 – 65 Jahre	300	156	144
65 Jahre und älter	1.993	946	1.047
<u>Ursache der erheblichsten Beeinträchtigung:</u>			
- anerkannte Kriegs-, Wehrdienst oder Zivildienstschädigung	11	10	1
- angeborene Behinderung	152	70	82
- Berufskrankheiten und Berufsunfälle	31	23	8
- übrige Unfälle	43	30	13
- allgemeine Krankheiten	2.709	1.317	1.392
- sonstige Ursachen	178	102	76
<u>Art der erheblichsten Beeinträchtigung:</u>			
- Gliedmaßen	634	321	313
- Stütz- und Bewegungsapparat	309	128	181
- Augen/Ohren/Sprache	358	165	193
- Herz-Kreislauf-System	309	174	135
- Atmungs- und Verdauungsorgane	264	153	111
- sonstige innere Organe/Organsysteme	413	190	223
- geistige, nervliche und seelische Krankheiten	598	318	280
- sonstige Behinderungen	239	103	136

Abschließend kann festgehalten werden, dass ca. 17 % der Gubener Bevölkerung eine Schwerbehinderung aufweisen und somit in ihrer Lebensweise eingeschränkt sind. Der Anteil der Schwerbehinderten in Deutschland liegt bei 8,9 %, gemessen an der Gesamtbevölkerung (Statistisches Bundesamt 2013: 5), so dass im bundesdeutschen Vergleich die Zahl der Schwerbehinderten in Guben besonders hoch ist. Demnach sind passgenaue Hilfen und Einrichtungen in Guben für behinderte Menschen unerlässlich. Neben der Anpassung der sozialen Infrastruktur an die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung erweist sich die Barrierefreiheit in einer Stadt mit einer hohen Anzahl an Alten und schwerbehinderten Menschen besonders wichtig und sollte bei jeder städtebaulichen Maßnahme systematisch integriert werden.

7.4 Gesundheitliche/Medizinische Infrastruktur

Für die Lebenssituation einer Bevölkerung in einer Stadt/Gemeinde ist das Vorhandensein einer ausreichenden medizinischen Infrastruktur für die Gesunderhaltung von enormer Bedeutung. Gibt es ausreichend (fach-)ärztliche Praxen und ambulante sowie stationäre Einrichtungen? Sind diese für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gut erreichbar? Hat

jede Einwohnerin und jeder Einwohner bei Bedarf die Möglichkeit die Angebote in Anspruch zu nehmen? Kann die Versorgung dauerhaft und langfristig sichergestellt werden?

Gerade in eher ländlich geprägten Räumen Deutschlands kommt es mehr und mehr zu einer Unterversorgung in der medizinischen Versorgung. Die Ärztinnen und Ärzte werden immer älter und finden keine Nachfolger_innen, da gerade auf dem Land die Menschen immer älter werden und somit die Anforderungen an die Mobilität des Arztes einerseits (Hausbesuche) und die Anforderungen an die zu erbringenden Leistungen andererseits ansteigen. Mehr ältere Menschen heißt gleichzeitig auch eine Zunahme an Behandlungen und somit einen höheren Bedarf an Medizinern, Apotheken und sonstigen medizinischen Dienstleistungen und Einrichtungen.

In Guben zeigt sich auch bereits, dass ausgehend von der Altstadt Ost als Zentrum die Dichte der medizinischen Angebote in den peripheren Stadtgebieten abnimmt. Insgesamt gibt es in Guben 89 ambulante Versorgungseinrichtungen, darunter Arztpraxen, Physiotherapeuten, Apotheken, Hörgeräte Akustiker, Hebammen u.v.m. Darüber hinaus verfügt die Stadt über drei stationäre Versorgungseinrichtungen, das Krankenhaus, die psychiatrische Tagesklinik und die Wohnstätte für psychisch Kranke (siehe Tabelle 53).

Die Altstadt Ost weist die größte Dichte an ambulanten Versorgungseinrichtungen auf (41). Hier befindet sich knapp die Hälfte aller ambulanten Versorgungseinrichtungen. Im WK II gibt es 14 ambulante Versorgungsangebote, in der Altstadt West sind es zwölf, im WK IV zehn, in Altsprucke sieben, im WK I vier und in Schlagsdorf noch eine. Auch die meisten Fachärzte befinden sich in der Altstadt Ost. Die Zahnärzte allerdings haben sich über das Stadtgebiet verteilt, so dass es nahezu in jedem Stadtteil mindestens eine zahnärztliche Praxis gibt. Auch die Apotheken, Augenoptiker und Heilpraktiker sind in mehreren Stadtteilen vertreten (siehe Tabelle 53).

Tabelle 53 Medizinische und gesundheitliche Infrastruktur Gubens (Dezember 2012)

2012		Anzahl	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Altsprucke	Schlagsdorf	Betten/Plätze	Auf 1 Einrichtung kommen Einwohner_innen
Ambulante Versorgung											
Ambulante Arztpraxen (mit Psychologen)	Allgemeinmediziner	7	4	1		2					2.595
	Hals-, Nasen-, Ohrenärzte	2	2								9.083
	Innere Medizin	5	2	3							3.633
	Innere Medizin/Nephrologie	1					1				18.166
	Neurologie/Psychatrie	1					1				18.166
	Augenheilkunde	1	1								18.166
	Chirurgie	2	2								9.083
	Gynäkologie	2	1				1				9.083
	Orthopädie	3	3								6.055
	Pädiatrie	1				1					18.166
	Urologie	1	1								18.166
	Psychotherapiepraxen	4	1	1		2					4.542
Zahnärzte		18	3	2	2	5	4	2			1.009
Dienstleistungen	Physiotherapeutische Praxen	11	4	1	1	2	1	2			1.651
	Hebammen	3	1	1					1		6.055
	Apotheken	6	2	1	1	1	1				3.028
	Sanitätsfachhandel	4	4								4.542
	Augenoptiker	4	2	1		1					4.542
	Heil- und Gesundheitspraktiker	6	3	1			1	1			3.028
	Hörgeräteakustiker	1	1								18.166
	Ergotherapie Praxis	1						1			18.166
	Logopädische Praxen	2	2								9.083
	Tagespflegeeinrichtung	1						1			18.166
	Suchthilfeinrichtungen	2	2								9.083
Stationäre Versorgung											
Krankenhaus (Naemi-Wilke-Stift)		1								151	120
Suchthilfeeinrichtung „Haus Agape“		1								24	757
Wohnstätte für psychisch Kranke										24	757
Teilstationäre Versorgung											
Psychiatrische Tagesklinik		1								15	1.211

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Versorgung in Guben relativ zentralistisch aufgebaut ist. Da es sich aber um eine Kleinstadt handelt, so dass die Altstadt Ost als Zentrum der medizinischen Versorgung und auch als räumliches Zentrum der Stadt für alle gut erreichbar ist,

stellt das kein größeres Problem dar. Eine Dezentralisation der Angebote ist demnach nicht nötig. Gleichwohl sollte auch die verlässliche Versorgung der peripheren Stadtgebiete im Fokus bleiben. Zum Beispiel sollten leicht zugängliche und bezahlbare Fahrdienste eingerichtet werden, so dass bei Bedarf die Versorgung gewährleistet ist. Je weiter die Anfahrtswege, desto schwieriger ist es für ältere Menschen mit körperlichen und mentalen Einschränkungen, entsprechende Versorgungseinrichtungen selbständig aufzusuchen.

Guben ist in der durchaus vorteilhaften Lage ein eigenes Krankenhaus zu haben, welches die stationäre medizinische Versorgung sicherstellt. Die Gubener Bewohnerinnen und Bewohner müssen daher für Operationen etc., die einen stationären Aufenthalt erfordern, keine weiten Anreisewege in Kauf nehmen. Außerdem gilt Guben in seiner Region damit als Zentrum medizinischer Dienstleistungen und als Anlaufpunkt für viele Menschen aus dem Gubener Umland. Auch die Versorgung psychisch kranker Menschen ist durch das Vorhandensein einer psychiatrischen Tagesklinik sowie einer Wohnstätte für psychisch Kranke sichergestellt. Rundum hat Guben sowohl ein ausreichendes Angebot an ambulanten wie auch an stationären Versorgungseinrichtungen – diese Strukturen sollten dauerhaft sichergestellt werden. Gerade für ausreichenden Nachwuchs bei Allgemeinmediziner_innen und Fachärzt_innen gilt es in Zukunft Sorge zu tragen, denn bei einer alternden Bevölkerung wird der Bedarf an einer qualitativ und quantitativ hochwertigen medizinischen Grundversorgung auch bzw. gerade in Zukunft steigen.

7.5 Zusammenfassung und Ausblick

Der Gesundheitsstatus der Kinder- und Jugendlichen wird u. a. durch die U-Untersuchungen ermittelt. In Guben nehmen viele Kinder an diesen Untersuchungen teil - mehr noch als im Land Brandenburg. Es konnte international und in der KIGGS-Studie des Robert-Koch-Instituts nachgewiesen werden, dass die Teilnahme an den U-Untersuchungen mit dem sozialen Status korreliert, so dass Familien in prekären Lebenslagen weiterhin über die Relevanz dieser Untersuchungen in den Kitas und Schulen informiert und zur Inanspruchnahme nachdrücklich ermutigt, gegebenenfalls begleitet werden müssen.

Aus diesem Grund ist es von großer Bedeutung, die Daten der Schuleingangsuntersuchung um den Bildungsabschluss, Berufsstatus der Eltern, Wohnsituation etc. zu ergänzen und kleinräumig zu analysieren. Die kleinräumige Erfassung der Schuleingangsuntersuchung heute hat den Vorteil, ein relativ komplexes Bild über die gesundheitlichen Probleme der Bevölkerung von morgen zu liefern. Die jeweiligen Befunde differenzieren sich stark aus, so dass Präventionsmaßnahmen passgenau zugeschnitten werden müssen.

Die Gubener Gesundheitsinfrastruktur umfasst bisher ein vielfältiges Angebot an Pflege-, Betreuungs-, Versorgungs- und Begegnungsleistungen, insbesondere für Senior_innen. Da-

ran zeigt sich, dass die Stadt Guben bereits auf die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung reagiert. Allerdings liegt der Auslastungsgrad der vollstationären Pflege bei 100 %. Aufgrund der steigenden Anzahl älterer Menschen wird auch die Pflegebedürftigkeit weiter steigen und somit auch die Nachfrage nach Plätzen in diesen Einrichtungen. Darüber hinaus steht die kommunale Aufgabe an, ältere Menschen selbst, aber auch die pflegenden und oft auch erwerbstätigen Angehörigen durch alltagsunterstützende Dienste umfassend zu entlasten. Insofern wird nicht nur der weitere Ausbau von stationären Betreuungsangeboten und pflegerischen Diensten, sondern auch von haushaltsnahen Dienstleistungen von Nöten sein. Hinzu kommt die hohe Anzahl an schwerbehinderten Menschen, die ebenfalls passgenaue Hilfen und Einrichtungen benötigen. Hier steht die Stadt Guben vor der großen Herausforderung, durch integrierte und vernetzte Infrastrukturangebote zeitnah und passgenau auf die sich verändernden Bedarfe der Menschen mit Behinderung sowie von älteren und hochaltrigen Menschen zu reagieren.

8 Gesellschaftliche Teilhabe

8.1 Politische Partizipation

Eine jede Person, die ihren Wohnsitz in der betreffenden Verwaltungseinheit hat, die das Mindestalter (vereinzelt 16, meist 18 Jahre) erreicht hat und die keine Ausschließungsgründe laut Wahlgesetz (z. B. Entmündigung) auf sich vereint, hat die Möglichkeit an einer Wahl teilzunehmen und somit die Chance zur gesellschaftlichen Mitbestimmung in Bund, Land und Gemeinde zu nutzen. Mit der Partizipation an einer Wahl bekunden Bürger_innen daher ihr Interesse an politischen Entscheidungen und die damit verbundenen Erwartungen oder Hoffnungen, durch die eigene Wahl das politische Geschehen zu beeinflussen. Es geht also nicht in erster Linie darum, welche Partei gewählt wird, sondern vielmehr darum, wer überhaupt die Chance zur gesellschaftlichen Mitgestaltung nutzt. So ist die Wahlbeteiligung in Deutschland seit Jahren rückläufig. Dies wird oft auf die „Politikverdrossenheit“ der Individuen und damit verbunden, auf ihre subjektive Wahrnehmung zurückgeführt, durch die eigene Wahlentscheidung keinen oder einen viel zu geringen Einfluss auf die Ausgestaltung politischer Entscheidungen zu haben.

In Guben fanden 2009 gleichzeitig vier unterschiedliche Wahlen statt, die Bürgermeister-, die Landtags-, die Bundestags- sowie die Europawahl. Die Zahl der Wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern lag bei allen vier Wahlen zwischen 17.040 (Landtagswahl) und 17.244 (Bürgermeisterwahl), was zum einen daran liegt, dass sich das Mindestalter zur Wahlteilnahme unterscheidet und zum anderen daran, dass die Wahlen nicht am gleichen Tag stattfanden. Die Wahlbeteiligung unterschied sich je nach Art der Wahl: Während sie bei der Landtags- und der Bundestagswahl bei jeweils ca. 63 % lag, war sie bei der Bürgermeisterwahl mit 56 % geringer. Am geringsten war die Beteiligung bei der Europawahl, hier betrug sie gerademal knappe 27 % (siehe Abbildung 53).

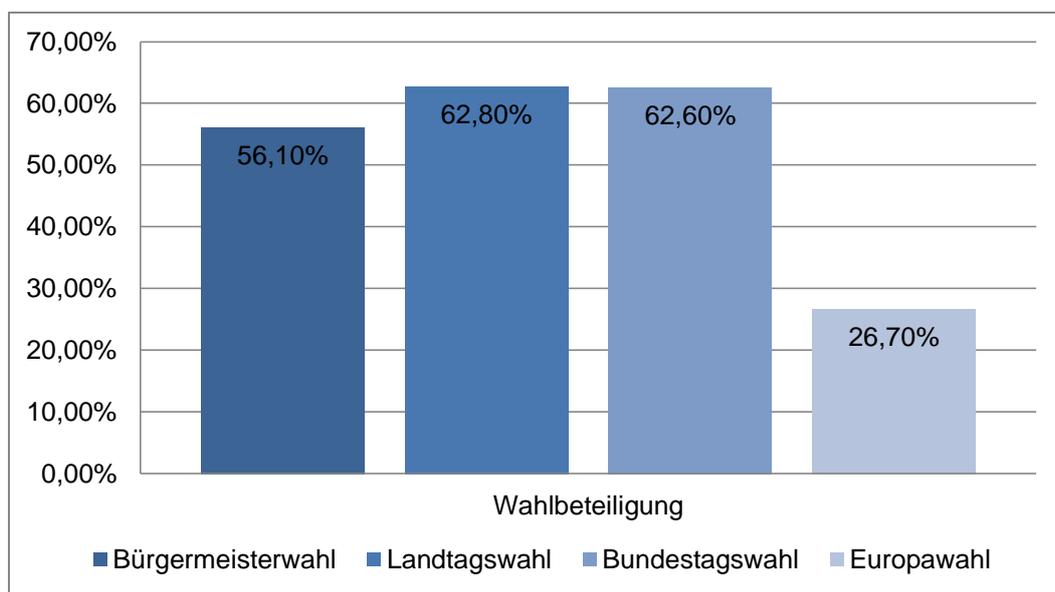


Abbildung 53 Wahlbeteiligung in Guben bei unterschiedlichen Wahlen 2009

Daraus könnte die Schlussfolgerung geschlossen werden, dass sich die Gubener somit mehr für die Politik vor Ort bzw. in Land und Bund interessieren als für die Europapolitik. Dies kann zum einen damit zusammenhängen, dass die Folgen der politischen Entscheidungen auf EU-Ebene nicht immer unmittelbar spürbar sind. Vielleicht schätzen viele der Wahlberechtigten aber auch ihre Einflussmöglichkeiten auf europäische Entscheidungen als zu gering ein, das Mitgestaltungspotenzial wird hier einfach nicht so deutlich, als es vielleicht bei Landtagswahlen der Fall ist.

Bei der letzten Bundestagswahl am 22.09.2013 waren in Guben 15.581 Personen wahlberechtigt (siehe Tabelle 54) Davon machten 9.932 Wahlberechtigte Gebrauch, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 63,74 % (Gesamtdeutschland: 71,5 %). Die größte Wahlbeteiligung ist in Schlagsdorf (64,06 %), gefolgt von Deulowitz und Groß Breesen zu finden. Demgegenüber ist die Wahlbeteiligung in WK IV mit 48,68 % relativ niedrig.

Tabelle 54 Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl nach Sozialräumen (22.09.2013)

	Sozialraum	Wahlberechtigte		Wähler_innen	
		Anzahl	In %	Anzahl	Wahlbeteiligung in %
1	Schlagsdorf	192	100	123	64,06
2	Groß Breesen/ Breesinchen	902	100	508	56,32
3	Deulowitz	231	100	130	56,28
4	WK I	755	100	413	54,70
5	WK II	3.397	100	1.820	53,57
6	Kaltenborn/WK I	1.125	100	585	52,00
7	Altstadt Ost	2.332	100	1.174	50,34
8	Altstadt West	3.839	100	1.931	50,29
9	WK IV	2.808	100	1.367	48,68
	Stadt Guben	15.581	100	9.932	63,74

Wird die Wahlbeteiligung in Guben bei Landtags- und Europawahlen 2009 mit der Wahlbeteiligung von 2004 verglichen, so wird deutlich, dass sie (teils deutlich) angestiegen ist. 2004 lag die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl bei rund 45 %, 2009 betrug sie nahezu 63 %, dies entspricht einem Anstieg um ca. 18 Prozentpunkte. Auch die Wahlbeteiligung an der Europawahl hat zugenommen, von 19 % im Jahr 2004 auf 26,7 % im Jahr 2009, dies wiederum entspricht einem Anstieg von knapp 8 % (siehe Tabelle 55).

Tabelle 55 Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung bei unterschiedlichen Wahlen 2009 und 2004

2009	Wahlberechtigte			Wähler	
	Ohne W	Mit W	Ges.	Ges.	%
Bürgermeisterwahl	15.877	1.367	17.244	9.682	56,1
Landtagswahl	15.136	1.904	17.040	8.867	62,8
Bundestagswahl	15.142	1.907	17.049	8.868	62,6
Europawahl	16.568	617	17.185	4.594	26,7
2004					
Landtagswahl	17.074	1.206	18.280	8.202	44,9
Europawahl	17.968	425	18.393	3.490	19,0
Veränderung 04 zu 09					
Landtagswahl					+17,9 %
Europawahl					+7,7 %

Somit gibt es in Guben einen, dem gesamtdeutschen gegenläufigen, Trend. In der BRD und in besonderer Weise in den ostdeutschen Bundesländern nimmt die Wahlbeteiligung seit Jahren stetig ab, allerdings liegt die durchschnittliche bundesweite Wahlbeteiligung noch immer höher als die in Guben. Beispielsweise lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2009 in Deutschland bei 70,8 % und somit knapp 8 %-Punkte über der in Guben. In Brandenburg betrug sie 67 %, also geringer als in Gesamtdeutschland aber höher als in Guben. Hessen wies mit 73,8 % die höchste und Sachsen-Anhalt mit 60,5 % die niedrigste Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2009 auf (bpb 2009: o.A.).

Auch bei der Europawahl 2009 lag die Wahlbeteiligung deutschlandweit über der in Guben: während durchschnittlich 43,3 % der Deutschen ihr Wahlrecht in Anspruch nahmen, waren es in Guben gerademal 26,7 %, also 16,6 % weniger. Im Jahr 2004 fiel dieser Unterschied noch deutlich gravierender aus: hier nahmen 43 % der Deutschen an der Europawahl teil, in Guben waren es hingegen gerade mal 19 % und somit weniger als die Hälfte (bpb 2009: o. A.).

Es ist erfreulich, dass die Wahlbeteiligung in Guben zwischen 2004 und 2009 angestiegen ist, allerdings muss sie in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen, um an den bundesdeutschen Durchschnitt heranzukommen. Die Bewohner_innen Gubbens müssen das Gefühl bekommen, dass sie mit der Abgabe ihrer Stimme Einfluss auf die kommunale, die Landes- sowie die Bundespolitik ausüben können, dass sie ein Mitgestaltungsrecht haben und dass sie und ihre Bedürfnisse und Wünsche wahrgenommen werden.

Wird das politische Engagement auf anderer Ebene betrachtet, so wird deutlich, dass in der Gubener Stadtverordnetenversammlung (SVV) seit der Kommunalwahl 2008 28 Abgeordnete und weitere 39 sachkundige Einwohner aktiv in den verschiedenen Ausschüssen mitwirken. Innerhalb des Kreistags des Landkreis Spree-Neiße sind acht Abgeordnete und weitere fünf sachkundige Einwohner_innen aus Guben in den entsprechenden Ausschüssen aktiv. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Gubener Bürger_innen im Landtag oder Bundestag vertreten.

8.2 Ehrenamtliches Engagement

„Für das Funktionieren der Gesellschaft, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für die Erhöhung der individuellen Lebensqualität hat das zivilgesellschaftliche Engagement einen unverzichtbaren Stellenwert“ (destatis 2011: 358). Freiwilliges Engagement, auch ehrenamtliches oder zivilgesellschaftliches Engagement genannt, wird als ein individuelles Handeln verstanden, dass sich durch die Ausrichtung auf das Gemeinwohl, die Freiwilligkeit und durch eine fehlende persönliche materielle Bereicherung auszeichnet. Besonders in einer Gesellschaft, in der sich ein demografischer Wandel vollzieht, in der es zu einer zunehmenden Individualisierung und damit zum Verlust sozialer Bindungen kommt, gewinnen Ehrenamt und soziales Engagement immer mehr an Bedeutung. Sich zu engagieren kann einerseits die Bereitstellung von Zeit und andererseits die Spende von Geld oder von anderen materiellen Gütern bedeuten. Der öffentliche Raum stellt den Ort für soziales Engagement dar und die institutionelle Infrastruktur für ein solches Engagement bilden meist Vereine, Verbände, Stiftungen oder Bürgerinitiativen (ebd.).

Die Palette an Organisationen, in denen zivilgesellschaftliches Engagement verankert ist, ist vielfältig: Organisationen der politischen und allgemeinen Interessensvertretung, Sport, Freizeit, Kultur, Soziales, Umwelt und Tierschutz. „Als Basis demokratischer Gesellschaften tragen die Aktivitäten in diesen Organisationen zur Interessensbündelung und -artikulation bei“ (destatis 2011: 359). Sie sind somit ein Grundpfeiler einer funktionsfähigen Gesellschaft. Je nach Organisationsform unterscheidet sich jedoch meist der Einfluss auf politische oder gesellschaftliche Entscheidungen, was auch durch die jeweilige Ausrichtung gewollt ist – Sportvereine verfolgen beispielsweise ein anderes Ziel als es politische Organisationen tun. Besonders wichtig ist das freiwillige Engagement im Kontext der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei gleichzeitiger schnell fortschreitender Individualisierung. Es trägt zur konstruktiven und lösungsorientierten Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen Problemlagen bei, es fördert die Kompromissbereitschaft und das gegenseitige Verständnis und forciert den Austausch von Argumenten der Bürger_innen untereinander und auch mit Institutionen (ebd.: 359f).

Bei der Betrachtung zivilgesellschaftlichen Engagements sollte auch immer unterschieden werden zwischen einem regelmäßigen und einem selteneren Engagement und einem, das durch relativ kurzfristige Ein- und Austritte oder Dauerhaftigkeit gekennzeichnet ist. Deutschlandweit hat besonders das regelmäßige Engagement (mindestens monatlich) zugenommen und lag 2009 bei rund 19 %. Jedoch ist ein beachtlicher Teil des Engagements durch relativ kurzfristige Ein- und Austritte gekennzeichnet, d. h. durchgehende Engagements sind immer seltener (ebd.: 360). „Das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen wird stärker durch Engagementepisoden geprägt“ (ebd.).

Ebenfalls Einfluss auf das Wahrnehmen von zivilgesellschaftlichen Aufgaben haben das Alter, der Bildungsabschluss, eine Erwerbstätigkeit, die kirchliche Bindung, das Vorhandensein von Kindern sowie die wirtschaftliche Situation. Das freiwillige Engagement von Jugendlichen fiel im Zeitraum von 1999 bis 2009 in Deutschland langsam, aber kontinuierlich ab, das der über 60-Jährigen hingegen nahm stetig zu. Auch in der mittleren Altersgruppe ist es angestiegen. Das geht vermutlich darauf zurück, dass sich die Beteiligung an gesellschaftlichen Organisationen mit dem Vorhandensein von Kindern erhöht. Eltern werden in den Bereichen aktiv, denen sie eine große Bedeutung für das Heranwachsen ihrer Kinder beimessen (z. B. Kindertagesbetreuung, Schule, Sport, Kultur usw.). Ein hohes Bildungsniveau und das Vorhandensein befördern ebenfalls das Engagement (ebd.: 361).

Ehrenamtliches Engagement als individuelles, personenbezogenes Phänomen wird im Rahmen dieses Kapitels betrachtet, die Vereine als eine Form zivilgesellschaftlichen Engagements werden dagegen in Kapitel 9 beschrieben, da sie einen Teil der sozialen Infrastruktur Gubens darstellen, den es gesondert auch unter dem Bildungs- und Beratungsaspekt und als Einflussfaktor auf die Lebenslage der gesamten Bevölkerung zu betrachten.

8.3 Zusammenfassung und Ausblick

Die gesellschaftliche Teilhabe der Gubener Bürger_innen wurde in diesem Kapitel anhand von verfügbaren Daten zur politischen Partizipation versucht zu beantworten. Dabei ist deutlich geworden, dass entgegen der bundesweit rückläufigen Entwicklung der Wahlbeteiligung in Guben eine steigende Wahlbeteiligung zu konstatieren ist. Das Recht zu wählen wird in der Stadt unterschiedlich wahrgenommen, so dass die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Stadtteilen starke Schwankungen aufweist (Bundestagswahl 2013: 48,68-64,06 %). In Zukunft sollten weitere Daten zum Wahlverhalten, zur Bildung, dem Einkommen und der beruflichen Position erfasst werden. Ebenso von Interesse sind Informationen zum Geschlecht und zu den Jungwähler_innen. Denn nur so können Wählergruppen direkt adressiert und Maßnahmen zur stärkeren politischen Partizipation ergriffen werden.

9 Soziale Infrastruktur und soziale Situation der Bewohner_innen

Die (Weiter-)Entwicklung der sozialen Infrastruktur ist meist eine Reaktion auf die soziale Lage und die Bedarfe der Bewohnerschaft, die wiederum durch eine Vielzahl an Einflussfaktoren bestimmt werden (z. B. Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, familiäre Lebensform, Haushalts- und Wohnstruktur, Einkommenssituation usw.). Unterschiedliche soziale Lagen gehen auch immer mit unterschiedlichen objektiven Lebensbedingungen und unterschiedlichen Empfindungen sowie Bewältigungsmechanismen einher. Einige Personen orientieren sich an den vorhandenen Defiziten, andere versuchen die vorhandenen (persönlichen aber auch institutionellen) Ressourcen bestmöglich einzusetzen, um die eigene Situation (Lebenslage) zu verbessern. Beratungs- und Bildungseinrichtungen gewinnen in einer immer leistungsorientierteren Gesellschaft, die zum einen auf familiären Werten basiert, in der aber zum anderen die Arbeitsmarkt- und Erwerbsorientierung immer mehr zunimmt, enorm an Zuspruch, sowohl von politischer (Förderung) als auch von privater (Nutzung) Seite. Es wird vermehrt deutlich, dass Menschen zur Bewältigung ihrer täglichen Aufgaben und vor allem bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben auf Hilfe angewiesen sind. Die Aufgabe von Kommunen besteht demnach darin, ein soziales (Dienstleistungs-)Netz zu entwickeln, welches auf die unterschiedlichen Bedarfe vor Ort möglichst passgenau reagiert. Gerade in Städten, die durch eine hohe Arbeitslosigkeit, geringe Erwerbseinkommen und starke Bevölkerungsrückgänge gekennzeichnet sind, gilt es unterstützende, zur Bewältigung der problematischen Lebenssituation beitragende Mechanismen zu entwickeln, zu fördern und auszubauen, um so Einbußen an Lebensqualität vor Ort und damit einhergehende Bevölkerungsverluste zu verhindern. Die soziale Situation ist auch immer eng mit der gesellschaftlichen Teilhabe, wie sie im vorangegangenen Kapitel in den Blick genommen wurde, verbunden, d. h. sie ist geprägt durch zwei Teilaspekte: dem vorhandenen Angebot an Unterstützungsleistungen und der Nutzung dieses Angebots bzw. dem Engagement jedes Einzelnen, sich daran zu beteiligen.

9.1 Beratungs- und Bildungseinrichtungen

Im Folgenden sollen drei Arten von Beratungs- und Bildungseinrichtungen in den Blick genommen werden. Die sozialen Beratungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Einrichtungen, die Angebote für Senior_innen bereithalten. Die Institutionen lassen sich nicht immer trennscharf in eine der drei Gruppen einteilen. Es gibt durchaus Einrichtungen, die in verschiedenen Feldern tätig sind, wie sich im Folgenden zeigt.

Beratungseinrichtungen

In Guben gibt es rund 14 Träger, die Beratungs- bzw. Bildungseinrichtungen für verschiedene Personengruppen vorhalten. Das Beratungsangebot richtet sich dabei an Familien, ältere Menschen, kranke oder beeinträchtigte Menschen und deren Angehörige, junge Menschen, Menschen in prekären Lebensumständen u.v.m. (siehe Tabelle 56). Die Personen, die einen Beratungsbedarf haben, können demnach in der Regel im Stadtgebiet Guben auch eine Beratung in Anspruch nehmen. Allerdings sagt das Vorhandensein einer gewissen Anzahl an Beratungseinrichtungen noch nichts über Nutzung bzw. Auslastungsgrad aus.

Tabelle 56 Beratungseinrichtungen in Guben

	Träger	Aufgabenspektrum
1	Arbeitslosenserviceeinrichtung Forst/Guben (Arbeitslosenverband Deutschland – Landesverband Brandenburg e.V.)	Förderung, Fürsorge Wohlfahrt und Interessensvertretung der von Arbeits- und Erwerbslosigkeit betroffenen oder bedrohten Personen; Beratung; Hilfe bei Bewerbungen; Computertraining; Begegnungsstätte für Erwerbslose; Träger der „Gubener Tafel“
2	Blinden- und Sehbehinderten-Verband Brandenburg e.V., Ortsverband Guben	Beratung, Betreuung und Hilfestellung für blinde und seh-schwache Menschen und deren Familien
3	DRK, Kreisverband Niederlausitz e.V., Bereich Guben	Opferhilfe bei Katastrophen und anderen Notsituationen; Verhütung und Linderung menschlichen Leiden aus Krankheit, Verletzung, Behinderung oder Benachteiligung; Förderung der Gesundheit, der Wohlfahrt und der Jugend; Wasserrettung; Blutspendedienst; Betreuung von SHG; Seniorenbetreuung; Schuldnerberatung; Schwangerenberatung; Hausnotrufsystem; Kleiderkammer; ambulante und mobile Hilfsdienste, soziale Dienste
4	Haus der Familie e.V. Guben	Unterstützung von Familien; Eltern-Kind-Gruppen; Seniorenarbeit; Informationsveranstaltungen; Freizeit- und Ferienangebote; Gesundheitsprophylaktische Kurse; sozialpädagogische Gruppenarbeit, incl. Betreuung von sozial schwachen Menschen; Träger des Zentrums für Familienbildung und Erholung in Grieben
5	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Kreisvereinigung Guben e.V.	Eintreten für die Rechte und das Wohlergehen aller Menschen mit geistiger Behinderung, ihrer Eltern und sonstigen Angehörigen; Begleitung geistig behinderter Menschen in ihrem Bestreben gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen; Beratung und Betreuung geistig Behinderter und deren Angehöriger; familienentlastende Dienste; Betreiber Wohnstätten für geistig Behinderte; Beteiligung an der Werkstatt für geistig Behinderte
6	Sozialverband Deutschland, Ortsverband Guben	Altersfürsorge für Rentner aus der gesetzlichen Rentenversicherung; Hilfe und Fürsorge für Menschen mit Behinderung, Kriegs- und Wehrdienststopfer, Arbeitsunfallverletzte, Hinterbliebene
7	Mieterbund Cottbus-Guben und Umgebung e.V., Beratungsstelle Guben	Beratung und Rechtsbeistand in allen Mietrechtsfragen gegenüber kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Vermietern sowie Gerichten
8	Bezirksverein der Kehlkopfloren Cottbus e.V.	Erleichterung und Verbesserung des Lebens der kehlkopfloren Menschen und deren Angehörigen durch seelischen Beistand vor und nach der Operation; Hilfe zur Selbsthilfe
9	Volkssolidarität Spree-Neiße Regionalverband Guben	Förderung der Alten- und Jugendhilfe, des öffentlichen Gesundheitslebens und des Wohlfahrtswesens; Leistung sozialer und pflegerischer Dienste durch ambulante und stationäre Betreuungseinrichtungen; Beratung und Betreuung für Senior_innen; Seniorenreisedienst; Seniorenchor; Träger des Begegnungszentrums Berliner Str., der Sozialstation Heinrich-Mann-Str., der Seniorenbegegnungsstätte „Treff am Schillerplatz“ und des „Kleeblatt-Treff für Jung und Alt“
10	Das Frauenhaus Guben	
11	Caritasverband der Diözese Görlitz e.V., Caritas-Regionalstelle Cottbus	Beratung psychisch Kranker in der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
12	Anke Schwarze	Ehe- und Familienberatung; Paarberatung
13	Naemi-Wilke-Stift	Erziehungs- und Familienberatungsstelle

Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen

Tabelle 57 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

	Träger	Aufgabenspektrum
1	Naemi-Wilke-Stift	Siehe Tabelle 56
2	DRK, Kreisverband Niederlausitz e.V., Bereich Guben	Siehe Tabelle 56
3	Haus der Familie e.V. Guben	Siehe Tabelle 56
4	Volkssolidarität Spree-Neiße Regionalverband Guben	Siehe Tabelle 56
5	Fabrik e.V.	Offene Jugendarbeit; alternative Freizeitgestaltung
6	Förderverein für alternative Jugendarbeit und Jugendkultur e.V.	Offene Jugendarbeit; alternative Freizeitgestaltung
7	Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Guben	Brandschutzerziehung; Jugendgruppe
8	Jugendrotkreuz	
9	Die Heilsarmee Korps Guben	
10	Stadt Guben – Kinder- und Jugendfreizeitzentrum	
11	Städtische Musikschule „Johann Crüger“	

Spielplatzflächen für Kinder und Jugendliche

In der Stadt Guben gibt es 13 Spielplätze die in der Verantwortung der Stadt liegen. Jeweils zwei liegen in Altstadt Ost, Altstadt West und WK II (siehe Tabelle 58). Dabei unterscheidet sich die Anzahl der Kinder im jeweiligen Stadtteil stark. Der Stadtteil Altstadt West hat im Jahr 2012, mit 311 Kindern im Alter von 0-10 Jahren, die meisten Kinder innerhalb dieser Altersgruppe. Danach folgt WK II mit 273 Kindern. WK IV hat drei Spielplätze für 200 Kinder. Die Ortsteile Reichenbach (82 Kinder und Jugendliche), Groß Breesen (80 Kinder und Jugendliche) sowie Kaltenborn (65 Kinder und Jugendliche) besitzen keine Spielplätze. Hingegen haben die Ortsteile Schlagsdorf (24 Kinder), Deulowitz (17 Kinder) und Bresinchen (3 Kinder) jeweils einen Spielplatz. Wird darüber hinaus noch die Altersgruppe der 11-18-Jährigen betrachtet, so zeigt sich dass die Stadtteile WK II (210 Jugendliche), Altstadt West (199 Jugendliche) sowie WK IV (163 Jugendliche) ebenfalls die Stadtteile mit den meisten Jugendlichen sind. Allerdings sagen diese Daten nichts über den Zustand der Spielplätze, noch über die Frequentierung aus. Es empfiehlt sich, ein integriertes kommunales Spielplatzkonzept zu entwickeln (siehe Handlungsempfehlungen).

Tabelle 58 Anzahl der Spielplätze nach Stadtteil und Anzahl der Kinder im Jahr 2012

Stadtteil	Anzahl der Spielplätze	Anzahl der Kinder im Stadtteil 0-10 Jahre	Anzahl der Kinder im Stadtteil 11-18 Jahre	Gesamtanzahl der 0-18-Jährigen im Stadtteil
Altstadt Ost	2	136	90	226
Altstadt West	2	311	199	510
WK I	1	94	78	172
WK II	2	273	210	483
WK IV	3	200	163	363
OT Reichenbach	0	45	37	82
OT Kaltenborn	0	24	41	65
OT Groß Breesen	0	42	38	80
OT Bresinchen	1	3	8	11
OT Deulowitz	1	17	14	31
OT Schlagsdorf	1	24	14	38
Gesamt	13	1169	892	2061

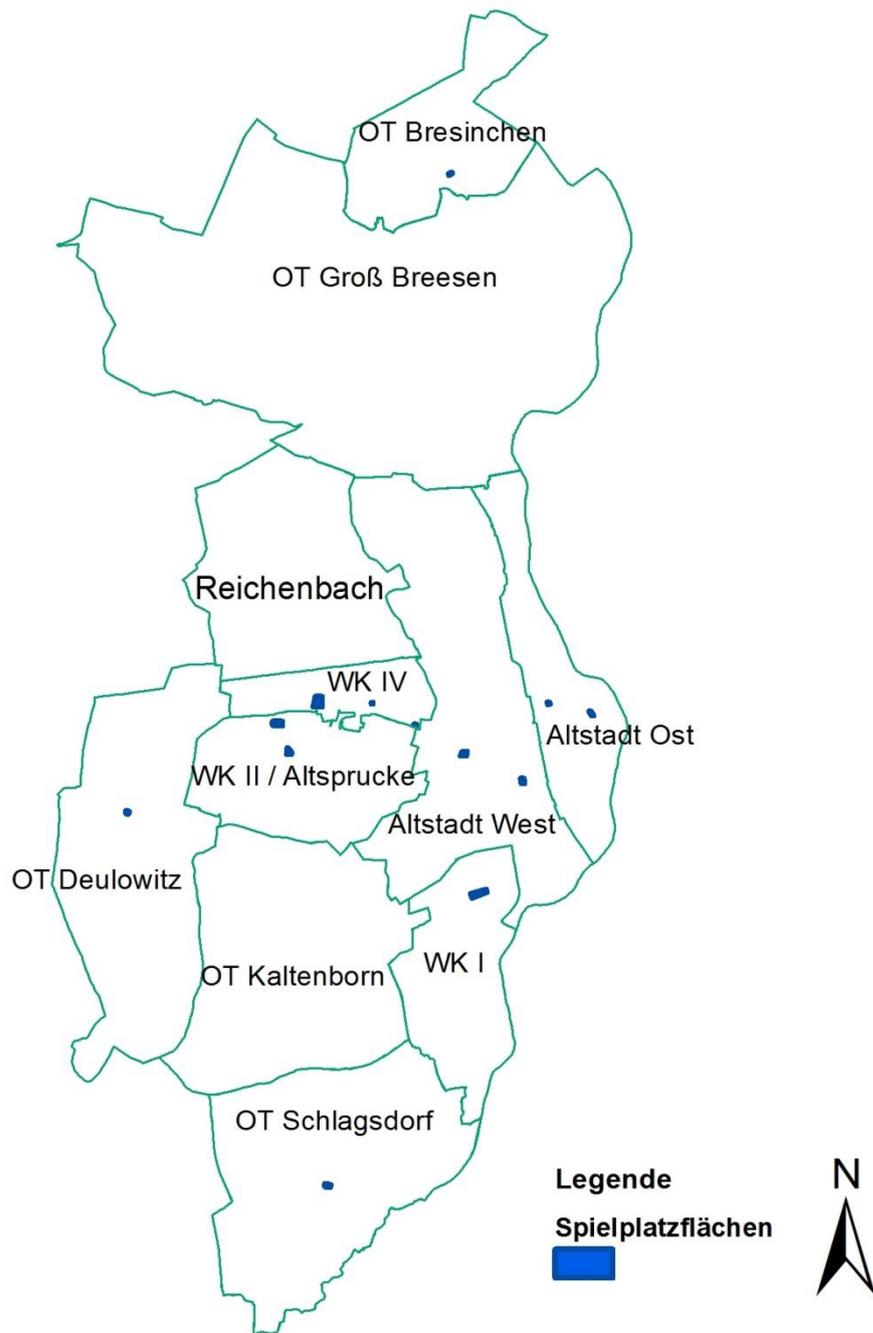


Abbildung 54 Spielplatzflächen in Guben

Tabelle 59 Einrichtungen und Angebote für Senioren

	Träger	Aufgabenspektrum
1	DRK, Kreisverband Niederlausitz e.V., Bereich Guben	Siehe Tabelle 56
2	Haus der Familie e.V. Guben	Siehe Tabelle 56
3	Sozialverband Deutschland, Ortsverband Guben	Siehe Tabelle 56
4	Volkssolidarität Spree-Neiße Regionalverband Guben	Siehe Tabelle 56
5	Arbeiterwohlfahrt RV Brandenburg Süd e.V., Ortsverein Guben	Förderung freier Wohlfahrtspflege; Betreiber der Sozialstation und Tagesstätte für Senioren; Hilfsmittelverleih; Seniorenbegegnungsstätte; Wohnen mit Service und Hausnotruf
6	Brandenburgischer Seniorenverband e.V.	Soziale Betreuung älterer Menschen, Hilfe in Notlagen

9.2 Vereine

Vereine stellen in der heutigen Gesellschaft ein sehr gutes Integrationsinstrument dar. Hier kommen Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft zusammen und gehen gemeinsam ihrem Hobby nach, ohne, dass dabei die Unterschiede im negativen Sinne Beachtung finden. Die Vereinslandschaft in Deutschland weist seit Jahren ein hohes Wachstum auf, wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten ist.

Sport und Freizeit

Sportvereine stellen ein wichtiges gesundheitsförderndes und präventiv wirksames Instrument zur Gesunderhaltung einer Gesellschaft dar. Nicht nur die körperliche Fitness kann durch die Teilnahme an Sportangeboten gefördert werden sondern auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gemeinsam seinem Hobby bzw. einem bestimmten Sport nachzugehen bedeutet gemeinsame Interessen zu haben, sich regelmäßig zu sehen, auszutauschen und von und miteinander zu lernen. Besonders für Kinder und ihr gesundes Aufwachsen sind Sportvereine von herausragender Relevanz. Neben der Gesunderhaltung des Körpers lernen Kinder, wie man sich in einer Gemeinschaft verhält und wie man sich gegenseitig unterstützt – es entsteht ein Gemeinschaftsgefühl.

In Guben gibt es insgesamt 34 Sportvereine der unterschiedlichsten Art. Es gibt acht Anglervereine, einen Bootsverein, diverse Vereine mit einem umfänglichen Angebot an unterschiedlichen Sportarten (Tennis, Ballsport usw.), mehrere Gesundheit- und Fitnessclubs, einen Radsportverein, Vereine für Tiersport (Hundesport, Reitsport) u.v.m. Die Mitgliederzahlen in den einzelnen Sportvereinen liegen zwischen neun und knapp 600 Mitgliedern.

Kultur und Freizeit

In Guben gibt es neun Kulturvereine mit unterschiedlichem Schwerpunkt und unterschiedlichen Mitgliederzahlen. Es handelt sich um Vereine mit künstlerischem, musikischem oder (heimat-)kulturellem Hintergrund. Es geht vor allem darum heimatliche Traditionen zu pflegen und gemeinsam den Hobbys, wie malen oder singen nachzugehen.

Sonstige Vereine

Des Weiteren gibt es Vereine, die sich nicht unmittelbar den ersten beiden Gruppen zuordnen lassen – sie werden unter den „sonstigen Vereinen“ zusammengefasst. Diese Gruppe umfasst 64 Vereine, vor allem Kleingartenvereine (40), Kleintierzuchtvereine (7) aber auch Reise- und Tourismusvereine, Interessensvertretungen, ein Briefmarken-Sammelverein oder auch das Gubener Tierheim.

Alles in allem gibt es in Guben eine Vielzahl an unterschiedlichen Vereinen, die sich mit unterschiedlichen Themen, Sportarten usw. beschäftigen.

Eine Übersicht zum ehrenamtlichen Engagement in Gubener Vereinen zeigt Tabelle 60. Insgesamt sind 1.226 Gubener Bürgerinnen und Bürger in einem Verein ehrenamtlich aktiv. 447 Personen in der Kategorie „Sonstige Vereine“, gefolgt von Sportvereinen, die 343 ehrenamtliche Mitarbeiter_innen am Stichtag 30.9.2013 zählten.

Tabelle 60 Übersicht Ehrenamt in Gubener Vereinen (30.09.2013)

	Ehrenamtliche Mitarbeiter_innen (MA); h pro Monat			
	Anzahl MA	Ehren. MA bis 10 h	Ehren. MA 10 – 20 h	Ehren. MA über 20 h
Soziale Vereine	272	43	154	75
Jugendvereine	31	13	10	8
Kulturelle Vereine	133	k.A.	k.A.	k.A.
Sportvereine	343	158	44	141
Sonstige Vereine	447	k.A.	k.A.	k.A.
Gesamt	1.226	214	208	224

9.3 Hilfen zur Erziehung

Die Anforderungen an Eltern in unserer Gesellschaft sind vielfältig und wachsen stetig an. Durch Mehrfachbelastung, z. B. durch Arbeitslosigkeit, geringe finanzielle Mittel, den Status, alleinerziehend zu sein usw. kann sich das Gefühl der Perspektivlosigkeit mit der Folge, sich selbst und das Familienleben zu vernachlässigen, auftreten. Solche Lebenssituationen gehen mitunter mit der Überforderung bei den elterlichen Fürsorgeaufgaben einher. Ein Indikator, der Auskunft über problematische Bedingungen des Aufwachsens von Kindern gibt, ist

der Einsatz von Hilfen zur Erziehung (HzE). Diese sind eine staatliche Leistung der Jugendhilfe und im Kinder- und Jugendhilfegesetz gesetzlich geregelt (SGB VIII). Es besteht ein Rechtsanspruch auf HzE, welcher lautet: „Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist“ (§ 27 Abs. 1 SGB VIII). Es werden ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfen unterschieden, doch auch hier gilt: ambulant vor stationär. Die Unterbringung außerhalb der Familie kommt nur in Frage, wenn eine akute Gefährdung des Kindeswohls droht und wenn die Prüfung, ob ambulante Hilfen und präventive Maßnahmen geeignet wären, negativ ausfällt – die Vermeidung einer stationären Unterbringung ist anzustreben. Allerdings basiert die Unterstützung immer auf dem Grundsatz, dass die Stärkung der Selbsthilfekräfte der Familien sowie der Lebensweltbezug im Fokus stehen, die Verantwortung für die Erziehung und Betreuung soll daher soweit wie möglich bei den Personensorgeberechtigten verbleiben.

In Guben wurden im Jahr 2012 in insgesamt 144 Fällen Hilfe zur Erziehung gewährt. Dies sind 25 Fälle mehr als im Jahr 2011 und 22 mehr als im Jahr 2010 (und das trotz sinkender Einwohner- und Kinderzahlen). Wie bereits beschrieben, wird in ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung unterschieden. Trotz des Vorrangs der ambulanten Hilfen, unterscheiden sich die Fallzahlen kaum: während 2012 79 Mal ambulante Hilfen gewährt wurden, waren es im gleichen Jahr 65 Fälle von stationären Unterbringungen. Noch geringer war der Unterschied zwischen ambulanten und stationären Fällen in den beiden vorangegangenen Jahren, hier wurden sogar mehr stationäre als ambulante Hilfen angewandt: 2011 waren es 57 ambulante Hilfen und 62 stationäre, 2010 waren es 55 ambulante und 57 stationäre Hilfen (siehe Abbildung 55).

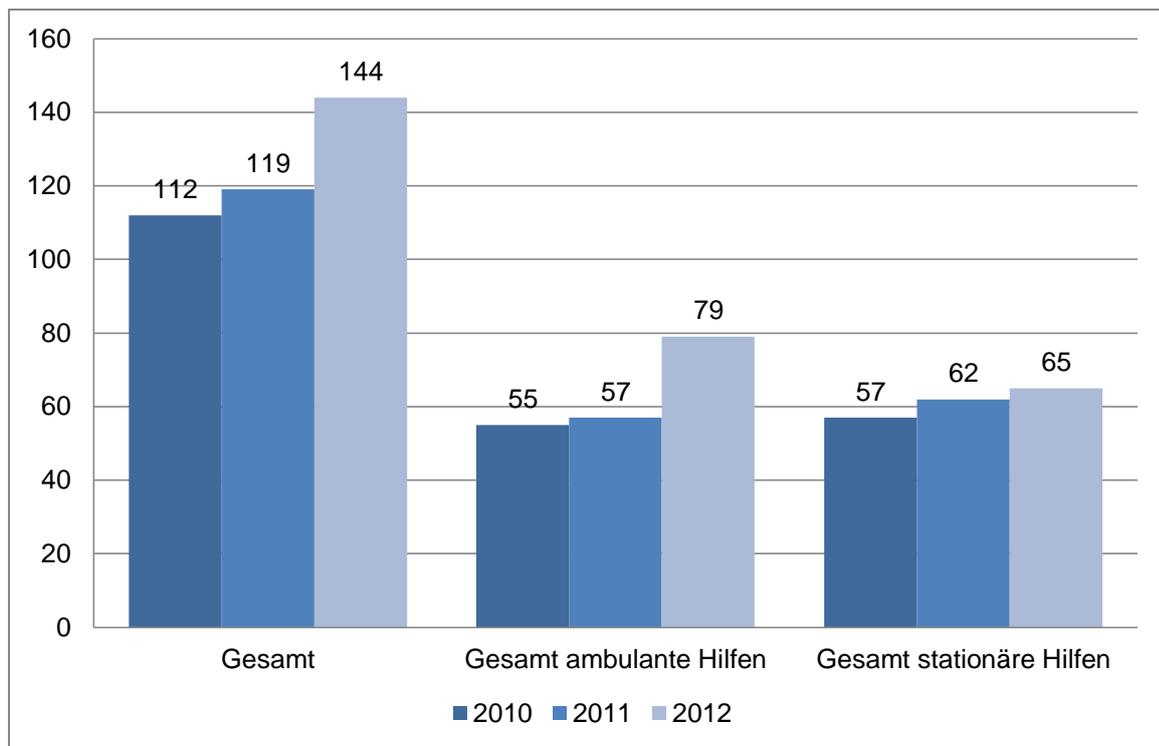


Abbildung 55 HzE-Fälle in Guben in den Jahren 2010, 2011 und 2012

Der generelle Anstieg der HzE-Fälle ist gleichbedeutend mit einem Anstieg des prozentuellen Anteils der Kinder, die Hilfen zur Erziehung erhalten, an allen Kindern zwischen Null und 18 Jahren. Betrug dieser 2010 noch 5,7 %, so lag er 2011 bei 6 % und betrug 2012 7,3 % - dies entspricht einem Anstieg von 1,6 % innerhalb von zwei Jahren (siehe Tabelle 61).

Tabelle 61 ambulante und stationäre HzE-Fälle in Guben und in Spree-Neiße 2010, 2011 und 2012

Hilfeformen	2010		2011		2012	
	Guben	Landkreis Spree-Neiße	Guben	Landkreis-Spree-Neiße	Guben	Landkreis Spree-Neiße
§ 28	0	18	1	11	2	9
§ 29	0	3	0	6	0	7
§ 30	12	115	7	74	7	70
§ 31	43	272	49	282	70	329
Gesamt ambulante Hilfen	55	408	57	373	79	415
§ 32	1	16	1	19	0	23
§ 33	29	143	32	153	33	152
§ 34	27	197	29	182	32	280
Gesamt stationäre Hilfen	57	356	62	354	65	354
Gesamt	112	764	119	727	144	769
%-Anteil an den 0- unter 18 J.	5,7 %	5,1 %	6,0 %	4,8 %	7,3 %	5,1 %

Vergleicht man die Zahlen aus Guben mit dem Landkreis Spree-Neiße, so wird deutlich, dass in Spree-Neiße die ambulanten Hilfen überwiegen, sowohl in 2010 (408 > 356) als auch in 2011 (373 > 354) und 2012 (415 > 354). In Guben hingegen wurden nur letztes Jahr mehr

ambulante als stationäre Hilfen gewährt. Zieht man auch hier den vergleichbaren Indikator „prozentualer Anteil HzE-Fälle an den 0 bis unter 18 Jährigen“ heran, so wird deutlich, dass in Guben überdurchschnittlich viele der Kinder unter 18 Jahren Leistungen im Rahmen des § 27 Kinder- und Jugendhilfegesetz in Anspruch nehmen bzw. darauf angewiesen sind. In Guben lag der Anteil im Jahr 2012 wie bereits erwähnt bei 7,3 %, im Landkreis Spree-Neiße, ist er zum einen niedriger (5,1 %) und zum anderen nicht im gleichen Maße angestiegen, wie es in Guben der Fall war (2011: 4,8 %). Er lag demnach in Guben 2,2 Prozentpunkte höher als in Spree-Neiße, dies ist ein knappes Drittel (siehe Tabelle 61 und Abbildung 56).

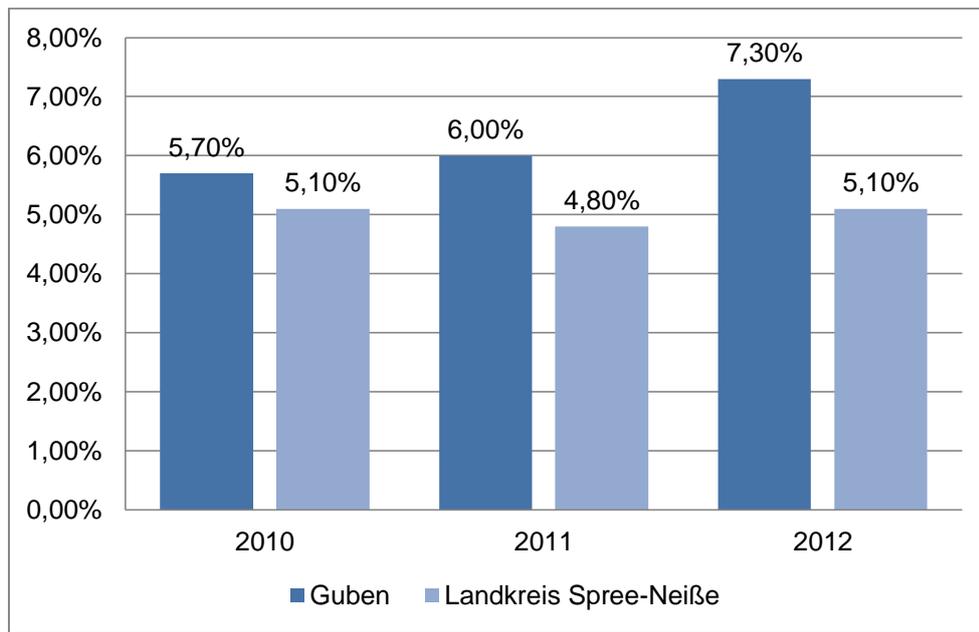


Abbildung 56 Prozentualer Anteil der HzE-Fälle an allen 0- unter 18 Jährigen

Auch in ganz Brandenburg hat die Zahl der HzE-Fälle zugenommen. Im Jahr 2011 wurden 14.759 erzieherische Hilfen für Kinder und Jugendliche begonnen, das sind 3,1 % mehr als noch im Jahr zuvor (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2012: 1).

Eine steigende Anzahl an gewährten Hilfen zur Erziehung lässt darauf schließen, dass immer mehr Eltern, gerade in Guben, mit der Erziehung ihrer Kinder und den vielfältigen Aufgaben, die ein Alltag mit Kindern stellt, überfordert sind. Vor allem die steigende Zahl der stationären Hilfeformen ist bedenklich. Die Inobhutnahme der Kinder bedeutet, dass die Verhältnisse in den Familien sich so gravierend negativ auf das Kindeswohl auswirken, dass ein Verbleib in der Familie schädlich wäre bzw. werden könnte. Um die stationären Hilfeformen zu vermeiden, gilt es die ambulanten und vor allem präventiven Hilfen auszubauen, Hemmnisse der Inanspruchnahme abzubauen und die Zugänge zu niedrigschwelligen Angeboten der Familienunterstützung und -förderung zu erleichtern. Nur durch den frühzeitigen Einsatz unterstützender Hilfsnetze und den Ausbau der Ressourcen zwecks Vermeidung von defizi-

tären Familienverhältnissen, lassen sich dauerhafte Inobhutnahmen vermeiden. Kinder benötigen anregungsreiche Sozialisationsbedingungen in sicheren Bindungsbeziehungen, damit sie später einmal in der Lage sind, ein selbständiges Leben zu führen und ihren Kindern positive Werte zu vermitteln und ihnen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Ansonsten wird Vernachlässigung intergenerativ weitergegeben und zu einer negativen Spirale für Eltern und Kinder aufeinanderfolgender Generationen werden. Bei sinkenden Geburtenzahlen sind das kindgerechte Aufwachsen und die Bereitstellung familienfördernder Angebote, Einrichtungen und Hilfesysteme für eine Gesellschaft von besonderer Bedeutung und sollten einen Schwerpunkt kommunaler sozialpolitischer Entscheidungen bilden.

9.4 Zusammenfassung und Ausblick

Trotz sinkender Bevölkerungszahlen ist es erfreulich, dass in Guben ein breites Angebot an Vereinen und somit an Sport-, Kultur- und Freizeitaktivitäten existiert. Diese Vereine können nur aufgrund der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement bestehen und sind auf aktive Mitglieder der Gubener Bevölkerung angewiesen. Dieses Engagement muss gepflegt, begleitet und mit kommunalen Angeboten immer wieder gut abgestimmt werden. Darüber hinaus existieren verschiedenste Beratungs- und Bildungseinrichtungen, jedoch können derzeit keine Aussagen über den Nutzungs- und Auslastungsgrad getroffen werden.

Die Zunahme der Hilfen zur Erziehung – sowohl in Guben als auch im Land Brandenburg – sollten beobachtet und in kommunaler und öffentlicher Verantwortung einen Schwerpunkt in der fachlichen Arbeit bilden.

10 Die Gubener Stadtteile im Profil

Es gibt natürliche, soziale und administrative Grenzen, die Städte in eine Vielzahl kleinerer Teilräume (Subbereiche, Stadtteile, Sozialräume, Lebensräume usw.) gliedern, die sich wiederum in ihrer sozialen Zusammensetzung der Einwohnerschaft sowie der Siedlungs- und Infrastruktur erheblich unterscheiden können. Zum einen hat der Lebensraum von Menschen Einfluss auf deren Einstellung und Verhalten, zum anderen unterscheiden sich die Teilräume häufig in Bezug auf ihrer sozialen und gesundheitlichen Versorgungs- und Dienstleistungsinfrastruktur für unterschiedliche Alters- bzw. Zielgruppen. Daher ist es wichtig, diese Sozialräume mit Blick auf ihre sozialen Wirkungen auf die Bewohner_innen hin zu untersuchen und im Detail zu analysieren. Wie bereits in Kapitel 2.3 erwähnt, bezieht sich die kleinräumige Betrachtung in diesen Bericht auf die sieben größten Stadtteile.

Tabelle 62 zeigt die verschiedenen Indikatoren im Gebietsvergleich.

Tabelle 62 Indikatoren im Gebietsvergleich

Indikatoren im Gebietsvergleich	Guben	Altstadt Ost	Altstadt West	WK I	WK II	WK IV	Reichenbach	Groß Breesen
Personen im Hauptwohnsitz	18.166	1.471	4.800	1.624	4.891	2.737	697	870
Altersdurchschnitt	50,63	46,24	50,73	51,93	53,27	48,37	49,78	50,50
Jugendquotient	19,11	24,43	17,71	18,92	18,42	20,57	19,76	13,56
Altersquotient	49,28	34,59	48,96	59,74	68,12	34,50	48,19	33,90
Wohnungs-leerstand in %	15,7 %	32,6 %	12,9 %	13,4 %	14,2 %	26,6 %	-	-
%-Anteil soz.vers.pfl. Beschäftigte/ Einwohner 19-65 Jahre	53,63	52,28	56,51	51,16	52,23	44,07	62,65	59,23
%-Anteil der Vorschulkinder in Sprachförderung (2012)	24,0	31,3	20,0	27,3	19,8	30,8	-	0
%-Anteil der Vorschulkinder in Sprachförderung (2013)	23,5	27,8	0	42,1	11,1	42,9	-	0
Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013 in %	63,74	50,34	50,29	54,7	53,57	48,68	-	56,32
Wahlbeteiligung Bürgermeisterwahl 2009 in %	56,18	44,39	51,55	46,03	51,78	37,36	64,47	55,60
Ø Haushaltgröße (Personen)	1,86	2,03	1,84	1,81	1,79	1,94	1,88	1,79
Ø Wohnfläche (m ²) pro Person	31,37	33,13	-	31,29	32,44	29,11	-	-
Alleinstehende Personen	4.099	273	1.112	383	1.202	552	149	214
Alleinerziehende Familien	505	55	128	41	118	87	20	20
Haushalte mit Kindern	2.169	238	550	176	510	372	85	87

Tabelle 63 bildet aus den vorherigen Indikatoren ein Stadtbezirks-Ranking in Guben.

Lesebeispiel:

Im Stadtteil WK II leben die meisten Gubener mit Hauptwohnsitz, gefolgt von Altstadt West. Ebenso ist der Altersdurchschnitt im WK II mit (53,27 Jahren) am höchsten. Hingegen ist der Jugendquotient in Groß Breesen (19,11) am niedrigsten.

Die meisten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, gemessen an den Einwohner (19-65 Jahre) leben im WK IV. Gleichzeitig war dort im Jahr 2013 der prozentuale Anteil der Vorschulkinder mit einer Sprachförderung am höchsten.

Tabelle 63 Stadtbezirks-Ranking in Guben nach Indikatoren

Stadtbezirks-Ranking in Guben nach folgenden Indikatoren	1. Platz	2. Platz	3. Platz	4. Platz	5. Platz
Personen im Hauptwohnsitz	WK II	Altstadt West	WK IV	WK I	Altstadt Ost
Altersdurchschnitt	WK II	WK I	Altstadt West	Groß Breesen	Reichenbach
Jugendquotient	Groß Breesen	Altstadt West	WK II	WK I	Reichenbach
Altersquotient	WK II	WK I	Altstadt West	Reichenbach	Altstadt Ost
Wohnungsleerstand %	Altstadt Ost	WK IV	WK II	WK I	Altstadt West
%-Anteil soz. vers. pfl. Beschäftigte/ Einwohner 19-65 Jahre	WK IV	WK I	WK II	Altstadt Ost	Altstadt West
%-Anteil der Vorschulkinder in Sprachförderung (2012)	Altstadt Ost	WK IV	WK I	Altstadt West	WK II
%-Anteil der Vorschulkinder in Sprachförderung (2013)	WK IV	WK I	Altstadt Ost	WK II	Altstadt West & Groß Breesen
Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013 in %	Groß Breesen/ Breesinchen	WK I	WK II	Altstadt Ost	Altstadt West
Wahlbeteiligung Bürgermeisterwahl 2009 in %	Reichenbach	Groß Breesen	WK II	Altstadt West	WK I
Ø Haushaltsgröße (Personen)	Altstadt Ost	WK IV	Reichenbach	Altstadt West	WK I
Ø Wohnfläche (m²) pro Person	Altstadt Ost	WK II	WK I	WK IV	-
Alleinstehende Personen	WK II	Altstadt West	WK IV	WK I	Altstadt Ost
Alleinerziehende Familien	Altstadt West	WK II	WK IV	Altstadt Ost	WK I
Haushalte mit Kindern	Altstadt West	WK II	WK IV	Altstadt Ost	WK I

Nachfolgend werden die einzelnen Indikatoren nochmals grafisch dargestellt. Abbildung 57 verdeutlicht, dass in den Stadtteilen Altstadt West und WK II 2012 die meisten Gubener Bürger_innen wohnen. Der Durchschnitt für die einzelnen Stadtteile liegt bei 2.441 Personen und wird durch die rote Linie dargestellt.

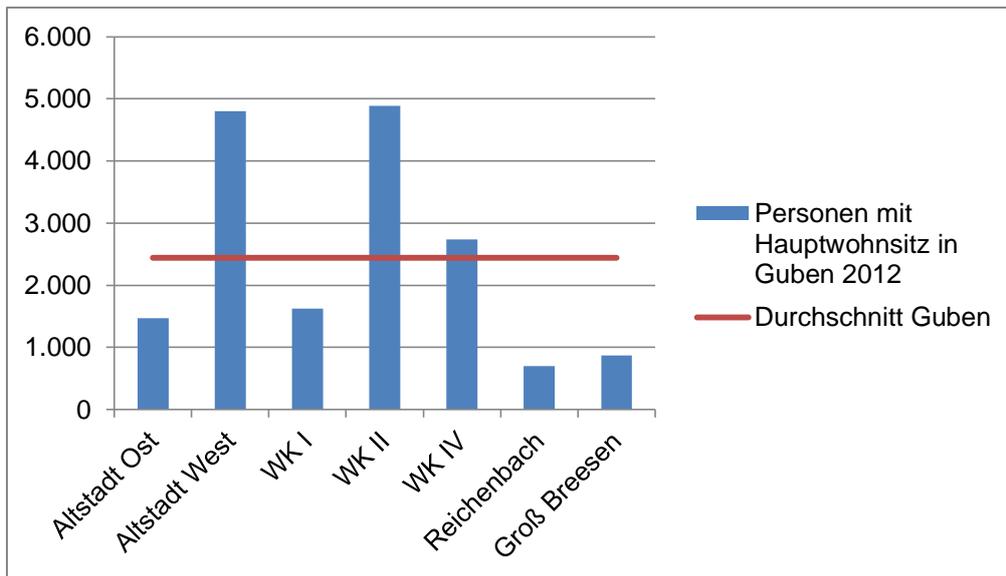


Abbildung 57 Personen mit Hauptwohnsitz in Guben nach Stadtteilen 2012

Abbildung 58 zeigt, dass sowohl der Altersdurchschnitt als auch der Altersquotient im Stadtteil WK II am höchsten ist. Der Altersdurchschnitt für Guben insgesamt liegt bei 50,12 Jahren. Der Jugendquotient ist in Groß Breesen mit 13,56 Jahren am niedrigsten.

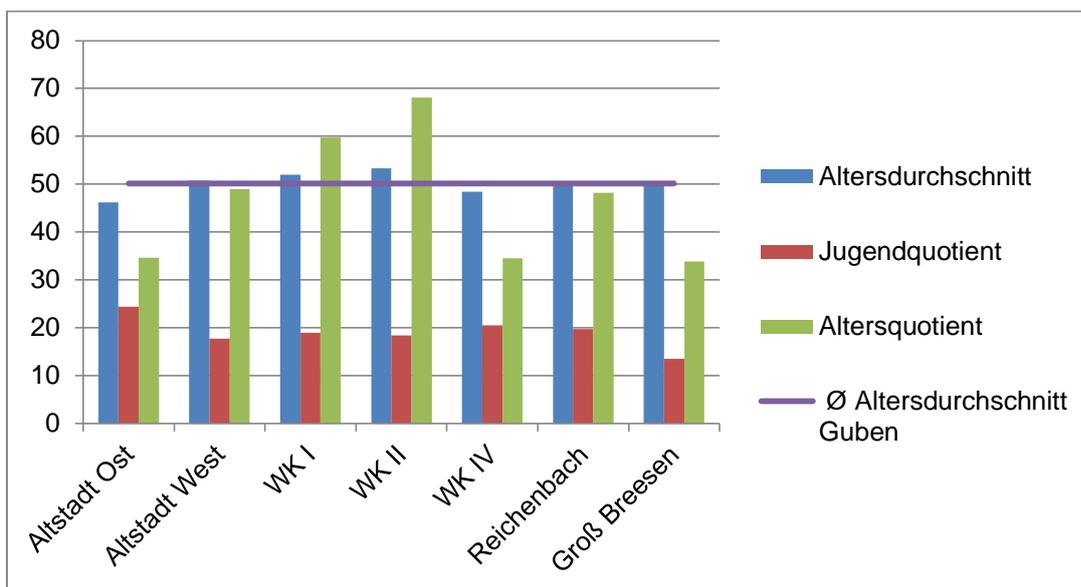


Abbildung 58 Altersdurchschnitt, Jugend- und Altersquotient nach Stadtteilen 2012

In WK IV leben am wenigsten sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, gemessen an den Einwohnern zwischen 19-65 Jahren (siehe Abbildung 59). Hingegen weist Reichenbach den höchsten Anteil, gefolgt von Groß Breesen auf. Der Durchschnitt für Guben liegt bei 54,11 % (rote Linie).

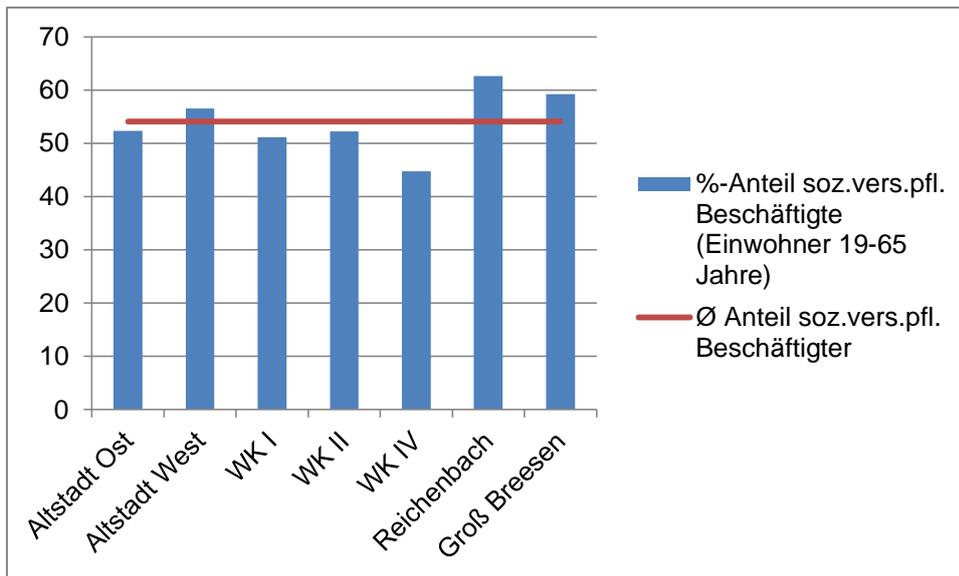


Abbildung 59 Prozentanteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter nach Stadtteilen 2012

Abbildung 60 zeigt den Prozentanteil der Vorschulkinder in Sprachförderung in den Jahren 2012 und 2013. Deutlich wird dabei, dass es in Stadtteilen Altstadt West und WK II zu einer deutlichen Abnahme gekommen ist. Demgegenüber verzeichneten die beiden Stadtteile WK I und WK IV jeweils Zunahmen von über 10 %. In Groß Breesen sind in beiden Jahren keine Kinder in Sprachförderungskursen.

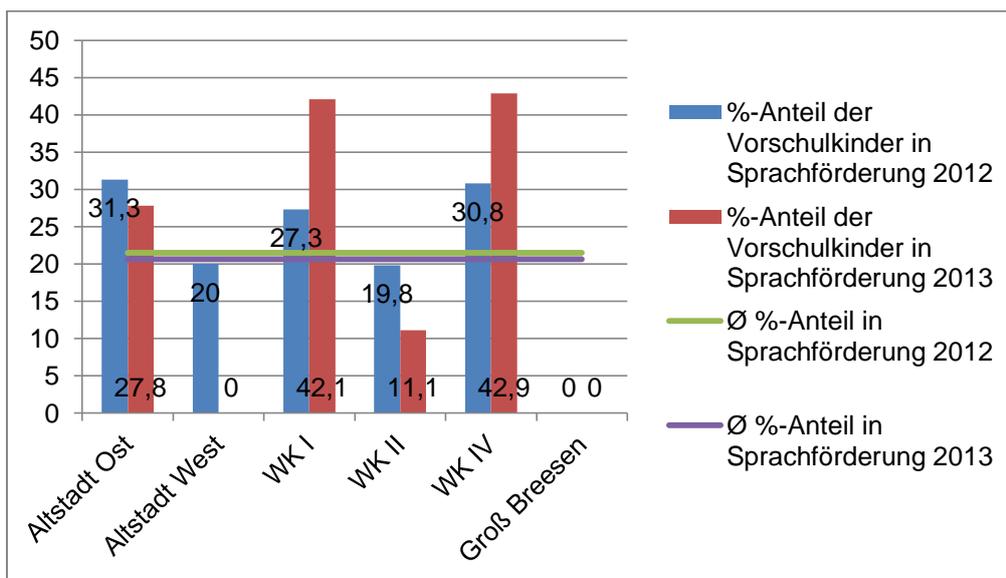


Abbildung 60 Prozentanteil der Vorschulkinder in Sprachförderung nach Stadtteilen 2012 und 2013

Der Wohnungsleerstand in Prozent ist im Stadtteil Altstadt Ost (32,6 %) und WK IV (26,6 %) am höchsten (siehe Abbildung 61). Daraus ergibt sich auch der hohe durchschnittliche Wohnungsleerstand von 19,94 %. Die Stadtteile Altstadt West, WK I und WK II liegen deutlich unter dem Durchschnitt.

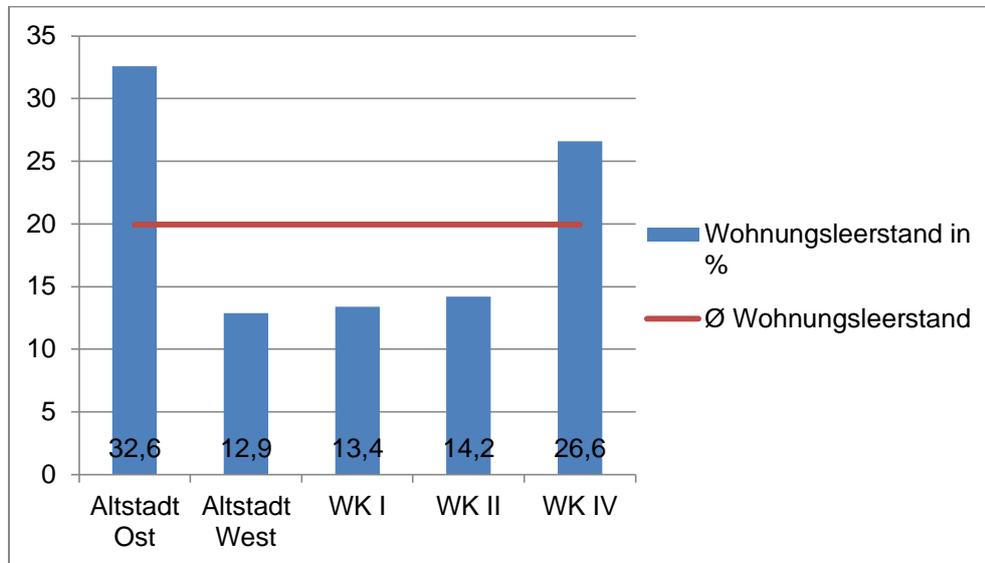


Abbildung 61 Wohnungsleerstand in Prozent nach Stadtteilen 2012

Die Wahlbeteiligung der Gubener Bürgerinnen und Bürger an der Bundestagswahl liegt bei 63,74 % (rote Linie) (siehe Abbildung 62). Insgesamt gingen 9.932 Personen von den 15.581 Wahlberechtigten wählen. Der Durchschnittswert ist deshalb höher, da 1.881 Bürger_innen von der Briefwahl Gebrauch gemacht haben (ohne Briefwahl liegt der Durchschnitt bei 52,55 %). Besonders hoch war die Wahlbeteiligung in Schlagsdorf und Deulowitz.

Bei der Bürgermeisterwahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei 56,18 % und somit niedriger als bei der Bundestagswahl 2013 (siehe Abbildung 63). Auch hier war die Wahlbeteiligung in Reichenbach (64,7 %), Groß Breesen (55,6 %) besonders hoch und im WK IV mit 37,36 % besonders niedrig.

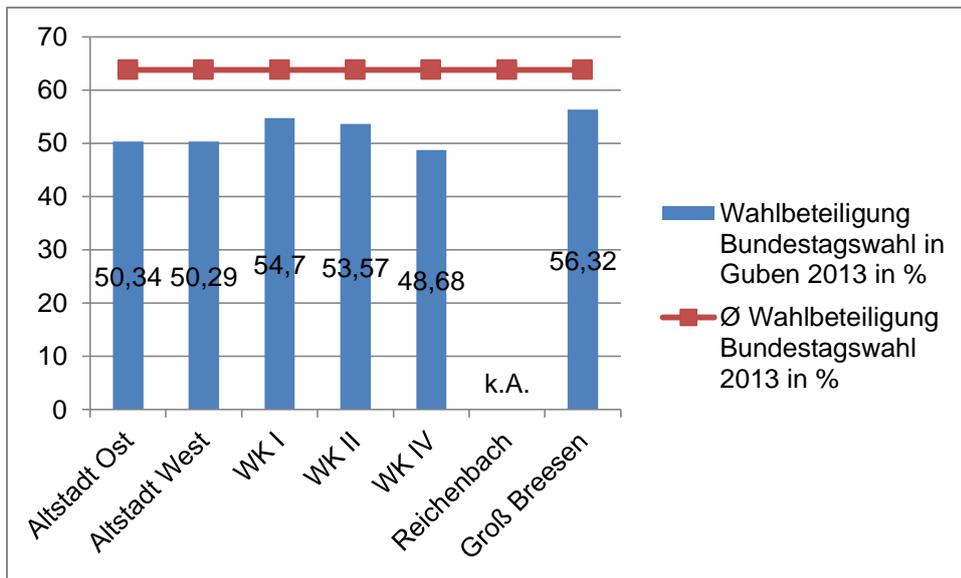


Abbildung 62 Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013 in % nach Stadtteilen

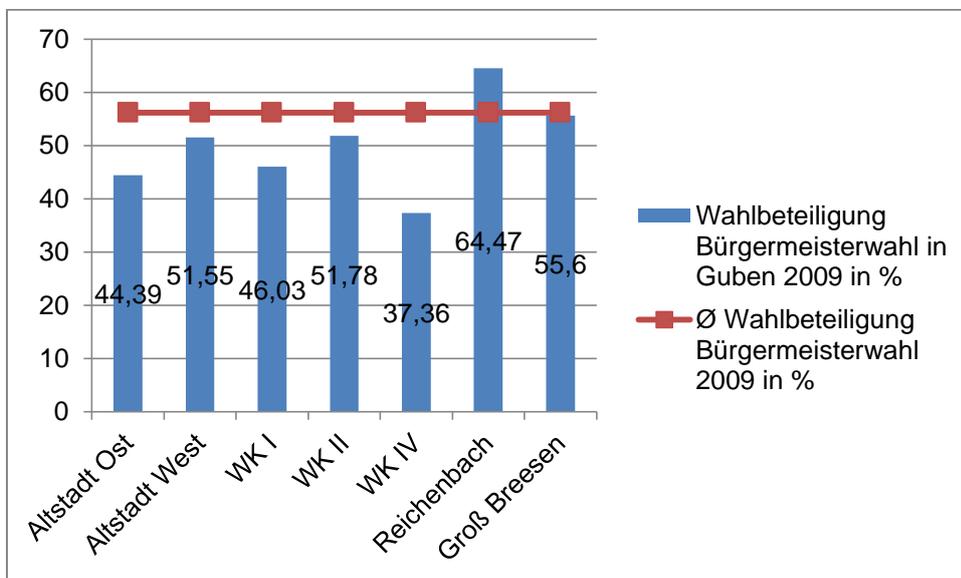


Abbildung 63 Wahlbeteiligung Bürgermeisterwahl 2009 in Prozent nach Stadtteilen

In Gubener Haushalten wohnen im Durchschnitt 1,86 Personen (siehe Abbildung 64). Mehr Personen pro Haushalt wohnen in der Altstadt Ost (2,03), WK IV (1,94) und Reichenbach (1,88). Hingegen weisen die übrigen Stadtteile weniger Personen als der Durchschnitt auf.

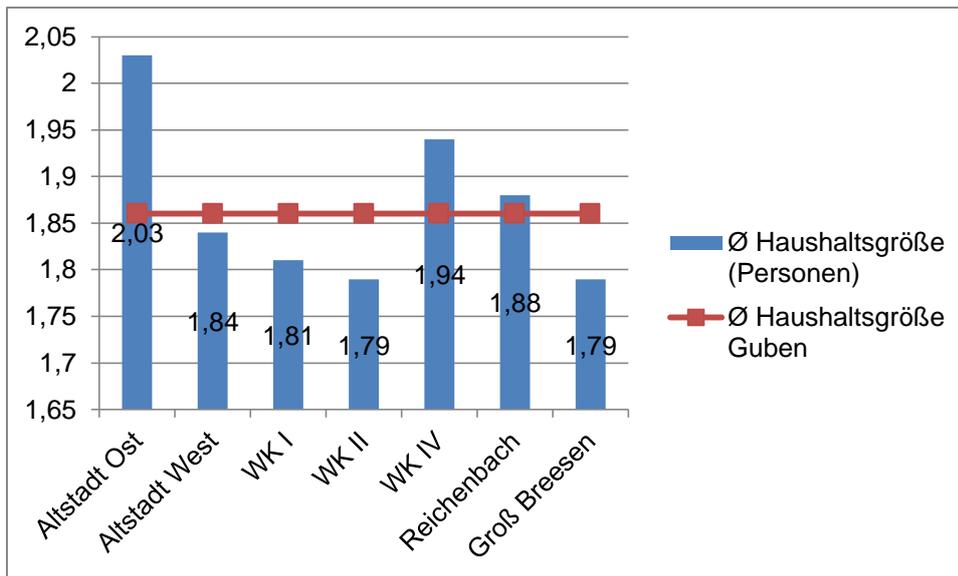


Abbildung 64 Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Stadtteilen

Die durchschnittliche Wohnfläche in m² pro Person beträgt 31,37 m² (siehe Abbildung 65). Dabei muss beachtet werden, dass für die Stadtteile Altstadt West, Reichenbach und Groß Breesen keine Daten vorliegen. Die übrigen Stadt- und Ortsteile (Altstadt Ost, WK I, WK II und WK IV) liegen alle sehr nahe am Durchschnitt.

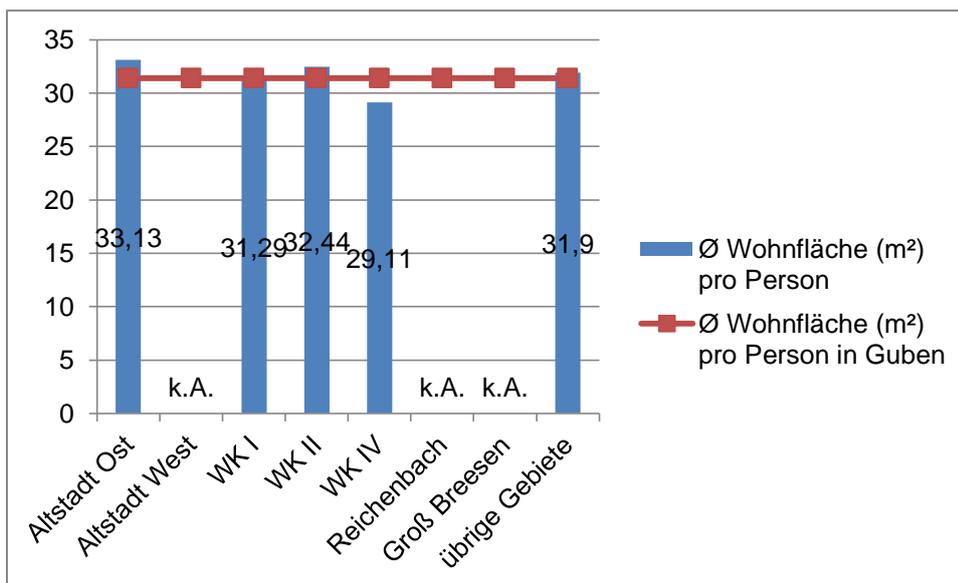


Abbildung 65 Durchschnittliche Wohnfläche in m² pro Person nach Stadtteilen

Die Stadtteile WK II und Altstadt West weisen die meisten alleinstehenden Personen auf (siehe Abbildung 66), so dass besonders für diese Stadtteile über spezielle Infrastrukturangebote nachgedacht werden muss. Genau in diesen Stadtteilen leben aber auch am häufigs-

ten Haushalte mit Kindern (siehe Abbildung 67) sowie alleinerziehende Familien, was wiederum familienfreundliche Dienstleistungen erforderlich macht (siehe Abbildung 68).

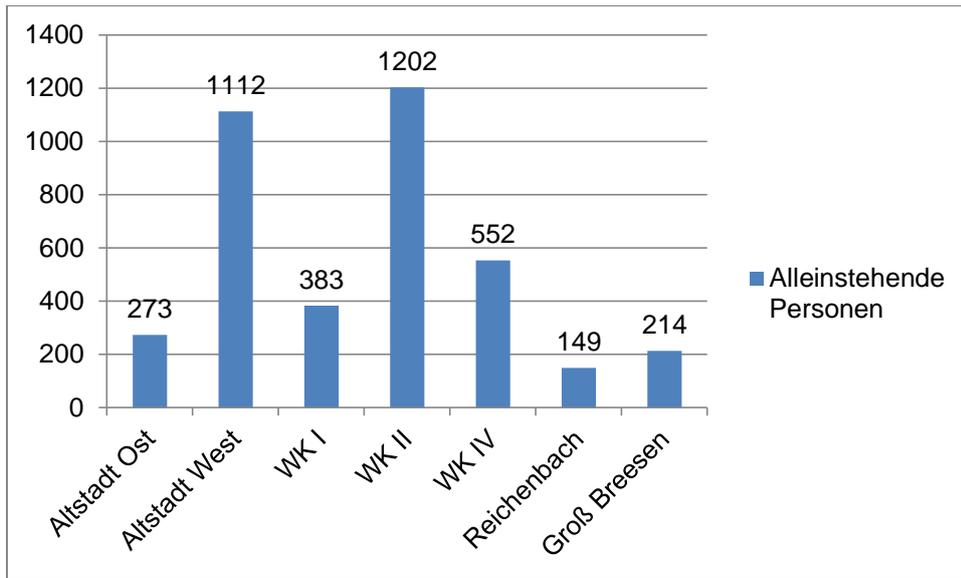


Abbildung 66 Anzahl der Alleinstehenden Personen nach Stadtteilen

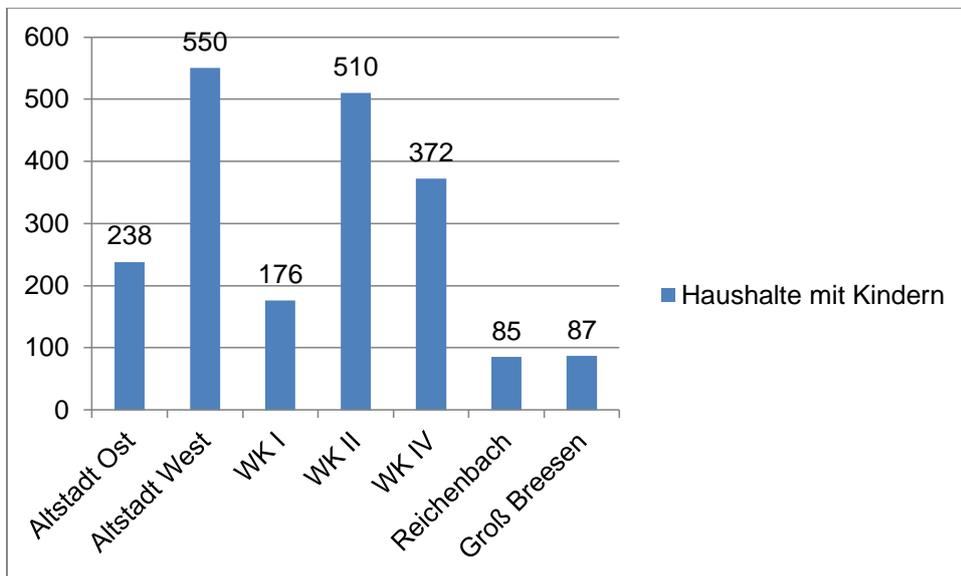


Abbildung 67 Anzahl der Haushalte mit Kindern nach Stadtteilen

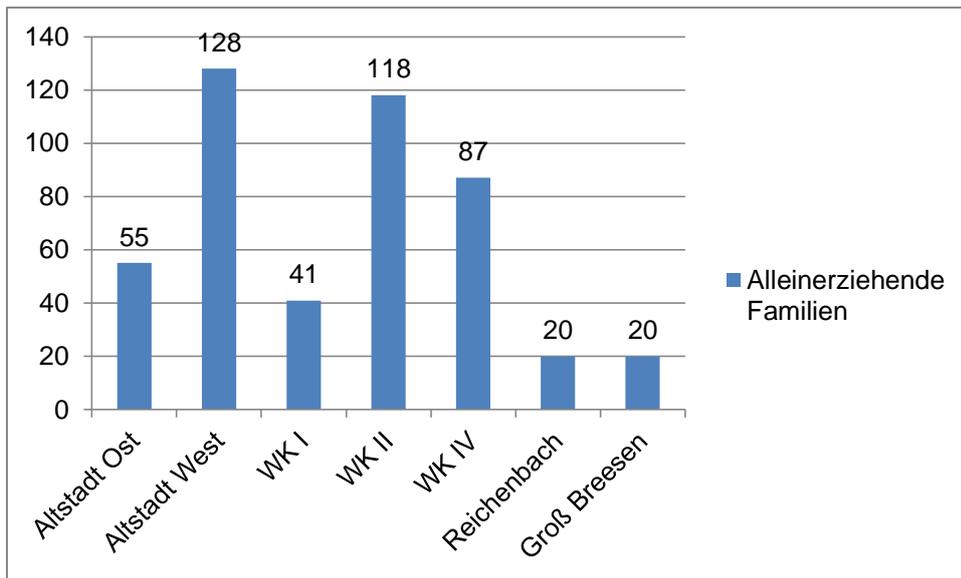


Abbildung 68 Anzahl der alleinerziehenden Familien nach Stadtteilen

11 Handlungsempfehlungen

1. Handlungsempfehlungen, welche die demografische Entwicklung betreffen

Den Entscheidungsträgern der Stadt Guben stehen angesichts des deutlichen Bevölkerungsverlust der letzten Jahre vor großen Herausforderungen. Deshalb sind bereits zahlreiche Vorhaben auf den Weg gebracht worden, die diesem Trend entgegen wirken sollen. Es gibt ein großes Interesse daran, die Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort so genau wie möglich zu ermitteln, um bedarfsgerechte Handlungskonzepte entwickeln und umsetzen zu können. Hier liegt der entscheidende Grund für die Beauftragung eines externen Instituts mit der Erstellung bzw. Fortschreibung eines Sozialberichts. Dieser Sozialbericht sowie weitere regelmäßig durchgeführte Sachstandanalysen, wie beispielsweise der jährliche Monitoringbericht, stellen eine wesentliche Datengrundlage für langfristige, finanzierbare und tragfähige Entscheidungen bei der Weiterentwicklung der Stadt dar. Nur wer über ausreichend differenzierte Informationen verfügt, kann zukunftsfähige Entscheidungen treffen und diese gegenüber der eigenen Bevölkerung und auch nach außen, zum Beispiel gegenüber möglichen Geldgebern vertreten. Neue Entwicklungsansätze, die in Guben nötig sind, setzen also eine gleichermaßen detaillierte Bestandaufnahme wie auch eine realistische Einschätzung der Leistungsfähigkeit der eigenen Kommune voraus (Bertelsmann Stiftung: 11).

Besonders Kooperationen mit nahegelegenen Städten und Gemeinden, aber auch mit dem Landkreis und den Trägern der Regionalplanung sind perspektivisch unumgänglich. Die gemeinsame Nutzung von Strukturen gerade im Bereich der Daseinsvorsorge ist für alle Beteiligten von Vorteil. Hier sind vor allem mobile und temporäre Formen der Leistungserbringung, aber auch die Einbeziehung privater Anbieter zu nennen.

Auch ein Zusammenschluss zu größeren, handlungsfähigeren Einheiten ist nicht auszuschließen. Dies wird in den kommenden Jahren vor allem von den begrenzten finanziellen Handlungsspielräumen abhängen, von denen deutschlandweit viele Kommunen betroffen sein werden, wenn auch in höchst unterschiedlichem Ausmaß. Es kann dabei durchaus von einem Zielkonflikt gesprochen werden, denn bei kontinuierlicher Verringerung der finanziellen Handlungsspielräume bedarf es gleichzeitig der Notwendigkeit, umfassende örtliche und regionale Maßnahmen zur bedarfsgerechten Reaktion auf die sinkenden Einwohnerzahlen und andere damit zusammenhängende soziale Entwicklungen zu ergreifen. Der strukturelle Umbau der Stadt Guben sollte großräumig und stabsstellenübergreifend koordiniert werden, während es für einzelne Maßnahmen oder Projekte eher um neue Formen der Beteiligung und des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements im Kleinräumigen geht. Ehrenamtliches Engagement setzt allerdings größtenteils eine strukturelle Anbindung an professionelle Strukturen voraus. Deshalb wird auf Seiten des Fachpersonals ein gewisser zeitlicher und personeller Anteil vom Overhead benötigt, um Ehrenamtliche einzubinden, um ihnen Feedback zu geben, Aufgaben ihrer Supervision zu übernehmen. Deshalb wird auch

eine Klärung der Zuständigkeit für das Freiwilligenengagement in der Stadtverwaltung benötigt. Und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Landkreis FB Soziales und der Freiwilligenagentur. Die Gewinnung von Freiwilligen könnte durch ein FRW-Card für Guben stimuliert werden.

Eine Stadt mit zuletzt überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsverlusten und einem sehr hohen Anteil an älteren Menschen ist darauf angewiesen, **soziales Engagement zu initiieren**, die **Entwicklung sozialer Netze wie das Lokale Bündnis für Familie, Gremien wie z.B. den Kinder- und Jugendbeirat oder Seniorenvereinigungen zu fördern, soziale Dienste einzubinden** und die **Bürger_innen an den Prozessen der Stadtentwicklung zu beteiligen**. Nur eine von einem größtmöglichen Teil der Stadtgesellschaft getragene Entscheidung erhöht die Identifizierung der Einwohnerschaft mit ihrem Wohnort.

Zu einer Weiterentwicklung gehört auch die Infragestellung des Bestehenden, vor allem im System sich deutlich verändernder Bedarfsstrukturen. Sind die derzeitigen Versorgungsstandards möglicherweise überproportioniert und wo reichen sie nicht aus? Bei der notwendigen Anpassung der örtlichen Infrastruktur an die Schrumpfung als auch an die Alterung der Bevölkerung ist zunächst die Sicherung der Wohn- und Lebensqualität der ortsansässigen Senior_innen zu gewährleisten. Es sollten aber auch innovative Wohnprojekte für die in den nächsten Jahren ins Rentenalter hineinwachsende Generation initiiert werden, zum Beispiel moderne Wohngemeinschaften mit individuellem Wohnraum. Es ist aber auch eine vordringliche Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, ebenso für eine hohe Wohn- und Lebensqualität der zahlenmäßig kleineren Bevölkerungsgruppen der Kinder und Jugendlichen unterschiedlichen Alters und ihrer Familien zu sorgen. Dazu gehört auch der Erhalt von altershomogenen Gestaltungsräumen, insbesondere für Jugendliche. Ein überstürzter Rückbau der sozialen Infrastruktur (z. B. Kindertagesstätten, Spielplätze etc.) als Reaktion auf die sich verringernde Anzahl an Kindern und Jugendlichen wäre eine gänzlich verfehlte Reaktion und birgt die Gefahr, dass Guben als Standort für Menschen im jüngeren erwerbsfähigen Alter, die an Familiengründung denken, an Attraktivität deutlich verliert. Ein weiterer Rückgang dieser Bevölkerungsgruppe wäre die unausweichliche Folge.

Wichtig in einer räumlich eher „langgestreckten“ Kommune wie Guben ist bei einem Rückgang der Bevölkerung die **Stabilisierung des Ortskerns**. Es sollte eine konsequente Entwicklung nach innen stattfinden, die Siedlungsentwicklung in den Außenbereichen hingegen eher vermieden werden. Günstiger und attraktiver Wohnraum in den Ortskernen ist eine Möglichkeit, die innerstädtische und auch die überregionale Zuwanderung in die Ortsmitte zu forcieren. Um den Verbleib oder Zuzug junger Familien zu stimulieren, bietet es sich zum Beispiel an, vorhandenen Wohnraum den Bedürfnissen junger Familien anzupassen und/oder besondere Mietkonditionen (zum Beispiel ein mietfreies Kinderzimmer) zu gewährleisten.

Es wird darüber hinaus empfohlen, in der Stadt Guben ein **Konzept der integrierten städtischen Sozialraumplanung und –entwicklung** voranzubringen, welche bauliche Vorhaben von der Planung an mit fachlich fundiertem Sachverstand der Sozialplanung vor Ort verknüpft, die sich an den Bedarfen und Notwendigkeiten ihrer Nutzung durch unterschiedliche Altersgruppen, aber auch im Hinblick auf Anforderungen der Barrierefreiheit orientiert.

Die Stadt Guben sollte nichts unversucht lassen, um die bestehenden Fördermöglichkeiten aus dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" sowie aus dem Europäischen Sozialfonds zur Erhaltung und Ausweitung bildungs- und gesundheitsbezogener räumlicher Infrastrukturen offensiv zu nutzen. Befürchtungen, dass sich zum Beispiel die Schaffung von neuen Räumlichkeiten für den Hortbetrieb infolge der prognostizierten Rückgänge der Geburten nicht lohne, können ausgeräumt werden, indem **Kriterien zu einer multifunktionalen Gestaltung eines solchen Vorhabens bereits bei der Projektierung** berücksichtigt werden: Perspektivisch könnten damit sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen mit attraktiven Angeboten für die Begegnung unterschiedlicher Altersgruppen, von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Senior_innen im Sinne eines „Dorfbrunnens der Moderne“ vorgehalten werden. Denkbar wäre die gemeinsame Zubereitung von Mahlzeiten im Café als Fortführung des bereits im Haus der Familie erfolgreich etablierten Lernstübchens, Bildungsangebote (Umgang mit PC, Gesunderhaltung durch altersgerechte Sport- und Ernährungskurse, eigene Vorsorge mit Blick auf mögliche Pflegesituationen etc.) für Horteltern und Großeltern, Begegnungsstätte für Senior_innen, die keine Enkelkinder haben oder Treffpunkt für Jungen und Mädchen, die über keinen Rechtsanspruch für eine Hort-Betreuung mehr verfügen, aber noch Schüler_innen an der Schule sind.

Angesichts dieser vielfältigen Anforderungen sind nachdrücklich gemeinsame Fortbildungen von Leitung bzw. Mitarbeiter_innen der Verwaltung und pflichtleistenden Fachkräften in der Kommune (kommunale Bildungseinrichtungen und freie Träger) eine wichtige Maßnahme zur Bildung und Pflege intelligenter Netzwerkstrukturen.

- ***Soziale Netzwerke wie das Lokale Bündnis für Familien und ehrenamtliches Engagement durch Zeit- und Personalressourcen unterstützen und weitere relevante Akteur_innen zur Mitwirkung gewinnen***
- ***ein Konzept der integrierten städtischen Sozialraumplanung und –entwicklung voranzubringen***
- ***den Neu- und Umbau von Wohnungen, Gebäuden und Funktionsräumen bereits bei der Projektierung multifunktional anlegen***
- ***gemeinsame Fortbildungen von Leitung bzw. Mitarbeiter_innen der Verwaltung und pflichtleistenden Fachkräften in der Kommune (kommunale Bildungseinrichtungen und freie Träger)***

2. Handlungsempfehlungen, bezogen auf die Notwendigkeit von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche (Kitas, Familienzentren und -treffs, Grundschulstandorte, weiterführende Schulen, Horte)

Die periphere Lage der Stadt Guben erfordert auch weiterhin besondere Anstrengungen, um Zuzüge von potentiellen Fachkräften (z. B. zur Sicherung des Lehrkräftebedarfs oder von Ärzten und Kranken- und Altenpfleger_innen) und ihren Familien nach Guben attraktiver zu machen und Fortzüge strategisch zu vermeiden. Deshalb empfiehlt es sich, in einem **gewissen Umfang Überkapazitäten an hochwertigen Betreuungsplätzen für alle Altersgruppen** vorzuhalten, um jederzeit flexibel und zeitnah auf elterliche Nachfrage reagieren zu können. Die vielfältigen Anstrengungen, welche die Stadt in den zurückliegenden Jahren im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung unternommen hat, gehen in die richtige Richtung. Auch die Vielfalt der Angebote ist ein wichtiges Thema. Deshalb ist es zum Beispiel auch zu empfehlen, die drei bestehenden Eltern-Kind-Gruppen vor Ort als alternatives Krippenangebot zu erhalten. Notwendig ist es ebenso, bedarfsgerechte Angebote auch im weiteren Lebensverlauf der Kinder zur Verfügung zu stellen:

Der Übergang in die Schule und die Adoleszenz von Jugendlichen erweisen sich als sensible Lebensphasen, in denen Kinder, Jugendliche und ihre Eltern ebenso wie in den ersten Lebensjahren eine Unterstützung und Begleitung über die unmittelbare Unterrichtszeit hinaus benötigen. Das gilt insbesondere auch für Kinder aus benachteiligten Herkunftsmilieus, aber auch für ihre Eltern, die Familienbildungsangebote sowie qualifikations- und arbeitsmarktbezogene Maßnahmen zu ihrer beruflichen (Re-)integration benötigen. Darüber hinaus könnte eine Kombination aus familienförderlicher Infrastruktur und attraktiven Beschäftigungsperspektiven für gut qualifizierte junge Frauen in der Region eine zielführende Strategie zur Vermeidung einer weiteren Abwanderung dieser Personengruppe und damit zukünftiger Mütter sein.

Investitionen in entsprechende verlässliche nachmittägliche Betreuungsangebote (Ausbau räumlicher Kapazitäten, guter Betreuungsschlüssel, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte) sind kommunalpolitisch kluge Investitionen mit einem hohen "return on investment". Die dadurch mögliche Erwerbstätigkeit beider Eltern führt zu höheren Sozialabgaben und Steuereinnahmen, aber auch zu mehr Kaufkraft und verbessert mithin ihre Attraktivität als Standort. Zudem verhindern kontinuierliche Angebotsstrukturen mit hohen Qualitätsstandards vor Ort, dass durch destruktive Sozialisationsverläufe von Kindern und Jugendlichen verursachte zusätzliche Kosten für Hilfen zur Erziehung, im Übergangssystem und durch Transferleistungen etc. entstehen. Wie ein Gutachten zur Sozialen Prävention für NRW zeigt, müssen die sozialen Folgekosten für Sozialisations- und Bildungsdefizite im Kindesalter, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum vollendeten 25. Lebensjahr zu 57 % aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden, lediglich 21 % werden vom Bund übernommen, 13 %

entfallen auf die Sozialversicherung. Rund 10 % der Jugendbilanz werden direkt vom Land getragen. Hierzu zählen insbesondere die Folgekosten im Bereich der Jugendkriminalität und des Maßregelvollzugs sowie ein Teil der Kosten im Übergangssystem (Czock; Wölbing 2011: 11).

Obwohl die Stadt Guben derzeit bundesweit einen überdurchschnittlichen Versorgungsgrad mit Hortplätzen aufweist, ist der faktische Bedarf von Eltern und Kindern vor Ort derzeit weder quantitativ noch qualitativ hinreichend abgedeckt. Aus den vorliegenden Datenquellen ergibt sich eine weiter wachsende Nachfrage nach Hortplätzen in den kommenden Jahren, zumindest bis 2017. Wie im abweichenden Votum des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg im Demografie-Bericht des Landes Brandenburg zutreffend konstatiert wird, haben Prognosen zur Einwohner- und Schülerzahlentwicklung lediglich Orientierungscharakter. Nicht selten sind bestimmte Annahmen bereits wenige Jahre später hinfällig und positivere Entwicklungen zu verzeichnen, zum Beispiel durch Unternehmensansiedlungen. So wurde etwa im Referenzlandkreis Uckermark eine erfreuliche und signifikante Zuwanderung von polnischen Familien verzeichnet (Demografie-Bericht: 22). Der Rückgang der Betreuungsquote in Guben von 95,2 % für 3 bis 6jährige Kinder auf 56 % im Grundschulalter verträgt sich weder mit dem Aufbau einer eigenständigen kontinuierlichen Erwerbsbiografie für beruflich qualifizierte und ambitionierte Mütter unterschiedlichster Familienformen noch mit den erheblichen Förderungs- und Unterstützungsbedarfen, die ein Teil der Gubener Kinder aus benachteiligten Elternhäusern aufweisen, um überhaupt erfolgreiche Bildungs- und Berufsbiografien aufbauen zu können. Eine quantitativ und qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung im Grundschulalter erweist sich gerade für diese Kinder als eine Art „strukturelle zweite Heimat“. Viele dieser Kinder besuchen in Guben den Hort der Corona-Schröter-Schule, der von seinen Raumkapazitäten schon jetzt durch die Doppelnutzung von Räumen durch Schule und Hort pädagogische Qualität behindert und Stressphänomene bei Kindern und Erzieherinnen hervorruft, wie sich in Interviews mit Fachkräften gezeigt hat.

Deshalb sollten bewährte Maßnahmen wie etwa das Schulverweigerungsprojekt in Guben, aber auch diverse Angebote der Familienbildung auf hohem Niveau weitergeführt werden.

Gleichermaßen notwendig sind **auskömmliche Stellenanteile für die Schulsozialarbeit** an allen Grund- und Sekundarschulen. Bis Ende 2013 waren an den beiden Gubener Grundschulen zwei Sozialarbeiter_innen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden beschäftigt. Aufgrund der vorhandenen Problemlagen vieler Kinder in Guben (ablesbar beispielsweise an den steigenden Ausgaben der Stadt Guben für Hilfen zur Erziehung oder am steigenden Anteil der Erstattung des Eigenanteils für Schulbücher an der Diesterweg-Grundschule trotz sinkender Schülerzahlen) ist unbedingt zu empfehlen, zumindest in diesem Umfang auch in Zukunft diese Stellen zu erhalten und entsprechende Angebote auf die Sekundarschulen auszuweiten. Es macht weder jugendhilfepolitisch noch kommunalpolitisch

Sinn, wenn das Land Brandenburg derzeit mit großzügigen Angeboten zur Verbeamtung und flexiblen Arbeitszeitarrangements um Lehrpersonal wirbt, gleichzeitig aber die sozialpädagogischen Angebote der Schulsozialarbeit vor Ort zurückgefahren werden (Ziehten; Ermel; Haupt 2014).

Ebenso zielführend ist es, die **Projektstellen im Projekt „Bildungssozialarbeit“ zu erhalten** und den dafür künftig notwendigen kommunalen Eigenanteil von 25 % zu übernehmen. Die vielfältigen Herausforderungen zur bestmöglichen Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher in Sozialräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf macht es erforderlich, nicht nur die vorhandenen kommunalen Angebotsstrukturen und Dienste zu professionalisieren und besser zu vernetzen. Zunächst geht es darum, diesen **Sozialräumen eine angemessene Grundausstattung (Bildung, Gesundheit, Förderung) zu gewährleisten**. Empfohlen wird in diesem Zusammenhang die Verbesserung des Personalschlüssels in der Kita Musikspielhaus aufgrund des erhöhten Personalbedarfs bei der Begleitung von Kindern aus schwierigen Herkunftsverhältnissen. Zudem ist eine engere Kooperation von Stadtverwaltung, ASD und Jugendhilfeeinrichtungen anzuraten, die über regelmäßige Stadtteil- bzw. Sozialraumkonferenzen erreicht werden kann.

- ***in einem gewissen Umfang Überkapazitäten an hochwertigen Betreuungsplätzen für alle Altersgruppen bereithalten***
- ***Stellen der Schulsozialarbeit an den Grundschulen verstetigen und auf Sekundarschulen ausweiten***
- ***Projektstellen im Projekt „Bildungssozialarbeit“ sichern durch Übernahme des kommunalen Eigenanteils von 25 Prozent***
- ***In eine angemessene Grundausstattung (Bildung, Gesundheit, Förderung) in belasteten Sozialräumen investieren, das heißt dort eine zusätzliche Ressourcenausstattung vornehmen und nach außen begründen***

3. Handlungsempfehlungen, welche die Entwicklung eines gesamtstädtischen Spielplatzkonzepts – Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche in Guben betreffen

In Guben gibt es derzeit 13 Spielplätze in städtischer Verantwortung, deren Verortung in Abbildung 54 dargestellt ist. Über die Verteilung von Schulfreiflächen, öffentlichen Bewegungsräumen und Spielplätzen, die an Gemeinschaftseinrichtungen angesiedelt sind, existiert derzeit allerdings keine aktuelle und vollständige Bestandsanalyse.

Es ist davon auszugehen, dass es in Guben eine Reihe von ungenutzten oder stillgelegten Plätzen, ehemaligen Werksflächen oder Hinterhöfen gibt, die mit einem geringen finanziellen und logistischen Aufwand für den Freizeitsport von Kindern und Jugendlichen genutzt werden könnten. Aufgrund der rückläufigen Kinderzahlen könnte es aber auch der Fall sein, dass bestimmte Spielflächen derzeit nicht (mehr) oder suboptimal genutzt werden, so dass auch Rückbaumaßnahmen von Spielgeräten oder ein Geräterückbau auf Bewegungsflächen erforderlich werden könnten.

Es wird vorgeschlagen, ein gesamtstädtisches Spielplatzkonzept zu entwickeln, das als strategisches Instrument zur Förderung von mehr Familienfreundlichkeit, sozialer Integration, Generationengerechtigkeit, aber auch einer wirtschaftlichen kommunalen Haushaltsführung dient.

Das Konzept sollte durch eine fachübergreifende Arbeitsgruppe erstellt werden, in der Akteure aus den Fachbereichen Schule/Jugend/Sport/Soziales und Stadtentwicklung/Grundstücks- und Immobilienmanagement, aber auch der Stabsstelle Gleichstellung, Behinderten-, Ausländerbeauftragte, Familienpolitik/Ortsteile und der Stabsstelle Euroregion/...Monitoring einbezogen sind. Bei bestimmten Fragen – etwa der multifunktionalen Nutzung von öffentlichen Räumen – wäre es zudem notwendig, Vertreter_innen von Hausgemeinschaften und Seniorenverbänden einzubinden (Stichwort: Lärmemissionen durch Bolzplätze).

Folgende Aufgaben müssten durchgeführt werden:

1. Detaillierte kleinräumige Bestandsanalyse der vorhandenen Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche;
2. Durchführung einer sorgfältigen Versorgungsanalyse (Erreichbarkeit von Spiel- und Bewegungsräumen, Versorgungsquoten in Spielraumplanungsgebieten unter Beachtung der Anzahl der Kinder und Jugendlichen in den einzelnen Sozialräumen, der Bevölkerungsentwicklung und nicht zuletzt von Jugendhilfekriterien, Größe der öffentlichen Spiel- und Bewegungsangebote, wo gibt es Überlagerungen, wo möglicherweise eine Unterversorgung?)
3. Überprüfung der Qualitätskriterien: Standort, baulicher Zustand, Erlebnis- und Aufenthaltswert, Multifunktionalität und Barrierefreiheit, Entwicklungspotential.

Auf zwei Aspekte sollte besonders geachtet werden:

- a) Kinder und Jugendliche, die in benachteiligten Wohnquartieren aufwachsen, verfügen oft nicht über ein eigenes Kinderzimmer, sind vergleichsweise selten in Sport- oder Musikvereinen organisiert und wachsen in vergleichsweise kleinen Wohnungen auf. Sie sind in ihrer motorischen und geistigen Entwicklung nicht zuletzt auf niedrigschwellige öffentliche Spiel- und Bewegungsräume und die dort stattfindende Kommunikation angewiesen. Spielflächen für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren sollten nicht weiter als 400 m von der Wohnung entfernt liegen, ab 12 Jahren gelten 1000 m als zumutbar.

Erfahrungen aus anderen Städten belegen, dass öffentliche Bewegungsräume für Jugendliche derzeit oft nur bei gutem Wetter nutzbar sind, häufig keine Sitzgelegenheiten zur Förderung von Kommunikation und Sozialverhalten bieten und vorrangig an Interessen männlicher Jugendlicher (Bolzplätze, "Halfpipes") ausgerichtet sind (gesamtstädtische Spielplatzkonzept Osnabrück);

- b) die Gestaltung öffentlicher Spiel- und Bewegungsräume sollte unter qualifizierter Partizipation von Kindern und Jugendlichen erfolgen. Obwohl es keine einheitlichen und übertragbaren Handlungsmuster für solche Beteiligungsverfahren gibt, haben sich bestimmte Verfahrensschritte bewährt: Spiel- und Bewegungsraumanalyse mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam durchführen, um die Spielraumqualität bzw. Defizite in einem Stadtteil zu ermitteln, Erkundung anderer Spiel- und Bewegungsräumen mit dem Ziel, neue Ideen zu generieren, Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an der Planung, Beteiligung am Bau- und Gestaltungsprojekt unter fachlicher Anleitung zwecks Einmischung und Identifikation der Zielgruppen mit dem Vorhaben, Reflexion und Fortsetzung der Umgestaltung.

- ***Gründung einer fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines gesamtstädtischen Spielplatzkonzepts***

4. Handlungsempfehlung, welche die Gesundheitsförderung betreffen

In Guben werden deutlich mehr abgestimmte Aktivitäten zwischen den verschiedenen Akteur_innen kommunaler Gesundheitsförderung in den Wohnquartieren benötigt. Weil kindliche Entwicklung unteilbar ist, brauchen sie nicht nur in ihrer Familie geeignete gesundheitliche Bedingungen des Aufwachsens und eine Stärkung der Erziehungs- und Gesundheitskompetenzen von Müttern und Vätern, sondern ebenso gesundheitsförderliche Initiativen im unmittelbaren Sozialraum. Das entspricht den fachlichen Anforderungen einer Verschränkung von Verhaltens- und Verhältnisprävention.

Notwendig ist es vor allem, für eine dem jeweiligen sozialräumlichen Bedarf angemessene personelle Ausstattung und Finanzierung der aufsuchenden Hilfen in Gestalt der Familienhebammen nach der Entlassung von Mutter und Kind aus der Geburtsklinik in schwierigen Lebenslagen zu sorgen. Darüber hinaus ist eine Vernetzung dieses Gesundheitsdienstes mit Angeboten des ASD und der Jugendhilfe im Wohnumfeld vonnöten. Wie Kosten-Nutzen-Analysen Früher Hilfen nachgewiesen haben, sind Investitionen in solche Kooperationsstrukturen „rund um die Geburt“ besser als jede später einsetzende Maßnahme geeignet, Überforderungssituationen von jungen Eltern in belasteten Lebenslagen wirksam zu vermeiden und diversen Formen von Kindwohlgefährdung und psychischen Folgeerkrankungen vorzubeugen (Meier-Gräwe; Wagenknecht 2011).

Aber auch andere ortsansässige Familien haben ein Interesse an guten Entwicklungs- und Bildungschancen ihrer Kinder und benötigen oftmals zur Stabilisierung des häuslichen Alltagssettings **passgenaue Informationen und niedrigschwellige Angebote** in ihrem Wohnumfeld. Hier ist eine stadtteil- und zielgruppenbezogene Ausdifferenzierung von aufsuchenden Angeboten unter Einbezug von Semi-Professionellen und Laien zu empfehlen. Wie Erfahrungen bundesweit zeigen, sind Eltern für die Nutzung solcher Angebote über die persönliche Ansprache durch Ärzt_innen, Erzieherinnen in Kitas und Familienzentren oder auch durch Nachbarn und Vertrauenspersonen viel eher zu gewinnen als durch Flyer oder durch die Presse. Insgesamt ist zu empfehlen, sowohl bei den aufsuchenden als auch bei den stationären Beratungsangeboten immer wieder zu überprüfen, ob sie (noch) adressatenorientiert konzipiert sind. Auch die Erreichbarkeit von Angeboten spielt für die Inanspruchnahme eine nicht zu unterschätzende Rolle: Bei Bedarf müssen Anteile von Komm-Strukturen in Geh-Strukturen umgewandelt werden, indem z. B. Sprechstunden von Frühförderstellen regelmäßig in Kindertagesstätten oder Familienzentren angeboten werden, damit diese von den bedürftigen Familien auch tatsächlich wahrgenommen werden. In den Kanon der familienunterstützenden Dienste gehören schließlich die vielfältigen Angebote der Familienbildung.

Zu empfehlen ist eine Intensivierung der Kooperation und Vernetzung zwischen dem Netzwerk „Gesunde Kinder“, Kinderärzten, den kommunalen Fachbereichen und den Betreu-

ungs- und Bildungseinrichtungen. Sie stellen eine wesentliche Voraussetzung für ein gesundes Aufwachsen dar. Wie auf dem Kongress „Armut und Gesundheit“ im März 2014 erneut festgestellt wurde, ist Verteilungs- und Bildungspolitik zugleich Gesundheitspolitik. Erfolgversprechend seien partizipativ gestaltete Veränderungen von Lebenswelten, etwa neue Ideen für gemeinsames Essen, Sport und Entspannung, die in Kitas, Schulen, Betrieben und Altenheimen von allen getragen werden. Dagegen wisse man aus hunderten Studien, dass die klassische Gesundheitsaufklärung wirkungslos ist (Tagesspiegel, 14.3.2014).

Angesichts des im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittlich hohen Grades an Menschen mit Behinderungen in Guben sind alltagsunterstützende Hilfen und Einrichtungen unerlässlich. Neben der Anpassung der sozialen Infrastruktur an die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung und der Herstellung von Barrierefreiheit ist der Stadt Guben die **Entwicklung eines abgestimmten Inklusionskonzepts** dringend zu empfehlen, um den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nachzukommen. Mit dem Ziel der Inklusion geht es doch darum, niemanden zu separieren. Es geht darum, solche Lebensräume zu schaffen, in denen jede(r) gleiche Chancen hat und Rücksichtnahme erfährt.

Außerdem ist es ratsam, dass **jedem Grundschulkind, dessen Eltern im SGB II-Bezug stehen, die Möglichkeit zu eröffnen, an einer 4-wöchigen örtlichen Ferienbetreuung in den Winter- und Sommerferien kostenlos teilzunehmen.** Untersuchungen aus den USA zeigen, dass sozial benachteiligte Kinder aus erschöpften Familienkontexten in der Ferienzeit in ihren Sprach- und Lesekompetenzen gegenüber Mittelschichtskindern um zwei bis drei Monate zurück fallen. Für Schüler_innen in Deutschland ist dieser Effekt bisher für das Fach Mathematik nachgewiesen worden (Coelen; Siewert 2008). Die Feriengestaltung sollte vor diesem Hintergrund als Mix aus Erholung, Abenteuer, Bewegung, gesunder Ernährung, aber auch aus gezielten Angeboten zur Stärkung kognitiver Kompetenzen konzipiert sein. Ein in diesem Sinn förderliches und im Stadtteil verankertes Ferienprogramm setzt wiederum eine lebendige und kreative Kooperation von Kita, Schule, Hort, Kirchengemeinden und Trägern der offenen Jugendarbeit voraus. Bis zu einem bestimmten Kontingent kann die Ferienbetreuung von der Schule angeboten werden und zwar in Kooperation mit außerschulischen Partnern der offenen Kinder- und Freizeiteinrichtungen.

- ***Intensivierung der Kooperation und Vernetzung zwischen dem Netzwerk „Gesunde Kinder“, Frauenärzten, Hebammen, den kommunalen Fachbereichen und den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen***
- ***Zielgruppenorientierte Frühe Hilfen und passgenaue Informationen und alltagsentlastende Angebote im Übergang zur Elternschaft und in den ersten drei Lebensjahren***

- **Aktivierung der Arbeitsgruppe Inklusion mit dem Ziel der Entwicklung eines abgestimmten Inklusionskonzepts**
- **Kostenlose 4-wöchige Ferienbetreuung für jedes Grundschulkind, dessen Eltern im SGB II-Bezug stehen**

5. Handlungsempfehlungen, die den Übergang Schule – Beruf betreffen

Bereits der Berufsbildungsbericht von 2010 gibt darüber Auskunft, dass vor allem der Anteil der Personen, die mit dem „Dienst am Menschen“ ihr Geld verdienen werden, stetig ansteigt und bis zum Jahr 2025 noch weiter expandieren wird. Spätestens ab 2014 werden nicht nur in bestimmten produktiv-technischen Berufsfeldern viele Arbeitskräfte fehlen, sondern vor allem deutliche Versorgungsmängel in den Sozial- und Gesundheitsberufen offenkundig werden und zwar sowohl in solchen, die einen Hochschulabschluss voraussetzen, als auch in jenen, die eine berufliche Qualifikation unterhalb des Hochschulniveaus erfordern. Demgegenüber wird der Bedarf an unqualifizierten bzw. angelernten Jobs bei einem gleichzeitig bestehenden Überangebot an solchen Arbeitskräften weiter rückläufig sein (Baethge 2010: 26). Dem Arbeitsmarkt in Deutschland gehen vor allem junge Arbeitskräfte aus. Der demografische Wegweiser der Bertelsmann-Stiftung prognostiziert für Brandenburg bis 2025 allein in der Altersgruppe der 19- bis 24- Jährigen einen Rückgang um 39 % (Bertelsmann-Stiftung 2010: 54f.).

Deshalb wird empfohlen, dem **Übergang Schule – Beruf** für leistungsschwächere Schüler_innen einen entschieden höheren Stellenwert einzuräumen. Grundgedanke dabei ist, dass gewonnene Kenntnisse und persönliche Beziehungen zwischen potenziellen Arbeitgeber_innen vor Ort mit den Schüler_innen aus der mehrjährigen Zusammenarbeit ab Klasse 5 in den letzten eineinhalb Jahren der Schulzeit gezielt zur Unterstützung für ihren Einstieg in das Leben nach der Schule genutzt werden. Es sollten systematische Hilfen zur Berufsorientierung, Bewerbungen und Maßnahmen zum Erreichen des Hauptschulabschlusses sowie zur Verbesserung der Schlüsselkompetenzen für eine selbständige Lebensführung vermittelt werden. Dazu könnte die Mitwirkung an einem schulischen Betriebspraktikum gehören, dessen Durchführung und Auswertung in enger Kooperation mit der jeweiligen Klassenleitung und dem/der Schulsozialarbeiter_in erfolgt. Über eine Kompetenzagentur könnten auch Vertreter_innen aus den Kammern und Verbänden der Wirtschaft und der Arbeitsagenturen eingebunden werden.

Insgesamt geht es darum, die bereits gute Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft in Guben zu intensivieren und potenzielle private und öffentliche Arbeitgeber_innen vor allem von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass ihr Engagement zeitlich früher einsetzen muss als allgemein üblich, um positiven Einfluss auf die Ausbildungsfähigkeit der weniger werden-

den Schulabsolvent_innen zu nehmen. Hier bieten sich auch gemeinsame Seminare zwischen familienunterstützenden Einrichtungen wie dem Haus der Familie e.V. und den Wirtschaftsunternehmen an, um zu kommunizieren, dass sich frühe Investitionen vor allem auch mit Blick auf die Förderung des Fachkräftenachwuchses rentieren.

In diesem Zusammenhang wird ebenfalls empfohlen, die **Kooperationsstrukturen zwischen der Jugendhilfeplanung, Gesundheitsplanung, Bildungs- und Schulentwicklungsplanung zu intensivieren zugleich Stadtteilplanungskonzepte einzubeziehen**. Der Schwerpunkt solcher Kooperationsbeziehungen und -vereinbarungen sollte beim **Ausbau von Betreuungs- und Förderangeboten an den Schulen** liegen, um die Übergänge noch besser und passgenauer zu gestalten. Darüber hinaus ist auch in diesem Bereich eine kontinuierliche Öffnung zu den Eltern weiter zu entwickeln, um nachhaltige Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Elternhaus und Schule aufzubauen.

- ***Kooperationsbezüge zwischen Schulen und potenziellen Arbeitgeber_innen bereits ab Klasse 5 aufbauen***
- ***Schulische Betriebspraktika zur Berufsorientierung einführen***
- ***Ausbau von Betreuungs- und Förderangeboten an den Schulen in Vorbereitung eines gelingenden Übergangs Schule - Beruf***

6. Handlungsempfehlungen, welche die Daten betreffen

In einigen wichtigen Bereichen ist die Datenerfassung bisher außerordentlich schwierig, z. B. bei Daten, die das Einkommen, die Haushaltsstruktur, die Bildungsabschlüsse oder Schulden betreffen. Hier bedarf es neuer Indikatoren und Instrumenten, welche eine Erfassung bzw. zumindest eine Schätzung zulassen. Bei einer alternden Bevölkerung ist die Bereitstellung von Daten in den Bereichen betreute Wohnformen, ambulante und stationäre Pflege, gesundheitliche Situation älterer Menschen etc. essentiell. Diese Daten liegen bisher nicht bzw. nicht ausreichend differenziert vor.

Es wird schließend empfohlen, eine **Planstelle zur Sozialraumanalyse** einzurichten, um eine differenzierte Sozialberichterstattung auf Dauer zu stellen und um perspektivisch ein standardisiertes Evaluationsverfahren einzuführen, um die Effekte der in den einzelnen Stadtteilen implementierten Maßnahmen und handlungsfeldübergreifenden Kooperationsstrukturen zu überprüfen und gegebenenfalls im Sinne einer fehlerfreundlichen Lernkultur zu korrigieren. Dem vorzulagern ist ein Verständigungsprozess auf geeignete Kennziffern und die Erarbeitung verbindlicher Ziel- und Kooperationsvereinbarungen zwischen den im Netzwerk beteiligten Akteuren zur Verbesserung der Dienstleistungsangebote für unterschiedliche Altersgruppen und Bedarfslagen.

Es bedarf einer zentralen Stelle vor Ort, die nach Möglichkeit selbst die Daten in regelmäßigen Abständen erfasst bzw. sich um die turnusmäßige Anforderung der Daten bei übergeordneten Stellen (Landkreis, Schuldnerberatung, Schulamt usw.) kümmert. Regelmäßig müsste **mindestens einmal jährlich** sein. Außer der **Erfassung, Zusammentragung und Bearbeitung** obliegt dieser Stelle ebenfalls die **Auswertung** der Daten und die **Zusammenfassung der Ergebnisse in Form von aussagekräftigen Berichten, die Handlungsempfehlungen enthalten**. Hierbei ist vor allem auch die **regelmäßige Kontaktaufnahme bzw. der Austausch** mit dem Landkreis, dem Land und auch anderen Kommunen und Regionen deutschlandweit zielführend.

Die quantitativen Daten sollten zukünftig, wenn es um die Bedarfe und die soziale Lage der Bevölkerung geht, immer auch durch **qualitative Befragungen** von Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen vor Ort ergänzt werden. Nur so lässt sich ein ganzheitliches Bild zeichnen.

Die zugrunde gelegten **Altersklassen sollten differenzierter erfasst werden**, vor allem im Kindesalter und im Alter über 65 Jahre, denn hier liegen besondere Bedarfsstrukturen vor, die für sozialplanerische Fragestellungen relevant sind. Die Altersgruppen sollten sich beispielsweise an der Altersdifferenzierung zur Unterstützung (Hartz IV) oder an denen der Bertelsmann Stiftung orientieren. Sinnvoll wäre beispielsweise: 0- unter 3; 3- unter 6; 6- unter 10; 10- unter 15; 15- unter 18; 18- unter 25; 25- unter 45; 45- unter 65; 65- unter 80; 80 und älter. Würden alle die gleiche Alterskategorisierung nutzen, so wäre neben der detaillierteren

Bedarfsanalyse auch die Vergleichbarkeit sichergestellt. Außerdem sollte eine **geschlechts-spezifische Differenzierung in allen Altersgruppen** vorliegen.

Eine **differenziertere Datengrundlage zu Migration** wäre ebenfalls hilfreich, um Integrationsmaßnahmen zielgruppenspezifisch ausgestalten zu können.

Aufgrund der vielfältigen Aufgaben und Problemlagen, die zur Erhaltung von Gesundheit und Lebensqualität für den hohen Anteil älterer und hochaltriger Frauen und Männer in der Stadt Guben erforderlich sind, empfiehlt es sich – gestützt auf die „Leitlinien der Seniorenpolitik“ und unter konsequenter Einbindung des Seniorenbeirats – ein Konzept zur Implementierung einer kommunalen Altenhilfeplanung zu entwickeln, die mit den Vorhaben der Stadtplanung und -entwicklung, der Kinder- und Jugendhilfeplanung sowie Aktivitäten im Handlungsfeld der Gesundheitsförderung unter Einschluss von Maßnahmen von Inklusion und des Sozialmanagements koordiniert werden müssten. Die derzeit verfügbaren Daten sind jedenfalls als Datengrundlage nicht hinreichend, um daraus belastbare Schlussfolgerungen für eine bedarfsgerechte, differenzierte und zukunftsfähige Gestaltung der örtlichen und gesundheitsversorgungsrelevanten Lebensbedingungen dieser heterogenen Altersgruppe ziehen zu können.

- ***Einrichtung einer Planstelle zur Sozialraumanalyse mit dem Ziel der weiteren Qualifizierung der Sozialberichterstattung***
- ***Konzeptentwicklung und Implementierung einer Altenhilfeplanung für die Stadt Guben***

Literaturverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012): Im Land Brandenburg steigt Bedarf nach Hilfen zur Erziehung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe 2011. Pressemitteilung Nr. 235, August 2012. Potsdam. In: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2012/12-08-02a.pdf>
- Baethge (2010): "Mittlere Reife ist die Mindestkompetenz". In: DJI-Bulletin. Heft 2, S. 25-27. Bertelsmann Stiftung (2006): „Jedes Kind mitnehmen“. Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (2010): Wer, wo, wie viele? – Bevölkerung in Deutschland 2025. Praxiswissen für Kommunen.
- Bertelsmann Stiftung (2012): Typ 9: Stark schrumpfende Kommunen mit besonderem Anpassungsdruck. In: http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/demographietypen/download/pdf/Demographietyp_9.pdf
- BIB (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) (2013): Pro-Kopf-Wohnfläche erreicht mit 45 m² neuen Höchstwert. Pressemitteilung Nr. 9/2013, Wiesbaden. In: http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Grafik_des_Monats-/2013_07_pro_kopf_wohnflaeche.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (27.02.2014).
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (o.J.): Bildungs(Miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/ männlichen Jugendlichen. Ohne Ort, ohne Verfasser/in. In: <http://www.bmbf.de/pub/Bildungsmisserfolg.pdf>
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2008.
- Czock, H.; Wölbing, R. (2011): Soziale Prävention. Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Gutachten. Basel.
- Destatis (Statistisches Bundesamt) (Hrsg.) (2011): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band I und II. Bonn.
- Empirica (2009): Integriertes Handlungskonzept für die Wohnkomplexe II und IV in der Stadt Guben. Antrag zur Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“. Im Auftrag der Stadt Guben der Bürgermeister, Stabsstelle. Berlin.
- Forum Sozialstation (2010): Demografischer Wandel: 50 % mehr Pflegebedürftige im Jahr 2030. Veröffentlichung vom 22. November 2010 in: Forum Sozialstation. Das Online-Magazin für ambulante Pflege.
- Fleth, Anna (2010): Vorlesen in Familien. Evaluation des Projektes. In: Leseförderung. Schriftenreihe des Zentrums für Literatur in der Phantastischen Bibliothek Wetzlar. Band 9.
- Hock, Beate; Holz, Gerda; Wüstendörfer, Werner (2001): Armut und Benachteiligung im Vorschulalter – Über die frühen Folgen von Armut und Handlungsansätze in der Kita-Arbeit, In: KiTa aktuell BY, Heft 6, S. 124-132.
- Körner, Thomas; Puch, Katharina; Wingerter, Christian (2010): Qualität der Arbeit. Geld verdienen und was sonst noch zählt. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Kiel, Amt für Familie und Soziales (Hrsg.) (2012): Sozialbericht 2010. Kiel.
- LASV (Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg) (Hrsg.) (2012): Brandenburger Sozialindikatoren 2012. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg. Cottbus.
- Lux-Henseler, Barbara (2001): Struktur und Entwicklung der Privathaushalte in Nürnberg – Ergebnisse der Haushaltsgenerierung aus dem Melderegister 1994-2001, S. 18 . Nürnberg.

MASF (Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg) (2012): Bericht über den Arbeitsmarkt des Landes Brandenburg 2011/2012. Potsdam.

Meier-Gräwe, Uta (2006): Jedes Kind zählt – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder als zukunftsweisende Aufgabe einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Meier-Gräwe, Uta; Sennlaub, Angelika (2010): WiPeB-Studie. Wirkungsanalyse und Perspektiven der BeKo-Stelle für ältere und pflegebedürftige Menschen in der Stadt und im Landkreis Gießen unter besonderer Berücksichtigung der Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement, Dreiteilige Studie erstellt im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit, Abteilung II 5 Seniorinnen und Senioren. Veröffentlicht unter www.alltagvonmorgen.de

Meier-Gräwe, Uta; Wagenknecht, Inga (2011): Kosten und Nutzen Früher Hilfen. Köln.

Mielck, Andreas (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Bern.

Sennlaub, Angelika (2010): Wie wir wohnen können: Die Wohnformen als Grundlage der Haushaltsführung. In: Fachausschuss Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (Hrsg.): Wohnen – Facetten des Alltags. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S. 129-130.

Stadt Guben (2007): Guben Strategie 2020 – Stadt im Aufbruch. Integriertes Stadtentwicklungskonzept inkl. Fortschreibung Stadtumbaukonzept. Guben.

Stadt Osnabrück (2009): Gesamtstädtisches Spielplatzkonzept. Osnabrück.

Ziehten, Peggy; Ermel, Nicole; Haupt, Stephanie (2014): Entwicklungs- und Bildungswegbegleitung für alle Kinder und Jugendlichen: zur jugendhilfespezifischen Begründung der Schulsozialarbeit. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit.1/2014, S. 30-37.

Impressum

Justus-Liebig-Universität Gießen

Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe

Bismarckstraße 37

35390 Gießen

Gießen, Mai 2014